

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4005

- A 1 | Präsidentin Dr. Laurien eröffnet die Sitzung um 13.07 Uhr.  
A 2 |  
A 3 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, zum  
A 4 | Beginn der Sitzung zu kommen. Die Übertragungsanlage, die das Zeichen zum  
A 5 | Sitzungsbeginn übermittelt, kann gegenwärtig nur durch meine Stimme bzw.  
A 6 | die Stimme des amtierenden Präsidenten erreicht werden. Das Klingelzeichen  
A 7 | nach draußen wird sich wohl erst später einfinden.  
A 8 |  
A 9 | Ich eröffne die 48. Sitzung und habe vor Eintritt in die Tagesordnung  
A10 | einige Dinge mitzuteilen.  
A11 |  
A12 | [0.1]  
A13 |  
A14 | Wir fangen mit etwas ganz Erfreulichem an. Herr Dr. Heide hat heute  
A15 | Geburtstag. Wir gratulieren alle herzlich!  
A16 |  
A17 | [Beifall]  
A18 |  
A19 | [0.2]  
A20 |  
A21 | Nun eine technische Mitteilung: Sie finden auf Ihren Plätzen neue Melde-  
A22 | und Abstimmungskarten in den Kartenlesern. Diese Karten werden nach der  
A23 | parlamentarischen Sommerpause noch einmal erneuert werden. Dann werden die  
A24 | Namen drauf sein; es ist offenbar in technischen Dingen üblich, daß man  
A25 | bestimmte Einübungen braucht - ich bin da auch nur Laie. Gestern  
A26 | nachmittag sind sämtliche Plätze überprüft worden und waren in Ordnung. Es  
A27 | sind dann nach 20 Uhr noch einmal sämtliche Plätze überprüft worden, und  
A28 | da haben sich bei 15 Plätzen gewisse Meldeschwierigkeiten eingestellt.  
A29 | Diese Plätze - das sind 105 bis 108 und 193 bis 205 - haben alle den  
A30 | Vermerk "defekt". Wer einen solchen Vermerk hat, den bitte ich, wenn er  
A31 | sprechen möchte, seine Karte zu nehmen, sich auf einen anderen, freien  
A32 | Platz zu setzen und dort ganz normal die Karte einzustecken und den Knopf  
A33 | zu drücken.  
A34 |  
B 1 | Ich wiederhole, was wir schon zu den Fraktionssitzungen zu übermitteln  
B 2 | gebeten haben: Wer sich zu Wort meldet - Karte drin, Knopf drücken -,  
B 3 | bitte nur einmal drücken. Wer zweimal drückt, löscht sich selbst. Also  
B 4 | bitte nur einmal drücken, dann ist das hier zu sehen, und Sie kommen dran.  
B 5 |  
B 6 | Es ist auch bemängelt worden, daß man nicht im Stehen sprechen kann. Es  
B 7 | ist inzwischen auf den Plätzen der Abgeordneten möglich, auch im Stehen zu  
B 8 | sprechen. Das ist mit einem 1,90 m großen Menschen geprobt worden. Wir  
B 9 | hoffen also, daß es ohne Verzerrung für alle bis 1,90 m geht. Bei den  
B10 | Senatoren werden die verlängerten Mikrofone nach der Sommerpause da sein.  
B11 | Auch heute sollten die Damen und Herren Senatoren versuchen, ob der Ton  
B12 | erträglich ist. Bei der Probe war der Ton erträglich, aber da waren keine  
B13 | Leute im Saal.  
B14 |  
B15 | Falls das eine schlechte Tonqualität ergibt, da der Saal voll ist, setzen  
B16 | Sie sich bitte. Nehmen Sie das aber nicht als Aufforderung zum Plaudern!  
B17 | Im Ältestenrat wurde gesagt, daß mehrere Staatssekretäre das wohl als  
B18 | Aufforderung zum Plauderstil und nicht zu zügiger Antwort empfunden  
B19 | hätten. Ich gebe dies weiter und bitte Sie, entsprechend liebevoll zu  
B20 | reagieren.  
B21 |  
B22 | [0.3]  
B23 |  
B24 | Sie finden heute zum ersten Mal auf Ihren Tischen eine rote Liste der  
B25 | zurückgezogenen Anträge beziehungsweise Angaben über veränderte

Ausschußüberweisungen, die dann nicht mehr verlesen werden muß.

Folgende Anträge wurden zurückgezogen:

- Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über Unabhängigkeit der Richterwahl  
- Drs 12/1112 -

überwiesen am 30. Januar 1992 an Recht (f) und Inn - damit ist auch der hierzu vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
- Drs 12/1112-1 - erledigt

- Antrag der Fraktion der PDS über 10 Forderungen der Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte - Drs 12/2196 -

überwiesen am 26. November 1992 an WiTech (f) und Arb

- Antrag der Fraktion der PDS über Bericht über bisherige Erfahrungen mit verlängerten Ladenöffnungszeiten - Drs 12/2375 -

überwiesen am 25. Februar 1993 an WiTech (f) und Arb

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion wurde der Antrag der Fraktion der FDP über Wiedererrichtung eines Zirkusgebäudes am Monbijoupark - Drs 12/2529 - (am 11. März 1993 an Kult und Haupt überwiesen) zur Mitberatung zusätzlich an den Ausschuß für Stadtplanung und Stadtentwicklung überwiesen.

Auf Bitten der Fraktion der PDS wurde der Antrag über Erhalt der Schöneicher-Rüdersdorfer und Woltersdorfer Straßenbahn - Drs 12/2773 - (überwiesen am 29. April 1993 an VuB) zusätzlich an den Ausschuß für die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg (federführend) sowie an den Hauptausschuß überwiesen.

[0.4]

Zusätzlich hat die Fraktion der FDP zwei Anträge, die das städtebauliche Konzept betreffen, Drucksachen 12/1369 und 12/1035, zurückgezogen. Ich gehe davon aus, daß Sie dies zur Kenntnis genommen haben.

[0.5]

Inzwischen ist auf Wunsch der SPD die Qualität der Ausschußüberweisung an den Rechtsausschuß hinsichtlich der Vorlage - zur Beschlußfassung - über Gesetz zum Staatsvertrag über die Bildung der Akademie der Künste in der Trägerschaft der Länder Berlin und Brandenburg, Drucksache 12/2716, verändert. Der Rechtsausschuß ist nicht mehr beteiligt in seiner Funktion als Verfassungsausschuß, sondern als mitberatender Ausschuß. Auch dazu stelle ich Ihre Zustimmung fest.

[0.6]

Zur Aktuellen Stunde sind vier Anträge eingegangen:

1. Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU zum Thema "Flugsicherheit in Berlin",
2. Antrag der Fraktion der PDS zum Thema "Vor dem gemeinsamen Ausschuß Berlin-Bonn: Hat der Senat ein eigenes Verkehrskonzept für die Berliner Mitte?",
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Thema "Das Mykonos-Attentat und die Verantwortung der Berliner Innenverwaltung",
4. Antrag der Fraktion der FDP zum Thema "Eine Verwaltungsreform ist überfällig".

Es wurde zwar in Aussicht gestellt, daß die PDS-Fraktion die Mehrheit der Stimmen bekäme, aber es blieb dabei, daß verschiedene Fraktionen dennoch die Aktualität ihrer Anträge begründen wollten. Hat es hierbei inzwischen Sinnesänderungen gegeben? - Nein. Dann ist die Aktualität ihres Antrags zuerst von den Fraktionen CDU und SPD zu begründen, falls sie das möchten.  
- Möchte jemand das Wort ergreifen? - Bitte schön, Herr Liepelt!

D30 |  
D31 | **Liepelt** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!  
D32 | Die Fraktionen von CDU und SPD hielten ihre Antrag zur Aktuellen Stunde  
D33 | für aktuell und tun das heute anlässlich des Vorfalles auf dem Flughafen  
D34 | Tempelhof noch.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4006

A 1 | **Liepelt**

A 2 |  
A 3 | Zumindest ist dafür Sorge zu tragen, daß einem Stück Hysterie durch  
A 4 | Sachaufklärung der Boden entzogen wird. Wir müssen darauf einwirken, daß  
A 5 | die Vorfälle so, wie sie waren, in der Öffentlichkeit geschildert werden  
A 6 | und dies nicht zu einem Grundsatzstreit wird. Es darf nicht, weil kleine  
A 7 | Pannen erkannt und durch Sicherheitsmaßnahmen bewältigt worden sind, die  
A 8 | Grundsatzfrage nach der Sicherheit des Flugverkehrs gestellt werden, die  
A 9 | zur Forderung der Schließung von Flughäfen führt.

A10 |  
A11 | Allerdings gehen wir davon aus, daß das Recht von Oppositionsparteien, ein  
A12 | Minderheitsvotum für die Aktuelle Stunde einzubringen, gewahrt werden muß.  
A13 | Das ohnehin auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung stehende Thema  
A14 | Verkehrspolitik eignet sich für die Aktuellen Stunde, die von einer  
A15 | weiteren Oppositionsfraktion, der PDS, beantragt worden ist. Deshalb  
A16 | ziehen wir unseren Antrag nicht zurück, werden aber aus diesen Gründen  
A17 | eine Erörterung der Verkehrspolitik in Berlin unterstützen. Nach unserer  
A18 | Auffassung ist es höchste Zeit, über dieses Thema zu sprechen,  
A19 | insbesondere wegen der neuesten Entwicklungen in Sachen Regierungsumzug.  
A20 | Für uns ist es wichtig, daß Berlin endlich ein Konzept für eine  
A21 | leistungsfähige Verkehrsführung in Ost-West-Richtung bekommt und daß die  
A22 | Hauptstadterfordernisse in ganzer Breite berücksichtigt werden. Dieses  
A23 | Konzept soll dazu beitragen, daß die ehemals getrennten Stadtteile auch  
A24 | über den Verkehr, auf der Straße und auf der Schiene, wieder  
A25 | zusammengeführt werden. Das ist für uns der Sinn der Aktuellen Stunde  
A26 | heute. Deswegen werden wir nachher dieses Thema unterstützen. - Vielen  
A27 | Dank!

A28 |  
A29 | [Beifall bei der CDU -  
A30 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]

A31 |  
A32 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Möchte die PDS ihren Antrag begründen, oder  
A33 | genügt es Ihnen so? - Offenbar genügt es Ihnen so; Sie winken ab. -  
A34 | Bündnis 90/Grüne? - Bitte, Frau Künast, Sie haben das Wort!

B 1 |  
B 2 | **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir  
B 3 | halten unseren Antrag zur Aktuellen Stunde für das eigentlich aktuelle und  
B 4 | brisante Thema in dieser Stadt. Das Geschehen um und vor den vier Morden  
B 5 | an Kurden in Berlin am 17. September 1992 ist zu klären. Der Regierende  
B 6 | Bürgermeister hat damals, am 18. September 1992, zu diesem Anschlag  
B 7 | erklärt, daß die Berliner Polizei und der Berliner Verfassungsschutz in  
B 8 | Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden sicherstellen würden, daß  
B 9 | politischer Extremismus und politische Morde in Berlin und Deutschland  
B10 | keine Chance haben dürfen. Dem steht gegenüber, daß es in den letzten zehn  
B11 | Jahren fünfzig tödliche Anschläge gegen oppositionelle Iraner in Europa  
B12 | gab. Die letzten vier davon haben in dieser Stadt stattgefunden.

B13 |  
B14 | Der Innensenator aber weiß von nichts. Dort, wo er befürchtet, daß das Amt  
B15 | und die Fachaufsicht, die ihm untersteht, sich blamieren, oder gar er  
B16 | selbst blamiert oder demontiert wird, erklärt er kurzerhand alles für  
B17 | geheim oder gibt keine Informationen frei. Nicht einmal der Stellenplan  
B18 | und die Stellenwirtschaft für die G 10-Maßnahmen werden von ihm öffentlich  
B19 | behandelt. Das Parlament erlebt seine Desavouierung dadurch, daß er zwar  
B20 | immer Erklärungen abgibt, wenn die Anfeindung gegen ihn zu groß wird; die  
B21 | Abgeordneten befinden sich aber in der Situation, daß sie sich lediglich  
B22 | an seinen Wertungen entlanghangeln dürfen und selber zum Schweigen  
B23 | verurteilt sind. Wir sollten gerade angesichts der vier Ermordeten  
B24 | deutlich machen, daß wir uns nicht von dem Innensenator und seiner  
B25 | Geheimhaltung knebeln lassen. Wir suchen zumindest heraus, was öffentlich

B26 ist. Wir müssen ihn auch politisch auffordern, möglichst viel öffentlich  
B27 zu machen. Ich denke, es geht nicht an, daß das Parlament sich angesichts  
B28 von vier Toten zum Schweigen verurteilen läßt und damit am Ende noch in  
B29 der Reihe derer steht, die nicht aufklären wollen. Wir wollen deshalb über  
B30 diesen Fall reden und wollen insbesondere über die Verantwortung der  
B31 Innenverwaltung reden.

B32  
B33 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
B34

C 1 **Präsidentin Dr. Laurien:** Hat die FDP den Wunsch, Ihren Antrag zu  
C 2 begründen? - Bitte schön, Herr Biederbick, Sie haben das Wort!

C 3  
C 4 **Biederbick (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben das  
C 5 Thema "Eine Verwaltungsreform ist überfällig" für die Aktuelle Stunde  
C 6 beantragt. Daß dieses so ist, weiß sicherlich jeder in Berlin und sicher  
C 7 auch jeder in diesem Hause. Das Problem ist aber, daß die große Koalition  
C 8 bisher nicht in der Lage war, wichtige und notwendige Entscheidungen zu  
C 9 treffen. Vorschläge, die von anderen - auch von uns - eingebracht wurden,  
C10 sind überhaupt nicht behandelt worden. Wir haben zur Kenntnis nehmen  
C11 müssen, daß die Probleme in der großen Koalition inzwischen bei diesem  
C12 Thema so groß waren, daß der Koalitionsausschuß auf Drängen der SPD  
C13 einberufen werden mußte. Dieser hat gestern Abend getagt. Dort sind einige  
C14 Entscheidungen getroffen worden; viele Entscheidungen, die ausstehen, sind  
C15 jedoch immer noch nicht getroffen worden.

C16  
C17 [Frau von Braun (FDP):  
C18 Es sind mehr Entscheidungen nicht getroffen worden!]

C19  
C20 Vor dem Hintergrund, daß die Verwaltungsreform für diese Stadt von einer  
C21 ganz zentralen Bedeutung ist, um in dieser Stadt voranzukommen, sagen wir,  
C22 was liegt näher als, nachdem gestern diese Sitzung stattgefunden hat, hier  
C23 heute ganz aktuell über dieses Thema, über das, was entschieden werden  
C24 konnte, über das, was wieder ausgesetzt werden mußte, zu diskutieren.  
C25 Darum sagen wir, das ist das aktuellste Thema, jenes, das für die Stadt  
C26 entscheidend ist. Darum müssen wir darüber heute hier diskutieren!

C27  
C28 [Beifall bei der FDP]  
C29

C30 **Präsidentin Dr. Laurien:** Wir haben darüber abzustimmen. - Bevor wir das  
C31 tun, möchte ich Ihnen sagen, daß das Rednerpult inzwischen von Ihnen nach  
C32 oben oder unten verstellbar ist, so daß Sie es sich kommod machen können.  
C33 Die Knöpfe wirken inzwischen.

C34  
D 1 Es ist für die Aktualität gesprochen worden. Ich stelle den Antrag der  
D 2 PDS: "Vor dem gemeinsamen Ausschuß Berlin-Bonn: Hat der Senat ein eigenes  
D 3 Verkehrskonzept für die Berliner Mitte?" zur Abstimmung und frage, wer  
D 4 diesem Antrag seine Zustimmung gibt. - Wer stimmt dagegen? - Verzeihen  
D 5 Sie, das ist eine absolut unübersichtliche Abstimmungslage!

D 6  
D 7 [Dr. Staffelt (SPD):  
D 8 Wir wollen endlich automatisch abstimmen!]

D 9  
D10 - Es war eine ganz knappe Mehrheit.

D11  
D12 Ich meine jedoch, wir sollten nicht so leger miteinander umgehen. Deshalb  
D13 wiederhole ich zu Ihrer Information noch einmal, daß sich der Ältestenrat  
D14 auf die Behandlung dieses Themas verständigt hat, weil jede Fraktion - das  
D15 haben wir seinerzeit in der Geschäftsordnung festgelegt, um die Rechte der  
D16 Minderheiten auch bei einer großen Koalition entsprechend zu beachten -  
D17 den Anspruch auf zwei Aktuelle Stunden hat. Damit wäre - wenn die PDS-  
D18 Fraktion heute die Zustimmung zur Behandlung des von ihr gewählten Themas  
D19 bekäme - der Anspruch der PDS-Fraktion zumindest zum ersten Mal erfüllt.  
D20 Um die statistische Lage vollständig zur Kenntnis zu geben, darf ich Ihnen  
D21 mitteilen, daß bisher noch keine Aktuelle Stunde über ein von der FDP-  
D22 Fraktion beantragtes Thema durchgeführt worden ist.

D23  
D24 Ich stelle also nun noch einmal den Antrag der PDS-Fraktion zur Abstimmung  
D25 und frage, wer ihm seine Zustimmung gibt. Ich bitte um das Handzeichen! -  
D26 Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Jetzt hat eindeutig die Mehrheit  
D27 zugestimmt.

D28  
D29 Der Ältestenrat hat sich vorsorglich darauf verständigt, daß bei

D30 | Behandlung des Themas der Fraktion der PDS diese Aktuelle Stunde mit dem  
D31 | Tagesordnungspunkt 8 - Große Anfrage der Fraktion der PDS über Zukunft des  
D32 | öffentlichen Personennahverkehrs - mit erweiterter Redezeit verbunden  
D33 | wird. Die Einzelheiten werde ich Ihnen bei Aufruf des Tagesordnungspunktes  
D34 | - dann Punkt 1 A - mitteilen.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4007

A 1	<b>Präsidentin Dr. Laurien</b>	
A 2		
A 3	[0.7]	
A 4		
A 5	Schließlich weise ich wieder auf die Ihnen vorliegende Konsensliste	
A 6		
A 7	Der Ältestenrat empfiehlt, nachstehende Tagesordnungspunkte	<b>ohne</b>
A 8	<b>Aussprache</b> wie folgt zu behandeln:	
A 9		
A10	TOP 2 12/2729	bereits vorab an
A11	Sechstes Änderungsgesetz über die	Recht und Haupt
A12	juristische Ausbildung	
A13		
A14	TOP 3 12/2744	an Inn
A15	Gesetz zur Änderung des	
A16	Sammlungsgesetzes	
A17		
A18	TOP 5 12/2779	an WissForsch und Haupt
A19	Änderungsgesetz zum	
A20	Landesausbildungsförderungsgesetz	
A21		
A22	TOP 6 12/2794	an BauWohn und Haupt
A23	Änderungsgesetz über die Veräußerung	
A24	von Grundstücken Berlins an die	
A25	Wohnungsgenossenschaften	
A26		
A27	TOP 9 a) 12/2797	an Ges
A28	Große Anfrage über Vorwürfe der	
A29	sexuellen Nötigung gegenüber Patientinnen	
A30	in der Jugendpsychiatrischen	
A31	Klinik Wiesengrund	
A32		
A33	TOP 9 b) 12/2798	an Ges
A34	Einsetzung einer unabhängigen	
B 1	Fachkommission zur Überprüfung der	
B 2	therapeutischen Arbeit in der	
B 3	Jugendpsychiatrischen Klinik Wiesengrund	
B 4		
B 5	TOP 12 12/2752	abgelehnt
B 6	Änderung der VO über die Prüfung zum	
B 7	Erwerb der allgem. Hochschulreife von	
B 8	Nichtschülern	
B 9		
B10	TOP 13 12/2753	angenommen
B11	Sprachunterricht in der Berliner Schule	
B12		
B13	TOP 14 12/2780	angenommen
B14	Einführung einer obligatorischen	
B15	Öko-Bilanz	
B16		
B17	TOP 15 12/2783	angenommen
B18	Aufhebung der Vordereinstiegspflicht	
B19	bei Bussen	
B20		
B21	TOP 17 12/2786	angenommen
B22	Prüfung von Nachtfahrverboten für	
B23	Lkw-Verkehr in Wohngebieten	
B24		
B25	TOP 18 12/2787	angenommen

B26		kurzfristige Verbesserung der Vernetzung	
B27		beider Stadthälften im ÖPNV	
B28			
B29	TOP 20	12/2774	an VuB (f), Inn und BauWohn
B30		Gewährleistung von Ordnung und	
B31		Sicherheit in der Kreuzbergstraße	
B32			
B33	TOP 22	12/2781	an BlnBra (f) und Inn
B34		Gemeinsame Planungen der polizeilichen	
C 1		Zusammenarbeit zwischen Berlin und	
C 2		Brandenburg	
C 3			
C 4	TOP 24	12/2790	an Schul
C 5		Winterferien an der Berliner Schule	
C 6			
C 7	TOP 25	12/2792	an Ausl und Haupt
C 8		Rücknahme der Kürzung für	
C 9		Deutschkurse an VHS	
C10			
C11	TOP 27a)	12/2795	an BauWohn und Haupt
C12		Beschleunigung der Umsetzung des	
C13		Gesetzes über die Veräußerung von	
C14		Grundstücken an Wohnungsgenossenschaften	
C15			
C16	TOP 27b)	12/2796	an BauWohn und Haupt
C17		Privatisierung von Wohnungen in den	
C18		östlichen Stadtbezirken auf der	
C19		Grundlage des Solidarpakts	
C20			
C21	TOP 28	12/2799	an Ausl
C22		"Altfall"-Regelung für Flüchtlinge	
C23			
C24	TOP 29	12/2800	an Arb (f) und Frau
C25		Vorlage eines strukturbewahrenden	
C26		Weiterführungskonzepts für durch	
C27		ABM getragene Strukturen	
C28			
C29	TOP 30	12/2801	an Inn
C30		Polizei als Werbeträger für	
C31		Regierungspolitik	
C32			
C33	TOP 31	12/2802	an BauWohn (f)
C34		Verschärfung des Verwendungsverbots	und Umwelt
D 1		für Tropenholz	
D 2			
D 3	TOP 32	12/2803	an Umwelt und Haupt
D 4		Einrichtung eines Regenwald-Fonds	
D 5			
D 6	TOP 33	12/2804	an VuB (f) und Umwelt
D 7		Planung einer Klärschlammverbrennung	
D 8		im Süden der Stadt	
D 9			
D10	TOP 34	12/2805	an Inn (f), Kult
D11		Personalstruktur in öffentlichen	und Haupt
D12		Bibliotheken	
D13			
D14	TOP 35	12/2806	an BlnBra (f), Kult
D15		Magazin für Berliner Bibliotheken	und Haupt
D16			
D17	TOP 36	12/2807	an Kult (f), Stadt
D18		Entlastungsbauten für die Berliner	und Haupt
D19		Stadtbibliotheken und die Amerika-	
D20		Gedenkbibliothek Berlin	
D21			
D22	TOP 37	12/2810	an Schul und Haupt
D23		Instandhaltung und Instandsetzung	
D24		von Schulen	
D25			
D26	TOP 38	12/2811	an Schul
D27		Fachübergreifende Revision der	
D28		Rahmenpläne in der Berliner Schule	
D29			



D30		TOP 39	12/2812	an VuB
D31			Ortsumgehungsstraße im Raum	
D32			Köpenick-Spindlersfeld-Adlershof	

12. Wahlperiode

48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4008

A 1 **Präsidentin Dr. Laurien**

A 2  
A 3 [0.8]

A 4  
A 5 sowie auf das Verzeichnis der eingegangenen Dringlichkeiten hin:

A 6  
A 7  
A 8 nach Anerkennung der  
A 9 Dringlichkeit \*  
A 10 zu behandeln

A 11 1. Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und  
A 12 Forschung vom 3. Mai 1993 zur Vorlage - zur Beschlußfassung - über  
A 13 Gesetz über die Zulassung zu den Hochschulen des Landes Berlin in  
A 14 zulassungsbeschränkten Studiengängen (Berliner  
A 15 Hochschulzulassungsgesetz - BerlHZG)  
A 16 - Drs 12/2833 - als TOP 1 B  
A 17

A 18 2. Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Jugend und Familie vom  
A 19 12. Mai 1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der  
A 20 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Viertes Gesetz zur  
A 21 Änderung des Kita- und Tagespflegekostenbeteiligungsgesetzes (KTKBG)  
A 22 - Drs 12/2834 - als TOP 1 C  
A 23

A 24 3. Beschlußempfehlungen des Rechtsausschusses vom 6. Mai 1993 und des  
A 25 Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zur Vorlage - zur Beschlußfassung -  
A 26 über Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die juristische  
A 27 Ausbildung in Verbindung  
A 28 - Drs 12/2835 - mit TOP 2  
A 29

A 30 4. Vorlage - zur Beschlußfassung - über Gesetz zu dem Staatsvertrag über  
A 31 die Feuersozietät Berlin Brandenburg und die Öffentliche  
A 32 Lebensversicherung Berlin Brandenburg zwischen dem Land Berlin und dem  
A 33 Land Brandenburg  
A 34 - Drs 12/2825 - als TOP 6 A

B 1 5. Beschlußempfehlung des Ausschusses für Schulwesen vom 6. Mai 1993 zum  
B 2 Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Überarbeitung  
B 3 der Rahmenpläne zur Förderung fächerübergreifenden Lernens  
B 4 - Drs 12/2826 - als TOP 18 A  
B 5  
B 6

B 7 6. zwei Beschlußempfehlungen des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zu  
B 8 Vorlagen - zur Beschlußfassung - gemäß § 38 der Geschäftsordnung des  
B 9 Abgeordnetenhaus von Berlin (Nr. 29 und Nr. 30/1993 des  
B 10 Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)  
B 11 - Drs 12/2836 und 12/2837 - als TOP 18 B  
B 12

B 13 7. Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Verkehr und Betriebe vom  
B 14 21. April 1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der  
B 15 Fraktion Bü 90/Grüne über Regenwassernutzung  
B 16 - Drs 12/2838 - als TOP 18 C  
B 17

B 18 8. Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Verkehr und Betriebe vom  
B 19 17. März 1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der  
B 20 Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Ausbau des S-Bahnhofs  
B 21 Papestraße  
B 22 - Drs 12/2839 - als TOP 18 D  
B 23

B 24 9. Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Gesundheit vom 18. März 1993  
B 25 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der Fraktion der

- B26 | PDS über Erhalt des Kinderkrankenhauses HansasträÙe  
B27 | - Drs 12/2840 - als TOP 18 E  
B28 |  
B29 | 10. Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Arbeit vom 28. April 1993 und  
B30 | des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der Fraktion  
B31 | Bü 90/Grüne über keine Zustimmung zum unsolidarischen Pakt  
B32 | - Drs 12/2841 - als TOP 18 F  
B33 |  
B34 | 11. Antrag der Fraktion der FDP über Verkauf von Genossenschaftswohnungen  
C 1 | in den östlichen Stadtbezirken  
C 2 | - Drs 12/2829 - als TOP 39 A  
C 3 |  
C 4 | 12. Antrag der Fraktion der PDS über "Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr  
C 5 | habt mich aufgenommen" (Matthäus 25, 35): gegen rassistische Gewalt und  
C 6 | Ablehnung von Fremden  
C 7 | - Drs 12/2831 - als TOP 39 B  
C 8 |  
C 9 | \* Über die Anerkennung der Dringlichkeiten wird am Schluß der  
C10 | entsprechenden Untergliederung auf der Tagesordnung entschieden werden.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4009

---

A 1 **Präsidentin Dr. Laurien**

A 2

A 3 Sofern sich gegen die Konsensliste kein Widerspruch erhebt, gelten die  
A 4 Vorschläge als angenommen.

A 5

A 6 Hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 28 - Drucksache 12/2799 - hat die  
A 7 Fraktion der CDU die weitere Überweisung an den Ausschuß für Inneres,  
A 8 Sicherheit und Ordnung beantragt, der dann auch die Federführung erhalten  
A 9 soll. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

A10

A11 Auf der Konsensliste finden Sie auch den Tagesordnungspunkt 2: I. Lesung  
A12 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die juristische Ausbildung;  
A13 dazu liegen seit heute jedoch die dringlichen Beschlüßempfehlungen vor.  
A14 Ich schlage daher vor, daß wir die I. und II. Lesung unter dem  
A15 Tagesordnungspunkt 2 verbinden. Dies dürfte bei der Einstimmigkeit der  
A16 Beschlüßempfehlung kein Problem sein. - Ich höre keinen Widerspruch; dann  
A17 werde ich diesen Tagesordnungspunkt später entsprechend aufrufen.

A18

A19 Über die Anerkennung der Dringlichkeiten wird wieder jeweils an  
A20 entsprechender Stelle der Tagesordnung entschieden.

A21

A22 Wir haben im Ältestenrat vereinbart, daß ich dem Plenum jeweils zum  
A23 Sitzungsbeginn mitteile, wenn Entschuldigungen über die Abwesenheit von  
A24 Senatoren eingehen, die über die dem Ältestenrat bekannten Zeiten  
A25 hinausgehen. Ich habe daher mitzuteilen, daß Herr Senator Nagel nicht nur  
A26 - wie vereinbart - nach 21 Uhr für etwa zwei Stunden abwesend sein wird,  
A27 sondern daß er auch schon für etwa eineinhalb Stunden zu Beginn der  
A28 Sitzung fehlen wird. Der Staatssekretär wird Ihnen zur Fragestunde zur  
A29 Verfügung stehen.

A30

A31 Wir kommen damit zur

A32 **1fd. Nr. 1:**

A33

A34 **Fragestunde gemäß § 51 der Geschäftsordnung**

B 1

B 2 [1.1]

B 3

B 4 Ich erteile als erstem dem Abgeordneten Borgis das Wort zu seiner  
B 5 Mündlichen Anfrage über

B 6

B 7 **Verbleib von gestohlenen Olympiafahnen**

B 8

B 9 **Borgis** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
B10 Senat:

B11

B12 1. Kann der Senat Auskunft geben über den Verbleib von etwa 20  
B13 Olympiafahnen, die in der Zeit kurz vor der Einweihung des Gebäudes des  
B14 ehemaligen Preußischen Landtags "verschwunden" sind bzw. von öffentlichen  
B15 Masten gestohlen wurden?

B16

B17 2. Sieht der Senat eventuell einen Zusammenhang mit den Fahnen, die von  
B18 Mitgliedern der Fraktion Grüne/AL im Rahmen der Einweihungsfeier als Anti-  
B19 Olympia-Demonstration aus den Fenstern der Grüne/AL-Fraktion hingen, und  
B20 ist dem Senat eine Äußerung des Geschäftsführers der Fraktion Grüne/AL  
B21 bekannt, wonach die Fahnen nicht von der Olympia GmbH, sondern von  
B22 öffentlichen Masten "geliehen" seien?

B23

B24

B25

[Wieland (Bü 90/Grüne):  
Das dementiert der Geschäftsführer!]

B26  
B27 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Dr. Heckelmann hat das Wort.  
B28

B29 [Frau Künast (Bü 90/Grüne):  
B30 Der sagt doch wieder, er weiß von nichts!]  
B31

B32 - Frau Künast, Sie geben doch nicht die Antwort!  
B33

B34 [Frau Künast (Bü 90/Grüne):  
C 1 Nein, aber ich mache Zwischenrufe!]  
C 2

C 3 - Das Salz in der Suppe! Aber wir wollen die Suppe nicht zu sehr  
C 4 versalzen!  
C 5

C 6 [Dr. Köppl (Bü 90/Grüne):  
C 7 Der Senator hat kein Bärchen am Revers! -  
C 8 Heiterkeit]  
C 9

C10 **Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
C11 Herren! Herr Abgeordneter Borgis, zu dem Verbleib der 20 genannten  
C12 Olympiafahnen kann der Senat derzeit keine Auskunft geben. Allerdings sind  
C13 der Polizei bis zum 22. April Diebstähle von Olympiafahnen in 31 Fällen  
C14 angezeigt worden.  
C15

C16 Zu 2: Mit Rücksicht auf den geschilderten Zusammenhang hat die Polizei  
C17 Ermittlungen wegen Diebstahlsverdachts aufgenommen.  
C18

C19 [Dr. Köppl (Bü 90/Grüne):  
C20 Wie groß war der immaterielle Schaden?]  
C21

C22 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Borgis, haben Sie eine Zusatzfrage?  
C23

C24 [Borgis (CDU): Ich habe keine Zusatzfrage;  
C25 denn die Antwort war befriedigend!]  
C26

C27 - Gut! Sie haben keine Zusatzfrage. - Dann erteile ich dem Abgeordneten  
C28 Wieland das Wort, damit er eine Zusatzfrage stellen kann.  
C29

C30 **Wieland** (Bü 90/Grüne): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß die Fahnen,  
C31 die aus Anlaß der Einweihung des ehemaligen Preußischen Landtags von  
C32 unserer Fraktion - in einer etwas unkonventionellen Art und Weise, aber  
C33 deutlich erkennbar als Olympiafahnen - gehißt wurden, zum einen  
C34 ausgeliehen waren vom "Haus der Demokratie" - so auch unser  
D 1 Geschäftsführer in der hier falsch wiedergegebenen Äußerung -, zum anderen  
D 2 aber - in einem unbegreiflichen Akt der Sachbeschädigung - von der SPD-  
D 3 Fraktion auf Anweisung ihres Geschäftsführers Helmut Fechner teilweise -  
D 4 ich sage: teilweise - vernichtet und zerschnitten wurden?  
D 5

D 6 [Oh! bei Bü 90/Grüne]  
D 7

D 8 Sind Sie bereit, die strafrechtlichen Ermittlungen, von denen Sie  
D 9 gesprochen haben, auf diesen Täterkreis auszudehnen?  
D10

D11 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
D12

D13 **Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
D14 Herren! Herr Abgeordneter Wieland, Sie können zunächst einmal davon  
D15 ausgehen, daß ich auf eine enge Kommunikation mit Ihrer Fraktion  
D16 ausgesprochen hohen Wert lege und jede Information, die Sie mir zu geben  
D17 wünschen, bei mir auf offene Ohren stößt.  
D18

D19 Zweite Bemerkung: Für Ihre Hinweise bin ich dankbar. Selbstverständlich  
D20 ist auch die Polizei dankbar, wenn Sie konkrete Hinweise auf Straftäter zu  
D21 geben haben. Ich bitte Sie, sich damit unmittelbar an die zuständige  
D22 Behörde zu wenden.  
D23

D24 Dritter Hinweis: Dies ist ein Amtsdelikt, so daß die Polizei in äußerst  
D25 willkommener Weise jeden aufklärenden Hinweis über Sachbeschädigungen  
D26 entgegenzunehmen bereit ist.  
D27

D28 [Wieland (Bü 90/Grüne):  
D29 Es ist kein Amtsdelikt, Herr Senator!]

D30 |  
D31 | Ich will noch eines dazu ergänzen, Herr Abgeordneter Wieland: Jeder, der  
D32 | sich daran beteiligt, daß Olympia nicht stattfindet, schadet dem Land  
D33 | Berlin und vor allen Dingen den Interessen der Berlinerinnen und Berliner.  
D34 |

D35 | [Beifall bei der CDU und der FDP]  
D36 |

D37 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich habe gesehen, daß sich Herr Borgis gemeldet  
D38 | hat. Da er der Fragesteller ist, hat er jetzt vor den anderen  
D39 | Wortmeldungen Vorrang. - Bitte sehr, Herr Borgis!

D40 |  
D41 | **Borgis (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Senator, ist  
D42 | Ihnen bekannt, daß die Aktion des Abschneidens jedoch in engem  
D43 | Zusammenhang damit stand, daß es

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4010

A 1 | **Borgis**

A 2 |  
A 3 | unmöglich war, die Fahnen zu entfernen, weil die Fraktionsräume der  
A 4 | Fraktion Grüne/AL durch Veränderung der Schlüsselanlage nicht begehbar  
A 5 | waren und keine andere Chance bestand, die Fahnen dort herunterzunehmen?  
A 6 |

A 7 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Verehrter Herr Borgis, der Senator kann nicht  
A 8 | Fragen beantworten, die in die Zuständigkeit des Parlaments fallen.  
A 9 |

A 10 | [Sen Dr. Heckelmann:  
A 11 | Ich bedanke mich, Frau Präsidentin!]  
A 12 |

A 13 | Sie haben einen zutreffenden Sachverhalt geschildert, und der Senator kann  
A 14 | auch nicht zum Verhalten der SPD-Fraktion Stellung nehmen.  
A 15 |

A 16 | [Dr. Staffelt (SPD):  
A 17 | Das würden wir ihm auch nicht raten!]  
A 18 |

A 19 | - Völlig richtig! Herr Fraktionsvorsitzender, Sie merken, wie ich mich  
A 20 | bemühe, Ihre Rechte liebenswürdig, aber deutlich zu verteidigen.  
A 21 |

A 22 | Ich hatte noch eine weitere Fragestellerin - ich glaube, es war Frau  
A 23 | Demba.  
A 24 |

A 25 | [Zuruf des Abg. Dr. Köppl (Bü 90/Grüne)]  
A 26 |

A 27 | Nein - vor Ihnen hatte sich Frau Demba gemeldet, Herr Köppl! - Frau Demba  
A 28 | winkt jetzt aber ab. Ist das etwa ein neuer Chauvinismus? - Herr Köppl,  
A 29 | dann müssen Sie bitte drücken!  
A 30 |

A 31 | **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Nachdem bis jetzt überwiegend  
A 32 | verfassungsfeindliche Fragen gestellt worden sind, wie Sie ja selbst  
A 33 | zugegeben haben, möchte ich nun eine Frage stellen, die auf dem Boden der  
A 34 | Verfassung steht: Ich möchte vom Senat wissen, in welcher Höhe ein  
B 1 | immaterieller Schaden durch die umfangreichen Fahnenentwendungen bisher  
B 2 | eingetreten ist.  
B 3 |

B 4 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, können Sie immaterielle Werte  
B 5 | messen? - Dann geben Sie bitte eine Antwort!  
B 6 |

B 7 | **Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
B 8 | Herren! Herr Abgeordneter Köppl! Wir beide haben in früheren Jahren oft  
B 9 | miteinander Fußball gespielt. Von Ihnen hätte ich ein viel energischeres  
B 10 | Eintreten für Olympia erwartet. - Das mußte ich vorweg anmerken.  
B 11 |

B 12 | Materielle Werte werden sich feststellen lassen. Immaterielle Werte zu  
B 13 | schätzen, ist immer ein schwieriger Vorgang. Aber der ideelle Wert, den  
B 14 | Berlin mit Olympia 2000 weltweit als Brücke von Freundschaft und  
B 15 | friedlichen Spielen olympischer Art in Berlin schlagen kann, ist ein Wert,  
B 16 | der in Geld überhaupt nicht abschätzbar ist.  
B 17 |

B 18 | [Beifall bei der CDU und der FDP -  
B 19 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
B 20 |

B 21 | [1.2]  
B 22 |

B 23 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Ich rufe nun die Frage  
B 24 | Nummer 2 von Frau Riedmüller-Seel über  
B 25 |

**öffentliche Erklärungen des Innensenators zum Mordfall "Mykonos"**

auf. - Bitte!

**Frau Dr. Riedmüller-Seel (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!  
Ich frage den Senat:

1. Wie beurteilt der Regierende Bürgermeister den Umstand, daß der Senator für Inneres zu den Begleitumständen des Mordfalls "Mykonos" im September 1992 öffentliche Erklärungen abgibt, während die zur Kontrolle verpflichteten Abgeordneten des Verfassungsschutzausschusses und die Mitglieder der G 10-Kommission der Geheimhaltungspflicht unterliegen?

2. Teilt der Senat meine Auffassung, daß weite Teile des gesamten Sachverhalts, nämlich die Erfüllung der Pflicht des Senators, dafür Sorge zu tragen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz seinen gesetzlichen Auftrag wahrnehmen kann, nicht der Geheimhaltung unterliegen bzw. unterliegen müssen?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister oder Herr Senator?  
- Bitte, Herr Innensenator!

**Dr. Heckelmann, Senator für Inneres:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur ersten Frage: Als zuständiges Mitglied des Senats habe ich am 29. April 1993, am 4. Mai 1993 sowie am 8. Mai 1993 Pressemitteilungen zum "Mykonos"-Attentat herausgegeben. Ich sah mich vor dem Hintergrund der Berichterstattung in einigen Presseorganen über diesen Anschlag, die eine Reihe von faktischen Unrichtigkeiten und unzutreffenden Spekulationen enthielten, veranlaßt, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen. Ich habe mich dabei ausschließlich auf Sachverhalte gestützt, die nicht der Geheimhaltung unterliegen und deren Offenlegung die Arbeit der Sicherheitsbehörden nicht beeinträchtigt.

Zur zweiten Frage: Es trifft zu, daß Teile des gesamten Sachverhaltes zum "Mykonos"-Anschlag grundsätzlich keiner Geheimhaltung unterliegen. Selbstverständlich wird der Senat alle Informationen offenlegen, soweit hierdurch nicht die Sicherheitsbehörden an der effektiven Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben gehindert werden.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Haben Sie eine Rückfrage? - Bitte, Frau Riedmüller-Seel!

**Frau Dr. Riedmüller-Seel (SPD):** Herr Senator! Ist Ihnen - und seit wann - eine erhebliche Wahrnehmungsdifferenz zwischen denjenigen Abgeordneten, die zur Geheimhaltung verpflichtet sind, und Ihrer Darstellung bekannt?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

**Dr. Heckelmann, Senator für Inneres:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die gestellte Frage geht von einem Tatbestand aus, der die mit der Frage involvierte Folgerung nicht hergibt. Da es an dem Tatbestand fehlt, kann ich die Folgerung auf Ihre Frage hin auch nicht bewerten.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Jetzt ist Herr Dr. Staffelt an der Reihe!

**Dr. Staffelt (SPD):** Herr Innensenator! Wären Sie bereit, unverzüglich allen Mitgliedern des Verfassungsschutzausschusses und auch den Mitgliedern der G 10-Kommission mitzuteilen, welche Teile aus dem Fall "Mykonos" nicht länger der Geheimhaltung unterliegen? Sind Sie insbesondere bereit, auch jene Teile freizugeben, die mit der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz in der Verantwortung des Innensenators zusammenhängen?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

**Dr. Heckelmann, Senator für Inneres:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Staffelt! Dem Verfassungsschutzausschuß habe ich bereits die Komplexe benannt - das kann selbstverständlich auf Wunsch auch ausgeweitet werden, soweit dies irgend geht, um zu informieren. Dies gilt für die G 10-Kommission in anderer Weise etwas stärker eingegrenzt. Aber hier gibt es aus Informationsmöglichkeiten keinerlei Eingrenzungen und Schwierigkeiten als die, daß die Funktionsfähigkeit des Amtes nicht



D29 | durch Informationen gefährdet werden darf.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4011

A 1 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Jetzt ist Frau Künast an der Reihe. - Bitte sehr!

A 2

A 3 | **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Herr Senator! Nach dieser Antwort weiß ich noch  
A 4 | immer nicht, welche Bereiche nicht mehr geheim sind. Das war insofern  
A 5 | unklar geantwortet, aber vielleicht wissen Sie auch davon nichts.

A 6

A 7 | Meine konkrete Frage ist: Wenn so vieles an Extremismus in dieser Stadt  
A 8 | gefährlich ist - das haben sowohl Sie als auch der Regierende  
A 9 | Bürgermeister gesagt, daß hier keine politischen Morde geschehen dürften;  
A 10 | sie selbst haben oft genug über Rechts-, Links- und Ausländerextremismus  
A 11 | geredet -, warum - ich hoffe, daß ist nicht geheim - haben Sie im  
A 12 | Nachtragshaushalt für das Jahr 1991 keine G 10-Stellen beantragt? Wann hat  
A 13 | das Amt Sie oder die Fachaufsicht - das ist ja identisch - das erste Mal  
A 14 | um die Beantragung von G 10-Stellen gebeten?

A 15

A 16 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A 17

A 18 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
A 19 | Herren! Frau Abgeordnete Künast! Die Arbeit in einem Amt wird nicht durch  
A 20 | Stellen, sondern durch Menschen erledigt. Das Amt hatte - gerade aufgrund  
A 21 | Ihrer Vorstellungen - die Situation, daß dort eine Stellenreduzierung  
A 22 | vorgenommen werden sollte. Dies will ich aber gar nicht weiter vertiefen,  
A 23 | sondern es damit bewenden lassen, daß ich Ihnen mitteile, daß durch die  
A 24 | personelle Ausstattung keine irgendwie geartete notwendige fachliche  
A 25 | Aufgabe im Amt behindert gewesen ist.

A 26

A 27 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Die letzte Wortmeldung zu dieser Frage kommt von  
A 28 | Herrn U. F. Krüger!

A 29

A 30 | [Frau Künast (Bü 90/Grüne):

A 31

Das war doch keine Antwort!]

A 32

A 33 | **Krüger**, Ulrich (CDU): Herr Senator! Ich frage Sie, nachdem es zu  
A 34 | Durchstechereien gekommen ist - in der Presse hat man viel gelesen, was  
B 1 | eigentlich als geheim einzustufen war -: Gibt es darüber Ermittlungen  
B 2 | beziehungsweise Erkenntnisse? Welche Folgen werde dies für die  
B 3 | Betroffenen notfalls haben? Es kann doch nicht angehen, daß geheime  
B 4 | Vorgänge in der Presse nachzulesen sind.

B 5

B 6 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

B 7

B 8 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
B 9 | Herren! Herr Abgeordneter Krüger! Ich kann nicht ausschließen und es  
B 10 | spricht möglicherweise einiges dafür, daß ein Tatbestand gegeben ist, wo  
B 11 | mehr an die Presseorgane gegeben worden sein kann, als zulässig ist. Dies  
B 12 | kann ich nicht beurteilen, und es unterliegt auch nicht meiner  
B 13 | Beurteilung, sondern ist Angelegenheit der Justiz.

B 14

B 15 | [1.3]

B 16

B 17 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich rufe die Frage Nummer 3 von Frau Herer über

B 18

B 19 | **Frauenforschung**  
B 20 | auf. - Bitte sehr!

B 21

B 22 | **Frau Herer** (PDS): Ich frage den Senat:

B 23

B 24 | 1. Warum wurde die Frauenforschung lediglich als Überschrift im

B25 Referentenentwurf des Berliner Hochschulstrukturplanes genannt, ohne daß  
B26 im folgenden in irgendeiner Weise dieser Forschungsschwerpunkt berührt,  
B27 geschweige denn Festlegungen getroffen werden?  
B28

B29 2. Was gedenkt der Senat zur weiteren Entwicklung und  
B30 Institutionalisation von Frauenforschung und Frauenstudien an den  
B31 Berliner Hochschulen zu tun?  
B32

B33 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Erhardt hat das Wort!  
B34

C 1 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin!  
C 2 Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Herer! Der  
C 3 Referentenentwurf des Berliner Hochschulstrukturplanes enthält in Teil G  
C 4 ein eigenes Kapitel für die Forschung. Dort wird die Situation der  
C 5 Forschung an den Berliner Hochschulen referiert, indem die  
C 6 Forschungsschwerpunkte, die Förderinstrumente, die neuen  
C 7 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Zusammenarbeit zwischen  
C 8 Wissenschaft und Wirtschaft und eine Statistik zum Forschungsbudget  
C 9 aufgelistet werden. Keinem anderen Forschungsgebiet außer der  
C10 Frauenforschung ist ein eigener und selbständiger Abschnitt gewidmet  
C11 worden. Nicht einmal so wichtige Bereiche wie Technologiefolgenforschung,  
C12 Umweltforschung, Friedens- und Konfliktforschung haben einen eigenen  
C13 Abschnitt erhalten - nur die Frauenforschung. Insofern ist bereits durch  
C14 die Gliederung und Gestaltung des Kapitels die Frauenforschung  
C15 und die Frauenförderung deutlich vor allen anderen Forschungsgegenständen  
C16 hervorgehoben.  
C17

C18 Zu Frage 2: Was die Struktur und den Inhalt der Frauenforschung angeht,  
C19 ist der Senat auf die Vorschläge und Stellungnahmen der Hochschulen und  
C20 der Forschungseinrichtungen angewiesen. Dies ergibt sich aus der  
C21 Rechtslage, daß den Hochschulen die zu Erfüllung ihrer Aufgaben  
C22 notwendigen Finanzmittel global als Zuschüsse des Landes zugewiesen  
C23 werden, und aus der durch Artikel 5 Abs. 3 geschützten Freiheit der  
C24 Forschung, die auch die Themen und die Fragestellungen umfaßt. Ich darf  
C25 aber darauf hinweisen, daß es an der Freien Universität sieben Lehrstühle  
C26 gibt, die Frauen- und Geschlechterforschung als Schwerpunkt definiert  
C27 haben, und an der Humboldt-Universität sind drei Lehrstühle mit einem  
C28 frauenforschungsspezifischen Schwerpunkt eingerichtet worden.  
C29

C30 **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Herer hat die eine Rückfrage - bitte!  
C31

C32 **Frau Herer (PDS):** Mir ist bekannt, daß an den verschiedenen Universitäten  
C33 Professorinnen auf dem Gebiet der Frauenforschung arbeiten. Trotzdem bin  
C34 ich der Meinung, daß es natürlich auch in anderen Bereichen wie z.B. an  
D 1 der Humboldt-Universität im Bereich Geschichte, Theologie, Gartenbau  
D 2 Ansätze für eine Frauenforschung gibt. Gibt es Vorstellungen des Senats,  
D 3 wie man durch Rahmenpläne oder bestimmte Empfehlungen an die Universitäten  
D 4 eine Förderung der Frauen erreichen kann, so daß noch eine weitere  
D 5 Profilierung für Frauen möglich ist? Ist z.B. an ein Graduiertenkolleg in  
D 6 Berlin gedacht?  
D 7

D 8 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
D 9

D10 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin!  
D11 Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Herer! Wie ich  
D12 bereits gesagt habe, ist der Senat bei der Aufstellung seines  
D13 Hochschulstrukturplans, was die Forschungsthemen und -schwerpunkte angeht,  
D14 auf die Stellungnahmen und Vorschläge der Hochschulen angewiesen. Aus  
D15 diesem Grund haben wir den Referentenentwurf des Hochschulstrukturplans  
D16 den Universitäten zur Stellungnahme zugeleitet. Wir hatten die Erwartung -  
D17 ich hoffe, daß diese erfüllt wird -, daß bis zum 15. Mai die Vorschläge  
D18 und die Entwürfe der Hochschulen vorliegen. Ich bin selbstverständlich  
D19 gern bereit, diese Vorschläge dann zum Gegenstand und zum Inhalt auch des  
D20 Berliner Landeshochschulstrukturplans zu machen.  
D21

D22 **Präsidentin Dr. Laurien:** Eine weitere Rückfrage!  
D23

D24 **Frau Herer (PDS):** Ich nehme das einmal so zur Kenntnis. Wir behalten es  
D25 weiterhin im Auge.  
D26

D27 **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau von Braun!



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4012

A 1 **Frau von Braun** (FDP): Herr Senator! Sind Sie nicht mit mir der Auffassung,  
A 2 daß das, was bereits an Frauenforschung geleistet wird in der Stadt, sehr  
A 3 beachtlich und bundesweit renommiert ist? Halten Sie es nicht für eine  
A 4 besorgniserregende Entwicklung, daß im Hochschulstrukturplan mit Ausnahme  
A 5 der Überschrift das ganze Thema sonst nicht vorkommt? Und finden Sie  
A 6 nicht, daß es in Ihrem Interesse als Senator hätte sein müssen, dem von  
A 7 vornherein energischer entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß das  
A 8 Stichwort Frauenforschung ausführlicher und ausdrücklicher darin vorkommt?  
A 9

A10 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A11  
A12 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin!  
A13 Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete von Braun! Wie Sie  
A14 sehen, gliedert sich dieses Kapitel Forschung in insgesamt sechs  
A15 Unterüberschriften. Und eine der Überschriften lautet: Frauenförderung und  
A16 Frauenforschung. Keinem anderen Forschungsgebiet ist die Ehre zuteil  
A17 geworden, ein eigenes Kapitel - hier zwar nur halbseitig, die Darstellung  
A18 ist insgesamt dünn bei der Forschung - zu erhalten. Es ist nicht Aufgabe  
A19 des Senats, primär die Inhalte der Forschung zu bestimmen, sondern es ist  
A20 Sache der Universitäten, im Rahmen ihrer Wissenschaftsfreiheit Inhalte,  
A21 Strukturen und Schwerpunkte zu bestimmen. Die Unterstützung des Senats von  
A22 Berlin und gerade auch meiner Person haben die Universitäten zu diesem  
A23 Thema. Aber nicht wir sind es, die die Inhalte bestimmen, sondern die  
A24 Hochschulen selbst. Und ich habe eher die Sorge gehabt, ob es denn im  
A25 Rahmen dieser Gliederungssystematik überhaupt sinnvoll erscheint, einen  
A26 Bereich herauszugreifen. Wir haben dies ganz bewußt getan, weil in Berlin  
A27 dieser Schwerpunkt weiterhin so nachhaltig gepflegt werden soll, wie er  
A28 gepflegt wird. Sie haben völlig recht: Die Frauenforschung wird hier  
A29 stärker gepflegt als in allen anderen Bundesländern.  
A30

A31 **Präsidentin Dr. Laurien:** Die nächste Wortmeldung ist von Frau Volkholz!

A32  
A33 **Frau Volkholz** (Bü 90/Grüne): Herr Senator! Was haben Sie denn getan, um  
A34 den einstimmigen Beschluß des Wissenschaftsausschusses vom 15. Juni 1992  
B 1 umzusetzen, in dem Sie ausdrücklich aufgefordert wurden, die Universitäten  
B 2 auf ihre gesetzmäßigen Pflichten zur Förderung der Frauenforschung  
B 3 hinzuweisen? Denn dann könnte man jetzt auch die Wirksamkeit Ihrer  
B 4 Hinweise daran messen.  
B 5

B 6 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

B 7  
B 8 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Frau Abgeordnete  
B 9 Volkholz! Sie berufen sich immer dann auf Hochschulautonomie, wenn ich  
B10 gern etwas anregen würde. Und wenn Sie ein Ergebnis haben wollen, dann  
B11 schlagen Sie die Hochschulautonomie glattweg in den Wind  
B12

B13 [Wieland (Bü 90/Grüne): Was?]

B14  
B15 und behaupten, der Senator könne hier Vorgaben machen, die ihm durch das  
B16 Gesetz und durch die Verfassung verwehrt sind.  
B17

B18 [Liepelt (CDU): Richtig!]

B19  
B20 [1.4]

B21  
B22 **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich rufe die Frage 4

B23  
B24 **Vernichtung historischer Orte durch Betonpistenorgien des Senats in**

**Berlins historischer Mitte**

auf. Frau Abgeordnete Dr. Schreyer hat das Wort!

**Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Ich frage den Senat:

1. Bedeutet der Vorschlag des Verkehrssenators, die Niederkirchnerstraße als vierspurige Durchgangsstraße auszubauen, daß der Senat beabsichtigt,
  - a) einen Teil des Treuhandgebäudes und den Vorplatz vor dem Abgeordnetenhaus abzureißen oder
  - b) zwei Spuren über das Gelände der Ausstellung "Topographie des Terrors" mit Untertunnelung oder Abriß des Martin-Gropius-Baus zu führen oder
  - c) den als Mahnmal unter Denkmalschutz stehenden Teil der Berliner Mauer abzureißen?
2. Bedeutet der Vorschlag des Verkehrssenators, die Französische Straße quer durch die ehemaligen Ministergärten bis zur Ebertstraße/Lennéstraße zu verlängern, daß der Senat die Initiative, ein Holocaust-Denkmal an dieser Stelle zu errichten, nicht mehr unterstützt, sondern statt dessen dort eine Straßenkreuzung als Zeichen seines Umgangs mit den historischen Orten und der gesamten Mitte Berlins anlegen will?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Haase hat sich gemeldet - bitte schön!

**Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Dr. Schreyer! Ihre Mündliche Anfrage beantworte ich wie folgt: In beiden Fällen mit Nein.

Zu 1: Der Senat strebt an, die durchgehende Befahrbarkeit des bestehenden Straßenzuges Zimmer- und Niederkirchnerstraße wiederherzustellen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Ich formuliere das deshalb so umsichtig, weil ich selbstverständlich die Beschlußlage in diesem Hause kenne. Hierzu ist weder erforderlich noch beabsichtigt, daß Teile des Detlef-Rohwedder-Hauses und des Vorplatzes des ehemaligen Preußischen Landtages oder des Martin-Gropius-Baus und die unter Denkmalschutz stehenden Reste der Berliner Mauer abgerissen werden müssen. Auch an eine Untertunnelung ist nicht gedacht.

[Wieland (Bü 90/Grüne): Immer Ihre Idee!]

- Herr Kollege Wieland! In dem Fall war dieses Ihre Idee, nicht meine.

[Wieland (Bü 90/Grüne):  
Das ginge aber als einziges!]

Zu 2: Der Senat plant eine Erschließungsstraße zwischen der ehemaligen Otto-Grotewohl-Straße und der Ebertstraße, etwa an der Fluchtlinie der Französischen Straße. Hierbei wird der mögliche Standort eines Holocaust-Denkmal und dessen Bedeutung berücksichtigt werden.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Schreyer, bitte!

**Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Herr Senator! Stellen Sie sich das so vor, daß das Holocaust-Denkmal nur die Größe einer Ampel haben soll, die an dieser Straßenkreuzung stehen wird, oder haben Sie mit Ihrem Kollegen Kultursenator einmal darüber gesprochen, daß das Holocaust-Denkmal einen angemesseneren und größeren Platz in der Stadtmitte auf den Ministergärten in Anspruch nehmen würde?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

**Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete Dr. Schreyer! Ich bin mit meinen Kollegen darin einig, daß die Erschließungsstraße das Holocaust-Denkmal in keiner Weise tangieren wird.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Wen wundert es - Herr Cramer! - Ach, erst noch Frau Schreyer zu einer weiteren Zusatzfrage!



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4013

A 1 **Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Beabsichtigen Sie, innerhalb der  
A 2 Entwicklungsmaßnahmen für den städtebaulichen Entwicklungsbereich  
A 3 Parlaments- und Regierungsviertel schon erste Straßenausbaumaßnahmen  
A 4 durchzuführen und mit Bundesmitteln zu finanzieren, obwohl der Bund Wert  
A 5 darauf legt, daß kein Durchgangsverkehr in das Parlaments- und  
A 6 Regierungsviertel geleitet wird?

A 7  
A 8 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A 9  
A10 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Frau  
A11 Abgeordnete Schreyer! Es ist keineswegs unser Ziel, Durchgangsverkehr in  
A12 die Stadtmitte hereinzuziehen. Diese Erschließungsstraße ist Bestandteil  
A13 eines Konzepts, das mit dem Bund verhandelt und diskutiert wird, wobei  
A14 eine einvernehmliche Entscheidung herbeigeführt wird. Insofern gehe ich  
A15 allerdings gleichwohl davon aus, daß wir bei Beginn der Baumaßnahmen auf  
A16 dem Potsdamer Platz eine baustraßenmäßige Umfahrung für den Bereich des  
A17 Potsdamer Platzes benötigen. In bezug auf die hier in Rede stehende  
A18 Erschließungsstraße ist das eine langfristige Konzeption, die  
A19 selbstverständlich mit dem Bund abgestimmt wird.

A20  
A21 **Präsidentin Dr. Laurien:** Nächster Redner ist Herr Cramer!

A22  
A23 **Cramer** (Bü 90/Grüne): Herr Senator Haase! Teilen Sie unsere seinerzeitige  
A24 Befürchtung - das war Ende 1990, Anfang 1991 -, daß die von Ihrer  
A25 Verwaltung für unabdingbar notwendig erachtete Busspur in der  
A26 Niederkirchnerstraße nichts anderes war als ein bösesartiges Vortäuschen von  
A27 BVG-freundlicher Absicht, hinter der sich in Wahrheit schon damals die  
A28 Option auf einen vierspurigen Ausbau der Niederkirchnerstraße verbarg?  
A29 Wenn nein, warum nicht?

A30  
A31 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A32  
A33 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Herr  
A34 Abgeordneter! Ich teile die von Ihnen geäußerte Auffassung nicht. Es war  
B 1 keineswegs unsere Absicht, dort eine größere Straße durch Busspurmaßnahmen  
B 2 freizuhalten.

B 3  
B 4 [1.5]

B 5  
B 6 **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich rufe auf die Mündliche Anfrage Nr. 5 über

B 7  
B 8 **Planungen im Bereich Potsdamer Platz**  
B 9 Herr Mleczkowski hat das Wort.

B10  
B11 **Mleczkowski** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
B12 Senat:

B13  
B14 1. Inwieweit verträgt sich die geplante Verschiebung der Potsdamer Straße  
B15 bis dicht an die Philharmonie mit den Belangen der Philharmonie - z.B.  
B16 hinsichtlich Lärm und Erschütterungen durch den Straßenverkehr - und mit  
B17 dem Standort für das geplante Musikarchiv?

B18  
B19 2. In welchem Umfang werden durch das geplante Musicaltheater  
B20 Erweiterungsmöglichkeiten der Staatsbibliothek eingeschränkt?

B21  
B22 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Nagel!

B23  
B24 **Nagel**, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Frau Präsidentin! Meine Damen



B25 und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Mleczkowski! Ich beantworte  
B26 Ihre Frage zu 1 wie folgt: Die Potsdamer Straße wird nicht "bis dicht an  
B27 die Philharmonie" herangeschoben. Es verbleibt ein Raum von 60 m bis zur  
B28 äußeren Wand des Konzertsaals. Die Entfernung bis zum Kammermusiksaal  
B29 beträgt 40 m. Die Differenz zwischen diesen geplanten und den bestehenden  
B30 Maßnahmen liegt bei etwa 50 m. Diese Entfernungsdifferenz ist für die  
B31 Geräuschbelastung unerheblich. Hinzu kommt, daß die beiden Gebäude  
B32 selbstverständlich schalltechnisch gegen Außengeräusche gesichert sind.  
B33 Analoge Kriterien gelten für Erschütterungen durch den Straßenverkehr.  
B34

C 1 Der Standort für das geplante Musikarchiv muß den neuen stadträumlichen  
C 2 Bedingungen angepaßt werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und  
C 3 Umweltschutz will die künftige städtebauliche Entwicklung des Kulturforums  
C 4 durch ein Gutachten untersuchen lassen.  
C 5

C 6 Zu 2: Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß sowohl die Einordnung  
C 7 des Musicaltheaters als auch die Erweiterung der Staatsbibliothek  
C 8 Gegenstand des Konzepts des Senats von Berlin sind und insofern für den  
C 9 Investor eine verbindliche Planungsgrundlage darstellen. Am 24. Februar  
C10 1993 wurde in der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen mit  
C11 Vertretern der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und des Investors der  
C12 gegenwärtige Stand der möglichen Erweiterung durch die zuständige  
C13 Planungsgemeinschaft vorgestellt. Danach kann der quantitative  
C14 Erweiterungsbedarf der Staatsbibliothek in Höhe von 21.000 qm Nutzfläche  
C15 umgesetzt werden. Die gegenwärtig zur Verfügung stehende Grundstücksfläche  
C16 von 4.147 qm bedingt die Einordnung von 3 bis 4 Tiefgeschossen. Der  
C17 jetzige Planungsstand ist Gegenstand des Koordinierungsbebauungsplans und  
C18 wurde auch der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Rahmen der Beteiligung  
C19 der Träger öffentlicher Belange übergeben.  
C20

C21 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Mleczkowski!  
C22

C23 **Mleczkowski (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
C24 Senat, weil der Senator, was die Stadtentwicklung betrifft, wohl in dieser  
C25 Hinsicht nicht antworten kann: Wann ist unter den neuen stadträumlichen  
C26 Bedingungen mit einer Entscheidung zu rechnen, die den veränderten  
C27 Standort für das Musikarchiv betrifft? Wann wird ein Gutachten vergeben,  
C28 und wann liegt es vor? Inwieweit wird durch die Standortfrage die  
C29 Konzeption des Musikarchivs verschoben?  
C30

C31 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
C32

C33 **Nagel, Senator für Bau- und Wohnungswesen:** Das Gutachten ist vergeben  
C34 worden. Folgerungen aus dem Gutachten werden vom Senat gezogen, wenn es  
D 1 vorliegt. Das wird - nach der üblichen Zeit für Gutachten - vielleicht in  
D 2 drei bis vier Monaten sein.  
D 3

D 4 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Niklas ist der nächste Redner.  
D 5

D 6 **Dr. Niklas (SPD):** Herr Senator! Aus Ihrer Antwort wurde nicht ganz  
D 7 deutlich, ob sich die Position des Senats in bezug auf die Errichtung  
D 8 eines Musikarchivs unabhängig von dem Gutachten durch die neue  
D 9 Flächensituation verändert hat. Und es wurde mir aus Ihrer Antwort auch  
D10 nicht deutlich, ob die Vibrationen von schwerbeladenen 40-t-Lkws, die auf  
D11 der Entlastungsstraße häufig verkehren, über die Fundamente der  
D12 Philharmonie in den Konzertsaal hineinwirken könnten und wie das  
D13 untersucht worden ist.  
D14

D15 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
D16

D17 **Nagel, Senator für Bau- und Wohnungswesen:** Ich darf zunächst darauf  
D18 aufmerksam machen - ich sage das auch noch einmal mit Blick auf den  
D19 Kollegen Mleczkowski -: Die Philharmonie

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4014

A 1 **Sen Nagel**

A 2  
A 3 selbst hat bisher in keiner Weise die Planungen des Senats moniert. Die  
A 4 Philharmonie weiß spätestens seit der Renovierung der Decke, daß der  
A 5 Senator für Bau- und Wohnungswesen im Hinblick auf die Qualität des  
A 6 Konzertgebäudes ihr oberster Sachwalter ist.

A 7  
A 8 [Beifall der Abgn. Frau Riedrich (SPD)  
A 9 und Dr. Niklas (SPD) -  
A10 Dr. Niklas (SPD): Sehr gut!]

A11  
A12 Im übrigen weise ich darauf hin, daß auch bereits jetzt Tag und Nacht  
A13 relativ nah an der Philharmonie auf der Entlastungsstraße bzw. auf der  
A14 Verbindung von der Entlastungsstraße zur Potsdamer Straße  
A15 Schwerlastverkehr stattfindet, der den Klangkörper in keiner Weise  
A16 beeinträchtigt hat. Selbstverständlich wird man dieses alles bei  
A17 Veränderungen im Straßenprofil untersuchen. Ich habe aber keine  
A18 Veranlassung - sowohl im Hinblick auf Flugverkehr als auch im Hinblick auf  
A19 Straßenverkehr, aber selbst auch für den Fall, daß dort eine Straßenbahn  
A20 verkehren wird, was in der Tiergartenstraße geplant ist -, davon  
A21 auszugehen, daß sich dort irgendwelche Beeinträchtigungen ergeben.  
A22 Insofern können Sie beruhigt sein. Wir werden den Klangkörper schon  
A23 schaukeln.

A24  
A25 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Der nächste Redner ist Herr  
A26 Schuster!

A27  
A28 **Schuster (SPD):** Herr Senator! Mich interessiert, ob es mit dem Gutachten,  
A29 das Sie für das Musikarchiv vorgelegt haben, Vorgaben gibt, die eine  
A30 Veränderung der Scharounschen Planung betreffen, und das nicht nur im  
A31 Hinblick auf das Musikarchiv, sondern auch auf das Gästehaus, oder ob es  
A32 nur darum geht, die Scharounsche Planung in die veränderte  
A33 städteplanerische Situation einzupassen.

A34  
B 1 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

B 2  
B 3 **Nagel, Senator für Bau- und Wohnungswesen:** Frau Präsidentin! Herr Kollege  
B 4 Schuster! Das Gutachten betrifft zunächst einmal nicht nur das  
B 5 Musikarchiv, sondern insgesamt den Weiterbau bzw. die Anpassung der  
B 6 Planungen für das Kulturforum an den städtebaulichen Entwurf aus dem  
B 7 Wettbewerb "Potsdamer und Leipziger Platz". Ob sich aus diesen  
B 8 Interdependenzen zwischen Potsdamer und Leipziger Platz einerseits und dem  
B 9 Kulturforum andererseits neue Überlegungen im Hinblick auf die uns von  
B10 Scharoun nicht eigentlich hinterlassene, aber skizzenhaft angedeutete  
B11 Konzeption für das Kulturforum ergeben, soll das Gutachten zunächst einmal  
B12 klären. Insofern kann heute keine Aussage darüber getroffen werden, ob und  
B13 in welcher Weise das Kulturforum verändert wird, aber so, wie es  
B14 Gegenstand der Weiterentwicklung des städtebaulichen Entwurfs war, der  
B15 sich dann auch im Realisierungsergebnis durch den Architekten Piano  
B16 wiederfand, nämlich eine Durchlässigkeit zwischen dem Platzbereich  
B17 "Potsdamer Platz und Leipziger Platz" einerseits und dem Kulturforum  
B18 andererseits - das war auch der Grund der Prämierung -, aber so, wie sich  
B19 diese Durchlässigkeit als notwendig erwiesen hat, so wollen wir auch  
B20 nicht, daß das, was einmal unter anderen stadträumlichen Bedingungen als  
B21 sogenannte Scharounsche Konzeption entwickelt worden ist, nun seinerseits  
B22 keine Durchlässigkeit gegenüber dem anderen Platzbereich mit sich bringt.  
B23 Dieses ist alles nicht abgeschlossen. Da wird zu Recht diese Untersuchung  
B24 angestellt, und dann wird es mit Sicherheit - und das ist auch notwendig -  
B25 eine breite öffentliche Diskussion darüber geben.

B26  
B27 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Herr Dr. Niklas hat sich als  
B28 nächster zu Wort gemeldet. - Nein, doch nicht! Dann war das nur ein großer  
B29 Eifer!

B30  
B31 [1.6]

B32  
B33 Dann kann ich die nächste Frage aufrufen. Herr Helias hat das Wort zu  
B34 seiner Mündlichen Anfrage über

C 1 **ABM-Mitteleinsatz im Arbeitsamt VIII**

C 2  
C 3 **Helias (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
C 4 Senat:

C 5  
C 6 1. Trifft es zu, daß die vom Berliner Arbeitsamt VIII bewilligten Mittel  
C 7 für ABM-Kräfte je Bewilligungsfall zu den höchsten in den neuen  
C 8 Bundesländern zählen, und wie erklären sich diese unverhältnismäßig hohen  
C 9 Zahlen?

C10  
C11 2. Wie hoch sind die Durchschnittszahlen je Bewilligungsfall bei den  
C12 übrigen Berliner Arbeitsämtern, und welche Maßnahmen ergreift der Senat,  
C13 um einen ausgewogenen Mitteleinsatz zu gewährleisten?

C14  
C15 **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Bürgermeisterin Bergmann hat das Wort!

C16  
C17 **Frau Dr. Bergmann,** Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen:  
C18 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Helias! Zu  
C19 Ihrer ersten Frage: Für das Berliner Arbeitsamt VIII kann nicht bestätigt  
C20 werden, daß das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt pro ABM-Kraft zu  
C21 den höchsten in den neuen Bundesländern zählt. Die Bundesanstalt für  
C22 Arbeit führt hierzu zwar keine laufende Geschäftsstatistik, aber  
C23 vorliegende Ermittlungen und Schätzungen des Landesarbeitsamtes Berlin-  
C24 Brandenburg zu den durchschnittlichen Kostensätzen je ABM-Platz wird 1993  
C25 der höchste Betrag mit 3.011 DM im Arbeitsamt VI gezahlt. Das ist auf die  
C26 Arbeitslosen- und ABM-Projektstruktur in diesem Arbeitsamtsbezirk  
C27 zurückzuführen, die einen hohen Anteil von Akademikern und entsprechende  
C28 Tarifstrukturen aufweist.

C29  
C30 Zu Frage 2: Bei den Berliner Arbeitsämtern im Ostteil der Stadt wurde  
C31 1993 von folgenden durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelten für ABM-  
C32 Kräfte ausgegangen: Arbeitsamt VI 3.011 DM - wie bereits gesagt -,  
C33 Arbeitsamt VII 2.456 DM, Arbeitsamt VIII 2.436 DM und Arbeitsamt IX  
C34 2.436 DM. Für das gesamte Beitrittsgebiet geht die Bundesanstalt für  
D 1 Arbeit von einem Bruttoarbeitsentgelt in der Größenordnung von 2.600 DM  
D 2 aus. Hieraus ergibt sich, daß in Berlin - wie im übrigen auch in  
D 3 Brandenburg - keine überdurchschnittlichen ABM-Bruttoarbeitsentgelte  
D 4 vorliegen. Nach dem neuen ABM-Stabilisierungsprogramm des Bundes gilt für  
D 5 das Arbeitsentgelt eine Obergrenze von 2.500 DM brutto monatlich. Nur in  
D 6 begründeten Einzelfällen kann eine Ausnahme durch den Präsidenten der  
D 7 Bundesanstalt für Arbeit - auf den Ebenen darunter geht es nicht -  
D 8 zugelassen werden. Die in der Frage angesprochene ausgewogene  
D 9 Mittelverteilung wird innerhalb der Bundesanstalt für Arbeit entsprechend  
D10 dem jeweiligen arbeitsmarktpolitischen Bedarf in den einzelnen  
D11 Arbeitsamtsbezirken vorgenommen.

D12  
D13 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Helias! Sie haben zur nächsten Frage das  
D14 Wort!

D15  
D16 **Helias (CDU):** Frau Senatorin! Welche Aufgaben haben die für die einzelnen  
D17 Arbeitsamtsbezirke zuständigen Servicegesellschaften bei der  
D18 Projektbewilligung?

D19  
D20 **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin!

D21  
D22 **Frau Dr. Bergmann,** Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen:  
D23 Die zuständigen Servicegesellschaften in den Arbeitsamtsbezirken beraten  
D24 und begleiten ABM-Projekte, sie bereiten auch die Entscheidungsfindung für  
D25 die jeweilige Bewilligung vor, die dann in den entsprechenden ABM-  
D26 Ausschüssen der Arbeitsamtsbezirke getroffen wird. Ich nehme an, darauf  
D27 zielt Ihre Frage ab. Darüber hinaus könnten wir jetzt eine lange  
D28 Aufzählung der Aufgaben der Servicegesellschaften vornehmen.



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4015

- A 1 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Helias! Sie haben die nächste Frage! -  
A 2 | Bitte!  
A 3 |
- A 4 | **Helias (CDU):** Frau Senatorin! Gehört zu den Aufgaben der  
A 5 | Servicegesellschaften auch die nachbereitende Projektbewertung, und in  
A 6 | welcher Form finden solche Bewertungen für nachfolgende Projekte  
A 7 | Berücksichtigung?  
A 8 |
- A 9 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin!  
A10 |
- A11 | **Frau Dr. Bergmann,** Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen:  
A12 | Das gehört zu den Aufgaben der Servicegesellschaften. Sie begleiten z.B.  
A13 | auch Ausgründungen aus ABM-Projekten. Sie versuchen, den Anschluß in  
A14 | andere Programme oder in Institutionen zu erreichen, z.B. im Bereich der  
A15 | Wissenschaft und in anderen jeweilig vorliegenden Bereichen. Zu ihrer  
A16 | Aufgabe gehört z.B., die Qualifizierung vorzubereiten, sie in den  
A17 | Projekten zu begleiten für neu entstehende Arbeitsplätze im gewerblichen  
A18 | Bereich, wenn wir an die Arbeitsförderungsbeschäftigungs- und  
A19 | Strukturentwicklungsgesellschaften im Treuhandbereich denken.  
A20 |
- A21 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Die nächste Frage hat Frau Freundl!  
A22 |
- A23 | **Frau Freundl (PDS):** Frau Senatorin! Trifft es zu, daß der Senat plant, die  
A24 | 70 Stellen, die für die Erhaltung der Fraueninfrastruktur auch aus ABM  
A25 | geplant waren, um 50 Prozent, also auf 35 Stellen, zu reduzieren?  
A26 |
- A27 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin!  
A28 |
- A29 | **Frau Dr. Bergmann,** Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen:  
A30 | Das hat zwar mit der ursprünglichen Frage nichts mehr zu tun, aber ich  
A31 | will die Frage gerne beantworten.  
A32 |
- A33 | Wir haben vorgesehen, 70 Stellen im Bereich der Fraueninfrastruktur für  
A34 | Frauen ab 45 in unserem arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm über  
B 1 | Lohnkostenzuschüsse zu fördern. Das bedeutet, daß damit gleichzeitig eine  
B 2 | Bindung an später entstehende feste Arbeitsplätze vorliegt. Wir haben vor,  
B 3 | das in dem vorgesehenen Umfang auch durchzuführen, also bei den 70 Stellen  
B 4 | zu bleiben. Es liegen natürlich im Moment schon sehr viel mehr Anträge  
B 5 | vor.  
B 6 |
- B 7 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Liepelt - bitte!  
B 8 |
- B 9 | **Liepelt (CDU):** Frau Senatorin! Trifft es zu, daß dieses Arbeitsamt immer  
B10 | noch eine Leiterin hat, die bereits als hohe SED-Funktionärin in den  
B11 | Jahren vor 1990 die gleiche Funktion innehatte?  
B12 |
- B13 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin - bitte!  
B14 |
- B15 | **Frau Dr. Bergmann,** Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen:  
B16 | Für das Arbeitsamt VIII kann ich Ihnen keine genaue Auskunft darüber  
B17 | geben, welche Funktion die betreffende Arbeitsamtsdirektorin vorher  
B18 | innehatte. Wir gehen allen Hinweisen nach, die an uns herangetragen  
B19 | werden, und sind entsprechend bei der Bundesanstalt für Arbeit vorstellig  
B20 | geworden.  
B21 |
- B22 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin! Ich würde empfehlen, daß Sie  
B23 | außerhalb dieser Sitzung auch mit mir noch einmal Kontakt aufnehmen. Ich  
B24 | kann Ihnen dazu auch etwas sagen.

B25 [1.7]

B26

B27

B28 Das Wort hat nun Herr Dr. Borghorst zu seiner Mündlichen Anfrage über

B29 **Flugzeugbrand auf dem Flughafen Tempelhof**

B30

B31 **Dr. Borghorst** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage  
B32 den Senat:

B33

B34 1. Welche Risiken und Gefahren bestanden bei dem Flugzeugbrand am 7. Mai  
C 1 1993 auf dem Flughafen Tempelhof für Passagiere sowie Anwohner?

C 2

C 3 2. Wie beurteilt der Senat nach dem Flugzeugunglück das Sicherheitsrisiko  
C 4 am Flughafen Tempelhof, ist eine Katastrophe wie in Amsterdam vorstellbar,  
C 5 und wird der Senat nunmehr noch mehr unternehmen, damit der Flughafen  
C 6 Tempelhof schneller als geplant geschlossen wird?

C 7

C 8 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Haase - bitte!

C 9

C10 **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe: Vielen Dank für den Saft,  
C11 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! - -

C12

C13 **Präsidentin Dr. Laurien:** Verzeihen Sie, Sie haben sich zu früh bedankt!  
C14 Aber jetzt ist es okay.

C15

C16 **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe: Ich werde es nicht  
C17 wiederholen, Frau Präsidentin! - Herr Kollege Borghorst! Ihre Mündliche  
C18 Anfrage beantworte ich wie folgt:

C19

C20 Zu 1: Weder die Passagiere und Besatzungsmitglieder des Flugzeuges noch  
C21 die Anwohner des Flughafens Tempelhof waren zu irgendeinem Zeitpunkt des  
C22 Vorfalls am vergangenen Freitag abend in Gefahr. Im übrigen handelte es  
C23 sich bei diesem Vorfall nicht um einen Flugzeugbrand, wie die Lufthansa in  
C24 einer Presseerklärung vom 8. Mai bereits deutlich gemacht hat, sondern um  
C25 einem leichten Schwelbrand mit Rauchentwicklung - aber ohne Flammen - am  
C26 rechten Fahrwerk,

C27

C28 [Wieland (Bü 90/Grüne): Wo ist denn da der Unterschied?]

C29

C30 der um 20.12 Uhr gemeldet wurde und um 20.15 Uhr durch die Feuerwehr  
C31 gelöscht worden ist. Ursache waren überhitzte Bremsen, da eine Warnlampe  
C32 im Cockpit den Piloten zum Startabbruch veranlaßt hatte.

C33

C34 Zu 2: Der Vorgang bestätigt die Sicherheit des Flughafens und seiner  
D 1 Betriebsverfahren. Die Berliner Flughäfen sind sicher. Sie verfügen über  
D 2 alle technischen Einrichtungen, darunter auch Sicherheitsausrüstungen, die  
D 3 für die Durchführung eines sicheren Flugbetriebes erforderlich sind. Diese  
D 4 werden laufend dem jeweiligen Stand der Technik angepaßt und unterliegen  
D 5 regelmäßigen Wartungen und Überprüfungen auf ihre Funktionsfähigkeit.

D 6

D 7 [Wieland (Bü 90/Grüne):

D 8 Das war ja wohl in Amsterdam auch so, Herr Haase!]

D 9

D10 Vorhandensein und Mindestanforderungen an technische Ausrüstungen sowie  
D11 die organisatorische Struktur entsprechender Flughafendienste werden durch  
D12 die Internationale Organisation der Zivilluftfahrt - ICAO - verbindlich  
D13 festgeschrieben.

D14

D15 Der Senat hat keinen Anlaß, den Vorfall in Tempelhof mit der schrecklichen  
D16 Katastrophe in Amsterdam in Verbindung zu bringen, zumal diese Katastrophe  
D17 nicht flughafenspezifisch war, sondern durch ein steuerlos gewordenes  
D18 Flugzeug außerhalb der normalen An- und Abflugwege verursacht wurde.

D19

D20 Der Senat hält daran fest, den Flughafen Tempelhof zu schließen, sobald  
D21 entsprechende Kapazitäten im Start- und Landebahnbereich in der Region  
D22 Berlin zur Verfügung stehen.

D23

D24 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Borghorst - bitte!

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4016

A 1 | **Dr. Borghorst** (SPD): Herr Senator! Teilen Sie trotz Ihrer Ausführungen  
A 2 | meine Auffassung, daß innerstädtische Flughäfen wie der Flughafen  
A 3 | Tempelhof ein Sicherheitsrisiko bleiben und daß sie ein Anachronismus und  
A 4 | den Anwohnern nicht zumutbar sind? Welche Anstrengungen wird der Senat  
A 5 | unternehmen, daß der Flughafen so schnell wie möglich - möglichst 1995/96  
A 6 | - geschlossen wird?

A 7 |  
A 8 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A 9 |  
A10 | **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Herr  
A11 | Kollege Dr. Borghorst! Ich teile Ihre Auffassung, daß die innerstädtischen  
A12 | Flughäfen in Berlin geschlossen werden sollten, so schnell dieses möglich  
A13 | ist. Deshalb ist der Senat mit dem Land Brandenburg und mit dem Bund  
A14 | dabei, möglichst rasch und unverzüglich einen neuen Flughafen Berlin  
A15 | International in der Region zu bauen. Ich kann Ihnen allerdings nicht  
A16 | sagen, daß die Jahreszahl, die Sie genannt haben, schon der Zeitpunkt sein  
A17 | wird, zu dem wir auf Tempelhof verzichten können, denn die Starts und  
A18 | Landungen, die wir derzeit in Tempelhof gerade mit den kleinen Maschinen  
A19 | durchführen, würden zu einer Überbelastung der Kapazitäten der beiden  
A20 | anderen bestehenden Flughäfen führen.

A21 |  
A22 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Borghorst - bitte!

A23 |  
A24 | **Dr. Borghorst** (SPD): Herr Senator! Welche Möglichkeit sehen Sie, die  
A25 | Anflugkorridore für Tempelhof und Tegel stärker außerhalb des Stadtgebiets  
A26 | zu führen und damit lange Anflugschleifen über dem Stadtgebiet zu  
A27 | vermeiden? Läßt sich dadurch auch die Sicherheitslage verbessern?

A28 |  
A29 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A30 |  
A31 | **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Herr  
A32 | Kollege Dr. Borghorst! Die Anflugkorridore für den Flughafen Tegel und  
A33 | auch für den Flughafen Tempelhof sind in der letzten Zeit von der  
A34 | Deutschen Flugsicherung verändert worden. Ich sehe allerdings keine  
B 1 | Möglichkeit, einen Anflugkorridor für den Flughafen Tempelhof zu finden,  
B 2 | der nicht über das Stadtgebiet geht.

B 3 |  
B 4 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Zur Geschäftslage: Von den zahlreichen  
B 5 | Abgeordneten, die sich gemeldet haben, kommt jetzt kühl der Reihe nach  
B 6 | Herr Cramer dran - bitte!

B 7 |  
B 8 | **Cramer** (Bü 90/Grüne): Auf einer Bürgerversammlung in Neukölln hat der SPD-  
B 9 | Fraktionsvorsitzende Staffelt erklärt,

B10 |  
B11 | [Palm (CDU): Die Frage!]

B12 |  
B13 | daß unzweifelhaft der Flughafen Tempelhof sofort geschlossen würde, wenn  
B14 | dort ein Flugzeugunglück geschehen sollte. Warum nehmen Sie eine solche  
B15 | Befürchtung und diesen Vorfall, der sich dort ereignet hat und der - Gott  
B16 | sei Dank - glimpflich ausgegangen ist, nicht zum Anlaß, um sofort den  
B17 | Flughafen Tempelhof zu schließen, weil er ein großes Sicherheitsrisiko  
B18 | ist, und um die freien Kapazitäten in Schönefeld mit denen aus Tempelhof  
B19 | zu füllen?

B20 |  
B21 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]

B22 |  
B23 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Haase hat das Wort!

B24 |

B25 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Herr  
B26 Abgeordneter Cramer! Ich teile nicht Ihre Einschätzung hinsichtlich der  
B27 Sicherheit der Berliner Flughäfen. Das habe ich eben versucht  
B28 darzustellen, und ich habe ebenfalls dargestellt, daß wir derzeit auf den  
B29 Flughafen Tempelhof leider nicht verzichten können.

B30  
B31 [Wieland (Bü 90/Grüne):  
B32 Sie wollen nicht darauf verzichten!]

B33  
B34 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Biewald - bitte!

C 1  
C 2 **Dr. Biewald** (CDU): Herr Senator Haase! Wird sich der Senat dann vielleicht  
C 3 mit der Bitte an den Abgeordneten Borghorst wenden, auch an alle anderen  
C 4 Bundesländer heranzutreten? Es gibt nämlich keinen einzigen Flugplatz, bei  
C 5 dem der An- bzw. Abflug nicht irgendwo in niedriger Höhe über  
C 6 Siedlungsgebiet führt. Um dem Nachdruck zu verleihen, möchte ich dem  
C 7 Kollegen empfehlen,

C 8  
C 9 [Wieland (Bü 90/Grüne): Sie sollen eine Frage stellen,  
C10 keine Empfehlungen geben!]

C11  
C12 beispielsweise die Landesregierung von Schleswig-Holstein anzuschreiben,  
C13 denn am 8. Mai 1993 um 12.10 Uhr beim Abflug der "Eurowings" nach Berlin  
C14 mußte über dem Ort Westerland der Flug wegen eines Schmelbrandes  
C15 abgebrochen werden. Diese Maschine ist glimpflicherweise wieder in Sylt  
C16 gelandet. Auch dort kann das gleiche geschehen, d.h. da, wo Technik ist,  
C17 wird es immer Gefahren geben. Es wird immer den Überflug über Gebiete  
C18 geben, die gerade - -

C19  
C20 [Zurufe: Die Frage!]

C21  
C22 - Die Frage war eingangs an den Herrn Senator gestellt, nämlich ob er das  
C23 dem Kollegen Borghorst empfehlen wird.

C24  
C25 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, die Eingangsfrage war gestellt!

C26  
C27 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Herr  
C28 Kollege Dr. Biewald! Ich glaube, daß der Kollege Dr. Borghorst Ihre  
C29 Information soeben mitbekommen hat und daß es deshalb nicht des Umwegs  
C30 über den Senat bedarf!

C31  
C32 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! Dieser Teil der Fragestunde ist  
C33 damit beendet!

C34  
D 1 Wir kommen jetzt zur

D 2 **Spontanen Fragestunde**

D 3  
D 4 Ich darf noch einmal an die Geschäftsordnung erinnern: In der ersten Runde  
D 5 gibt es in der üblichen Fraktionsreihenfolge je einen ersten Redner.  
D 6 Dieser erste - das sage ich jetzt kritisch-liebevoll - kann nicht vorher  
D 7 vereinbart werden, sondern derjenige muß den Knopf drücken. Wir sehen, wer  
D 8 gedrückt hat; das ist hier registriert, und derjenige kommt dran. Danach  
D 9 ist - wie Sie wissen - freie Wildbahn, dann geht es ebenfalls nach der  
D10 Reihenfolge, und jeder kommt dran. Ich wiederhole, daß ein Senator in  
D11 diesem Teil der Fragestunde nicht von seinem Staatssekretär vertreten  
D12 werden kann. Ich rufe dies nochmals in Erinnerung, weil mehrere Fragen  
D13 dazu eingetroffen sind: Wenn der Senator nicht da ist, kann er auch nicht  
D14 gefragt werden. Außerdem weise ich nochmals darauf hin, daß eine kurze  
D15 Rückfrage möglich ist.

D16  
D17 [Pewestorff (PDS):  
D18 Wo ist der Regierende Bürgermeister?]

D19  
D20 Ich bin auch gefragt worden, ob der Regierende Bürgermeister da sein  
D21 könnte, der für diesen Teil der Sitzung nicht als entschuldigt gemeldet  
D22 worden ist. Ich könnte eine höflichere Form finden, wenn die  
D23 Außensprechanlage bereits funktionieren würde, so aber muß ich zu der  
D24 unhöflicheren Form Zuflucht nehmen und bitten, dies durch Mitarbeiter  
D25 zügig und schneller zu klären, als es der Aktengang wäre. - Jetzt aber  
D26 geht es los!

D27  
D28 [S1]



D29 |  
D30 | Selbstverständlich ist die CDU-Fraktion die erste, und zwar Herr Schippel!  
D31 |  
D32 | **Schippel** (CDU): Ich frage den Senator für Bau- und Wohnungswesen: Treffen  
D33 | Presseberichte vom heutigen Tage zu, daß bei den Plänen für den ersten  
D34 | Bauabschnitt der Wasserstadt Oberhavel eine Kita zugunsten von Wohnbauten  
D35 | gestrichen wird?

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4017

- A 1 **Präsidentin Dr. Laurien:** Bitte, Herr Senator Nagel!
- A 2
- A 3 **Nagel,** Senator für Bau- und Wohnungswesen: Frau Präsidentin! Meine Damen
- A 4 und Herren! Ich beantworte Ihre spontane Frage wie folgt: Zur Zeit
- A 5 befinden sich aufgrund aktueller Diskussionen über die Vermarktung von
- A 6 Gewerbeflächen in der Wasserstadt Oberhavel die Planungen in quantitativer
- A 7 Hinsicht in der Überarbeitung, so daß heute überhaupt noch nicht
- A 8 abschließend gesagt werden kann, wie viele Kindertagesstätten insgesamt
- A 9 benötigt werden.
- A 10
- A 11 **Präsidentin Dr. Laurien:** Eine kurze Nachfrage ist zulässig! - Das wird von
- A 12 Ihnen nicht gewünscht.
- A 13
- A 14 [S2]
- A 15
- A 16 Dann hat Frau Herer das Wort!
- A 17
- A 18 **Frau Herer (PDS):** Ich frage den Regierenden Bürgermeister: Am 8. Mai haben
- A 19 Sie anlässlich des Tages der offenen Tür festgestellt, daß Ihre Partei für
- A 20 Olympia 2000 eintritt, daß es aber einige Chaoten gibt, die dagegen sind,
- A 21 die aber nicht einmal handfeste Argumente gegen die Durchführung der
- A 22 Olympischen Spiele benennen könnten. Ich möchte von Ihnen wissen, mit
- A 23 welchem Recht Sie ungefähr 50 % der Bevölkerung Berlins als Chaoten
- A 24 bezeichnen, nur weil sie ihre Ablehnung zu diesem Senatskonzept öffentlich
- A 25 deutlich gemacht haben?
- A 26
- A 27 [Vereinzelter Beifall bei der PDS]
- A 28
- A 29 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!
- A 30
- A 31 **Dieppen,** Regierender Bürgermeister: Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete!
- A 32 Ich habe in meiner Antwort auf Anfragen von Bürgern sehr genau
- A 33 differenziert. Es gibt eine Reihe von Bürgern, die hinsichtlich der
- A 34 Belastung der Stadt Fragen und einzelne Argumente vortragen, die ich nicht
- B 1 teile, die ich auch nicht für überzeugend halte, die man aber natürlich
- B 2 haben kann. Eine Diskussion in dieser Stadt ist sinnvoll und notwendig;
- B 3 sie wird auch von allen geführt.
- B 4
- B 5 Es gibt aber darüber hinaus eine Gruppe von Chaoten, denen es in der Tat
- B 6 weder um Olympia noch um sonst etwas geht, sondern nur um Gegnerschaft
- B 7 gegen alles. Diese haben mit der Anwendung von Gewalt gedroht, diese haben
- B 8 durch ihr öffentliches Auftreten, durch Flugblätter, der Stadt Berlin
- B 9 einen großen Schaden zugefügt, und denen sage ich: Sie haben keine
- B 10 Argumente, denn wer so vorgeht, hat offensichtlich keine!
- B 11
- B 12 [Beifall bei der CDU
- B 13 und der Abgn. Frau Schöttler (SPD)
- B 14 und Frau von Braun (FDP)]
- B 15
- B 16 **Präsidentin Dr. Laurien:** Haben Sie eine Rückfrage?
- B 17
- B 18 **Frau Herer (PDS):** Ich habe keine Nachfrage, da die Antwort für mich
- B 19 eindeutig war. Die Bevölkerung wird es zu würdigen wissen.
- B 20
- B 21 **Präsidentin Dr. Laurien:** Sie brauchen das nicht zu begründen!
- B 22
- B 23 [S3]
- B 24

B25 Frau Leyk, Sie hatten sich angemeldet und haben sich dann per Knopfdruck  
B26 wieder abgemeldet. - Jetzt sind Sie wieder da! Bitte, Sie haben das Wort!  
B27

B28 **Frau Leyk** (SPD): Entschuldigen Sie, irgend etwas mit der Technik  
B29 funktioniert nicht. Ich hatte gedrückt und habe auch kein Papier darauf  
B30 gelegt.  
B31

B32 **Präsidentin Dr. Laurien:** Sie waren da und dann wieder weg, weil Sie den  
B33 Knopf offenbar nochmals gedrückt haben.  
B34

C 1 **Frau Leyk** (SPD): Ich frage den Senator für Verkehr und Betriebe: Halten  
C 2 Sie die Tatsache, daß die BVG nach eigener Auskunft bei einer  
C 3 Fahrplanumstellung am 23. Mai 1993 trotz vielfältiger Änderungen im  
C 4 Liniennetz erst am 25. Mai 1993 mit der Auslieferung der neuen  
C 5 Fahrplanbücher beginnt, für eine Maßnahme zur Stärkung der Attraktivität  
C 6 des öffentlichen Personennahverkehrs?  
C 7

C 8 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
C 9

C10 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Frau  
C11 Abgeordnete! Ich habe erst durch Ihre Anfrage soeben davon Kenntnis  
C12 erhalten, daß die Auslieferung der Fahrpläne später erfolgen soll. Ich  
C13 werde mich selbstverständlich mit der Geschäftsleitung in Verbindung  
C14 setzen und mich erkundigen, ob es gelingt, dies früher zu machen. Ich  
C15 weise aber darauf hin, daß die BVG ihrerseits durch Presse- und  
C16 Öffentlichkeitsarbeit - durch ihre eigenen, hausinternen Informationen wie  
C17 auch durch Pressemitteilungen - auf die bevorstehenden Änderungen im  
C18 Rahmen des Fahrplans hingewiesen hat.  
C19

C20 **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Leyk, Sie haben eine Nachfrage? -  
C21 Selbstverständlich!  
C22

C23 **Frau Leyk** (SPD): Herr Senator! Es geht nicht nur um Linienänderungen,  
C24 sondern auch um Fahrplanänderungen. Falls der Bevölkerung die Fahrpläne  
C25 nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden können - übrigens im  
C26 Gegensatz zu den Fahrplänen der Bahn, die bereits ausgeliefert werden -,  
C27 kann der Senat dann wenigstens zusichern, daß alle Berlinerinnen und  
C28 Berliner, die ein Fahrplanbuch wünschen, dieses innerhalb einer Woche  
C29 bekommen können?  
C30

C31 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
C32

C33 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Präsidentin! Frau  
C34 Abgeordnete! Ich kann Ihnen zusichern, daß ich den entsprechenden Druck  
D 1 auf die Geschäftsleitung unseres Verkehrsbetriebs ausüben werde.  
D 2

D 3 **Präsidentin Dr. Laurien:** Also das Wort "Druck" im doppelten Sinn!  
D 4

D 5 [S4]  
D 6

D 7 Die nächste Wortmeldung hatte Frau Schreyer! Übrigens haben Sie mit Ihrer  
D 8 Karte gespielt und Ihren Namen gelöscht, und nur, weil Frau Volkholz so  
D 9 aufmerksam war, klappt es nun!  
D10

D11 **Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Das ist weibliche Solidarität! Ich danke  
D12 dir!  
D13

D14 Ich frage den Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz zum  
D15 Wettbewerbsverfahren Alexanderplatz: Es war vorgesehen, die  
D16 Überarbeitungsphase unmittelbar am Tag nach Abschluß der öffentlichen  
D17 Ausstellung durchzuführen, so daß es unmöglich gewesen wäre, die Einwände  
D18 und Kommentare der Bürger auszuwerten. In der Presse war zu lesen, daß Sie  
D19 sich mittlerweile eines Besseren besonnen haben und die  
D20 Überarbeitungsphase zeitlich hinausschieben werden, um die Anmerkungen der  
D21 Bürger auszuwerten. Trifft dies zu? Und falls ja: Wann soll die  
D22 Überarbeitungsphase beginnen?  
D23

D24 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Hassemer!  
D25

D26 **Dr. Hassemer**, Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz: Frau  
D27 Präsidentin! Frau Kollegin Schreyer! Ich habe mich in der Tat - angesichts

D28 | des von mir sehr begrüßten starken sowie intensiven Prozesses der  
D29 | Bürgerbeteiligung - dazu entschlossen, Fristen nicht einzuhalten, die für  
D30 | den Abschluß des Verfahrens

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4018

A 1 | **Sen Dr. Hassemer**

A 2 |  
A 3 | vorgesehen waren. Wir werden uns die Zeit nehmen, die wir benötigen, um  
A 4 | diese Beteiligung auszuwerten und an die Architekten weiterzugeben, um  
A 5 | danach die weiteren Schritte des Verfahrens in Angriff zu nehmen.  
A 6 |

A 7 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Haben Sie noch eine kurze Rückfrage? - Bitte!

A 8 |  
A 9 | **Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Werden Sie denn ebenfalls die Bedenken  
A10 | der beiden Berliner Bürger Nagel und Meisner aufnehmen, daß es auch aus  
A11 | wirtschaftspolitischen Gründen nicht sinnvoll ist, eine derart hohe  
A12 | Bruttogeschoßfläche an Bürobauten dort jetzt zu errichten, und daß es  
A13 | besser wäre, diesen Wettbewerb momentan gänzlich auszusetzen?  
A14 |

A15 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A16 |  
A17 | **Dr. Hassemer**, Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz: Da Sie, wie  
A18 | ich feststelle, alle drei bei der Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung  
A19 | nicht dabei waren, kann ich wahrscheinlich vor allem Sie, Frau Schreyer,  
A20 | beruhigen. Ich bin sicher, wenn wir die Gelegenheit haben, gemeinsam die  
A21 | Fakten auszutauschen, dann werde ich noch nicht einmal in die Gefahr  
A22 | geraten, Bedenken ausräumen zu müssen, sondern wir werden - wie es die  
A23 | Zusammenarbeit dieses Senats sehr oft atmet - gemeinsame Meinungen haben.  
A24 |

A25 | [Beifall bei der CDU]

A26 |  
A27 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön!

A28 |  
A29 | [S5]

A30 |  
A31 | Für die FDP hat Herr Dr. Hampel die erste Wortmeldung!

A32 |  
A33 | **Dr. Hampel** (FDP): Frau Präsidentin! Ich frage den Senator für Finanzen:  
A34 | Herr Senator Pieroth, mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß Sie  
B 1 | Maßnahmen beschlossen haben über die erleichterte Grundstücksvergabe für  
B 2 | Existenzgründer. Mit wie vielen solcher Anträge rechnen Sie? Warum wurden  
B 3 | durch Ihre Behörden nicht zuerst einmal die Anträge derjenigen genehmigt,  
B 4 | die 1990 zwar das Haus kaufen konnten, denen jedoch bisher der Kauf des  
B 5 | Grundstücks verwehrt wurde?  
B 6 |

B 7 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Pieroth!

B 8 |  
B 9 | **Pieroth**, Senator für Finanzen: Zu Ihrer zweiten Frage: Ich empfehle  
B10 | mitzuhelfen, daß die Ihnen nahestehenden Minister in Bonn das  
B11 | Sachenrechtsbereinigungsgesetz rasch voranbringen. Eher können wir in  
B12 | Berlin nicht handeln.  
B13 |

B14 | Zu Ihrer ersten Frage: Ich hoffe, daß es möglichst viele Tausende werden,  
B15 | die Mut und Kraft haben, sich selbständig zu machen - gerade in den  
B16 | Ostbezirken unserer Stadt.  
B17 |

B18 | [Dr. Hampel (FDP): Eine Nachfrage!]

B19 |  
B20 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Selbstverständlich gerne, Herr Hampel!

B21 |  
B22 | **Dr. Hampel** (FDP): Herr Senator, warum muß ich mich in Bonn stark machen,  
B23 | wenn es sich um Grundstücke handelt, die dem Land Berlin gehören?  
B24 |

B25 **Pieroth**, Senator für Finanzen: Das sind nur 15 Prozent. Das löst das  
B26 Problem nicht und schafft neue Ungerechtigkeiten.  
B27

B28 **Präsidentin Dr. Laurien**: Meine Damen und Herren! Wir gehen jetzt strikt  
B29 nach der Reihenfolge vor. Damit es keine Irritationen gibt: gemeldet haben  
B30 sich Frau Gloatz, Herr Kayser, Herr Pewestorff, Herr Wiemann, Frau Demba,  
B31 Herr Biederbick. Wer nicht sprechen möchte, möge es sagen.  
B32

B33 [S6]  
B34

C 1 Frau Gloatz, bitte schön!  
C 2

C 3 **Frau Gloatz** (CDU): Herr Senator Luther, eine Frage an Sie: Drogenabhängige  
C 4 erhalten die Spritzen kostenlos gestellt. Sehen Sie eine Möglichkeit, daß  
C 5 unfreiwillig an Diabetes Erkrankte die Spritzen ebenfalls kostenlos  
C 6 erhalten können?  
C 7

C 8 **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator!  
C 9

C10 **Dr. Luther**, Senator für Gesundheit: Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete  
C11 Gloatz! Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten. Bis jetzt haben wir  
C12 diese Möglichkeit nicht, doch wir werden natürlich darüber diskutieren. Es  
C13 handelt sich letztendlich auch um eine Kostenfrage, und Sie wissen, daß  
C14 wir uns gegenwärtig in Verhandlungen darüber befinden, wie wir überhaupt  
C15 diejenigen Gruppen und Zuwendungsempfänger finanziell in Ihrer Arbeit für  
C16 die Zukunft sichern können.  
C17

C18 **Frau Gloatz** (CDU): Sie wären jedoch bereit, Herr Senator, sich darüber  
C19 Gedanken zu machen und das Thema nicht einfach vom Tisch zu schieben?  
C20

C21 **Dr. Luther**, Senator für Gesundheit: Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete  
C22 Gloatz! Sie schätzen mich völlig richtig ein - ich werde mich nicht nur  
C23 dazu bereit finden, sondern ich werde mich auch dafür einsetzen, darüber  
C24 zu diskutieren.  
C25

C26 **Präsidentin Dr. Laurien**: Ich sage nur noch einmal: Wir können nur  
C27 vorlesen, so viel der Monitor hergibt. Es kann sein, daß noch jemand  
C28 nachrückt, das lesen wir dann vor. Auf dem Monitor erscheinen immer nur  
C29 6 Namen, mehr können wir nicht mitteilen - also keine Unruhe!  
C30

C31 [S7]  
C32

C33 Herr Kayser, bitte!  
C34

D 1 **Kayser** (CDU): Schönen Dank, Frau Präsidentin! Ich frage den Jugendssenator:  
D 2 Herr Krüger, welche Ad-hoc-Maßnahmen hat der Senat gegebenenfalls auf dem  
D 3 Wege der Dienstaufsicht eingeleitet, um zu verhindern, daß weiterhin mit  
D 4 Berliner Steuergeldern der Verein Story Dealer AG über einige Bezirksämter  
D 5 subventioniert wird? Der Verein ist durch seine dubiosen Psychopraktiken  
D 6 auf dem Gebiet der Freizeitpädagogik in den letzten Wochen in die Presse  
D 7 geraten. Nach dortigen Aussagen soll er Berliner Kinder gewissermaßen als  
D 8 Versuchskaninchen benutzen.  
D 9

D10 **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator Krüger!  
D11

D12 **Krüger**, Senator für Jugend und Familie: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
D13 Herren! Herr Abgeordneter Kayser! Es ist so, daß wir sofort mit dem  
D14 Bezirksamt Kreuzberg, dem diese Ereignisse in der Zuständigkeit obliegen,  
D15 Kontakt aufgenommen haben. Mittlerweile haben wir den zweiten Bericht des  
D16 Bezirksamts über die entsprechenden vom Bezirksamt durchgeführten Reisen  
D17 bekommen. Anträge, die der Senatsverwaltung für Jugend und Familie im  
D18 Rahmen des Experimentierfonds vorgelegen haben, sind in diesem Jahr nicht  
D19 berücksichtigt worden.  
D20

D21 [Kayser (CDU):  
D22

Darf ich noch eine Nachfrage stellen?]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4019

A 1 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Sie können gerne eine kurze Nachfrage stellen!

A 2

A 3 | **Kayser (CDU):** Teilt der Senat bzw. Ihre Senatsverwaltung die Auffassung  
A 4 | einiger Sektenbeauftragter, daß die Praktiken dieses Vereins starke  
A 5 | Ähnlichkeiten mit den Nachwuchsbeschaffungspraktiken bestimmter Sekten  
A 6 | haben?

A 7

A 8 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A 9

A10 | **Krüger, Senator für Jugend und Familie:** Frau Präsidentin, Herr  
A11 | Abgeordneter Kayser! Wir haben die Sektenbeauftragte, die, wie Sie wissen,  
A12 | in unserem Ressort ansässig ist, mit dem Fall beauftragt. Sie prüft  
A13 | derzeit, ob es einen Verdacht auf sektenähnliche Tätigkeit dieser  
A14 | Gruppierung gibt. Ob das so ist, kann ich derzeit noch nicht beurteilen.  
A15 | Jedenfalls handelt es um ein mindestens fragwürdiges pädagogisches  
A16 | Konzept, das diese Gruppe verfolgt. Es geht um einen erlebnispädagogischen  
A17 | Ansatz; gegen diesen ist nichts einzuwenden, doch die Grenzen dieses  
A18 | Ansatzes müssen reflektiert, die Eltern einbezogen werden, und die  
A19 | Pädagogik muß verantwortlich umgesetzt werden. Dies scheint mir bei diesem  
A20 | Träger derzeit nicht der Fall zu sein. Deshalb kommt er für weitere  
A21 | Maßnahmen nicht in Frage.

A22

A23 | [Vereinzelter Beifall bei der SPD,  
A24 | der CDU und bei Bü 90/Grüne]

A25

A26 | [S8]

A27

A28 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Pewestorff, bitte!

A29

A30 | **Pewestorff (PDS):** Herr Regierender Bürgermeister, fast bin ich geneigt zu  
A31 | fragen, warum Sie den Kopf schütteln, wenn der Gesundheitssenator  
A32 | antwortet, aber das ist sicherlich eine Frage für die Verwaltungsreform.

A33

A34 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Dazu darf ich einmal sagen, daß es in diesem  
B 1 | Parlament erlaubt ist, den Kopf zu schütteln, wann immer man möchte!

B 2

B 3 | [Vereinzelter Beifall bei der CDU,  
B 4 | der SPD und bei Bü 90/Grüne]

B 5

B 6 | **Pewestorff (PDS):** Ich habe gesagt: Fast wäre ich bereit, nachzufragen,  
B 7 | aber das tue ich natürlich nicht, Herr Regierender Bürgermeister.

B 8

B 9 | In dieser Stunde sitzt der sächsische Regierungschef Biedenkopf mit den  
B10 | Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Metallindustrie  
B11 | zusammen, um den Konflikt in der ostdeutschen metallverarbeitenden  
B12 | Industrie beizulegen. In Berlin hat es eine große und überzeugende  
B13 | Mehrheit für Kampfmaßnahmen der IG Metall gegeben. Was tut die Berliner  
B14 | Landesregierung, was tut der Regierende Bürgermeister, um die  
B15 | Tarifparteien im Land Berlin an einen Tisch zu bringen? Welche Position  
B16 | vertritt dabei der Senat?

B17

B18 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!

B19

B20 | **Dieppen, Regierender Bürgermeister:** Frau Präsidentin! Meine Damen und  
B21 | Herren Abgeordnete! Der Berliner Senat achtet erstens die Tarifautonomie.  
B22 | Zweitens achtet er darauf, daß sachgemäße, wirtschaftliche Argumente für  
B23 | die Gesamtregion Beachtung finden, und er vertritt sie gegenüber allen  
B24 | Beteiligten. Der Berliner Senat hat drittens enge Kontakte zu den

B25 unmittelbar Verantwortlichen bei den Tarifparteien und folgt viertens dem  
B26 Grundsatz, daß Gespräche zur richtigen Zeit geführt werden müssen. Zu  
B27 falschen Zeitpunkten präjudiziert man etwas und provoziert ein Scheitern.  
B28 Das wäre für die Region das Schädlichste.

B29  
B30 [Beifall des Abg. Steffel (CDU)]  
B31

B32 **Präsidentin Dr. Laurien:** Eine kurze Rückfrage - bitte!  
B33

B34 **Pewestorff (PDS):** Abgesehen davon, daß ich nicht beurteilen kann, ob  
C 1 gegenwärtig in Sachsen die richtige Zeit ist und die Berliner Zeit erst  
C 2 noch kommt - meine Nachfrage: Vertritt der Senat in Gesprächen und  
C 3 Positionsdarstellungen dieser Art, wie Sie sie genannt haben, auch die  
C 4 Auffassung, daß der jetzt entstandene Konflikt durch die sehr fragwürdige  
C 5 - um das zurückhaltend zu formulieren - Tarifvertragskündigung durch die  
C 6 Arbeitgeber entstanden ist?  
C 7

C 8 [Steffel (CDU):

C 9 Durch die SED ist er entstanden!]

C10  
C11 - Ich wußte nicht, daß die SED bei "Gesamtmetall" vertreten ist!  
C12

C13 **Präsidentin Dr. Laurien:** Der Regierende Bürgermeister hat das Wort!  
C14

C15 **Diepgen, Regierender Bürgermeister:** Frau Präsidentin! Meine Damen und  
C16 Herren Abgeordnete! Ich werde hier noch einmal wiederholen, was ich zum  
C17 Tarifstreit auch öffentlich gesagt habe:  
C18

C19 Der Berliner Senat bedauert zutiefst, daß von allen - Frau Kollegin  
C20 Schreyer, ich betone noch einmal angesichts gewisser Mißverständnisse, die  
C21 es letztlich hier gegeben hat -, daß von beiden Tarifparteien der Eindruck  
C22 vermittelt wird, es könnte sich um einen Stellvertreterstreit handeln, der  
C23 jetzt in den jungen Bundesländern ausgeführt wird.  
C24

C25 Es gibt die generelle politische Zielrichtung, daß nicht nur der Grundsatz  
C26 "pacta sunt servanda" - Verträge müssen eingehalten werden - in der  
C27 Tarifpolitik Anwendung finden muß. Es gibt auch den Grundsatz der  
C28 Senatspolitik, daß Löhne angeglichen werden müssen, daß die jungen Länder  
C29 kein Niedriglohngebiet werden dürfen und daß dieses Rückwirkungen auf die  
C30 Leistungsfähigkeit der gesamten Region haben wird. Es gibt darüber hinaus  
C31 - das ist sozusagen der andere Gesichtspunkt - auch die Erkenntnis, daß  
C32 schlichte Zahlenwerke der Betriebswirtschaft nicht außer Kraft gesetzt  
C33 werden können.  
C34

D 1 Noch mehr als in anderen Regionen gibt es in unserer Region eine Vielfalt  
D 2 von sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen für einzelne Unternehmen.  
D 3 Daraus können Sie die Schlußfolgerung ziehen, daß der Berliner Senat der  
D 4 Auffassung ist, daß beide Gesichtspunkte beachtenswert sind und daß gerade  
D 5 aus beiden Gesichtspunkten auch Notwendigkeit und Möglichkeit einer  
D 6 Einigung folgen. Und in diesem Sinne wird der Berliner Senat - und auch  
D 7 ich persönlich - gegenüber allen Beteiligten immer wieder tätig.  
D 8

D 9 [S9]  
D10

D11 **Präsidentin Dr. Laurien:** Als nächster hat Herr Wiemann das Wort. - Bitte  
D12 sehr!  
D13

D14 **Wiemann (FDP):** Frau Präsidentin! Ich habe eine Frage an den  
D15 Verkehrssenator. - Herr Senator, wie würdigen Sie die Tatsache und die  
D16 Auswirkungen auf die Attraktivität des ÖPNV, daß an zahlreichen  
D17 Straßenbahnhaltestellen - zum Beispiel in Lichtenberg, Mitte oder auch  
D18 Marzahn - keine aktuellen Fahrpläne mehr hängen, sondern solche, die laut  
D19 sehr klein gedrucktem Datum ab 31. Mai gelten? - Die jetzt noch gültigen  
D20 Fahrpläne sind schon beseitigt.  
D21

D22 [Wieland (Bü 90/Grüne):

D23 Haase ist seiner Zeit wieder weit voraus!]  
D24

D25 **Präsidentin Dr. Laurien:** Bitte sehr, Herr Haase, Sie sind wieder an der  
D26 Reihe.  
D27

D28 **Dr. Haase, Senator für Verkehr und Betriebe:** Vielen Dank für das



D29 | Mitgefühl, Frau Präsidentin. - Ich hatte mir eigentlich gedacht, daß wir  
D30 | in diesem wunderschönen, großen Saal auch

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4020

A 1 | **Sen Dr. Haase**

A 2 |  
A 3 | die großen Fragen und die größeren Probleme der Verkehrspolitik - wie  
A 4 | nachher anberaunt - diskutieren und nicht einzelne Haltestellen unserer  
A 5 | Straßenbahn behandeln. - Ich kann das, was Sie, Herr Abgeordneter, mir  
A 6 | dargestellt haben, nicht beurteilen; ich kann mir das nur vorstellen in  
A 7 | Bereichen, wo es keine wesentlichen Veränderungen gegeben hat; ich darf  
A 8 | nur darauf aufmerksam machen, daß unsere Eigenbetriebe in selbständigere  
A 9 | Betriebe umgewandelt werden sollen, die Verkehrsführung, aber auch  
A10 | Verkehrsbedienung in eigener Regie und Verantwortung durchführen. Ich bin  
A11 | gerne bereit, das weiterzugeben, aber ich sträube mich, für jede einzelne  
A12 | Straßenbahnhaltestelle die Verantwortung zu übernehmen.

A13 |  
A14 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Wiemann hat zu einer Nachfrage das Wort.

A15 |  
A16 | **Wiemann (FDP):** Herr Senator, da ich das erstens selber erlebt habe und da  
A17 | ich zweitens bei zahlreichen Menschen durch diese Tatsache großen Unwillen  
A18 | erregt sah - zumal es ja nicht um einzelne, sondern viele Haltestellen  
A19 | geht -, denke ich, daß Sie etwas zu viel Großzügigkeit erwarten, wenn die  
A20 | Leute über dadurch verursachte Zeitverluste von nachts oft bis zu einer  
A21 | Stunde hinwegsehen sollen, und frage Sie, ob Sie nicht die Befürchtung  
A22 | haben, daß sich die Arbeit der BVG in diesem Bereich der Qualität der  
A23 | Arbeit in Ihrem Hause annähert.

A24 |  
A25 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Au wei! - Herr Senator!

A26 |  
A27 | **Dr. Haase, Senator für Verkehr und Betriebe:** Frau Präsidentin! Meine Damen  
A28 | und Herren! Herr Abgeordneter, ich will hoffen, daß sich beide in ihrer  
A29 | Qualität einander annähern und diese zum Wohle des Landes hoch ist. Die  
A30 | BVG hat die Aufgabe, attraktiv als Dienstleistungsunternehmen tätig zu  
A31 | sein, ihre Serviceeinrichtungen zu verbessern, und ich werde - auch in  
A32 | diesem Einzelfall - darauf drängen. Ich habe vorhin nur darum gebeten,  
A33 | Verständnis dafür zu haben, daß dieses eine Aufgabe ist, die der Betrieb  
A34 | allein und von sich aus wahrnehmen muß.

B 1 |  
B 2 | [S10]

B 3 |  
B 4 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Demba!

B 5 |  
B 6 | **Frau Demba (Bü 90/Grüne):** Frau Präsidentin! Ich habe eine Frage an den  
B 7 | Regierenden Bürgermeister. - In der Zeit vom 22. bis 24. Mai wollte IOC-  
B 8 | Präsident Samaranch in der Stadt weilen, insbesondere um Willy Daume zu  
B 9 | seinem Geburtstag den Olympischen Orden in Gold zu überreichen; er hat  
B10 | seinen Besuch abgesagt, und ich frage Sie, wie Sie das beurteilen, vor  
B11 | allem auch in Anbetracht der Tatsache, daß er sowohl nach Peking als auch  
B12 | nach Sydney gefahren ist bzw. fahren wird.

B13 |  
B14 | [Landowsky (CDU): Das fragen ausgerechnet Sie?  
B15 | Und Sie schämen sich gar nicht?]

B16 |  
B17 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!

B18 |  
B19 | **Dieppen, Regierender Bürgermeister:** Frau Präsidentin! Meine Damen und  
B20 | Herren! Frau Abgeordnete Demba! Unabhängig davon, daß es eine Reihe  
B21 | unqualifizierter Äußerungen im Hinblick auf Ergebnisse von  
B22 | unqualifiziertem Handeln in Berlin im Zusammenhang mit diesem Samaranch-  
B23 | Besuch gab, will ich folgende Feststellung treffen: Ich habe Verständnis  
B24 | dafür, daß der IOC-Präsident nicht ständig in Deutschland sein und nicht

B25 ständig nach Berlin kommen kann!

B26

B27

B28

B29

B30

B31

B32

B33

B34

C 1

C 2

C 3

C 4

C 5

C 6

C 7

C 8

C 9

C10

C11

C12

C13

C14

C15

C16

C17

C18

C19

C20

C21

C22

C23

C24

C25

C26

C27

C28

C29

C30

C31

C32

C33

C34

D 1

D 2

D 3

D 4

D 5

D 6

D 7

D 8

D 9

D10

D11

D12

D13

D14

D15

D16

D17

D18

D19

D20

D21

D22

D23

D24

D25

D26

D27

[Beifall bei der CDU -  
Gelächter bei der PDS und bei Bü 90/Grüne]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Demba!

**Frau Demba** (Bü 90/Grüne): Ich sehe im Zeitraum von zwei Tagen zwar keine "ständige Anwesenheit", aber davon abgesehen: Sehen Sie es nicht eher als eine Absage an Berlin, und wollen Sie das nicht endlich zum Anlaß nehmen, die olympische Verschwendung des Senats und der Olympia-GmbH einzuschränken und sich den Problemen der Stadt zu widmen?

[Landowsky (CDU): Steine sammeln? -  
Typen wie Sie kennen wir! -  
Weitere heftige Unmutsbekundungen bei der CDU]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!

**Diepgen,** Regierender Bürgermeister: Frau Kollegin Demba! Die ständige Wiederholung Ihrer nicht treffenden Argumente macht sie auch nicht besser.

[Beifall bei der CDU]

Und Sie tragen stets Gesichtspunkte vor, die bestenfalls Sommersprossen sind, aber keine Argumentation.

[Beifall bei der CDU]

[S11]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Krause! - Ich darf noch etwas hinzufügen: Herr Köppl hat wieder mit der Karte gespielt, und deshalb ist er nur als Nummer übriggeblieben, und daher hat erst Herr Krause das Wort. - Bitte sehr!

[Heiterkeit]

**Krause** (Bü 90/Grüne): Ich habe eine Frage an den Kultursenator. - Herr Roloff-Momin, wie bewerten Sie das traurige Bild, das das Kulturhaus Prater im Prenzlauer Berg derzeit bietet, und wie wollen Sie die baldige Wiedereröffnung bewerkstelligen, die die Bevölkerung nach diversen Versprechungen auch erwartet?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

**Roloff-Momin,** Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Krause, gerade in Sachen Prater bin ich mit dem Bezirksamt in einem ständigem Meinungsaustausch; die letzte Besprechung hat gerade in der vorigen Woche stattgefunden. Es gibt in der Tat im Bezirk Schwierigkeiten, die insbesondere mit der Bauausführung zu tun haben. Ich habe das Bezirksamt darauf hingewiesen, daß die Zuständigkeit trotz der bereits vom Bund geleisteten Beihilfen, was die Investitionen angeht, beim Bezirk liegt. Die BVV beschäftigt sich mit dem Thema, und ich denke, wir müssen abwarten, wie die bezirklichen Entscheidungen fallen; ich selber habe ein hohes kulturpolitisches Interesse daran, daß der Prater der Bevölkerung im Kiez wieder zur Verfügung steht. Ich weise aber noch einmal auf die Zuständigkeit des Bezirks hin.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Krause!

**Krause** (Bü 90/Grüne): Herr Senator, halten Sie an Ihrer Aussage fest, daß Sie den Prater auch als kommunale Einrichtung erhalten sehen möchten, was ja auch dem Bezirksamtsbeschluß entspricht?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

**Roloff-Momin,** Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Krause, es hat im Bezirk vehemente Verzögerungen gegeben, was die Frage der Bauinvestitionen

D28 | angeht, und es gibt im Bezirksamt zwar den von Ihnen zitierten Beschluß,  
D29 | aber es gibt im Bezirk inzwischen heftig divergierende Meinungen dazu.  
D30 | Wenn Sie mit "kommunale Kultureinrichtung" ausdrücken wollen, daß wir  
D31 | dieses dann institutionell aus dem Säckel des Kultursenators fördern  
D32 | können oder wollen, muß ich Ihnen leider ein klares Nein sagen. Das  
D33 | könnten wir nicht, selbst wenn wir es wollten!

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4021

- A 1 [S12]  
A 2  
A 3 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren, der letzte in dieser  
A 4 Runde ist Herr Dr. Köppl. - Pohle, Berger, Schultze, Dr. Rusta, Biederbick  
A 5 und Pewestorff kommen nicht mehr zu Wort, weil die Zeit verbraucht ist. -  
A 6 Herr Dr. Köppl!  
A 7  
A 8 **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Die Nummer 151 stellt folgende Frage - -  
A 9  
A10 **Präsidentin Dr. Laurien:** Stimmt nicht! Ihr Platz ist 149.  
A11  
A12 [Heiterkeit]  
A13  
A14 **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Dann ist der Ausdruck auf meiner Karte - -  
A15  
A16 **Präsidentin Dr. Laurien:** Auch falsch! Die Nummer der Karte ist unwichtig;  
A17 auf der Karte wird der Name gesendet; was uns hüpfen läßt, ist die  
A18 Platznummer. - Das mußte Ihnen die Lehrerin einmal sagen. - Bitte sehr,  
A19 Sie haben das Wort!  
A20  
A21 [Heiterkeit]  
A22  
A23 **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Vielen Dank! - 149 stellt also folgende Frage:  
A24 Ich frage den Gesundheitssenator Luther angesichts der Schlagzeilen, die  
A25 er in den letzten Tagen aufgrund des zerrütteten Verhältnisses zu seinem  
A26 Staatssekretär Orwat gemacht hat, ob er seine öffentlich geäußerte,  
A27 abfällige Kritik, Orwat mache "nur SPD-Politik", aufrecht erhält und wie  
A28 er sich im Gegensatz dazu eine CDU-Politik in diesem Bereich vorstellt.  
A29  
A30 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bringen Sie interne Verhältnisse  
A31 zur Sprache!  
A32  
A33 **Dr. Luther**, Senator für Gesundheit: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
A34 Herren! Herr Abgeordneter Dr. Köppl, ich glaube nicht, daß ich zu solchen  
B 1 Fragen, die in der Sache und in der Art nicht richtig sind, antworten  
B 2 sollte. Ich will nur folgendes sagen: Zunächst ist dieser Ausspruch weder  
B 3 von der Presse noch von mir so gemacht worden - die Presse hat das wohl so  
B 4 ähnlich geschrieben -, auch stehe ich inhaltlich nicht dazu, und wenn es  
B 5 unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Fachthemen gibt, glaube  
B 6 ich, daß das etwas Normales ist. Daß der eine oder der andere gerne mehr  
B 7 daraus machen möchte, kann ich verstehen.  
B 8  
B 9 **Präsidentin Dr. Laurien:** Selbstverständlich hat Herr Dr. Köppl das Wort zu  
B10 einer Nachfrage, aber der Regierende Bürgermeister hat sich auch gemeldet.  
B11 Herr Dr. Köppl, wollen Sie erst den Regierenden hören oder umgekehrt? -  
B12 Erst so. Dann hat der Regierende Bürgermeister das Wort. - Bitte sehr!  
B13  
B14 **Dieppen**, Regierender Bürgermeister: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
B15 Herren! Herr Abgeordneter! Sie haben bei Ihrer Frage übersehen, daß der  
B16 Berliner Senat sich aus einer großen Koalition zusammensetzt. Es wird SPD-  
B17 Politik betrieben, es wird CDU-Politik betrieben, und je nach den  
B18 einzelnen Wünschen und Hoffnungen behauptet jeweils der eine Partner, das  
B19 sei die Politik, die originär von ihm stamme. Insofern ist die Anmerkung,  
B20 die hier gemacht wurde, weder kritisch noch als besonders lobend  
B21 hervorzuheben.  
B22  
B23 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Köppl, Ihre Nachfrage bitte!  
B24

B25 **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Angesichts des Verhältnisses von Senator und  
B26 Staatssekretär, das in der Öffentlichkeit als eines wie zwischen Hund und  
B27 Katze skizziert wird - wogegen bisher nicht widersprochen worden ist -,  
B28 frage ich: Liegt hier eventuell die tiefere psychologische Ursache für den  
B29 Kreuzzug, den der Senator im Augenblick gegen die Berliner Hundehalter  
B30 führt, weil er sich in diesem Konflikt für die Rolle der Katze entschieden  
B31 hat?

B32  
B33 **Präsidentin Dr. Laurien:** Bitte, Herr Senator!  
B34

C 1 **Dr. Luther**, Senator für Gesundheit: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter  
C 2 Köppl! Sie mögen möglicherweise die eine oder andere Mitteilung der Presse  
C 3 falsch gelesen haben. Ob Sie des Lesens richtig mächtig sind, kann ich  
C 4 nicht beurteilen, hat doch auch das in der Presse anders gestanden, was  
C 5 Sie gemerkt hätten, wenn Sie mehr als die Überschrift gelesen hätten. Aber  
C 6 zum Sachverhalt: Weder inhaltlich noch im Wortlaut noch in dem, was ich  
C 7 jemals vor irgendeiner Presse gesagt habe, gibt es einen Kreuzzug gegen  
C 8 Hundehalter. Es gibt sehr wohl eine Verordnung in weniger als einigen  
C 9 Monaten vermutlich im Senat, die im Konsens mit allen Fachverbänden und  
C10 mit Brandenburg genau dem Rechnung trägt, daß alle, die sachgemäß ihre  
C11 Hunde halten, überhaupt nichts zu befürchten haben, wohl aber jene - etwa  
C12 fünf Prozent der Hundehalter -, die ihre Tiere dazu mißbrauchen, Menschen  
C13 oder andere Tiere zu gefährden. Nur gegen diese ist diese Verordnung  
C14 gerichtet, und so wird sie auch formuliert sein.

C15  
C16 [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
C17

C18 **Präsidentin Dr. Laurien:** Damit ist dieser Teil der Fragestunde beendet.  
C19

C20 Ich muß Ihnen ein paar Schreckensnachrichten mitteilen, die auch die  
C21 Präsenz mancher bestimmen werden: Die FDP hat zum Tagesordnungspunkt 11 -  
C22 sowohl zu a wie zu b - die namentliche Abstimmung beantragt. Da wir die  
C23 Geschäftsordnung - das weiß der Rechtsausschuß - noch nicht geändert  
C24 haben, muß die namentliche Abstimmung nach alter Form mit Karten  
C25 stattfinden. Wir haben nur den Vorzug, daß wir mehr Platz haben, daß also  
C26 die Hautnähe nicht mehr derart spürbar ist.

C27  
C28 [Biederbick (FDP):  
C29 Zu den vorgelegten Änderungsanträgen!]  
C30

C31 - Ich habe ja gesagt: Getrennt zu den zu 11 a und b vorliegenden  
C32 Änderungsanträgen!  
C33

C34 Zum zweiten: Beim Tagesordnungspunkt 16 hat die PDS angekündigt - wenn die  
D 1 beantragte Rücküberweisung abgelehnt wird -, daß sie dann auch die  
D 2 namentliche Abstimmung beantragt.  
D 3

D 4 Ich habe noch eine weitere Meldung im Köcher. Ich sage das nur, weil sich  
D 5 manche auf eine kurze Sitzung gefreut haben. Das ist voll wieder in Frage  
D 6 gestellt. Ich teile dieses mit, damit die Geschäftsführer ihre traurige  
D 7 Aufgabe wahrnehmen können, die Präsenz bei der namentlichen Abstimmung zu  
D 8 sichern.  
D 9

D10 [1A]  
D11

D12 Wir kommen aber nun zunächst zu  
D13

D14 **lfd. Nr. 1 A:**  
D15

D16 **Aktuelle Stunde zum Thema "Vor dem gemeinsamen Ausschuß Berlin-Bonn: Hat  
D17 der Senat ein eigenes Verkehrskonzept für die Berliner Mitte?"**  
D18

D19 verbunden mit  
D20

D21 **lfd. Nr. 8, Drucksache 12/2728:**  
D22

D23 **Große Anfrage der Fraktion der PDS über Zukunft des öffentlichen  
D24 Personennahverkehrs**  
D25

D26 Wir haben uns im Ältestenrat auf folgendes geeinigt und schlagen es Ihnen  
hiermit vor: eine Redezeit bis zu 20 Minuten pro Fraktion in beliebiger  
Aufteilung und fünf Minuten für die Gruppe. In der ersten Runde hat die  
PDS bis zu zehn Minuten zur Begründung. Ich gebe Herrn Wolf das Wort!



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4022

A 1 **Wolf** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 28. Mai wird  
A 2 einmal mehr der gemeinsame Ausschuß zur Hauptstadtplanung tagen und sich  
A 3 mit der Frage des Verkehrskonzepts für die Berliner Mitte und den  
A 4 zentralen Bereich befassen. Angesichts der leidvollen Erfahrung der  
A 5 Berlinerinnen und Berliner mit Entscheidungen dieses gemeinsamen  
A 6 Ausschusses wie der Entscheidung über die Okkupation der Stadtmitte durch  
A 7 die Bundesregierung - Beispiel Spreeinsel -

A 8  
A 9 [Biederbick (FDP):  
A10 Das Ergebnis zur Spreeinsel ist hervorragend!]

A11  
A12 besteht auch jetzt wieder die Gefahr, daß die Zukunft der Stadt verplant  
A13 und verbaut wird, anstatt daß für die Zukunft der Stadt geplant wird. In  
A14 diesem Zusammenhang habe ich gestern aus der Presse zur Kenntnis genommen  
A15 - und finde es ausgesprochen besorgniserregend -, daß der Regierende  
A16 Bürgermeister in einem Brief an den Verkehrssenator diesen darauf  
A17 hinweist, daß Bonn nach dem Hauptstadtvertrag auch in der Verkehrsplanung  
A18 der Berliner Mitte im Zweifelsfall das letzte Wort habe und der  
A19 Verkehrssenator deshalb alles unterlassen möge, was den Bonner  
A20 Vorstellungen zuwiderlaufe. - So steht es in der "Neuen Zeit" von gestern.

A21  
A22 Ich finde das bezeichnend. Bei diesem Verkehrssenator bedeutet das  
A23 zumindest in einer Reihe von Fragen, Eulen nach Athen zu tragen.  
A24 Nichtsdestotrotz ist es bezeichnend für die Geisteshaltung dieses Senats.  
A25 Das ist offensichtlich die Vorbereitung für den nächsten Kotau vor der  
A26 Bundesregierung, weil man sich mit dem Hauptstadtvertrag selbst entmachtet  
A27 und die Planung im Stadtzentrum an die Bundesregierung ausgeliefert hat.  
A28 Deshalb ist es unserer Ansicht nach dringend notwendig, vor diesem  
A29 gemeinsamen Ausschuß die parlamentarische Debatte zu führen, in der  
A30 Hoffnung, daß zumindest die Fraktionen - vor allem die  
A31 Koalitionsfraktionen - klare und nachvollziehbare Positionen äußern, damit  
A32 man weiß, mit welcher Position die große Koalition in die Sitzung des  
A33 gemeinsamen Ausschusses geht.

A34  
B 1 Verfolgt man die öffentliche Debatte, so ist sie vor allem durch die  
B 2 Auseinandersetzung um Straßenöffnungen in Ost-West-Richtung und um  
B 3 Straßenbreiten bestimmt. Auch das ist symptomatisch, weil im wesentlichen  
B 4 ein Autostraßenkonzept diskutiert wird, nicht ein Gesamtkonzept zur  
B 5 Abwicklung des Verkehrs im zentralen Bereich, geschweige denn - was  
B 6 dringend notwendig wäre - ein Konzept zur Vermeidung von Verkehr. Dieser  
B 7 Senat betreibt Straßenplanung, nicht Verkehrsplanung! Auf diese Weise wird  
B 8 auch die angestrebte Aufteilung des Verkehrs im Verhältnis 80:20 -  
B 9 80 % öffentlicher Personennahverkehr, 20 % motorisierter Individualverkehr  
B10 - in diesem Bereich nicht erreicht werden können. Die Überschrift in der  
B11 "Berliner Zeitung" vom 7. Mai dieses Jahres ist symptomatisch. Dort heißt  
B12 es: "Straßenbahnstrecke durch die Friedrichstraße beschlossen,  
B13 Finanzierung unklar." Es ist immer wieder dasselbe: Der öffentliche  
B14 Personennahverkehr leidet an Finanzierungsproblemen, für den Straßenbau  
B15 ist reichlich Geld sowie Planungskapazität vorhanden.

B16  
B17 Eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im zentralen Bereich  
B18 bedeutet nach der von Daimler-Benz vorgelegten Studie zum integrierten  
B19 Verkehrskonzept für den zentralen Bereich eine 25prozentige Steigerung  
B20 des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr. Das macht deutlich,  
B21 welche Anstrengungen notwendig wären, um den modal split von 80:20 zu  
B22 erreichen, und wie weit der Senat in dieser Frage von seiner eigenen  
B23 Zielsetzung entfernt ist.

B24  
B25 Angesichts dessen, daß sehr wenig Energien auf ein Konzept des



B26 öffentlichen Personennahverkehr in der Mitte konzentriert werden, ist es  
B27 zum einen unwahrscheinlich, daß der modal split von 80:20 jemals erreicht  
B28 wird. Zum anderen ist ja auch bekannt, daß davon auszugehen ist, daß die  
B29 absolute Verkehrsmenge selbst bei einem Erreichen der 80:20-Vorgabe in  
B30 diesem Bereich nicht reduziert werden wird. Vielmehr wird der Autoverkehr  
B31 im besten Fall in absoluten Zahlen gegenüber der heutigen Situation gleich  
B32 bleiben, aber aller Voraussicht nach wird er sich steigern.  
B33

B34 In dieser Situation versucht der Senat, bei seinem alten Konzept zu  
C 1 bleiben und die Engpässe im motorisierten Individualverkehr zu beseitigen.  
C 2 Er dokkert weiter am Stau, statt den öffentlichen Personennahverkehr zum  
C 3 Fließen zu bringen. Die geplante Bereitstellung von 14 Fahrbahnen für den  
C 4 Ost-West-Verkehr zwischen Kronprinzenbrücke und Leipziger Straße für ein  
C 5 Verkehrsaufkommen von 8.000 Fahrzeugen pro Stunde in beiden Richtungen  
C 6 macht deutlich, daß der Senat mittlerweile von seinem eigenen Konzept  
C 7 einer vom Durchgangsverkehr freien Innenstadt abgerückt ist und daß mit  
C 8 dieser Planung Verkehr direkt ins Zentrum gelenkt werden soll. Nicht nur  
C 9 mit dieser Straßenplanung, sondern auch mit der Stadtentwicklungspolitik  
C10 wird neuer Verkehr im Stadtzentrum erzeugt. Planungen, die von einer  
C11 extremen Verdichtung im Zentrumsbereich ausgehen, wie die Entwürfe im  
C12 Alex-Wettbewerb mit ihren Millionen von Quadratmetern an Fläche, machen  
C13 deutlich, daß die Stadtplanung neuen motorisierten Verkehr, insbesondere  
C14 auch Wirtschaftsverkehr, in die Stadtmitte holen wird.  
C15

C16 Wenn aus den Reihen der Bundesregierung, einem Artikel der "Berliner  
C17 Morgenpost" vom 8. Mai zufolge, die Forderung laut wird, Berlin müsse der  
C18 Verkehrsattraktivität der Mitte entgegentreten und sich gegen eine weitere  
C19 Verdichtung in diesem Bereich aussprechen, so ist dies zwar ein  
C20 ernstzunehmender Hinweis, trifft aber vor allem auch die Bundesregierung.  
C21 Der Werbeslogan der Hauptstadt der kurzen Wege, der symbolhaft dafür  
C22 stand, daß eine stadtverträgliche Integration von Bundesfunktionen und  
C23 Bundeseinrichtungen in der Hauptstadt angestrebt wird, erweist sich in dem  
C24 Maße, wie sich die Planungen konkretisieren, zunehmend als das, was  
C25 wirklich gemeint war. Gemeint war der Versuch, kurze Wege in der  
C26 Binnenbeziehung des Parlaments- und Regierungsviertels zu erhalten, damit  
C27 kein Abgeordneter mehr als fünf oder zehn Minuten zum Reichstag oder den  
C28 Ministerien benötigt. Dabei wurde aber nicht berücksichtigt, wie man in  
C29 das Regierungsviertel gelangt. Die Entscheidung, wie sie exemplarisch am  
C30 Beispiel der Spreeinsel gefällt wurde, wo die Fläche mit der gesamten  
C31 Administration des Außenministeriums in der Berliner Mitte untergebracht  
C32 wird, ist das Gegenteil der Hauptstadt der kurzen Wege. Dies wird eine  
C33 Hauptstadt der langen Wege, weil die gesamte Masse dieser Administration  
C34 in die Berliner Mitte einfahren muß. Das ist Verkehrsproduktion statt  
D 1 Verkehrsvermeidung! Die wirklich kurzen Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort  
D 2 waren in diesem Konzept nie gemeint!  
D 3  
D 4

[Beifall bei der PDS]

D 5  
D 6 Ich komme nun zu den Konflikten zwischen Bonn und Berlin, soweit man sie  
D 7 den öffentlichen Debatten und der Presse entnehmen konnte. Es sollen nach  
D 8 Vorstellungen des Senats 17 Fahrspuren zwischen der Kronprinzenbrücke und  
D 9 dem Potsdamer Platz für den motorisierten Verkehr geöffnet werden.  
D10

[Giesel (CDU): Wieder geöffnet!]

D11  
D12  
D13 Gerechnet wird mit 8.000 Fahrzeugen pro Stunde und Richtung. Diese  
D14 Schätzung muß im Kontext mit der Stadtentwicklungsplanung am Alex, am  
D15 Spittelmarkt, auf der Spreeinsel und im Spreebogen, in der Kochstraße und  
D16 auf dem Potsdamer und Leipziger Platz als konservative Schätzung gelten.  
D17 Angesichts der Diskussion um den Bereich Leipziger Straße stelle ich fest,  
D18 daß die Konfliktlinie nicht nur zwischen Berlin und Bonn, sondern auch  
D19 innerhalb der Koalition und den Senatsverwaltungen verläuft. Ich fände es  
D20 nützlich, wenn in der folgenden Debatte von den Koalitionsfraktionen  
D21 deutlich Position bezogen würde. Bonn orientiert sich daran, die Leipziger  
D22 Straße entgegen den Planungen des Stadtentwicklungssenators in der vollen  
D23 Breiten aufrechtzuerhalten. Dies ergäbe eine autobahnartige Schneise durch  
D24 die Stadt. Damit würde von dem Versuch abgerückt, die Straße  
D25 zurückzubauen, um sowohl eine für den Verkehr tragbare, als auch eine  
D26 städtebaulich akzeptable Situation zu schaffen.  
D27

D28 [Giesel (CDU): Mittelalter! -  
D29 Niedergesäß (CDU): Eine Fahrbahn wird Landebahn!]

D30 |  
D31 | Der Presse entnehme ich, daß inzwischen diskutiert wird, die Leipziger  
D32 | Straße als vierspurige Einbahnstraße in West-Ost-Richtung zu bauen. Da  
D33 | fängt die Absurdität der Verkehrsplanung an. Das hat weder etwas mit den  
D34 | realen Verkehrsströmen in

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4023

A 1 **Wolf, Harald**

A 2  
A 3 dieser Stadt noch mit einem Konzept zu tun, wie der zurückfließende  
A 4 Verkehr bewältigt werden kann, weil der Vorschlag, die Gegenrichtung  
A 5 zweispurig über die Voßstraße zu führen, ein unrealistisches Konzept ist.  
A 6 Ich fordere deshalb den Senat auf sich, auch wenn der Hauptstadtvertrag  
A 7 die Bezirke diesbezüglich vollständig entmachtet, in der Planung der  
A 8 Leipziger Straße an dem zu orientieren, was der Bezirk Mitte an Planungen  
A 9 vorgelegt hat. Diese schlugen einen Rückbau der Straße auf die historische  
A10 Dimension von 22 oder 28 Metern vor und fallen nicht auf ein Konzept  
A11 herein, das glaubt, durch Verbreiterung von Straßen könnte irgendein  
A12 Verkehrsproblem im zentralen Bereich Berlins gelöst werden.

A13  
A14 Bei dem zweiten großen Konfliktpunkt wird es in zunehmendem Maß absurd. Es  
A15 ist das beliebte Brandenburger Tor. Wir werden sicher wieder über die enge  
A16 oder nicht enge Umfahrung debattieren. Frau Schwaetzer scheint keinen  
A17 Versuch auszulassen, sich hier in dieser Stadt weiter beliebt zu machen,  
A18 indem sie auch den humoristischen Vorschlag machte, das Brandenburger Tor  
A19 zu untertunneln. Es drängt sich der Eindruck auf, daß sich die  
A20 Bundesregierung an das Maoistischen Motto hält: Tiefe Tunnel bauen und  
A21 Reisvorräte anlegen! - Verkehrsplanerisch ergibt dies alles keinen Sinn  
A22 mehr. Ich fordere auch in diesem Punkt auf, endlich die Debatte um die  
A23 enge Umfahrung oder gar Durchfahung des Brandenburger Tores zu beenden  
A24 und sich auch an die in dieser Frage vorliegenden Gutachten zu halten, die  
A25 lauten, daß es aus denkmalschützerischen Gründen absurd ist, die enge  
A26 Umfahrung zu befürworten, weil sie kein einziges Verkehrsproblem löst. Die  
A27 Debatte mit den Ost-West-Verbindungen und der Versuch, die Straßen in  
A28 diesem Bereich zu verbreitern, orientiert sich allein ideologisch und  
A29 nicht an einer rationalen, verkehrspolitischen Argumentation.

A30  
A31 [Beifall bei der PDS]

A32  
A33 In der "taz" von gestern war zu lesen, daß dem Verkehrssenator drei  
A34 Gutachten zur Frage der Verkehrsentwicklung im Innenstadtbereich  
B 1 vorliegen. Die Überschrift lautet: "Berlin 2010 - Stau auf allen  
B 2 Hauptstraßen, Gutachten belegt, daß neue Ost-West-Straßen den Stau nicht  
B 3 auflösen werden." Hier wird noch einmal gutachterlich im Auftrag der  
B 4 Verkehrsverwaltung bestätigt, was alle, die etwas Ahnung haben, wissen,  
B 5 daß der Versuch über die Angebotserweiterung im Straßenbereich kein  
B 6 einziges der Verkehrsprobleme in der Mitte bewältigt wird. Ich zitiere aus  
B 7 diesem Artikel der "taz":

B 8  
B 9 Selbst wenn innerhalb des geplanten Straßenrings Kanaluferstraße,  
B10 Oberbaumbrücke, Warschauer Straße, Dimitroffstraße, Invalidenstraße,  
B11 Tiergartentunnel vier Fünftel aller Wege mit Bus und Bahn erledigt  
B12 würden, wären Straßen auf einer Länge von 2.000 Kilometern überlastet,  
B13 mehr als zwei Drittel des gesamten Straßennetzes von 2.900 Kilometern.

B14  
B15 Hier wird eindeutig gesagt, daß nicht die geplante Schaffung neuer Ost-  
B16 West-Straßen den Verkehrskollaps verhindern wird, sondern daß diese  
B17 Verkehrspolitik des Senats der Marsch in das geplante Chaos die  
B18 organisierte Verantwortungslosigkeit ist.

B19  
B20 [Beifall bei der PDS]

B21  
B22 Wir hatten gestern im Hauptausschuß die Diskussion über die Öffnung des  
B23 Gleimtunnels. Es war bezeichnend, daß sich die Verkehrspolitik des Senats  
B24 nicht an sachgerechten Entscheidungen und an verkehrlichen Erfordernissen  
B25 ausrichtet, sondern an ideologische Kriterien. Gegen die Interessen der

B26 Anwohner sowie der Bezirke Wedding und Prenzlauer Berg wurde der  
B27 Gleimtunnel mit der Konsequenz geöffnet, daß ein dichtbesiedeltes  
B28 Wohngebiet mit erheblichen Verkehrsströmen belastet wird. In diesem  
B29 Zusammenhang finde ich es ausgesprochen pikant, daß sich die  
B30 Bundesregierung gegen die enge Umfahrung des Brandenburger Tores  
B31 ausspricht und argumentiert, dem Regierungsviertel sei die Lärm- und  
B32 Emissionsbelastung nicht zumutbar. Ich finde, das Recht, das für die  
B33 Bundesregierung gilt, muß auch für die Anwohner gelten!  
B34

C 1 Das macht deutlich, daß Sie nicht nur aus ideologischen Gründen Straßen  
C 2 öffnen, wo Sie es wollen, sondern daß es auch Gebiete in dieser Stadt  
C 3 gibt, in denen Sie offensichtlich bereit sind, von Straßenöffnungen  
C 4 Abstand zu nehmen. Das gilt zum Beispiel für den Bereich  
C 5 Esplanade/Maximilianstraße in Pankow, wo es um ein Diplomatenviertel geht;  
C 6 da ist die Verbindung noch dicht. Jetzt fühlt sich die Bundesregierung  
C 7 durch Geruch belästigt; aber ich meine, daß in einer solchen Frage für  
C 8 alle Berlinerinnen und Berliner das gleiche Recht zu gelten hat.  
C 9 Vielleicht sollten Sie sich das noch einmal in das Stammbuch schreiben! -  
C10 Danke!  
C11

C12 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Herr Kollege Wolf, ich darf Sie lediglich  
C13 der guten Ordnung wegen darauf aufmerksam machen, daß Sie 14 Minuten der  
C14 20 Minuten für Ihre Fraktion in Anspruch genommen haben.  
C15

C16 Herr Kollege Giesel, Sie haben als nächster das Wort!  
C17

C18 **Giesel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der jetzige  
C19 Tagesordnungspunkt besteht aus zwei Teilen: aus einer Großen Anfrage und  
C20 einer Aktuellen Stunde. Ich hatte an sich erwartet, daß die Große Anfrage  
C21 begründet wird - das ist jedoch nicht geschehen.  
C22

C23 [Dr. Zotl (PDS): Das kommt noch!]

C24  
C25 Und obwohl die Antwort noch gar nicht gegeben worden ist, lassen Sie mich  
C26 schon jetzt ein paar Bemerkungen zu der Großen Anfrage machen.  
C27

C28 [Zuruf von der PDS:  
C29 Die Antwort kennen Sie doch!]

C30  
C31 - Ich brauche auch die Antwort gar nicht abzuwarten; denn die Große  
C32 Anfrage geht völlig an den Tatsachen vorbei.  
C33

C34 Ungeachtet dessen, daß die S-Bahn zum 1. Januar 1994 in die Reichsbahn  
D 1 zurückkehrt, stehen bundesweit zwei wichtige verkehrspolitische  
D 2 Veränderungen an: Das eine ist die Bahnreform und das andere ist die  
D 3 Regionalisierung des Personennah- und Regionalverkehrs aufgrund einer  
D 4 Verordnung der EG. Die Bahnreform ist bekannt, aber mit der  
D 5 Regionalisierung haben wir uns insbesondere im Großraum Berlin  
D 6 auseinandersetzen. Da geht nämlich die Zuständigkeit für den Nah- und  
D 7 den Regionalverkehr auf die lokalen Gebietskörperschaften über - also auch  
D 8 auf Stadt und Land Berlin. Die Koalitionsfraktionen wollen dem Rechnung  
D 9 tragen, indem sie für Berlin eine Regionalverkehrsverbandsregelung  
D10 schaffen,  
D11

D12 [Pewestorff (PDS): Seit wann?]

D13  
D14 das heißt: den Abschluß eines Vertrags zwischen den brandenburgischen  
D15 Gemeinden, vertreten durch die Kreise, den kreisfreien Städten, den  
D16 Ländern Berlin und Brandenburg und - übergangsweise - auch dem Bund, weil  
D17 dieser - jedenfalls mittelfristig - noch für die Finanzierung des Defizits  
D18 im Regionalverkehr zuständig ist, so lange es zu keiner Einigung über die  
D19 Umverteilung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt auf die Länderhaushalte  
D20 kommt. Sie wissen, daß es dabei um insgesamt 14 Milliarden DM geht. Das  
D21 ist auch ein Grund dafür, weshalb in der vergangenen Woche die Ablehnung  
D22 der Bahnreform durch die Länder im Bundesrat erfolgt ist. Hier haben wir  
D23 Handlungs- und Entscheidungsbedarf. Aber dieses alles nehmen Sie gar nicht  
D24 zur Kenntnis, oder Sie haben davon gar keine Ahnung.  
D25

D26 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Herr Kollege Giesel, gestatten Sie eine  
D27 Zwischenfrage des Abgeordneten Pewestorff?  
D28

D29 **Giesel (CDU):** Nein! Ich möchte nicht!

D30 |  
D31 | [Pewestorff (PDS):  
D32 | Ich gestatte Ihnen auch eine!]

D34 | - Wenn Sie gestatten: Nein! -

D35 |  
D36 | [Pewestorff (PDS): Schade!]

D37 |  
D38 | Ich wollte nämlich gerade sagen - und mich da nicht unterbrechen lassen -,  
D39 | daß die so zu gründende Verkehrsverbundgesellschaft gemeinsam mit den  
D40 | Gesellschaftern in der Zukunft im Grunde die Gesamtplanung in der Stadt  
D41 | und in der Region und in der Stadt betreiben muß. Diese Gesellschaft ist  
D42 | dann der Besteller der Verkehrsleistungen, und die Verkehrsunternehmen

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4024

A 1 | **Giesel**

A 2

A 3

A 4

A 5

A 6

A 7

A 8

A 9

A10

A11

A12

A13

A14

A15

A16

A17

A18

A19

A20

A21

A22

A23

A24

A25

A26

A27

A28

A29

A30

A31

A32

A33

A34

B 1

B 2

B 3

B 4

B 5

B 6

B 7

B 8

B 9

B10

B11

B12

B13

B14

B15

B16

B17

B18

B19

B20

B21

B22

B23

B24

B25

erbringen die Leistungen. Das wird für unsere BVG bedeuten, daß sie ihre bisherige weitgehende Monopolstellung im Nahverkehr verliert; und dem müssen wir durch eine veränderte Organisationsform der BVG Rechnung tragen. Das müssen wir im Zusammenhang mit der geplanten Rechtsformänderung bei den Eigenbetrieben beachten; bei der BVG werden die Veränderungen also sehr viel weiter gehen als bei den anderen Eigenbetrieben.

Aber dies sind alles Dinge, die Sie nicht beachten. Die Große Anfrage geht in eine ganz andere Richtung; insofern haben Sie da mit dem Thema verfehlt, und darauf wollte ich hinweisen.

[Frau Michels (PDS): Es ist Aktuelle Stunde!]

- Verzeihen Sie, Frau Kollegin, beide Punkte - Große Anfrage und Aktuelle Stunde - sind miteinander verbunden; und deshalb gestatte ich mir, zu beiden zu reden.

[Frau Michels (PDS):

Das war aber der Beitrag zur Aktuellen Stunde!]

Wir wollen aber das Thema der Aktuellen Stunde gar nicht ignorieren.

[Frau Michels (PDS): Gut, jetzt kommts!]

Es geht um den Verkehr - so haben Sie es angekündigt - in der Mitte Berlins. Und auch da übersehen Sie im Grunde das Wesentliche: daß nämlich der Verkehr in der Mitte Berlins dabei ist, völlig neue Dimensionen zu bekommen. Es geht um ein Konzept, wie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der notwendige Verkehr in unserer Stadt abgewickelt werden kann, und zwar nicht nur in der historischen Mitte. Denn die Berliner Struktur ist polyzentrisch: Wir haben mehrere Zentren. Aber ich gebe zu, daß die eigentliche historische Mitte - also zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor - natürlich besondere Probleme hat, weil diese Mitte besondere Bedeutung erlangen wird: als Parlamentsviertel, als Regierungsviertel, als ein Raum, wo Botschaften, Ländervertretungen, Verbandszentralen und vieles andere mehr ihren Platz haben werden, wo aber auch interessante Boutiquen, Geschäfte und internationale Kaufhäuser entstehen.

[Pewestorff (PDS): Da wohnen ja auch Menschen!]

Dieser Bedeutung und der - hoffentlich - damit verbundenen Attraktivität und Lebendigkeit muß das Verkehrskonzept für die Mitte der Stadt Rechnung tragen. Da kann man nicht so tun, als wolle man die Mitte Berlins umgestalten, als seien wir ein Kuhdorf hinterm Berg, wo wir nur Ochsenkarren oder Rikschas oder was auch immer brauchen. Wir brauchen die verschiedensten Verkehrsformen - auch einschließlich einer gewissen Menge Kraftfahrzeugverkehr.

Der Kraftfahrzeugverkehr - da sind sich übrigens alle Fachleute einig - wird steigen; und um die Gesamtmenge des Kraftverkehrs in einem Umfang zu halten, in dem er auch noch abgewickelt werden kann, werden wir bestimmte Schwerpunkte setzen müssen. Einen solchen Schwerpunkt bildet zum Beispiel der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, der dem Kraftfahrzeugverkehr sozusagen helfend an die Seite treten muß.

B26 Wir müssen mindestens eine neue Nord-Süd-S-Bahnlinie durch die Stadt legen  
B27 in Verbindung mit dem neuen Nahverkehrsknoten Potsdamer Platz. Ich betone  
B28 es ausdrücklich: Der Potsdamer Platz soll wieder der verkehrsreichste  
B29 Platz Europas werden,  
B30

B31 [Cramer (Bü 90/Grüne): Brmmbrmm! -  
B32 Zurufe von der PDS]  
B33

B34 - nein, lassen Sie mich den Satz zu Ende führen - aber nicht mehr auf der  
C 1 Straße, sondern unter der Straße. Der Schienenverkehr wird den Hauptteil  
C 2 des Verkehrs am Potsdamer Platz aufzunehmen haben. Fernverkehr,  
C 3 Regionalverkehr, U-Bahn, S-Bahn - das alles wird sich unter der Erde  
C 4 abspielen; und so kann der Potsdamer Platz auch wieder ein Zentrum werden.  
C 5

C 6 Wir werden im Zentrum aber auch die Straßenbahn auszubauen haben, und zwar  
C 7 in modernerer Form als heute: mit Niederflurwagen und allem drum und dran.  
C 8 Wir werden das Busnetz ebenfalls umkonzipieren müssen. Ich stelle mir vor,  
C 9 mittelfristig wird man ganz andere Busbetriebsformen haben müssen als  
C10 heute: umweltfreundlicher, flexibler undsoweiter - dazu wird der Kollege  
C11 Müller nachher noch etwas sagen. Und - ich wiederhole es noch einmal - wir  
C12 brauchen auch Kraftfahrzeugverkehr.  
C13

C14 Die Koalitionsfraktionen sind sich darüber einig, daß ein modal split im  
C15 Verhältnis 20:80 - das ist das Verhältnis zwischen Individual- und  
C16 öffentlichem Personennahverkehr - angestrebt werden soll, und zwar mit  
C17 Maßnahmen der Lenkung: Parkleitsystem, Parkraumbewirtschaftung, Parkhäuser  
C18 am Rand der City und ähnliches. Ferner brauchen wir Vorteile für den  
C19 Wirtschaftsverkehr, weil auch dieser in der Mitte der Stadt unerlässlich  
C20 ist. Dazu benötigen wir ein Straßennetz, mit leistungsstarken  
C21 Haupterschließungsstraßen. Die Leipziger Straße beispielsweise soll keine  
C22 Durchgangsstraße sein; aber sie ist eine notwendige  
C23 Haupterschließungsstraße wie viele andere Straßen in der City auch: etwa  
C24 nach Osten hin die großen Radialen. Den Durchgangsverkehr wollen wir in  
C25 der Tat vermeiden. Deshalb würde ich beispielsweise die Leipziger Straße  
C26 gern mit der Seidelstraße verbunden sehen und die Lindenstraße mit der  
C27 Gertraudenstraße, damit nicht mehr das gerade Durchfahren dominiert - denn  
C28 es ist ja auch ein Psychologikum, ob man "gerade" durch die Mitte fahren  
C29 kann. Wir wollen mit der Schaffung einer Ringstraße um die engere City den  
C30 Durchgangsverkehr aus der City heraushalten, ableiten, umleiten - und  
C31 diese Maßnahmen für den Kraftfahrzeugverkehr immer vor dem Hintergrund des  
C32 Ausbaus und der qualitativen Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs!  
C33

C34 Wenn heute die betreffenden Einzelentscheidungen etwas zögerlich fallen,  
D 1 dann achten Sie bitte auf die Notwendigkeit, daß wir alle Maßnahmen  
D 2 weitgehend mit den Bundesorganen abstimmen, soweit sie sich auf die engere  
D 3 City beziehen, wo künftig das Parlaments- und Regierungsviertel sein wird.  
D 4 Das ist so verabredet; aber wir werden darauf zu achten haben, daß das  
D 5 Regierungs- und Parlamentsviertel auch erreichbar ist, daß der Verkehr  
D 6 nicht ganz zusammenbricht. Wer meint, man könne den Kraftfahrzeugverkehr  
D 7 in einer Stadt wie Berlin abschaffen, der verkennt, was eine lebendige  
D 8 Metropole in der Mitte Europas ist.  
D 9

D10 Eine letzte Bemerkung: Es gibt hier einen dringlichen Antrag der Fraktion  
D11 Bündnis 90/Grüne. Damit wollen sie alle Straßenbaumittel einfrieren, die  
D12 dazu führen, eine Veränderung beim Durchgang des Verkehrs durch  
D13 Parlaments- und Regierungsviertel zu erreichen.  
D14

D15 [Frau von Braun (FDP): Ja, mir saan mitm Radl do!]  
D16

D17 Das heißt doch in der Konsequenz, daß Sie die Entlastungsstraße durch den  
D18 Tiergarten behalten wollen und nicht - so wie wir - den betreffenden  
D19 Verkehr unter die Erde legen, damit der Tiergarten und das  
D20 Parlamentsviertel nicht mehr belastet sind. Das ist doch ein  
D21 kontraproduktiver Antrag, den Sie sich überhaupt nicht überlegt haben. Und  
D22 deshalb werden wir ihn ablehnen. - Ich danke Ihnen für Ihre  
D23 Aufmerksamkeit!  
D24

D25 [Beifall bei der CDU und des Abg. Schulze (SPD) -  
D26 Einzelner Beifall bei der FDP]  
D27

D28 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Ich danke auch! - Sie habe sich an die  
D29 Redezeit von 10 Minuten gehalten, Herr Giesel.

D30 |  
D31 | Ich darf den Kolleginnen und Kollegen noch folgendes sagen: Der Kollege  
D32 | Wolf war nicht derjenige, der die Große Anfrage begründet, sondern der  
D33 | erste Redner in der Aktuellen Stunde. In dieser Reihenfolge verfahren wir  
D34 | weiter. Das bedeutet, daß jetzt die Fraktion Bündnis 90/Grüne durch Herrn  
D35 | Cramer zu Wort kommen kann. - Bitte sehr, Herr Cramer!  
D36 |

D37 | **Cramer** (Bü 90/Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antwort  
D38 | auf die Große Anfrage hat nun schon der Mochtegersenator Giesel gegeben.  
D39 | Der gewählte Senator hat dann nachher sicherlich Sendepause.

D40 |  
D41 | Die Öffentlichkeit wurde durch Berichte aufgeschreckt, daß in der  
D42 | Innenstadt vierzehn Straßenverbindungen reaktiviert oder neu gebaut werden  
D43 | sollten. Darunter war zum Beispiel die Verlängerung



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4025

A 1 Cramer

A 2  
A 3 der Französischen Straße oder der Ausbau der Niederkirchnerstraße - hier  
A 4 vor dem neuen Abgeordnetenhaus von Berlin. Begründet wird dieses  
A 5 Straßenszenario immer wieder mit der ominösen Zahl von 8.000  
A 6 Kraftfahrzeugen pro Stunde, die im Ost-West-Verkehr bewältigt werden  
A 7 müssen. Oder sind es 8.000 Fahrzeuge pro Richtung, also 16.000? Läßt uns  
A 8 der Senat bewußt im Unklaren? Wie die in der Öffentlichkeit  
A 9 herumgeisternde Zahl von 8.000 oder 16.000 Kraftfahrzeugen pro Stunde  
A10 zustande kommt, scheint selbst dem Senatssprecher unbekannt zu sein. Fest  
A11 steht aber, daß diese Zahlen die Vorgaben aus der Datenbank der  
A12 Senatsverkehrsverwaltung sind und als Grundlage für alle Gutachterbüros  
A13 dienen.

A14  
A15 Allein schon aus Umweltschutzgründen ist eine Verdoppelung des  
A16 Autoverkehrs abzulehnen, denn selbst unter der Voraussetzung, daß 100  
A17 Prozent aller Autos mit Katalysatoren ausgestattet sind, ergeben sich  
A18 Steigerungsraten bei Stickoxiden von 30 Prozent, beim krebserzeugenden  
A19 Dieselruß um 40 bis 50 Prozent, wenn die Steigerungen beim Busverkehr  
A20 miteinbezogen werden, und von CO2 um 80 Prozent. Der Benzolgehalt der  
A21 Luft, der um zwei Drittel reduziert werden soll - so die Forderung von  
A22 Bundesumweltminister Töpfer -, würde nicht sinken. Die Lärmbelastung, die  
A23 heute schon mit 70 bis 80 Dezibel unerträglich ist, würde noch einmal um  
A24 2 bis 6 Dezibel steigen. Nur zum Vergleich: Das Bundesumweltamt ebenso wie  
A25 das Bundesgesundheitsamt fordern die Einhaltung des Grenzwertes von 65  
A26 Dezibel, um das Herzinfarkttrisiko zu mindern.

A27  
A28 Offensichtlich kann der Senat sich einen Spaziergang in der Mitte Berlins  
A29 im Jahr 2000 nur vorstellen, wenn die Menschen Ohropax in den Ohren und  
A30 eine Gasmaske vor dem Gesicht haben.

A31  
A32 [Beifall bei Bü 90/Grüne]

A33  
A34 Das vom Senat entwickelte Autoverkehrskonzept ist in Wahrheit ein Rückfall  
B 1 in die fünfziger und sechziger Jahre und keine zukunftssträchtige Vision  
B 2 für das Jahr 2000. Ein Rückfall, der völlig überflüssig ist, weil die  
B 3 negativen Beispiele einer autofixierten Verkehrspolitik überall in der  
B 4 Welt ersichtlich sind.

B 5  
B 6 Hinzu kommen - neben der Immobilität, die die Automobilität produziert -  
B 7 die gewaltigen ökologischen und gesundheitlichen Folgeerscheinungen, die  
B 8 Menschen und Natur in ihrer gesamten Existenz bedrohen. So äußerte der  
B 9 Fraktionsvorsitzende der SPD in der Aussprache zur Regierungserklärung  
B10 Anfang 1991, daß Berlin die Chance hätte, in der Verkehrspolitik die  
B11 Fehler anderer Metropolen zu vermeiden. Es schien, daß die Berliner SPD  
B12 die Worte ihres "Obergenossen" Vogel aus dem Jahre 1972 endlich wieder in  
B13 Erinnerung rufen wollte, daß nämlich, wer Straßen sät, Verkehr ernten  
B14 wird. Bekannt ist in Berlin auch ein Gutachten des als eher autofreundlich  
B15 eingeschätzten Verkehrswissenschaftlers Hoffmann, der eindeutig nachweist,  
B16 daß bei einem noch so weitreichenden Angebot im System Straße der Stau im  
B17 zentralen Bereich auf allen wichtigen Knotenpunkten über Stunden  
B18 vorprogrammiert ist.

B19  
B20 Auch die vom Senat veröffentlichte Belastbarkeitsstudie für die  
B21 Hauptstraßen im inneren S-Bahnring weist aus, daß auf nahezu 80 Prozent  
B22 aller Stadtstraßen die Grenzwerte für Lärm und Schadstoffe vielfach  
B23 überschritten werden.

B24  
B25 [Niedergesäß (CDU): Die sind zu schmal!]

B26  
B27 Auch das müßte alarmierend sein, zumal Berlin dem Klimabündnis beigetreten  
B28 ist, mit dem es sich verpflichtet hat, den CO2-Ausstoß bis zum Jahre 2005  
B29 um 50 Prozent zu senken und nicht um 30 Prozent zu erhöhen.

B30  
B31 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
B32 Palm (CDU): Das hört sich gut an -  
B33 das ist aber auch alles!]

B34  
C 1 Da der Verkehr anerkanntermaßen und unstrittig der Hauptemittent von  
C 2 Schadstoffen und Lärm in den Innenstädten ist, ist eine andere  
C 3 Verkehrspolitik mehr als überfällig. Dem verschließen sich - meist sogar  
C 4 wider besseres Wissen - CDU und SPD gleichermaßen. Sie werden in dieser  
C 5 Frage betonmäßig auf der rechten Parkspur nur von der FDP übertroffen.  
C 6

C 7 Nach zwei Jahren Regierungstätigkeit ist es eigentlich auch einmal an der  
C 8 Zeit, zu schauen, was sich die Koalitionsfraktionen seinerzeit vorgenommen  
C 9 haben beziehungsweise was in den Koalitionsvertrag geschrieben worden ist:  
C10

C11 Die Priorität der Verkehrspolitik in Berlin liegt beim beschleunigten  
C12 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere auf der Schiene.  
C13

C14 Konkreter wird es dann im Koalitionsgespräch vom 14. Dezember 1992 - man  
C15 hatte sich vorher gestritten -, wo es heißt:

C16  
C17 Um die Funktionsfähigkeit der Mitte der Stadt zu wahren bzw. sie  
C18 wiederherzustellen und um den Wirtschaftsverkehr reibungslos abwickeln  
C19 zu können, ist es zur Verwirklichung des bereits beschlossenen modal  
C20 split von 80:20 - öffentlicher Personennahverkehr gegenüber dem  
C21 Individualverkehr - notwendig, das alte Stadtstraßensystem  
C22 wiederherzustellen.  
C23

C24 [Giesel (CDU): Sehr richtig!]

C25  
C26 Das bedeutet, daß der Durchgangsverkehr vermieden werden soll, aber der  
C27 notwendige Quell-, Ziel- und Binnenverkehr auf einem entsprechenden  
C28 System von Zufahrts- und Haupterschließungsstraßen durchgeführt werden  
C29 kann.  
C30

C31 Die Gutachter geben für diesen notwendigen, also reinen Ziel- und  
C32 Quellverkehr nicht die Summe von 8.000 oder 16.000 Kraftfahrzeugen an,  
C33 sondern die Summe von 4.000, also entweder die Hälfte oder ein Viertel, je  
C34 nachdem, welche Zahl man zugrunde legt.

D 1  
D 2 [Palm (CDU): Die Satzzeichen richtig setzen!  
D 3 Das ist wichtig für das Protokoll!]

D 4  
D 5 Weiter gingen Ende 1992 die Fraktionen davon aus - ich zitiere:

D 6  
D 7 daß das Land Berlin darauf dringt, die bereits provisorisch  
D 8 vorgenommene Verlängerung der Behrenstraße bis zur Ebertstraße als  
D 9 endgültige Trassenführung beizubehalten. Sollte dies gegenüber der  
D10 Bundesregierung nicht durchzusetzen sein, ist eine Verlängerung der  
D11 Französischen Straße zu prüfen.  
D12

D13 Aus diesem "entweder oder" wurde bereits nach einem halben Jahr ein  
D14 "sowohl als auch" - das ist Ihre Verkehrspolitik. Auch ein Hauch von  
D15 Selbstkritik taucht in dieser Vereinbarung auf, nämlich im Punkt 3, wenn  
D16 da steht:

D17  
D18 Im Rahmen der Verkehrsplanung für die Stadtmitte ist in stärkerem Maße  
D19 als bisher den Belangen des nichtmotorisierten Verkehrs Rechnung zu  
D20 tragen.  
D21

D22 Dem stimmen wir ausdrücklich zu, aber es hat sich nichts geändert. Soweit  
D23 die Absichten, die heute schon nicht mehr das Papier wert sind, auf dem  
D24 sie seinerzeit geschrieben wurden, denn heute schreiben wir den 13. Mai  
D25 1993, und die Tatsachen sprechen für sich.  
D26

D27 Es verwundert in dieser Stadt niemanden, daß die CDU eine autofixierte  
D28 Stadtplanung verfolgt,  
D29

[Steffel (CDU): Gott sei Dank!]

D30  
D31  
D32 aber bei der CDU stimmen Wort und Tat überein. Sie hat im Wahlkampf  
D33 versprochen, die Kudamm-Busspur abzuschaffen, die Nord-Süd-Straße alias  
D34 Westtangente zu bauen und den Schnellstraßenring im kleinen und den  
D35 Autobahnring im großen Hundekopf zu komplettieren. Auch polemisierte sie  
D36 gegen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und Tempo 30. Sie hatte natürlich auch  
D37 versprochen, den Stau abzuschaffen - das haben sie aber nicht geschafft.  
D38 Die CDU steht zwar auf der falschen Spur, aber konsequent, wenn auch  
D39 leider bis zum großen Crash. Keinesfalls betrügt sie ihr Wählervolk, und  
D40 jeder Mann und jede Frau in dieser Stadt wissen, daß eine andere  
D41 Verkehrspolitik mit dieser CDU nun wirklich nicht zu machen ist.  
D42

D43 [Landowsky (CDU): Schon gar nicht die Ihre!]  
D44

D45 Bei der SPD ist es anders: Vorrang für den öffentlichen  
D46 Personennahverkehr, Verknüpfung des westlichen und des östlichen  
D47 Nahverkehrsnetzes mit der Straßenbahn, 250, 300 oder 350 Kilometer  
D48 Busspurnetz, Befreiung des inneren Hundekopfes

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4026

A 1 Cramer

A 2  
A 3 vom Durchgangsverkehr, Parkraumbewirtschaftungen, schnellstmögliche  
A 4 Wiederherstellung aller durch den Mauerbau stillgelegten S-, U- und  
A 5 Straßenbahnstrecken und so weiter und so fort. Begleitet werden diese  
A 6 verbalen Kraftakte durch eine bundesweite Kampagne der SPD für eine Wende  
A 7 in der Verkehrspolitik. Die Broschüre ist Klasse, sie könnte von uns sein;  
A 8 nur: Machen Sie doch, was da drin steht!

A 9  
A10 Auf Berliner Ebene wird diese Kampagne durch eine immer wieder angemahnte  
A11 Wertediskussion begleitet, in der selbst grüne Parolen kopiert werden; zum  
A12 Beispiel die, daß wir die Erde von unseren Kindern nur geliehen haben.  
A13 Auch wenn wir immer skeptisch waren, diese Parolen gefielen uns, und wir  
A14 haben uns nicht gescheut, dort Zustimmung zu äußern, wo Richtiges  
A15 vereinbart wurde. So stimmten wir dem Senatsbeschluß zu, wonach im inneren  
A16 Hundekopf der modal split von heute 40:60 auf morgen 80:20 zugunsten des  
A17 öffentlichen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr verändert  
A18 werden soll. Zustimmung auch von uns dazu, daß aus diesem Gebiet der  
A19 Durchgangsverkehr herausgehalten und nur der notwendige Ziel- und  
A20 Quellverkehr stattfinden soll. Zustimmung ebenfalls dazu, daß der  
A21 öffentliche Verkehr von Bus und Bahn besonders gefördert werden soll.

A22  
A23 [Landowsky (CDU): Na also!]

A24  
A25 - Machen Sie es doch, Herr Landowsky! -

A26  
A27 Den Straßentunnel unter dem Tiergarten lehnten und lehnen wir hingegen ab,  
A28 weil dadurch noch mehr Autoverkehr ins Zentrum gezogen wird und die  
A29 verkehrspolitischen Ziele konterkariert werden.

A30  
A31 [Beifall bei Bü 90/Grüne]

A32  
A33 Übrigens könnte der Autoverkehr ebenso über den Großen Stern geleitet  
A34 werden, Einspareffekt 800 Millionen bis 1 Milliarde DM bei nach oben  
B 1 offener Skala. Aber Sparmaßnahmen können sich SPD und CDU allenfalls bei  
B 2 der BVG vorstellen, niemals beim Autoverkehr. Interessant an der  
B 3 Argumentation zu diesem Straßentunnel war in der öffentlichen, aber auch  
B 4 in der Diskussion auf dem SPD-Landesparteitag die gebetsmühlenartig  
B 5 wiederholte Behauptung, nur mit dem Straßentunnel lasse sich der  
B 6 Durchgangsverkehr aus der Innenstadt heraushalten. Nachdem der Tunnel nun  
B 7 beschlossen ist, werden neben einem überschätzten Wirtschaftsverkehr auch  
B 8 erhebliche Anteile am Durchgangsverkehr bei einer Zahl von 16.000 Kfz pro  
B 9 Stunde in Rechnung gestellt. Damit wird - entgegen der Tunnelargumentation  
B10 - weiterer Straßenbau auch in der Innenstadt gerechtfertigt, nicht zuletzt  
B11 die Fortführung der Westtangente zum Schöneberger Kreuz.

B12  
B13 Apropos Wertediskussion: Mit solchen üblen und faulen Tricks - Kollege  
B14 Staffelt ist leider nicht hier, aber es gilt auch für Kollegin Zillbach -  
B15 können Sie vielleicht an der Macht bleiben. So können Sie vielleicht mit  
B16 Ihren Parteimitgliedern umspringen, und eigentlich kann es uns ja egal  
B17 sein, was sich SPD-Mitglieder alles so bieten lassen. Aber eins sage ich  
B18 Ihnen ganz deutlich: Wer falsch Zeugnis redet wider seinen Nächsten, auch  
B19 wenn es Parteigenossen sind, der darf sich nicht wundern, daß  
B20 Politikverdrossenheit zunimmt!

B21  
B22 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
B23 Frau Stötzer (SPD): Verleugnung!]

B24  
B25 Deshalb fordern wir Sie auf: Machen Sie ernst mit Ihrer Wertediskussion,

B26 kommen Sie zurück zur Wahrheit, ändern Sie Ihre Taten oder Ihre Worte!  
B27 Aber hören Sie endlich auf, von öffentlichem Verkehr zu reden und  
B28 Autoverkehr zu fördern, denn es ist unmöglich, CDU-Verkehrspolitik mit  
B29 grünprogrammatischer Rhetorik zu verkaufen.

B30  
B31 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
B32 Vereinzelter Beifall bei der PDS]

B33  
B34 Was ist eigentlich die Bilanz Ihrer Politik seit gut zwei Jahren? - Seit  
C 1 zwei Jahren reden Sie von der Erhöhung der Parkgebühren. Tatsächlich  
C 2 erhöht wurden die Fahrpreise der BVG, gleich zweimal, insgesamt um 13 %.  
C 3 Seit zwei Jahren reden Sie von einer Parkraumbewirtschaftung, nach der in  
C 4 der Innenstadt jeder Stellplatz gebührenpflichtig sein soll. Tatsächlich  
C 5 kürzen Sie der BVG Jahr für Jahr 100 Millionen DM, was zu Einschränkungen  
C 6 und Verschlechterungen im Angebot führt. Seit zwei Jahren reden Sie davon,  
C 7 das Busspurnetz auf 250 oder 300 km auszubauen, tatsächlich haben Sie 10 %  
C 8 der Busspuren vernichtet und auf mehr als 50 % zeitliche Einschränkungen  
C 9 vorgenommen. Auch die Kudamm-Busspur mußte daran glauben, obwohl sie sich  
C10 weltweiter Anerkennung erfreut.

C11  
C12 [Frau Dr. Zillbach (SPD): Das stimmt doch nicht! -  
C13 Niedergesäß (CDU): Sie reden falsch Zeugnis!]

C14  
C15 Seit zwei Jahren reden Sie davon, Planfeststellungsverfahren für die  
C16 Straßenbahn einzuleiten, auf kein einziges können Sie derzeit verweisen.  
C17 Für die vorzeitige Inbetriebnahme der U-Bahnlinie 2 bis zum  
C18 Umsteigebahnhof Potsdamer Platz sind Ihnen 150.000 DM zu viel; die  
C19 180.000 DM für provisorische Parkplätze am Neuen Abgeordnetenhaus stehen  
C20 selbstverständlich für den Autoverkehr zur Verfügung.

C21  
C22 [Biederbick (FDP): Sind viel zu wenig!]

C23  
C24 Die erste innerstädtische Schienenverbindung bei U- und S-Bahn wird vier  
C25 Jahre nach Fall der Mauer realisiert - übrigens Projekte, die Rot-Grün  
C26 begonnen hat -, die erste Straßenbahnverbindung wird frühestens für 1997  
C27 avisiert. Der wichtige S-Bahn-Nordring mit der höchsten Kosten-Nutzen-  
C28 Relation in ganz Deutschland wird frühestens 1999, also 10 Jahre nach Fall  
C29 der Mauer, wieder in Betrieb genommen werden. Mit einer solchen Politik  
C30 zementiert der Senat die Spaltung der Stadt, vergiftet im wahrsten Sinne  
C31 des Wortes die Atmosphäre, verstärkt den Lärmterror, vertreibt die  
C32 Bevölkerung aus der Innenstadt und produziert den Dauerstau.

C33  
C34 [Giesel (CDU):  
D 1 Sie wollen die Verbindung doch nicht!]

D 2  
D 3 Doch wie könnte eine zukunftssträchtige Verkehrspolitik aussehen, die  
D 4 Mobilität sichert und Lebensqualität verbessert? Eine Antwort gibt uns die  
D 5 Bundesbauministerin in ihrer Broschüre zur flächenhaften  
D 6 Verkehrsberuhigung. Dort schreibt Frau Schwaetzer

D 7  
D 8 [Biederbick (FDP): Irmgard!]

D 9  
D10 - hören Sie gut zu -:

D11 Die Verkehrsprobleme in den Städten betreffen jeden Bürger.  
D12 Beeinträchtigungen des Wohnumfelds und des Stadtbildes, Belastungen  
D13 durch Lärm und Abgase sowie Unfallgefahren haben vielfach zu einer  
D14 dramatischen Verschlechterung der städtischen Lebensbedingungen  
D15 geführt. In vielen Städten sind die Grenzen der Autoverkehrsbelastung  
D16 erreicht oder überschritten. Die entscheidende Frage lautet hier, wie  
D17 der Autoverkehr in der Stadt auf ein vernünftiges, wirklich notwendiges  
D18 Maß reduziert und der Gesamtverkehr möglichst sozial und  
D19 umweltverträglich und damit stadtgerecht abgewickelt werden kann.

D20  
D21 Damit wird die entscheidende Frage gestellt: Wieviel Autoverkehr ist für  
D22 den Lebensraum Straße und den Lebensraum Stadt verträglich, wie kann den  
D23 Verkehrsteilnehmern eine selektive Autonutzung, d.h. der Gebrauch  
D24 alternativer Verkehrsmittel - soweit immer das möglich ist - nahegelegt  
D25 werden? - Es geht nämlich nicht um den Autoverkehr, es geht um die  
D26 Berliner Innenstadt und darum, ob nach 40jähriger Stadtzerstörung die  
D27 Tradition europäischer Stadtkultur wiederbelebt werden kann; ob  
D28 Straßenräume wie Unter den Linden, Leipziger Straße oder Alexanderplatz  
D29 Aufenthalts- und Begegnungsformen bieten.

D30 |  
D31 | Wer die soziologischen Studien von Hans-Paul Barth und Jane Jakobs - "Tod  
D32 | der amerikanischen Städte" - ernst nimmt, wird und muß feststellen, daß  
D33 | lebendige, von Menschen und nicht von stinkenden und lärmenden Autos  
D34 | frequentierte Straßen und Plätze das wesentliche Element von Stadt sind,  
D35 | das Integration, Sicherheit und Identität schafft.

D36 |  
D37 | [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
D38 | Frau Dr. Zillbach (SPD): Da klatscht  
D39 | ja noch nicht mal die eigene Partei!]

D40 |  
D41 | Wir, die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Grüne, wollen keine  
D42 | Schnellstraßen voller Lärm und Gestank. Wir haben bereits ein Konzept  
D43 | vorgelegt, das den Menschen und nicht das Auto ins Zentrum der  
D44 | Verkehrspolitik setzt. Wir wollen eine lebens- und

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4027

- A 1 | **Cramer**  
A 2 |  
A 3 | lebenswerte Metropole, in der Mobilität gesichert und Lebensqualität  
A 4 | verbessert ist - im Interesse von Umwelt und Natur, zum Wohl von Leben und  
A 5 | Gesundheit der Menschen in dieser Stadt.  
A 6 |  
A 7 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
A 8 |  
A 9 | **Stellv. Präsident Schwierzina:** Das waren sechzehn Minuten, Herr Kollege  
A10 | Cramer. - Für die SPD nun Frau Dr. Zillbach!  
A11 |  
A12 | **Frau Dr. Zillbach (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will  
A13 | jetzt nicht auf den Redebeitrag von Herrn Cramer eingehen.  
A14 |  
A15 | [Mleczkowski (FDP): Ist auch besser!]  
A16 |  
A17 | Wenn man Sprüche ständig wiederholt, werden sie deshalb nicht richtiger;  
A18 | das hat sich heute wieder gezeigt.  
A19 |  
A20 | [Beifall bei der SPD und der CDU]  
A21 |  
A22 | Was die Große Anfrage der PDS bzw. die Aktuelle Stunde betrifft, kann man  
A23 | nur feststellen, daß es ausnahmsweise einmal ein intelligenter Beitrag der  
A24 | PDS ist, sich in diesem Saal mit der Verkehrspolitik zu beschäftigen. Das  
A25 | kommt sonst selten genug vor.  
A26 |  
A27 | [Frau Herer (PDS): Das ist Ihre Ansicht!]  
A28 |  
A29 | Es dürfte doch auch der PDS bekannt sein, daß die Koalitionsfraktionen  
A30 | schon vor einiger Zeit ein Konzept für die Verkehrsplanung in der Berliner  
A31 | Mitte in einem Kompromiß gefunden haben, wengleich man bei so manchen  
A32 | Äußerungen der Verkehrsverwaltung den Verdacht haben muß, daß sie dieses  
A33 | Konzept wieder einmal nicht unbedingt in ihre Planung mit einbezogen hat.  
A34 |  
B 1 | [Beifall der Frau Abg. Schöttler (SPD)]  
B 2 |  
B 3 | Wir stehen nach wie vor dazu, daß gerade in der Berliner Mitte ein  
B 4 | Verhältnis öffentlicher Nahverkehr zu Individualverkehr von 80:20 zwingend  
B 5 | notwendig ist, um den Verkehrskollaps in diesem Bereich zu vermeiden.  
B 6 |  
B 7 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Auch wir!]  
B 8 |  
B 9 | Aus diesem Grund haben wir auch - wengleich einige mit großen  
B10 | Bauchschmerzen - dem Tunnel unter dem Tiergarten und der Vervollständigung  
B11 | des Innenstadtrings zugestimmt.  
B12 |  
B13 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Dann können Sie sich nicht mehr  
B14 | in die Sonne legen, Frau Zillbach!  
B15 | Das ist dann vorbei!]  
B16 |  
B17 | Gleichzeitig haben wir aber auch immer deutlich gemacht, daß dies auch  
B18 | bedeutet, den historischen Stadtgrundriß wiederherzustellen, und das  
B19 | heißt: Wiederherstellung aller Straßen in ihrer historischen, allerdings  
B20 | nicht dem Verkehr angepaßten Maßen. Das heißt z.B. auch keine  
B21 | Verbreiterung von Straßen und vor allen Dingen Rückbau der Leipziger  
B22 | Straße. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, daß sich die Arbeitsgruppe  
B23 | "Berlin 2000" darauf verständigt hat, zwischen Potsdamer Platz und  
B24 | Charlottenstraße einen Querschnitt von 22 plus 6 Meter und im weiteren  
B25 | einen Querschnitt von 28 plus 6 Meter wiederherzustellen.

B26  
B27 Bei allen Diskussionen um die Berliner Mitte muß man leider immer wieder  
B28 feststellen, daß die Verkehrsverwaltung nach wie vor einer Philosophie  
B29 folgt, die bedarfsorientiert planen will. Soll die Berliner Mitte aber  
B30 attraktiv und menschengerecht werden, muß man solchen Ideen endgültig den  
B31 Rücken kehren. Straßenausbau und damit das Ermöglichen von Verkehr muß  
B32 sich an der Stadt, an der Stadtstruktur, an den jeweiligen Funktionen der  
B33 Stadt orientieren.  
B34

C 1 [Cramer (Bü 90/Grüne):

C 2 Sie haben den Senat doch gewählt, nicht wir!]

C 3  
C 4 In vielen Großstädten hat man längst begriffen, daß es nicht mehr möglich  
C 5 ist, verkehrsbedarfsgerecht zu bauen, weil man es doch nie schafft, den  
C 6 wachsenden Bedarf zu decken. Aber diese Erkenntnis ist anscheinend an der  
C 7 Berliner Verkehrsverwaltung bislang vorbeigegangen.  
C 8

C 9 [Frau Herer (PDS): Sind Sie in der Opposition?]

C10  
C11 Anders ist nicht zu verstehen, daß man, wenn man schon Straßen nicht  
C12 ausbauen darf, auf die Idee von Einbahnstraßen setzt, um mehr Verkehr zu  
C13 ermöglichen. Ein modal split von 80:20 heißt in erster Linie,  
C14 Individualverkehr zu reduzieren und nicht zu verflüssigen.  
C15

C16 In diesem Zusammenhang kann man einigen Leuten in Bonn nur empfehlen,  
C17 nicht nur zu "schwaetzer", sondern auch vorher zu denken, wenn man solche  
C18 absurden Ideen wie die Untertunnelung des Brandenburger Tors in die Welt  
C19 setzt.  
C20

C21 [Beifall bei der SPD -

C22 Wieland (Bü 90/Grüne): Der Tiergartentunnel wird länger!]

C23  
C24 Man muß sich nur einmal ausmalen, welche städtebaulichen Konsequenzen das  
C25 nach sich zieht; da würde eine Tunneleinfahrt möglicherweise am Pariser  
C26 Platz oder gar Unter den Linden notwendig, und dann würde der Tunnel vor  
C27 der Goldelse, die zur Zeit insbesondere bei der CDU als das Wahrzeichen  
C28 Berlins in der Diskussion ist, wieder auftauchen.  
C29

C30 [Berger (Bü 90/Grüne): Und der andere Tunnel? -

C31 Wieland (Bü 90/Grüne): Dann hätten wir  
C32 eine Tunnelkreuzung!]  
C33

C34 Eine absurdere Idee kann ich mir nicht vorstellen.  
D 1

D 2 Die jetzt für das Brandenburger Tor gefundene Lösung ist nicht optimal,  
D 3 aber es hat sich gezeigt, daß die Umfahrung durch die Behren- und die  
D 4 Clara-Zetkin-Straße sinnvoll ist und von den Menschen angenommen wird. Wer  
D 5 immer noch für die Durchfahrung des Brandenburger Tors ist, zeigt sehr  
D 6 deutlich, wie wenig er am Erhalt des historischen Stadtgefüges  
D 7 interessiert ist.  
D 8

D 9 Im übrigen muß klar und deutlich gesagt werden, wie man den  
D10 Durchgangsverkehr aus der Mitte heraushalten will. Eine rückgebaute  
D11 Leipziger Straße ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber  
D12 diese Straße darf in ihrem weiteren Verlauf nicht länger ein Angebot für  
D13 Durchfahrer sein. Auch auf dieser Straße muß der Verkehr so gebrochen  
D14 werden, daß niemand mehr auf die Idee kommt, sich einen Schleichweg durch  
D15 die Innenstadt zu suchen. Denn wozu brauchten wir sonst einen  
D16 Innenstadtring - er wäre dann völlig überflüssig.  
D17

D18 Wenn man von der Reduzierung des Individualverkehrs spricht, muß man  
D19 gleichzeitig vom öffentlichen Nahverkehr reden. Es ist zu begrüßen, daß  
D20 das nun endlich veröffentlichte Straßenbahnkonzept auch eine Straßenbahn  
D21 über den Alexanderplatz und durch die Friedrichstraße enthält. Endlich  
D22 scheint hier einmal Vernunft in der Verkehrsverwaltung um sich gegriffen  
D23 zu haben. Aber wer gleichzeitig davon redet, daß private Investoren die  
D24 Straßenbahn in der Friedrichstraße mitzufinanzieren haben, kann es wohl  
D25 nicht ganz ernst meinen. Da stellt sich dann die Frage: Sehr geehrter Herr  
D26 Investor, wie viele Meter Straßenbahn dürfen es denn sein? - Der Ausbau  
D27 des öffentlichen Nahverkehrs ist und bleibt eine Hauptaufgabe der  
D28 Kommunen.  
D29



[Cramer (Bü 90/Grüne):

Dann machen Sie es doch einfach!]

Es ist sicher richtig, daß das Geld knapp ist, aber wenn man so argumentiert, will man sich offensichtlich lediglich der Verantwortung für ein ungeliebtes Kind entledigen. Herr Haase, wenn Sie es ernst mit der Straßenbahn meinen, leiten Sie schnellstens die notwendigen Planfeststellungsverfahren ein

[Beifall bei der SPD]

und entwickeln Sie ein Konzept für deren Realisierung und Finanzierung möglichst zusammen mit dem Finanzsenator, denn wir wollen eine Hauptstadt mit attraktivem Nahverkehr möglichst jetzt sofort und nicht erst im Jahr 2000 - und die Straßenbahn ist ein äußerst zukunftsträchtiges Verkehrsmittel.

[Beifall bei der SPD]

**Stellv. Präsident Schwierzina:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Berger?

**Frau Dr. Zillbach (SPD):** Nein! Ich muß die Zeit sparen; es kommt noch jemand nach mir.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4028

A 1     **Frau Dr. Zillbach**

A 2  
A 3     Wer den öffentlichen Nahverkehr in der Mitte der Stadt fördern will, muß  
A 4     mehr Ideen entwickeln, auch wenn der Rotstift über allem schwebt. Da ist  
A 5     die Frage, wo die Konzepte für den innerstädtischen Binnenverkehr bleiben.  
A 6     Neue Straßenbahn-, U- und S-Bahnlinien werden kaum ausreichen, denn es muß  
A 7     auch die Mobilität im Zentrum gesichert sein, sonst sind alle frommen  
A 8     Wünsche, daß die Menschen ihr Auto zu Hause lassen, umsonst. Statt sich  
A 9     mit immer neuen und mehr als fragwürdigen Statistiken über zunehmenden  
A10    Autoverkehr zu beschäftigen, sollte man sich in Berlin mit einer Zukunft  
A11    beschäftigen, die weitestgehend ohne Autos auskommen kann.

A12  
A13                             [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
A14                             Cramer (Bü 90/Grüne): Wunderbar!  
A15                             Die Parolen finde ich toll!]

A16  
A17     - Ich bedanke mich recht herzlich für den Beifall von Herrn Cramer. Ich  
A18     wünschte, daß die Zusammenarbeit sonst auch etwas konstruktiver wäre! -  
A19     Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß in der City kein Individualverkehr  
A20     außer dem Wirtschaftsverkehr mehr notwendig ist, sondern man zum Beispiel  
A21     ein ausgeklügeltes System von Shuttle-Bussen hat, das die Menschen auch  
A22     kleinräumig befördern kann. Jeder Verkehrsplaner müßte sich die Finger  
A23     lecken, über ein solches System nachzudenken. Statt dessen wird in Berlin  
A24     an einem Parkraumkonzept herumgewerkelt, bei dem absurderweise mehr  
A25     Kurzzeitparkplätze als Anwohnerparkplätze ausgewiesen werden. Wenn der  
A26     modal split von 80:20 ernst genommen würde, wäre dies überhaupt nicht in  
A27     der Diskussion. Im Augenblick sieht es um dieses Abgeordnetenhaus herum so  
A28     aus, als könnte man alles machen. Aber es muß jedem klar sein, daß es hier  
A29     keinen unbeschränkten Individualverkehr geben kann und wird.

A30  
A31                             [Beifall bei der SPD]

A32  
A33     Als allerletztes möchte ich noch einen Punkt nennen, den offensichtlich  
A34     alle hier immer wieder vergessen. Es gibt noch zwei Gruppen von  
B 1     Verkehrsteilnehmern, die meistens vernachlässigt werden.

B 2  
B 3                             [Niedergesäß (CDU): Die Fußgänger!]

B 4  
B 5     Da setzen wir auf den Umweltverbund. Dazu gehören auch die Fußgänger und  
B 6     die Radfahrer.

B 7  
B 8                             [Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU)]

B 9  
B10    Ich frage, wo neben den wunderschönen Konzepten, die wir hier immer  
B11    vorgelegt bekommen, das Konzept bleibt, wie der auch zunehmende Verkehr  
B12    mit Fußgängern und Radfahrern abgewickelt werden soll. Sehen Sie sich  
B13    bitte auf der Straße um, gerade jetzt im Sommer: Diese Verkehrsteilnehmer  
B14    dürfen nicht länger ein Schattendasein führen und - wie man manchmal  
B15    glauben muß - nur ein notwendiges Übel darstellen. Verkehr ist nicht nur  
B16    Autoverkehr, und verantwortungsvolle Verkehrspolitik muß alle  
B17    Verkehrsteilnehmer berücksichtigen, auch solche, die kein Umweltrisiko  
B18    darstellen - Herr Haase, Sie wollen doch sicherlich nicht, daß wir Sie  
B19    künftig nur noch Senator für Autoverkehr nennen. - Vielen Dank!

B20  
B21    **Stellv. Präsident Schwierzina:** Ich danke auch! Sie hatten 9 Minuten, Frau  
B22    Kollegin! - Ich bitte nun Herrn Kammholz von der FDP nach vorn.

B23  
B24    **Kammholz (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen vor  
B25    großen Entscheidungen in den Verkehrsgesprächen zwischen dem Senat von

B26 Berlin und der Bundesregierung. Die Situation ist so, daß die  
B27 Bundesregierung ein Mitspracherecht in den verkehrspolitischen Fragen des  
B28 Innenstadtbereichs hat. Das wird hier wohl nicht so ernst genommen, aber  
B29 es ist im Hauptstadtvertrag vertraglich niedergelegt. Insofern wundert es  
B30 mich etwas, wenn jeder hier so tut, als könne er weiterhin seinen Affen  
B31 unangeleint durch den Saal tanzen lassen

B32  
B33 [Beifall bei der FDP  
B34 und der Frau Abg. Stötzer (CDU)]

C 1  
C 2 und seinen Visionen nachgehen, die irgendwann einmal praktische Politik  
C 3 werden könnten. Ein Parlament, das ernst genommen werden will, müßte sich  
C 4 überlegen, wie es in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu diesen wichtigen  
C 5 Gesprächen - in Kenntnis der Verhandlungsposition beider Seiten -  
C 6 versucht, Einfluß zu nehmen. Es ist etwas schwierig, die  
C 7 Verhandlungsposition des Berliner Senats zu kennen. Das fällt wirklich  
C 8 schwer. Es gibt einen sogenannten Senatsausschuß 2000. Ich weiß nicht,  
C 9 warum er so heißt; vielleicht wollte man sich mit dem Wort "2000" den  
C10 Anstrich einer Modernität oder Zukunftsorientiertheit geben; ich habe eher  
C11 den Eindruck, er heißt so, weil man vor dem Jahr 2000 dort nicht zu Potte  
C12 kommt.

C13  
C14 [Beifall bei der FDP]

C15  
C16 Denn was dort bisher herausgekommen ist - das soll nun Grundlage der  
C17 Verhandlungen mit der Bundesregierung in nächster Zeit sein -, ist zum  
C18 Teil nach wie vor geheim, zum Teil wird es öffentlich, und wenn es  
C19 öffentlich wird, dann wird es dementiert oder durch den Regierenden  
C20 Bürgermeister korrigiert. Wir wissen also nicht so richtig, was man da mit  
C21 Bonn besprechen will.

C22  
C23 [Böger (SPD): Was wissen Sie denn überhaupt?]

C24  
C25 Wir wissen nur eines - und das macht es für uns, für die FDP, leicht, mehr  
C26 Verständnis für die Bonner Seite aufzubringen. Wir wissen als  
C27 Verkehrspolitiker, daß es ziemlich unsinnig ist, über ein Verkehrskonzept  
C28 in der City zu reden, ohne über das zu reden, was drumherum passiert.

C29  
C30 [Beifall bei der FDP]

C31  
C32 Da sind wir bei einer wichtigen Divergenz zwischen den beiden  
C33 Verhandlungspartnern. Wenn der Senat so tut, als könne er  
C34 Verkehrsberuhigung in der City und 80:20 erreichen - ich wage einmal die  
D 1 Prognose, daß diese 80:20 dem Senat noch wie ein Kloß im Halse  
D 2 steckenbleiben werden, denn er wird es nicht schaffen. Er müßte ganz  
D 3 anders darangehen und schon viel mehr planerische Vorarbeiten geleistet  
D 4 haben. Da fehlt es an allen Ecken und Enden! Aber wir tun mal so, als sei  
D 5 das nach wie vor Zielvorgabe des Senates, und wenn das so ist, dann kann  
D 6 man nicht in der City eine Konzeption verfolgen, die den Verkehr  
D 7 weitgehend heraushalten und beruhigen soll, ohne zu sagen, was denn nun  
D 8 mit dem Verkehr vor dem Citybereich erfolgen soll.

D 9  
D10 [Beifall bei der FDP]

D11  
D12 Da sind wir an dem Punkt, daß das Ganze - wenn überhaupt - nur  
D13 funktionieren kann und nur diskutiert werden kann, wenn man den inneren  
D14 und mittleren Straßenring um die City ausbaut und entsprechend  
D15 leistungsfähig zur Verfügung stellt.

D16  
D17 [Beifall bei der FDP]

D18  
D19 Und wenn der Berliner Senat da nicht herangeht, dann wird er mit seiner  
D20 Konzeption in Bonn wahrscheinlich scheitern. Genauso abstrus ist es, wenn  
D21 der Senat eine Verkehrsberuhigungskonzeption für die City verfolgt, aber  
D22 glaubt, er könne der Bonner Regierung eine Durchgangsstraße durch das  
D23 Regierungsviertel aufzwingen. Auch das kann nicht funktionieren!

D24  
D25 Ich will noch ein paar Bemerkungen zum ÖPNV, dem schienengebundenen  
D26 Nahverkehr, einschieben, wo die Bonner seit Monaten darauf warten, daß  
D27 Berlin das Datenmaterial liefert, das sie überhaupt erst in die Lage  
D28 versetzt, zu rechnen und Untersuchungen anzustellen, ob man eine U-Bahn  
D29 ausgehend vom Alexanderplatz durch das Regierungsviertel, über den Lehrter

D30 | Bahnhof bis zum Flughafen Tegel plant, ob man einen S-Bahnabzweig vom  
D31 | Potsdamer Platz in ähnlicher Richtung - Regierungsviertel, Tegel - plant,  
D32 | ob man das eine oder das andere planen sollte oder ob man beides braucht.  
D33 | Das Verkehrsministerium ist dazu bereit, entsprechende Bewertungsverfahren  
D34 | einzuleiten, aber die Unterlagen aus Berlin werden nicht geliefert.  
D35 |

D36 | [Frau von Braun (FDP): Hört, hört! -  
D37 | Cramer (Bü 90/Grüne): Das sind nur Phantasiezahlen!]  
D38 |

D39 | Das ist auch kein Wunder, wenn sich die Berliner Koalition in erster Linie  
D40 | damit auseinandersetzt, daß der Flughafen Tegel geschlossen werden soll.  
D41 |

D42 | [Beifall der Abg. Frau von Braun (FDP)]  
D43 |

D44 | Wenn man nur eine solche Politik betreibt und sich in der Koalition nicht  
D45 | einigen kann, was mit dem Flughafen Tegel in Zukunft passieren soll, dann  
D46 | kann man auch nicht - das kann der eine gegen den anderen in der großen  
D47 | Koalition nicht durchsetzen -

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4029

A 1 **Kammholz**

A 2

A 3 entsprechende Planungsvorhaben für den ÖPNV hier auf den Tisch legen. Das  
A 4 alles ist zutiefst traurig und das Ende einer Berliner  
A 5 Verhandlungsposition in den Gesprächen mit Bonn.

A 6

A 7 [Beifall bei der FDP]

A 8

A 9 Zum Brandenburger Tor will ich auch noch einmal sagen, was ich schon  
A10 mehrfach betont habe: Verkehrsberuhigung ist gut und schön, aber auf der  
A11 größten Straße Berlins damit anzufangen, ist unsinnig.

A12

A13 [Beifall bei der FDP]

A14

A15 Das kann ein normaler Mensch schwer verstehen. Und wenn man das schon  
A16 macht, dann muß man vernünftige Ersatzlösungen andienen. Wenn man solche  
A17 Ersatzlösungen nicht hat oder wenn einem die wie der Schnee in der Sonne  
A18 wegschmelzen, wenn die enge Umfahrung wegschmilzt, weil man das  
A19 Liebermann-Palais wieder aufbauen will - was wir vernünftig finden -, wenn  
A20 die weite Umfahrung wegschmilzt, weil die Bonner das nicht mitmachen, dann  
A21 muß man auch die Position wieder räumen, da muß man das Brandenburger Tor  
A22 vielleicht wieder aufmachen, dann muß man über diesen Schatten springen.

A23

A24 [Beifall bei der FDP]

A25

A26 Noch eine Bemerkung zur Leipziger Straße, denn das ist auch ein sehr  
A27 wichtiger Punkt in den Besprechungen mit Bonn: Ich kann mich des Eindrucks  
A28 nicht erwehren - und wir haben da auch bestimmte Hinweise -, daß der  
A29 Berliner Senat ohne Absprache mit Bonn - und Bonn ist Verhandlungs- und  
A30 Vertragspartner in diesen Fragen - Investitionszusagen an bestimmte Leute  
A31 gemacht hat, von denen er nicht mehr herunterkommt. Wenn das die Leitlinie  
A32 der Politik ist, dann wird der Berliner Senat auch in dieser Frage in den  
A33 Gesprächen mit Bonn scheitern. Das prophezeie ich Ihnen!

A34

B 1 [Beifall bei der FDP]

B 2

B 3 Wenn Konzeptionen für die Leipziger Straße nur noch daran orientiert sind,  
B 4 nicht an dem, was nötig ist, nicht an dem, was die Stadt braucht, sondern  
B 5 nur noch an bestimmten Zusagen, die man gemacht hat und denen man sich  
B 6 verpflichtet fühlt, dann ist das ein Skandal.

B 7

B 8 [Beifall bei der FDP]

B 9

B10 Daß dem so ist, wird auch daran deutlich, daß solche Unsinnmodelle  
B11 plötzlich in das Gespräch kommen wie: Die Leipziger Straße soll  
B12 Einbahnstraße werden, was man dann wieder zurückgenommen hat, weil das in  
B13 der Öffentlichkeit keiner akzeptieren kann.

B14

B15 Ich sage direkt an die Adresse des Senats und an die Adresse des  
B16 Regierenden Bürgermeisters: Wir von der FDP sind der Meinung, daß die  
B17 Gespräche zwischen dem Senat von Berlin und Bonn am 28. Mai nicht  
B18 scheitern dürfen und daß der Berliner Senat, der seine  
B19 Verhandlungsposition - jedenfalls uns gegenüber - bisher nicht aufgedeckt  
B20 hat, in der Verpflichtung steht, hier die Hauptstadtsituation zu  
B21 verbessern und die Hauptstadt voranzubringen, und nicht in die Rolle  
B22 geraten darf, daß er unsinnige Konzeptionen verfolgt. Die Bonner haben im  
B23 Moment die besseren Argumente.

B24

B25 [Beifall bei der FDP]

B26  
B27 Die Bonner können im Moment darauf verweisen, daß der Berliner Senat seine  
B28 Schularbeiten nicht macht.

B29  
B30 [Zuruf der Frau Abg. von Braun (FDP)]

B31  
B32 Wenn ein Journalist im Verkehrsministerium anruft, dann bekommt er zu  
B33 hören: Ich kann zu den Berliner Positionen nicht mehr Stellung nehmen; die  
B34 sind jeden Tag anders! - Das ist die Situation.

C 1  
C 2 [Frau von Braun (FDP): So ist es!]

C 3  
C 4 Deshalb erwarte ich und erwartet die FDP, daß der Berliner Senat am  
C 5 28. Mai mit einem Ergebnis nach Hause kommt. Wenn die Gespräche scheitern,  
C 6 dann ist es dieser Regierende Bürgermeister, dann ist es dieser Senat, der  
C 7 das zu verantworten hat, daß wir in der Hauptstadtplanung nicht  
C 8 vorankommen.

C 9  
C10 [Beifall bei der FDP -  
C11 Biederbick (FDP): Sehr richtig!]

C12  
C13 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Danke! - Das waren acht Minuten, Herr  
C14 Kollege Kammholz! - Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur  
C15 Begründung der Großen Anfrage, und da bitte ich den Kollegen Pewestorff  
C16 ans Mikrophon. Bis zu zehn Minuten!

C17  
C18 **Pewestorff (PDS):** Herr Kammholz, sind Sie so klein? Nein! - Herr  
C19 Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator! Unsere  
C20 Große Anfrage trägt den Titel: "Zukunft des öffentlichen  
C21 Personennahverkehrs". - Entnehmen Sie zumindest dieser Formulierung, daß  
C22 wir sicher sind, daß der öffentliche Personennahverkehr eine Zukunft hat,  
C23 weil er sie haben muß! Gegenwärtig ist das aber mit vielen Fragezeichen  
C24 versehen.

C25  
C26 Da die Diskussion schon angefangen hat, noch einige Bemerkungen vorab: Die  
C27 CDU scheint nach dem Motto zu verfahren: Jeder Autofahrer ist ein Wähler;  
C28 wenn wir auf das Auto setzen, kann uns bei Wahlen nichts passieren! - Aber  
C29 daß jeder Autofahrer möglicherweise auch Fußgänger ist, Anwohner oder  
C30 ähnliches, scheint sie, dabei zu übersehen. Andererseits: Die Fragen heute  
C31 richten sich an den Verkehrssenator, aber es ist nicht seine alleinige  
C32 Verantwortung, wenn ich nur daran denke, daß jeden Tag insgesamt 200.000  
C33 Pendler oder mehr nach Berlin oder in Berlin auf der Suche nach der Arbeit  
C34 einpendeln. So sind die Probleme, die der Arbeitsmarkt in dieser Stadt  
D 1 hat, auch in verkehrlicher Hinsicht nicht zu unterschätzen. Das, was  
D 2 einmal Kreuzberger Mischung war, wird gegenwärtig "entmischt". Der Weg zur  
D 3 Arbeit dauert immer öfter Stunden, und sie werden im Stau verbracht oder  
D 4 in stickigen, wenig attraktiven Verkehrsmitteln des öffentlichen  
D 5 Nahverkehrs. Herr Giesel, Sie haben uns schon prophylaktisch ermahnt, hier  
D 6 nicht richtig recherchiert zu haben. Mangelndes Wissen haben Sie  
D 7 angemahnt. Aber dann bitte auch Ihre Kritik - - Herrn Giesel sehe ich im  
D 8 Moment nicht, obwohl er ja schlecht zu übersehen ist! Die IHK mahnt den  
D 9 Berliner Senat - ich zitiere die "Berliner Zeitung" -:

D10  
D11 Die Herstellung eines Verkehrsverbundes zwischen Berlin und dem  
D12 brandenburgischen Umland hat die Berliner Industrie- und Handelskammer  
D13 (IHK) angemahnt. Die Wirtschaft fragt erneut, warum Berlin, Brandenburg  
D14 und der Bund den seit Monaten ausgearbeiteten Grundvertrag für den  
D15 Verkehrsverbund Region Berlin noch nicht unterzeichnet hätten.

D16  
D17 Eine wichtige Frage! Die Frage bleibt noch unbeantwortet. Ich hoffe, wir  
D18 bekommen die Antwort.

D19  
D20 Ich möchte noch ein Wort zur Verkehrspolitik in der DDR sagen, denn  
D21 vieles, was momentan in Berlin stattfindet, ist nicht voraussetzungslos.  
D22 Insofern ist das Zerschneiden von Verkehrslinien im Zusammenhang mit dem  
D23 schlimmen Auswuchs des Kalten Krieges, der Berliner Mauer, auch eine  
D24 Spätfolge. Berlin muß dies reparieren, und Berlin muß es schnell tun, aber  
D25 dazu gehört eben nicht der Autoverkehr. Der Gleimtunnel ist offen! Die  
D26 Frage um die Öffnung des Gleimtunnels ist eine zynische, weil die Menschen  
D27 aufeinander zukommen, aber sie kommen nicht mit dem Auto und nicht auf  
D28 einer zentralen Durchgangsstraße zum Gleimtunnel, weil dort Menschen,  
D29 Kinder und Anwohner leben und wohnen. Das nur dazu gesagt!

D30  
D31  
D32  
D33  
D34  
D35  
D36  
D37  
D38  
D39  
D40  
D41  
D42  
D43  
D44  
D45  
D46  
D47  
D48  
D49  
D50

[Dr. Müller (CDU):  
Die leben auch in anderen Straßen!]

Die Verkehrspolitik der DDR war in vielen Fragen offensichtlich mehr der Not geschuldet als einer vernünftigen Einsicht. Trotzdem gab es einen massiven Straßenbahnausbau. Der Güterverkehr wurde zunehmend von der Straße auf das Gleis gebracht.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

- Das waren auch Auswüchse von Mangel. Das weiß ich wohl, Kollege Niedergesäß! -

[Niedergesäß (CDU):  
4.000 Langsamfahrstellen in der DDR!]

Aber die DDR hatte ein sehr dichtes, wenn ich mich richtig erinnere, das dichteste Güterverkehrsnetz in Europa. Momentan wird es kaputtgemacht.

[Böger (SPD): Das war kaputt!]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4030

A 1 | **Pewestorff**

A 2 |  
A 3 | Aber die Verkehrspolitik des Senats hat teilweise kabarettistische Züge.  
A 4 | Das wurde hier schon vorgetragen: Tor auf! Tor zu! Grüner Pfeil ran,  
A 5 | runter, wieder runter, rauf! Oder so etwas!

A 6 |  
A 7 | [Frau Dr. Zillbach (SPD): Zum Thema, bitte!]

A 8 |  
A 9 | Der Stau wird dadurch nicht aufgelöst.

A10 |  
A11 | Bei Bussen und Bahnen findet eine "Nummernlotterie" statt; kaum ein  
A12 | Berliner - sowohl im West- als auch im Ostteil - kennt seinen Bus - im  
A13 | Ostteil auch seine Straßenbahn - noch an der Nummer. Busse und  
A14 | Straßenbahnen - oft als das entscheidende Verkehrsmittel, auch immer  
A15 | wieder von der SPD dargestellt - stehen im Stau; sie werden eben nicht  
A16 | bevorzugt. Und dort, wo Busspuren wie z.B. in der Karl-Liebknecht-Straße  
A17 | waren, verrotten sie heute; die Markierung wird nicht erneuert. Am  
A18 | Kurfürstendamm gibt es inzwischen eine Beschilderung, die einem  
A19 | Schildbürgerstreich gleichkommt denn einer geordneten Politik zur  
A20 | Bevorzugung des Busses. Der Fahrplan ist das Werk des Senats, das die  
A21 | meiste Phantasie in Anspruch nimmt; es ist eine Mischung aus "Dichtung und  
A22 | Wahrheit" und schon beim Erscheinen überholt.

A23 |  
A24 | Wichtige Fragen bleiben offen; deshalb unsere Große Anfrage.

A25 |  
A26 | Ist der öffentliche Personennahverkehr zum Beispiel eine Pflichtaufgabe?  
A27 | Ist er eine Form der Daseinsvorsorge für seine Bürger? Oder kann er  
A28 | einfach privatisiert werden, kann er dem "freien Spiel des Marktes"  
A29 | überantwortet werden - mit allen damit verbundenen Folgen? - Ich meine,  
A30 | die Privatisierung ist keine Lösung. Eine Reform, die sich auf das  
A31 | Umschichten der Lasten und damit auf die Tarife beschränkt, wird es nicht  
A32 | bringen.

A33 |  
A34 | Die Gefahr dieser Debatte ist auch heute wieder eindeutig: Wieder höre ich  
B 1 | die Lippenbekenntnisse zum öffentlichen Personennahverkehr zur Aufteilung:  
B 2 | 20 % Individualverkehr mit Auto zu 80 % Busse, Bahnen und anderes. Aber  
B 3 | die akute Gefahr besteht, daß die Betonmafia sich durchsetzt, daß zwar  
B 4 | öffentlich das eine versprochen wird, daß aber andererseits das Ideal der  
B 5 | autogerechten Stadt immer noch im Betonmischer über diese Stadt verteilt  
B 6 | wird.

B 7 |  
B 8 | Gegenwärtig läuft die Verkehrsplanung des Berliner Senats vergleichbar der  
B 9 | Hauptstadtplanung: Es wird versucht, auf der Ebene von zwei  
B10 | Verhandlungspartnern Bund und Berlin regierungs- und verwaltungsintern -  
B11 | man scheut die Öffentlichkeit - Lösungen zu entwickeln. Bereits heute ist  
B12 | klar, daß Berlin im Bereich Verkehr ebenso Verlierer sein wird gegenüber  
B13 | den Interessen des Bundes, wie es bei der Hauptstadtplanung der Fall ist.  
B14 | Berlin wird sich inhaltlich nicht durchsetzen können.

B15 |  
B16 | Es bleibt festzustellen:

B17 |  
B18 | 1. Bis heute gibt es keine Gründung des Verkehrsverbundes als  
B19 | organisatorische Voraussetzung und Aufgabenverantwortung für ein  
B20 | Gesamtnetz des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Berlin-  
B21 | Brandenburg. Reden wir nicht davon - schaffen wir den Verkehrsverbund in  
B22 | praktischen Schritten, die den schienengebundenen Personennahverkehr und  
B23 | den öffentlichen Personennahverkehr umfaßt!

B24 |  
B25 | [Beifall bei der PDS]



B26  
B27 2. Bis heute liegt keine nachvollziehbare vollständige  
B28 Verkehrsentwicklungsplanung und die dazugehörige Investitionsplanung für  
B29 die verschiedenen öffentlichen Verkehrsträger vor. Das einzige, was  
B30 vorliegt, Herr Senator, ist ihre Ankündigung, daß die Tarife im  
B31 öffentlichen Personennahverkehr auch 1994 erheblich angehoben werden  
B32 sollen, und die Ankündigung des Finanzsenators, daß er das Klassensystem  
B33 in den öffentlichen Verkehrsmitteln wieder einführen will - Pieroth als  
B34 Klassenkämpfer bei der S-Bahn. So habe ich mir Klassenkampf immer  
C 1 vorgestellt!

C 2  
C 3 Im Unterschied dazu haben die Berliner Wasserbetriebe eine  
C 4 Investitionsplanung bis zum Jahr 2000 und darüber vorgelegt und  
C 5 folgerichtig den politisch Verantwortlichen in dieser Stadt - so  
C 6 unterschiedlich, wie man sie bewerten kann - auch verschiedene  
C 7 Alternativen der Finanzierung vorgelegt.

C 8  
C 9 3. Bis heute wird die öffentliche Trägerschaft der Berliner S-Bahn nicht  
C10 einer öffentlichen Erörterung zugänglich gemacht. Sie können es heute hier  
C11 ändern. Die Kostenverantwortung, die den Berlinern übertragen werden soll,  
C12 ist unbekannt, die Finanzierung demzufolge völlig offen.

C13  
C14 4. Unabhängig von allen Querelen um Verfassungsinhalte will ich das  
C15 nennen: In Bonn wird über eine Verfassung debattiert. Der Abgeordnete  
C16 Ullmann hat sein Mandat dort niedergelegt. Aber auch in Berlin und leider  
C17 zu wenig in der Öffentlichkeit betrachtet findet eine  
C18 Verfassungsdiskussion statt; wir haben eine Enquete-Kommission. Sollten  
C19 wir uns nicht auch in dieser Berliner Verfassungsdiskussion klar dazu  
C20 bekennen, daß es einen öffentlichen Leistungsauftrag für  
C21 Verkehrsleistungen in einer Stadt wie Berlin geben muß?

C22  
C23 Bislang fehlt in der Berliner Verkehrsentwicklungsplanung und  
C24 Verkehrspolitik fast völlig eine Teilnahme der Verkehrsteilnehmer, nämlich  
C25 der Nutzer des öffentlichen Verkehrsträgers. Die Anfrage, die wir heute  
C26 vorgelegt haben, dient primär der Herstellung einer kritischen  
C27 Öffentlichkeit und einer Transparenz der politischen Entscheidungswege.  
C28 Herr Senator, Sie haben die Gelegenheit, unsere Fragen zu beantworten -  
C29 auch diejenigen, die ich jetzt ergänzt habe.

C30  
C31 [Beifall bei der PDS]  
C32

C33 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Und ich bin überzeugt, Herr Senator Dr.  
C34 Haase nimmt dazu sofort Gelegenheit.

D 1  
D 2 **Dr. Haase, Senator für Verkehr und Betriebe:** Herr Präsident! Meine sehr  
D 3 verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über Verkehrspolitik in  
D 4 dieser Stadt. Ich habe den Eindruck, daß der Ansatzpunkt ein sehr  
D 5 kleinteiliger ist.

D 6  
D 7 Ich wurde vorhin gefragt, wann die BVG ihre Fahrpläne veröffentlicht und  
D 8 den Kunden zugänglich macht. - Die BVG hat mitgeteilt, daß dieses ab  
D 9 morgen der Fall sein wird.

D10  
D11 Der Kollege Cramer hat davon gesprochen, daß die Straßenbahn nun alles  
D12 sei. Ich kann Ihnen sagen: Straßenbahnen auch!

D13  
D14 [Cramer (Bü 90/Grüne): Wir haben Geduld!  
D15 Wir warten noch ein paar Jahre!]

D16  
D17 Frau Kollegin Dr. Zillbach hat das Fahrrad in den Vordergrund gestellt.  
D18 Ich sage Ihnen: Auch das Fahrrad, auch die Radwege werden mit einbezogen.

D19  
D20 Das, was dieser Berliner Senat macht, ist eine integrierte Verkehrspolitik  
D21 für die Stadt Berlin. Das Zusammenwachsen der Stadt Berlin stellt uns eben  
D22 vor Herausforderungen in neuer Dimension. Einige Beiträge zeigen mir, daß  
D23 in den Köpfen mancher Verkehrspolitiker - davon gibt es ja in dieser Stadt  
D24 mehr als 3 Millionen - der Prozeß des Umdenkens noch nicht abgeschlossen  
D25 ist. Bei manchem wird die Sehnsucht nach der ruhigen Inselidylle West-  
D26 Berlins, bei anderen nach der sozialistischen Beschaulichkeit deutlich.

D27  
D28 [Cramer (Bü 90/Grüne):  
D29 Was ist denn Ihre Vision?]

D30  
D31 Vergleichsmaßstab für die deutsche Hauptstadt sind heute die europäischen  
D32 Metropolen Paris und London, aber nicht Freiburg im Breisgau, nicht Kyritz  
D33 an der Knatter. Berlin hat die Ausdehnung des Ruhrgebiets und nicht  
D34 Rothenburgs ob der Tauber.

D35  
D36 [Richtig! und Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU) -  
D37 Cramer (Bü 90/Grüne): Stimmt!]

D38  
D39 Zur Erinnerung: Die Region Berlin hat eine Fläche von rund 7.300 qkm und  
D40 in der Region rund 4,3 Millionen Einwohner. Deshalb sage ich: Wir dürfen  
D41 nicht mit zu kleinem Maßstab messen. Die Entscheidungen von heute müssen  
D42 auch für die künftigen Generationen Bestand haben.

D43  
D44 Wir bauen auf die traditionelle Großzügigkeit der Berliner  
D45 Verkehrspolitik. Weitsichtig wurden geschaffen

D46  
D47 - leistungsfähige Straßenzüge wie z.B. der Kurfürstendamm,

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4031

A 1     **Sen Dr. Haase**

- A 2
- A 3     - ein vorzügliches S-Bahnnetz, dessen volle Ausdehnung wir nach dem
  - A 4       Einbruch der Teilung noch nicht wieder erreicht haben,
  - A 5     - ein weitverzweigtes Straßenbahnnetz, das in den 60er Jahren im Westteil
  - A 6       der Stadt falschem Fortschrittsglauben geopfert wurde,
  - A 7     - die Fernbahnverbindung quer durch die Innenstadt.

A 8

A 9     Dagegen wirken Waschbetonkübel auf Straßen, "Berliner Kissen" oder

A10    "Kasseler Lollis" nur kleinteilig und kurzsichtig.

A11

A12                   [Mleczkowski (FDP): Wie am Alexanderplatz!]

A13

A14    Berlins Mitte wird weder autofrei noch autogerecht - sie wird

A15    menschengerecht. Das stadtgerechte Auto gibt es sicherlich nicht; es gibt

A16    nur das, das stadterträglich ist.

A17

A18                   [Vereinzelter Beifall bei der CDU]

A19

A20    Zu einer lebendigen City gehört auch der Autoverkehr. Wir wollen keine

A21    toten Kommerzonen, in denen nach Geschäftsschluß Friedhofsruhe herrscht.

A22    Straßen sind Lebensräume und Verkehrsanlagen. Überbreite Aufmarschstraßen

A23    für organisierte machtvolle Kundgebungen, vorbei an winkenden

A24    Staatsratsvorsitzenden oder Parteivorsitzen haben wir und brauchen wir

A25    gottlob nicht mehr.

A26

A27                   [Beifall bei der CDU und der SPD]

A28

A29    Die Straßen in der City werden auf ein stadterträgliches Maß umgebaut,

A30    Frau Dr. Zillbach, sie werden nicht ausgebaut. Das heißt nicht, daß der

A31    Senat die City auf das Maß eines Minigolfplatzes zurückbauen wird.

A32

A33                   [Beifall bei der CDU]

A34

B 1    Auch die Zeit der Postkutschenromantik ist sicherlich vorbei - trotz

B 2    mancher gegenteiliger Äußerungen auch heute in dieser Debatte.

B 3

B 4                   [Frau Dr. Zillbach (SPD): Von wem denn?]

B 5

B 6    Die peinliche verordnete Gemütlichkeit nach dem Motto "hier noch ein

B 7    Häuschen, da noch einen Poller und ein Gäßchen" ist keine Richtschnur für

B 8    die Berliner Straßen. Nein - die berühmten Boulevards Europas sind breite

B 9    Straßen wie der Kurfürstendamm, wie Unter den Linden, wie Champs Elysées

B10    oder wie der Newskij-Prospekt.

B11

B12                   [Frau Dr. Zillbach (SPD): Mit vielen Autos!]

B13

B14    Diese Straßen haben ohne Zweifel auch die größte Aufenthaltsqualität und

B15    Anziehungskraft für die Bürger.

B16

B17    Würden wir einfach alles laufenlassen, beziehungsweise alles fahren

B18    lassen, würde die City im Autoverkehr untergehen und der stetig wachsende

B19    Autoverkehr an sich selbst ersticken. Deshalb, Herr Kollege Cramer,

B20    stellen wir die Weichen dafür, daß in Zukunft 80 Prozent der Fahrten im

B21    City-Bereich auf die öffentlichen Verkehrsmittel Tram, Bus, S- und U-Bahn

B22    entfallen.

B23

B24                   [Cramer (Bü 90/Grüne):

B25                   Das machen Sie sehr geschickt!]

B26  
B27 Wer aber, wie Sie Herr Cramer, den Eindruck erweckt, der Verkehrssenator  
B28 könnte einfach an einem Schalter drehen und dann würde sich der gewünschte  
B29 modal split 80:20, 85:15 oder 90:10 einstellen, lebt außerhalb der  
B30 Realität, in Träumen und Ideologien. Der modal split ist das Ergebnis  
B31 vieler Einzelentscheidungen der Bürger zur Verkehrsmittelwahl, die die  
B32 Politik nur indirekt beeinflussen können.

B33  
B34 [Frau von Braun (FDP): Fahrrad!]

C 1  
C 2 Das allerdings tun wir: Ausbau des inneren Ringes, um den  
C 3 Durchgangsverkehr aus der City fernzuhalten; und selbstverständlich, Herr  
C 4 Kollege Kamholz, Ausbau des mittleren Ringes; Erhöhung der  
C 5 Leistungsfähigkeit der U 6 durch Bahnsteigverlängerung; Verlängerung der  
C 6 U 5 vom Alex, Unter den Linden zum Brandenburger Tor und Lehrter Bahnhof;  
C 7 die Durchbindung der U 2 vom Wittenbergplatz zur Mohrenstraße wird im  
C 8 Dezember 1993 vollzogen; S 21 als neue Nordsüdverbindung. Die Straßenbahn  
C 9 kehrt zurück in die alte City, wobei man nicht vergessen sollte, Herr  
C10 Kollege Cramer, daß es ein langwieriges Planungsrecht gibt, das man auch  
C11 für den guten Zweck eines Straßenbahnbaus, so wie Sie das sehen, nicht  
C12 außer Kraft setzen kann. Deshalb wird diese Straßenbahn morgen noch nicht  
C13 in der Leipziger Straße fahren. Schon nächstes Jahr aber wird die neue  
C14 Niederflurtram für eine neue Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs  
C15 in der Stadt sorgen. Zu dieser Verkehrspolitik gehört auch die  
C16 Beschleunigung von Bus und Bahn durch intelligente Vorrangschaltungen und  
C17 Sonderspuren, gehört das Parkleitsystem und das Verkehrsmanagement. Am  
C18 Ende dieser Ausbaumaßnahmen hat eigentlich niemand mehr einen Grund, mit  
C19 dem Auto in die City zu fahren - es sei denn, er macht dies aus  
C20 geschäftlichen Gründen. Dieses, Frau Kollegin Dr. Zillbach, wird man  
C21 notfalls auch ordnungspolitisch durchsetzen müssen.

C22  
C23 [Frau Dr. Zillbach (SPD):

C24 Das kann ich mir schwer vorstellen!]

C25  
C26 Die 8.000 Kraftfahrzeuge je Stunde und Richtung des Ziel- und Quellverkehrs  
C27 müssen leistungsfähige Trassen vorfinden. Diese sollen nicht zusätzlichen  
C28 Verkehr erzeugen, sondern den notwendigen Verkehr stadtverträglich führen;  
C29 da die City wieder ein bedeutender Wirtschaftsstandort geworden ist. Der  
C30 Wirtschaftsverkehr muß die City erreichen, be- und entladen können, soll  
C31 die Innenstadt ein lebendiger Standort auch für Arbeitsplätze sein. Oder  
C32 möchte jemand in diesem Hause ernsthaft die Geschäfte mit der Straßenbahn  
C33 beliefern? Dieses Projekt ist in den siebziger Jahren in der DDR bereits  
C34 gescheitert.

D 1  
D 2 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Herr Senator, gestatten Sie eine  
D 3 Zwischenfrage von Herrn Cramer?

D 4  
D 5 **Dr. Haase, Senator für Verkehr und Betriebe:** Bitte, Herr Kollege Cramer!

D 6  
D 7 **Cramer (Bü 90/Grüne):** Herr Senator, Können Sie sagen, wie diese 8.000  
D 8 Kraftfahrzeuge pro Stunde zustandekommen? Gilt das für eine Richtung oder  
D 9 für zwei? Das ist immer noch unklar in der öffentlichen Diskussion. Können  
D10 Sie die Grundlagen dafür auch veröffentlichen?

D11  
D12 **Dr. Haase, Senator für Verkehr und Betriebe:** Herr Abgeordneter Cramer, ich  
D13 habe eben vorgetragen, daß dies 8.000 Fahrzeuge pro Richtung und Stunde im  
D14 Rahmen des Ost-West-Riegels sind. Das ist der Bereich der Ost-West-Straßen  
D15 von Kanaluferstraßen bis oben zur Reinhardtstraße im Norden. Sie haben  
D16 vorhin erwähnt, daß man nach Gutachtern diesen Verkehr auf 4.000 Fahrzeuge  
D17 reduzieren könne. Ich habe mir die Stelle noch einmal angesehen. Der  
D18 Problemfall ist ein ganz anderer; Sie haben das offensichtlich nicht  
D19 verstanden. Es geht hier bei den 8.000 Fahrten nur um Quell- und  
D20 Zielverkehr, wie die Gutachter ihn dort ermittelt haben. Sie sagen: 4.000  
D21 Fahrten. Diese können nicht umgelegt werden, da sie direkt in das Gebiet  
D22 hineinführen. Die anderen könnte ich umlegen, indem ich die Fahrzeuge erst  
D23 auf dem inneren Stadtring führe und sie dann ins Innere hineinfahren  
D24 lasse. Um es deutlicher zu machen: Wenn Sie vom Bahnhof Zoo zum Alex  
D25 wollen, können Sie den direkten Weg nehmen, zum Beispiel über den  
D26 Potsdamer Platz hineinfahren. Sie könnten aber auch auf den  
D27 Kanaluferstraßen weiterfahren und dann später in der Kochstraße oder  
D28 anderen Straßen in Richtung Norden abbiegen. Es handelt sich bei diesen  
D29 Fahrten nicht um Durchfahrten durch den Innenstadtbereich, sondern um

D30 | Fahrten, die notwendig sind als Quell- und Zielfahrten, bei denen der  
D31 | Wirtschaftsverkehr einen ganz erheblichen Anteil hat. Diesen  
D32 | Wirtschaftsverkehr in die Innenstadt, der der Belebung der Innenstadt  
D33 | dient - darin sind wir uns doch hoffentlich einig - bezeichne ich  
D34 | gleichfalls als notwendigen Verkehr. Deshalb wollen wir in diesem Bereich  
D35 | keine Amputation der Ost-West-Straßen.  
D36 |  
D37 | Wir wollen auch in diesem Bereich nicht auf eine Straße abheben. Es geht  
D38 | nicht nur um die Leipziger Straße, sondern auch um die Voßstraße, die  
D39 | Verlängerung und Verbindung der Französischen Straße, die Behrenstraße,  
D40 | die Zetkinstraße. Je nach der Breite dieser Straßen, nach der Anzahl der  
D41 | Spuren, sind dann

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4032

A 1     **Sen Dr. Haase**

A 2  
A 3     verkehrsregelnde Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört ein vernünftiges  
A 4     Verkehrsmanagement, auch die Frage, inwieweit Einbahnstraßenregelungen  
A 5     hier zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses im Rahmen des Ziel- und  
A 6     Quellverkehrs beitragen können.

A 7  
A 8     Wir wollen also alle Optionen offenhalten, wir wollen so viel Ost-West-  
A 9     Durchlässe wie nötig. Darauf hat sich der Senat als Verhandlungsposition  
A10     gegenüber dem Bund geeinigt. Wer in diesem Hause will denn, daß die  
A11     Grenzmaßnahmen der DDR im Straßennetz konserviert werden? Daran ist nach  
A12     meiner Auffassung nichts erhaltenswert!

A13  
A14     Verkehrsplanung für die Stadtmitte bedeutet Symbiose, Zusammenspiel und  
A15     vor allem Kompromiß zwischen stadtplanerischen Idealvorstellungen und  
A16     verkehrsplanerischen Notwendigkeiten. Es bleibt die ständige Aufgabe des  
A17     Senats, das historische Erbe dieser Stadt mit der zukunftsbezogenen  
A18     Verkehrsgestaltung harmonisch zu verbinden.

A19  
A20     Im Rahmen dieser Aktuellen Stunde ist gleichzeitig auch die Große Anfrage  
A21     gestellt worden zu deren Beantwortung ich jetzt komme.

A22  
A23                             [Frau Dr. Zillbach (SPD):  
A24                             Bißchen mehr Temperament!]

A25  
A26     Ich versuche, dieses relativ knapp zu machen, weil ich den Fraktionen  
A27     Antwortexemplare gegeben habe.

A28  
A29     Es geht hier um die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs. Die  
A30     Verkehrsminister der Bundesländer sind sich mit dem Bund darin einig, daß  
A31     dazu sicherlich auch die Bahnstrukturreform gehört, denn die Bahn hat  
A32     ähnlich wie beispielsweise die BVG in Berlin das Problem, daß sie Schulden  
A33     einführt und darüber hinaus nicht kostengünstig arbeitet. Deshalb ist  
A34     diese Bahnstrukturreform eine zu begrüßende Maßnahme. Wir beantworten  
B 1     deshalb Ihre Frage 1 im Rahmen dieser Großen Anfrage wie folgt:

B 2  
B 3     Die Strukturreform der bundeseigenen Eisenbahn bedarf der Zustimmung durch  
B 4     den Bundesrat. Das Land Berlin wird den Gesetzentwürfen des Bundes nur  
B 5     dann zustimmen, wenn die Frage des finanziellen Ausgleichs für die  
B 6     Regionalisierung befriedigend geregelt ist und der Bund auch in Zukunft  
B 7     Eigentümer der Schieneninfrastruktur bleibt. In diesem Sinne haben die  
B 8     Verkehrsminister und -senatoren der Länder ihr einstimmiges Votum am  
B 9     7. Mai 1993 in den Bundesrat eingebracht. Darin wird die Zustimmung der  
B10     Länder zu der erforderlichen Änderung des Grundgesetzes insbesondere davon  
B11     abhängig gemacht, daß bei der Regionalisierung die Länder einen  
B12     dynamisierten Finanzausgleich von rund 14 Milliarden DM jährlich erhalten,  
B13     daß dieser Finanzausgleich durch die Beteiligung der Länder am  
B14     Mineralölsteueraufkommen gewährt wird, wobei eine Zweckbindung für den  
B15     öffentlichen Personennahverkehr vorzusehen ist. Ebenso soll die derzeit  
B16     vom Bund geleistete Finanzhilfe nach dem  
B17     Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz von 6,3 Milliarden DM im Jahr  
B18     mindestens in dieser Höhe über das Jahr 1995 hinaus bereitgestellt werden.

B19  
B20     **Stellv. Präsident Schwierzina:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau  
B21     Dr. Zillbach, Herr Senator?

B22  
B23                             [Palm (CDU): Nicht mehrmals, nur einmal!]

B24  
B25     **Dr. Haase, Senator für Verkehr und Betriebe:** Frau Kollegin, ich vermute,

B26 Sie werden mich dazu auffordern, mich nur auf zwei, drei Antworten zu  
B27 konzentrieren? - Nein? Gut!

B28  
B29 [Cramer (Bü 90/Grüne):  
B30 Keine Hellseherei in diesem Hause!]

B31  
B32 **Frau Dr. Zillbach** (SPD): Herr Senator! Wie bewerten Sie es, daß man bei  
B33 einer Aktuellen Stunde bzw. Großen Anfrage der PDS-Fraktion den Eindruck  
B34 gewinnt, daß die PDS-Fraktion noch nicht einmal zuhört?

C 1  
C 2 [Dr. Zotl (PDS): Wir hören zu! -  
C 3 Frau Michels (PDS): Schauen Sie erst einmal  
C 4 in die eigenen Reihen, bevor Sie eine solche Frage stellen! -  
C 5 Weitere Zurufe von der PDS]  
C 6

C 7 **Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe: Frau Kollegin! Sie werden den  
C 8 Senat sicherlich nicht auffordern, etwas zu der Aufmerksamkeit der  
C 9 Abgeordneten in diesem Hause zu sagen. Das würde ich mir nie anmaßen.

C10  
C11 [Beifall bei der PDS]  
C12

C13 Ich beantworte die zweite Frage, die hier gestellt wurde, wie folgt: Die  
C14 Absicht des Bundes, die mit der Eisenbahnstrukturreform verbundenen  
C15 finanziellen Aspekte im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogrammes zu  
C16 regeln, ist durch die geschlossene Haltung der Bundesländer bei den  
C17 Solidarpaktverhandlungen rückgängig gemacht worden. Das  
C18 Eisenbahnneuordnungsgesetz mit den damit einhergehenden umfangreichen  
C19 Änderungen des Grundgesetzes und vieler anderer Gesetze bleibt somit  
C20 gesonderten Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vorbehalten. Diese  
C21 werden durch eine Arbeitsgruppe der Länder, an der auch Berlin beteiligt  
C22 ist, mit der Deutschen Bahn vorbereitet.

C23  
C24 Zu 3: Die Gesetzesentwürfe des Bundes sehen zunächst die Bildung einer  
C25 Holding vor, die aus den drei Sparten Fahrweg, Personen- und Güterverkehr  
C26 bestehen soll. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen diese Sparten  
C27 verselbständigt werden. Der schienengebundene Personennahverkehr soll im  
C28 Auftrag der Länder und Kommunen zunächst von  
C29 Personenverkehrsgesellschaften wahrgenommen werden. Zur Übertragung des  
C30 schienengebundenen Personennahverkehrs auf eine regionale Gesellschaft  
C31 bestehen zur Zeit noch keine konkreten Verhandlungen, sondern hier wird im  
C32 Gegenteil mit einer mehrjährigen Übergangsfrist und einem schrittweisen  
C33 Übergang und Einstieg in die Regionalisierung gerechnet.

C34  
D 1 Die Deutsche Reichsbahn untersucht zur Zeit die Möglichkeiten zur  
D 2 Ausgliederung der S-Bahn und zur Gründung einer  
D 3 S-Bahnbetriebsgesellschaft. Diese ist nach gültiger Rechtslage nur als  
D 4 100prozentige Tochter der Deutschen Reichsbahn möglich. Angebote privater  
D 5 Betreibergesellschaften liegen nicht vor.

D 6  
D 7 Zu 4: Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird es keine Abschlußbilanz des  
D 8 Unternehmensteils S-Bahn geben, es erfolgt lediglich eine Ausgliederung  
D 9 aus der BVG. Danach werden nach den bei treuhänderischer  
D10 Geschäftsbesorgung zu beachtenden Regeln alle Vermögensgegenstände - also  
D11 alle Sachanlagen und Vorräte - zu den historischen Anschaffungs- und  
D12 Herstellungskosten abzüglich angefallener Abschreibungen - der sogenannten  
D13 Buchwerte - von der BVG herausgegeben, die sie Anfang 1984 als Teil des  
D14 Sondervermögens Deutsche Reichsbahn erhielt und später diesem  
D15 Sondervermögen als Ersatz für verbrauchte Sachanlagen und im Wege der  
D16 Erweiterung zweckbestimmt hinzugeführt hat.

D17  
D18 Zu 5: Das Land Berlin und die übrigen Bundesländer fordern, daß der Bund  
D19 auch weiterhin Eigentümer der Schieneninfrastruktur bleiben soll. Dies  
D20 würde den Fahrweg der S-Bahn in Berlin mit einschließen. In den  
D21 Gesetzentwürfen zur Bahnstrukturreform soll jedoch eine Option aufgenommen  
D22 werden, zu einem späteren Zeitpunkt den Fahrweg, z.B. der S-Bahn, auf  
D23 einen anderen Träger zu übertragen. Ab 1994 fällt die S-Bahn laut  
D24 Einigungsvertrag wieder in die organisatorische und finanzielle  
D25 Verantwortung der Deutschen Bahnen.

D26  
D27 Als Ausgleich für die im Rahmen der Bahnstrukturreform vom Bund auf die  
D28 Länder zu verlagernde Aufgaben- und Finanzverantwortung fordern die Länder  
D29 einen Anteil am Mineralölsteueraufkommen. Aus dem Berlin zukommenden

D30 | Anteil werden dann auch die Betriebskostendefizite der S-Bahn zu  
D31 | finanzieren sein.

D32 |

D33 | Zu 6: Bei der Aufteilung des Länderanteils am zweckgebundenen  
D34 | Mineralölsteueraufkommen für den ÖPNV auf die einzelnen Bundesländer  
D35 | sollen nach der Forderung des Landes Berlin sowohl die besondere Situation  
D36 | der Stadtstaaten wie auch der Nachholbedarf bei der Wiederherstellung der  
D37 | Schieneninfrastruktur in den neuen Ländern einschließlich Berlin  
D38 | Berücksichtigung finden.



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4033

---

A 1     **Sen Dr. Haase**

A 2  
A 3     Zu 7: Das Land Berlin beauftragt einen privaten Träger mit der  
A 4 Durchführung des öffentlichen oder schienengebundenen Personennahverkehrs  
A 5 mit Beförderungsleistungen, die das Land Berlin zuvor festgelegt hat. Für  
A 6 diese Leistungen erhält der Träger die Erstattung der Kosten.  
A 7 Mindereinnahmen des Trägers, die aufgrund von gemeinwirtschaftlichen  
A 8 Leistungen - also z.B. Schüler- oder Schwerbehindertenbeförderung -  
A 9 entstehen, sind dem Träger durch das Land Berlin zu erstatten. Dieses  
A10 Verfahren wird im wesentlichen auch schon heute angewendet.

A11  
A12     Auch bei einer privaten Trägerschaft wird der Senat über die Mitwirkung in  
A13 den entsprechenden Aufsichtsgremien seine erklärte Politik, die  
A14 Voranstellung des öffentlichen Personennahverkehrs, vertreten und die  
A15 dafür notwendigen Finanzmittel unter Beachtung der Haushaltslage  
A16 bereitstellen. In Vorbereitung des Verkehrsverbundes in der Region Berlin  
A17 und in Weiterführung der schon bestehenden Tarifgemeinschaft werden  
A18 gegenwärtig auf der Grundlage der Ergebnisse der Verkehrszählungen 1991  
A19 und 1992 Modelle zur zukünftigen Tarifgestaltung entwickelt. Aufgrund des  
A20 im Vergleich zu anderen Großstädten sehr niedrigen Fahrpreinsniveaus in  
A21 Berlin und des äußerst hohen Zuschußbedarfs der BVG zur Beibehaltung und  
A22 Verbesserung des Verkehrsangebotes hält der Senat neben den  
A23 voranzubringenden Kostensenkungen eine zukünftige Erhöhung der Tarife  
A24 unter Beachtung der besonderen sozialpolitischen Rahmenbedingungen in  
A25 Berlin und im Umland für notwendig.

A26  
A27     Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die Fahrpreise nur ein  
A28 nachrangiges Kriterium bei der Verkehrsmittelwahl sind und Fragen des  
A29 Linienangebots, Takt- und Fahrzeit, Umsteigehäufigkeit, Sicherheit etc.  
A30 eine weitaus größere Bedeutung besitzen.

A31  
A32     Zu 8: Hierzu wird auf das mit der Deutschen Reichsbahn abgestimmte  
A33 Programm des öffentlichen Personennahverkehrs mit einem Bauvolumen von  
A34 1,1 Milliarden DM pro Jahr bis zum Jahr 2000 verwiesen. Aufgrund der  
B 1 Notwendigkeit einer hauptstadtgerechten Erschließung Berlins durch  
B 2 öffentliche Verkehrsmittel geht der Senat aufgrund der finanziellen  
B 3 Stabilisierung davon aus, daß dieses ÖPNV-Programm jetzt umgesetzt werden  
B 4 kann.

B 5  
B 6     Herr Kollege Cramer! Es ist eben nicht so, wie Sie es dargestellt haben,  
B 7 daß wir wie auch in der Vergangenheit nur wechselnde Zuschüsse im Rahmen  
B 8 des ÖPNV-Programms verbauen können, sondern es wird nun ein stabiles  
B 9 Bauvolumen in Höhe von 1,1 Milliarden DM pro Jahr zur Verfügung stehen.  
B10 Damit sind nunmehr auch die folgenden Maßnahmen zu realisieren:

B11  
B12                     [Cramer (Bü 90/Grüne): Wann?]

- B13  
B14 - die S 5 von Westkreuz nach Rathaus Spandau,  
B15 - die Verlängerung der U 1 von Schlesisches Tor bis S-Bahnhof Warschauer  
B16 Straße,  
B17 - die Straßenbahnneubauvorhaben im Bereich Alexanderplatz, in der  
B18 Leipziger Straße, der Friedrichstraße sowie zur Erschließung des  
B19 Nord-Nordost-Raumes,  
B20 - die komplette Grundinstandsetzung der vorhandenen Straßenbahnlinien mit  
B21 Ausbau gemäß Straßenbahnkonzept, wie es in der 1. Ausbaustufe bereits  
B22 vorgesehen ist und sich in Umsetzung befindet.

B23  
B24     Über die Betriebskosten sind aufgrund fehlender Aussagen seitens der  
B25 Deutschen Reichsbahn keine ganzheitlichen Angaben möglich. Diese Aussagen

B26 werden seitens der Deutschen Bahnen den deutschen Bundesländern im Rahmen  
B27 der Arbeitsgruppe demnächst zur Verfügung gestellt. Die Tarifgestaltung  
B28 wird zukünftig der Zuständigkeit des Verkehrsverbundes obliegen, der noch  
B29 in diesem Jahr gegründet wird.

B30  
B31 Zu 9: Der Regionalverkehr und die S-Bahn werden nach der Regionalisierung  
B32 in der Aufgaben- und Finanzverwaltung der Länder liegen, die diese nur im  
B33 Falle eines dynamisierten Ausgleichs der Kosten durch den Bund für die zu  
B34 regionalisierenden Verkehre zu übernehmen bereit sind. Die Zuständigkeit  
C 1 für den Regionalverkehr im Umland von Berlin liegt beim Land Brandenburg,  
C 2 und deshalb sind wir bei jedem Verbundsvertrag darauf angewiesen, daß wir  
C 3 gemeinsam mit dem Land Brandenburg und dem Bund zu einer Lösung kommen.

C 4  
C 5 Zu 10: Grundsätzlich ist der Senat der Auffassung, daß alle vor dem Krieg  
C 6 dem Personenverkehr dienenden Staatsbahnstrecken auch künftig wieder zu  
C 7 nutzen sind. Von den drei Privatbahnen werden für den Personenverkehr  
C 8 zunächst die nur noch teilweise betriebene Niederbarnimer Eisenbahn und  
C 9 gegebenenfalls später die Osthavelländische Eisenbahn in Betracht kommen,  
C10 wofür noch weitere Untersuchungen nötig sind. Innerhalb von  
C11 Ballungsgebieten ist ohne die flächenhafte Erschließung durch den vom  
C12 Straßenverkehr unabhängigen Schienenverkehr die Bewältigung der  
C13 Verkehrsaufgaben nicht möglich. Im Umland von Berlin muß von Fall zu Fall  
C14 geprüft werden, inwieweit sich alle heute betriebenen Nebenbahnen erhalten  
C15 lassen, wobei die Zuständigkeit im Land Brandenburg liegt. Im Interesse  
C16 Berlins dürfte es jedoch liegen, daß auch Verästelungen des  
C17 Regionalverkehrsnetzes entwickelt und "Schienenbusstrecken" also weiterhin  
C18 Bedeutung erhalten werden.

C19  
C20 Die Reduzierung des Regionalverkehrs auf die Orte der dezentralen  
C21 Konzentration Brandenburgs kann nicht im Interesse von Berlin und auch  
C22 nicht von Brandenburg liegen und ist auch keineswegs beabsichtigt.  
C23 Einzeluntersuchungen werden zeigen, welche Nebenbahnen vor allem im  
C24 Hinblick auf die Finanzierbarkeit weiter betrieben werden können.

C25  
C26 Zu 11: Die Deutsche Reichsbahn untersucht zur Zeit in Abstimmung mit dem  
C27 Senat die Möglichkeiten der innerstädtischen Erschließung mit der  
C28 Eisenbahn für den Güterverkehr. Daraus wird sich auch die notwendige  
C29 Anlagenkonfiguration ergeben. Der Senat geht davon aus, daß die Eisenbahn  
C30 prinzipiell den innerstädtischen Betrieb auf den Gütergleisen weiterführt.

C31  
C32 Zu 12: Planungsträger für den Regionalverkehr sind ab dem 1. Januar 1994  
C33 auch noch die Deutschen Bahnen. Nach den Vorstellungen der Länder soll  
C34 sich die Regionalisierung auf den gesamten öffentlichen Personennahverkehr  
D 1 erstrecken und durch ein Regionalisierungsgesetz des Bundes geregelt  
D 2 werden. Die Mitsprache bei der Verkehrsplanung ist durch diesbezügliche  
D 3 Rechtsvorschriften zu Planfeststellungsverfahren gewährleistet.

D 4  
D 5 Schließlich zu 13: Die von einigen Ländern angestrebten  
D 6 Nahverkehrsgesetze haben insbesondere das Ziel, die Kommunen zu  
D 7 verpflichten, den ÖPNV in der Region zu gewährleisten. Daher gehen die  
D 8 Initiativen zur Einführung von Nahverkehrsgesetzen von Flächenstaaten aus.  
D 9 Für Berlin, das Bundesland und Einheitsgemeinde zugleich ist, wird im  
D10 Gegensatz zu Flächenstaaten die Einführung eines Nahverkehrsgesetzes aus  
D11 diesem Grund nicht erforderlich. Die Politik des Senats ist darauf  
D12 ausgerichtet, den modal split zugunsten des öffentlichen  
D13 Personennahverkehrs zu verändern. Beispielhaft soll hier das Ziel genannt  
D14 werden, im zentralen Bereich ein Verhältnis zwischen ÖPNV und MIV von  
D15 80:20 zu erreichen.

D16  
D17 Richtschnur dieser Verkehrspolitik ist die gemeinsam mit dem Land  
D18 Brandenburg erarbeitete und ständig fortgeschriebene  
D19 Verkehrsentwicklungsplanung für die Region Berlin. Ausgehend von diesem  
D20 Grundkonzept wird der Senat für den zukünftigen Verkehrsverbund Aufträge  
D21 an die Verkehrsträger formulieren. Der öffentliche Personennahverkehr hat  
D22 somit weiterhin Vorfahrt. - Vielen Dank!

D23  
D24 [Beifall bei der CDU und der SPD]

D25  
D26 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Danke! - Für die PDS hat sich der Kollege  
D27 Wolf gemeldet. Im Rahmen der vereinbarten 20 Minuten stehen Ihnen noch  
D28 sechs Minuten zur Verfügung. Ich bitte, darauf zu achten.

D29

D30 | **Wolf** (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der  
D31 | wenigen Minuten, die mir noch zur Verfügung stehen, will ich mich auf ein  
D32 | paar Anmerkungen beschränken. Zunächst zu den Ausführungen, die Senator  
D33 | Haase zur Verkehrsplanung

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4034

A 1 | **Wolf, Harald**

A 2 |

A 3 | in Mitte gemacht hat: Was Sie an Maßnahmen zur Förderung und Ausweitung  
A 4 | des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr aufgelistet haben, kann  
A 5 | wohl den modal split von 80:20 nicht erreichen. Ich habe die Zahlen vorhin  
A 6 | schon genannt: Eine 10prozentige Reduzierung des motorisierten  
A 7 | Individualverkehrs bedeutet eine 25prozentige Ausweitung des Angebots im  
A 8 | öffentlichen Personennahverkehr. Aber das, was sie soeben genannt haben,  
A 9 | ist wahrhaftig nicht diese notwendige Ausweitung des öffentlichen  
A10 | Personennahverkehrs. Sie können wirklich nicht behaupten, daß ihre  
A11 | Verkehrspolitik in diesem Bereich beispielhaft ist, wenn Sie einerseits  
A12 | die U-Bahnsteigverlängerung auf der Linie 6 anführen, die Millionen  
A13 | kostet, und andererseits die Finanzierung der Straßenbahn in der  
A14 | Friedrichstraße - wie in der Presse zu lesen war - nicht geklärt ist. Das  
A15 | ist eine völlig absurde Verkehrspolitik, und es ist völlig daneben  
A16 | gegriffen, wenn Sie sagen: Die Mitte wird menschengerecht. Bei der  
A17 | Verkehrsplanung und Verkehrspolitik, die Sie vorschlagen, wird die Mitte  
A18 | stinken und voller Autos sein.

A19 |

A20 | Nun zur Beantwortung der Großen Anfrage. Ich finde die Beantwortung zu  
A21 | vielen Punkten unbefriedigend; sie verdeutlicht zumindest, daß der Senat  
A22 | auf die Herausforderung der Bahnreform und auf die damit verbundenen  
A23 | Risiken und Probleme, die es für Berlin geben wird, in keiner Weise  
A24 | vorbereitet ist. Ich hätte es notwendig gefunden, daß Sie etwas zu den  
A25 | finanziellen Risiken sagen, gerade angesichts des Versuchs, den der Bund  
A26 | unternimmt, um seine Entschuldung zu Lasten der Bundesländer zu betreiben.  
A27 | Aber Sie haben nichts Konkretes zu den finanziellen Risiken und  
A28 | Belastungen gesagt, die auf das Land Berlin zukommen werden. Sie haben  
A29 | sich auf die allgemein bekannten Forderungen der Bundesländer  
A30 | zurückgezogen, aber ich habe in der Beantwortung der Großen Anfrage nicht  
A31 | gehört, wie es sich berlinspezifisch auswirken wird.

A32 |

A33 | [Giesel (CDU): Das ist Quatsch, was Sie da erzählen! -

A34 | Sen Dr. Haase: Sie haben nicht zugehört!

B 1 | Ich habe das ausgeführt!

B 2 | Die Forderung ist vom Tisch, junger Freund!]

B 3 |

B 4 | Zur Gründung des Verkehrsverbunds ist Ihre Antwort sehr allgemein  
B 5 | geblieben. Sie haben nur allgemein angekündigt,

B 6 |

B 7 | [Cramer (Bü 90/Grüne): Schon letztes Jahr!]

B 8 |

B 9 | daß etwas passiert, das ist ja von diesem Senat bekannt.

B10 |

B11 | [Cramer (Bü 90/Grüne): Jahr für Jahr!]

B12 |

B13 | Sie haben nichts über einen konkreten Zeitpunkt gesagt, Sie haben nichts  
B14 | über konkrete organisatorische Vorstellungen gesagt, und Sie haben nichts  
B15 | zur finanziellen Absicherung gesagt, außer daß Sie meinten, die Tarife in  
B16 | Berlin seien zu niedrig und für die Attraktivität des öffentlichen  
B17 | Personennahverkehrs nicht so maßgeblich, so daß hier weiter zugelangt  
B18 | werden könnte.

B19 |

B20 | Sie haben sich zur Frage des schienengebundenen Güterverkehrs auf  
B21 | Allgemeinplätze beziehungsweise darauf zurückgezogen, daß Sie dies zur  
B22 | Zeit nicht beantworten können. Das bewegt sich ungefähr auf dem Niveau,  
B23 | das wir schon gewohnt sind, wenn uns der Finanzsenator Nullantworten zur  
B24 | mittelfristigen Finanzplanung gibt. Aber angesichts der beginnenden  
B25 | Debatte um einen Flächennutzungsplan wäre es dringend notwendig gewesen,

B26 daß der Senat eigenständige und konzeptionelle Vorstellungen über die  
B27 Abwicklung des schienengebundenen Güterverkehrs innerhalb der Stadt  
B28 vorlegt. Dazu, Herr Senator, haben Sie keine Auskunft gegeben.  
B29

B30 Wir unterstützen vorbehaltlos die Forderung der Länder, wonach die  
B31 Schieneninfrastruktur im Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben soll.  
B32 Wir unterstützen allerdings nicht die vorgesehene Trennung von Güter- und  
B33 Personenverkehr, auch nicht die Privatisierung wesentlicher Teile der Bahn  
B34 und auch nicht - wie Sie zum Schluß, Herr Senator, noch ausführten - den  
C 1 absehbaren Abbau von Regionalstrecken wegen Unwirtschaftlichkeit. Wir  
C 2 sehen die Gefahr, daß damit der weitere Abbau von Leistungen des  
C 3 schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr droht und der Politik  
C 4 nichts entgegengesetzt wird, die mit der Einigung begonnen wurde - nämlich  
C 5 den Verkehr von der Schiene wieder auf die Straße zu verlagern. Auch zu  
C 6 diesem Punkt warten wir nach wie vor auf eine Konzeption.  
C 7

C 8 Wir haben nach der Beantwortung der Großen Anfrage den Eindruck, daß der  
C 9 Senat auf die Herausforderungen und Probleme überhaupt nicht vorbereitet  
C10 ist, die mit der Bahnreform auf das Land Berlin zukommen werden. Wir haben  
C11 die Befürchtung, daß auch hier Verkehrspolitik zu Lasten des  
C12 schienengebundenen Verkehrs, zu Lasten des öffentlichen Personenverkehrs  
C13 und zugunsten des Straßenverkehrs stattfindet und weiter durchgesetzt  
C14 wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!  
C15

C16 [Beifall bei der PDS]  
C17

C18 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Herr Dr. Müller für die CDU! Sie haben noch  
C19 zehn Minuten Redezeit!  
C20

C21 **Dr. Müller (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man gewinnt den  
C22 Eindruck, daß die Fragestellung der PDS haarscharf an der Sache  
C23 vorbeigeht.  
C24

C25 [Frau Dr. Zillbach (SPD): Das ist richtig!]  
C26

C27 Wenn Herr Wolf sich hinstellt und in der ersten Halbzeit ein Konzept zur  
C28 Vermeidung von Verkehr fordert, so möchte ich ihm entgegenhalten, daß der  
C29 Verkehr für eine Stadt lebensnotwendig ist, und zwar so lebensnotwendig  
C30 wie der Blutkreislauf für den menschlichen Organismus!  
C31

C32 [Beifall bei der CDU -  
C33 Cramer (Bü 90/Grüne): Vermeidung von Verkehr!]  
C34

D 1 - Versuchen Sie es doch einmal mit einem Parteibeschuß zur Verhinderung  
D 2 von Regenwetter!  
D 3

D 4 [Cramer (Bü 90/Grüne):  
D 5 Nicht, wenn der Verkehr der Fortpflanzung dient! -  
D 6 Heiterkeit]  
D 7

D 8 Herr Kammholz hat gesagt, wir wüßten nicht, was wir wollen. Ich darf ihm  
D 9 entgegenhalten: Wir wissen schon, was wir in Berlin wollen, aber in Bonn  
D10 weiß eine ganze Reihe von Leuten nicht, was sie eigentlich mit Berlin  
D11 wollen.  
D12

D13 [Helms (Bü 90/Grüne): Wer denn? Namen nennen!]  
D14

D15 Herr Pewestorff hat auf das dichteste Güterverkehrsnetz in der ehemaligen  
D16 DDR hingewiesen. Er ist offensichtlich nur mit dem Personenzug gefahren,  
D17 denn sonst wüßte er, daß auf dem dichtesten Güterverkehrsnetz vor allem  
D18 der ökologisch fragwürdige Brennstoff Braunkohle und NVA-Truppen  
D19 transportiert wurden.  
D20

D21 [Beifall bei der CDU]  
D22

D23 Das ganze grenzt also ein wenig an Heuchelei.  
D24

D25 Der Senator hat davon gesprochen, daß dem ÖPNV im Innenstadtbereich  
D26 absoluter Vorrang eingeräumt werden soll - das ist unsere Position. Diese  
D27 Vorrangstellung und die Einrichtung eines leistungsfähigen, gut  
D28 strukturierten ÖPNV sind die Voraussetzung für die Durchführbarkeit einer  
D29 Verkehrsdämpfung im Innenstadtbereich. Parallel dazu ist erforderlich, daß

D30 | der ruhende Verkehr geordnet wird - das heißt: Parkraumkonzept, wenn wir  
D31 | dieses Wort nehmen wollen - ,

D32 |  
D33 | [Cramer (Bü 90/Grüne): Parken Sie doch einfach!]  
D34 |

D35 | und das heißt, daß wir parallel zu diesen beiden Maßnahmen auch für den  
D36 | Regierungs- und den Wirtschaftsverkehr im Innenstadtbereich durchlässig  
D37 | machen müssen.

D38 |  
D39 | Es gibt für uns ein paar Prioritäten: Erstens sollten die Mittel für die  
D40 | Verkehrsplanung und die Verkehrsbauten konzentriert werden auf den Ausbau  
D41 | des öffentlichen Nahverkehrs in der Innenstadt.

D42 |  
D43 | [Niedergesäß (CDU): Richtig!]  
D44 |

D45 | Dabei sind Prioritäten und Termine klar zu setzen.

D46 |  
D47 | Zweitens sollte sofort auf Straßenrückbau verzichtet werden.  
D48 |

D49 | [Beifall bei der CDU und der FDP]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4035

A 1 | **Dr. Müller**

A 2 |  
A 3 | Die dafür vorgesehenen Mittel sollten in den Ausbau des ÖPNV gesteckt  
A 4 | werden. Wir meinen damit nicht nur die Straße, sondern auch die  
A 5 | Straßenbahn, und wir meinen damit vielleicht sogar die Busspuren im Sinne  
A 6 | eines gemeinsamen Gleisweges von Straßenbahn und Bus. Darüber muß man  
A 7 | nachdenken.  
A 8 |

A 9 | Drittens ist für uns die Herstellung der Ringverbindung um die Innenstadt  
A10 | die Voraussetzung dafür, daß wir den Verkehrszulauf zur Innenstadt  
A11 | begrenzen können. Wenn diese Ringverbindung nicht ausgebaut ist, wird der  
A12 | Verkehr nolens volens keine Möglichkeit haben, sich von Bezirk zu Bezirk  
A13 | um die Innenstadt herum zu verteilen.  
A14 |

A15 | Viertens ist es wichtig, wenn wir die Innenstadt vom IV-Verkehr entlasten  
A16 | wollen, daß wir Park-and-Ride-Plätze schaffen. Diese Park-and-Ride-Plätze  
A17 | dürfen nicht irgendwo in Schönholz und in Schildow oder sonstwo entstehen,  
A18 | sondern sie müssen an S- und U-Bahnsträngen liegen, die unmittelbar in die  
A19 | Stadt hineinführen, damit die Leute überhaupt noch dazu angeregt werden,  
A20 | ihr Auto dort abzustellen.  
A21 |

A22 | [Beifall bei der CDU -  
A23 | Vereinzelter Beifall bei der SPD und der FDP -  
A24 | Cramer (Bü 90/Grüne): Ins Zentrum!]  
A25 |

A26 | Diese Bereiche sollen möglichst außerhalb der City-Nähe liegen, doch auch  
A27 | nicht ganz am Stadtrand.  
A28 |

A29 | [Cramer (Bü 90/Grüne): Olivaer Platz!]  
A30 |

A31 | - Bitte, das ist ein guter Vorschlag, Herr Cramer, angenommen! - Ansonsten  
A32 | müssen wir für die Innenstadt ein leistungsfähiges Straßensystem  
A33 | beibehalten.  
A34 |

B 1 | Ich habe bereits vom Regierungs- und Wirtschaftsverkehr gesprochen, der  
B 2 | dort abwickelt werden muß: Die Straßen müssen so dimensioniert sein, daß  
B 3 | öffentlicher Personennahverkehr, Wirtschaftsverkehr und der erforderliche  
B 4 | City-Verkehr "per Gummi" stattfinden kann. Durchgangsfunktionen wollen wir  
B 5 | diesen Straßen in keiner Weise einräumen. Wir wollen sie vom Verkehr  
B 6 | entlasten. - Das zu den Grundsätzen, und nun einige wenige Einzelpunkte -  
B 7 | der Verkehrssenator hat sie ebenfalls schon angesprochen:  
B 8 |

B 9 | Für uns hat die Verknüpfung der U 1 mit dem Straßenbahnring allererste  
B10 | Priorität, und zwar auf der Warschauer Brücke. Die U 1 muß unmittelbar auf  
B11 | die Warschauer Brücke geführt werden. Dort muß der Passagier die  
B12 | Möglichkeit haben, direkt von der U-Bahn auf die Straßenbahn umzusteigen,  
B13 | statt erst 100 Meter zurücklegen zu müssen.  
B14 |

B15 | Eine zweite Priorität deutete der Verkehrssenator an, sie gilt dem Ausbau  
B16 | und der künftigen Planung der U-Bahnverbindung zum Regierungsviertel. Das  
B17 | ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Langfristig sollten wir nicht außer  
B18 | Acht lassen, daß die Führung eines leistungsfähigen  
B19 | Schienenverkehrsmittels in Gestalt oder Form einer U-Bahn von der City aus  
B20 | in die nordöstlichen Stadtbereiche in Erwägung zu ziehen ist.  
B21 |

B22 | [Beifall bei der CDU]  
B23 |

B24 | Wenn wir neben der Viertelmillion Einwohner, die jetzt bereits dort  
B25 | draußen wohnen, noch einmal 100.000 in Karow unterbringen wollen, kommen

wir mit der Bimmelbahn nicht mehr zurecht.

[Beifall bei der CDU]

Straßenbahnen kann und sollte man nicht beliebig überall hinbauen, sondern man muß dies ein wenig ordnen und in eine Reihenfolge bringen. Diese muß so sein, daß wir mit Hilfe der Straßenbahn möglichst viele innerstädtische Nahverkehrsmittel verknüpfen. Ich könnte mir vorstellen, daß wir die Straßenbahn über den Alexanderplatz, durch die Rathausstraße und die Spandauer Straße zum Hackeschen Markt führen; wir haben dann eine Art Innenstadtring, der sogar U- und S-Bahnstationen miteinander verbindet. Die Leute haben die Möglichkeit, aus mehreren Richtungen in die Innenstadt und durch sie hindurch zu fahren. Eine zweite Ausbaustufe einer solchen Ringverbindung - -

[Cramer (Bü 90/Grüne): Machen Sie sie doch hier! -  
Zuruf des Abg. Berger (Bü 90/Grüne)]

- Machen wir auch, keine Angst, Herr Cramer! - Ein zweiter Ring bietet sich ebenfalls durch die Leipziger Straße zum Lehrter Bahnhof und weiter zur künftigen Olympiahalle an.

[Zuruf des Abg. Cramer (Bü 90/Grüne)]

- Daccord, Herr Cramer, wunderbar. Daher kommt auch kein Widerspruch von Ihnen!

Eine dritte Priorität in bezug auf die Straßenbahn hat für uns natürlich die Bornholmer Straße, denn damit schließen wir eine Art Außenring, der möglicherweise einmal bis nach Spandau reicht, wenn die Wasserstadt Spandau gebaut wird. Die Verkehrsreduzierung in der Innenstadt erfordert in Folge, daß das sogenannte tangentielle Straßensystem und das System der Stadtautobahn durch ein leistungsfähiges Schnellstraßensystem ergänzt wird, das die Innenstadt in einem weiteren Kreis umschließt. Es ist ebenfalls erforderlich, den Regionalverkehr in das Eisenbahn- und S-Bahnsystem der Stadt einzubinden und ihn mit U-Bahnendstellen und -stationen sowie mit der Straßenbahn zu verknüpfen.

Ein letztes Wort: Die City ist kein Kurort; sie ist auch nicht der Blinddarm der Stadt, an dem alles vorbeigeht. Die City ist das Hirn der Stadt, das durchblutet werden muß, wenn es funktionieren soll, und dazu gehört der Verkehr! - Danke!

[Anhaltender Beifall und Bravorufe bei der CDU -  
Beifall bei der FDP]

**Stellv. Präsident Schwierzina:** Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne - Frau Dr. Schreyer!

**Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Unterschied zwischen der Politik der Koalition und diesem Senat und der Politik meiner Fraktion Bündnis 90/Grüne -

[Dr. Staffelt (SPD): Wieso Bündnis 90? -  
Böger (SPD): Wo ist das Bündnis 90? -  
Zurufe von der CDU]

läßt sich auf einen Nenner bringen: Es sind völlig unterschiedliche Vorstellungen über eine moderne Metropole vorhanden. Besonders Sie von der CDU argumentieren damit, daß Metropole flächendeckenden Autoverkehr oder -stau bedeutet, daß die Bürger kein Recht auf Ruhe, auf saubere Luft haben. Auf Untersuchungsergebnisse, die besagen, daß Tausende von Menschen an Berliner Straßen mit einer Belastung leben, die schlichtweg gesundheitsgefährdend ist, auf die Tatsache, daß mehrere hundert Menschen jährlich im Berliner Straßenverkehr getötet werden, antworten Sie lapidar, so sei es eben in einer Metropole.

Nein, in einer modernen Metropole sind diese Gesundheitsgefährdungen und ist diese Energieverschwendung durch Verkehr vermeidbar. Modernität muß sich daran messen lassen, ob tatsächlich gesunde Lebensbedingungen existieren. Herr Müller, Sie müßten eigentlich wissen, daß ein zu hoher Bleigehalt im Blut das Gehirn schädigt,



D30  
D31 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
D32 Giesel (CDU): Katalysator!]  
D33

D34 das sollten Sie sich vielleicht auch von Herrn Luther einmal erläutern  
D35 lassen! Modernität mißt sich auch daran, daß Mobilität für die Bürger in  
D36 der Weise hergestellt und ermöglicht wird, daß der Verbrauch von  
D37 Ressourcen, von Fläche, von Energie, von Material und Luft minimiert wird.  
D38 Sie von der CDU, aber auch von der SPD, Sie sind vorgestrig, weil Sie  
D39 immer noch denken, Modernität wäre eine Maximierungsaufgabe. Nein: Wir  
D40 gehen ins 21. Jahrhundert, und da wird die Aufgabe heißen: Minimierung des  
D41 Verbrauchs von knappen Ressourcen in allen Sektoren.  
D42

D43 [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
D44

D45 Und Sie, Herr Giesel, Sie machen immer besonders deutlich, wie vorgestrig  
D46 Sie sind, indem Sie als alternative Verkehrsmittel Ochsen- und  
D47 Pferdekarren oder das Auto hinstellen - Herr Haase macht das ja auch. Aber  
D48 das Auto fußt auf einer Erfindung

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4036

A 1 **Frau Dr. Schreyer**

A 2  
A 3 des letzten Jahrhunderts, und Sie können sich offensichtlich immer noch  
A 4 nicht vorstellen, sich anders fortzubewegen als mit einem individuellen  
A 5 Explosionsmotor unterm Hintern, der stinkt und knattert. Nein, das ist  
A 6 nicht modern, das ist vorgestrig.

A 7  
A 8 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
A 9 Giesel (CDU): Haben Sie denn eine Alternative?]

A10  
A11 Modernität bedeutet schienengebundene Verkehrsmittel, und Modernität  
A12 bedeutet natürlich auch regionalspezifische Lösungen - auch für den  
A13 schienengebundenen Verkehr. Deswegen halten wir die Regionalisierung der  
A14 Eisenbahn auch für einen richtigen Schritt, bejahen das aber nur, wenn  
A15 gleichzeitig der finanzielle Ausgleich erfolgt und das  
A16 Eisenbahnschienennetz in der Hand des Bundes bleibt. Wir hoffen, daß der  
A17 Senat wenigstens bei dieser Position bleibt, die Sie eben auch formuliert  
A18 haben, Herr Haase.

A19  
A20 Modernität bedeutet auch Dezentralität, besonders in der Stadtentwicklung,  
A21 und das sagen Sie von der Großen Koalition zwar auch immer - gerade auch  
A22 Herr Hassemer -, aber gleichzeitig machen die große Koalition und dieser  
A23 Senat das Gegenteil, nämlich Zentralität in der Stadtentwicklung  
A24 herzustellen; Beispiele dafür sind die Pläne für den Potsdamer und den  
A25 Alexanderplatz und besonders auch für den Zentralbahnhof am jetzigen  
A26 Lehrter Stadtbahnhof.

A27  
A28 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Frau Kollegin Schreyer, gestatten Sie eine  
A29 Zwischenfrage des Abgeordneten Giesel?

A30  
A31 **Frau Dr. Schreyer** (Bü 90/Grüne): Ich habe ja nur noch ein paar Sekunden,  
A32 insofern muß ich darauf leider verzichten.

A33  
A34 [Gram (CDU): Und tschüs!]

B 1  
B 2 Mit diesem zentralen Bahnhof werden Verkehrsströme direkt - abgesehen von  
B 3 dieser Straßenbau- und Betonorgie, die Sie auch vorhaben - mitten in das  
B 4 Herz der Stadt gezogen, und es wird damit noch anderes in die Nähe des  
B 5 Kanzleramts gezogen, zum Beispiel das Rotlichtviertel; das wird auch eine  
B 6 Folgeerscheinung des zentralen Bahnhofs sein. Und wem das gefällt, das  
B 7 wissen wir natürlich: Oskar Lafontaine,

B 8  
B 9 [Frau Holzhüter (SPD): Der macht das wenigstens öffentlich!  
B10 Und außerdem ist das immer noch besser  
B11 als Übergriffe innerhalb der Familie!]

B12  
B13 und das ist vielleicht eine Erleichterung für die SPD für die Wahl ihres  
B14 Kanzlerkandidaten.

B15  
B16 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
B17 Dr. Staffelt (SPD): Junge, Junge, das war aber  
B18 unter der Gürtellinie! -  
B19 Cramer (Bü 90/Grüne): Stimmt genau!]

B20  
B21 **Stellv. Präsident Schwierzina:** Für die SPD bitte ich nun den Kollegen  
B22 Hilse ans Mikrophon!

B23  
B24 **Hilse** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lange Zeit wurde ich  
B25 den Verdacht nicht los, daß Herr Pewestorff hier angetreten ist, um die

B26 Überschrift seines Antrages zu begründen, und erst sehr spät, ganz am  
B27 Ende, kam er dann auf den Inhalt. - Herr Pewestorff, ich will es einmal so  
B28 sagen: Die Cramer-Nummer ist in diesem Hause besetzt, daß wir immer  
B29 wieder, an jeder Stelle und unabhängig vom Thema das gleiche hören. Sie  
B30 müssen sich da schon etwas Neues einfallen lassen.

B31  
B32 [Beifall bei der SPD]  
B33

B34 Ich werde jetzt auch als einer der wenigen wahrscheinlich zu dieser  
C 1 Anfrage einiges sagen. Es wundert mich auch, daß sich alle Fraktionen hier  
C 2 fast ausschließlich auf das erste Thema konzentriert haben. - In der Tat  
C 3 steht Berlin mit der Neuordnung des Schienenverkehrs vor einer  
C 4 Herausforderung, die Vergleichbares in der Vergangenheit nicht hatte. Es  
C 5 gilt nicht nur, die Strukturdefizite im schienengebundenen Regionalverkehr  
C 6 zu beheben; es gilt gleichermaßen, Berlin mit seinen Fernbahnverbindungen  
C 7 auf die der Stadt zugewachsene Aufgabe in Europa vorzubereiten. Und diese  
C 8 Aufgaben müssen vor dem Hintergrund der künftigen Strukturreform der  
C 9 deutschen Bahnen und der Regionalisierung des schienengebundenen  
C10 Regionalverkehrs geleistet werden. Daher scheint mir eine Große Anfrage  
C11 hierzu auch die rechte Form der Thematisierung zu sein. Die Große Anfrage  
C12 der PDS präsentiert sich mir allerdings in vertrauter Fassung: Hier werden  
C13 Fragen in einer Weise aufgeworfen, die das politische Grundverständnis der  
C14 PDS erneut deutlich werden lassen. Aus dieser Großen Anfrage spricht der  
C15 Geist des vor 14 Tagen hier auf der Tagesordnung stehenden Antrages  
C16 "Ablehnung der Bahnreform durch das Land Berlin".  
C17

C18 [Beifall bei der SPD]  
C19

C20 Oder - auf eine andere Formel gebracht: Unter uns war alles viel besser.  
C21

C22 Wer die Diskussion um die Bahnreform verfolgt hat, weiß, daß derzeit mehr  
C23 offene Fragen als gültige Antworten existieren. Wir haben das ja in der  
C24 Antwort des Senators bestätigt gesehen. Da die Regionalisierung des  
C25 schienengebundenen Nahverkehrs gleichfalls Bestandteil dieser  
C26 Strukturreform ist, berühren diese offenen Fragen auch die künftige  
C27 Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs.  
C28

C29 Sie haben Ihre Anfrage - das haben Sie selber verspielt - aus dem Kontext  
C30 der Realität gelöst; Sie hätten hier die Möglichkeit gehabt, zum Thema zu  
C31 reden und nachzufragen.  
C32

C33 [Dr. Zotl (PDS):

C34 Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache,  
D 1 und reden Sie nicht immer so lehrerinnenhaft daher!]

D 2  
D 3 - Wenn hier jemand leere Dinge und Phrasen von sich gibt, dann sind Sie  
D 4 das - und zwar seit zwei Jahren!  
D 5

D 6 [Beifall bei der SPD und der CDU -  
D 7 Widerspruch bei der PDS]  
D 8

D 9 Die derzeitige Reform der Bahn mit all ihren Konsequenzen - keine andere  
D10 Problematik steht letztlich hinter dieser Großen Anfrage - ist aus unserer  
D11 Sicht äußerst kritisch zu hinterfragen.  
D12

D13 [Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]  
D14

D15 - Auf Ihren Applaus verzichte ich!  
D16

D17 Es ist nicht hinnehmbar und mit aller Entschiedenheit abzulehnen, daß im  
D18 Zusammenhang der vorgesehenen Übertragung von Bundesaufgaben im ÖPNV und  
D19 schienengebundenen Personennahverkehr auf die Länder für diese kein  
D20 ausreichender Lastenausgleich vorgesehen ist. Ein dauerhafter und  
D21 dynamisierter finanzieller Ausgleich für den Betrieb des ÖPNV - auch dem  
D22 auf der Schiene - muß Grundlage jeder Neustrukturierung sein. Berlin mit  
D23 seinen erst wieder aufzubauenden Regionalverbindungen und der bis an das  
D24 Jahr 2000 heranreichenden Reaktivierung des S-Bahnnetzes ist hier in  
D25 besonderer Weise auf finanzielle Hilfe angewiesen. Das GVFG muß nach 1995  
D26 weitergeführt werden.  
D27

D28 Hier erhebt sich die Frage der Finanzierung; zu dieser haben wir, die SPD,  
D29 einen eindeutigen Vorschlag; Sie kennen ihn, ich wiederhole ihn: die

D30 | Erhöhung der Mineralölsteuer. Und wenn man dem Deutschen Städtetag Glauben  
D31 | schenken darf, dann bringen 10 Pfennig pro Liter jedes Jahr 7  
D32 | Milliarden DM; wir können also nachrechnen, wieviel nötig wäre, um das  
D33 | Defizit auszugleichen. Diese Mittel müssen natürlich zweckgebunden den  
D34 | Ländern zum Aufbau und Betrieb des ÖPNV zur Verfügung gestellt werden.  
D35 |  
D36 | Mehrheitlich dürften wir uns auch hier darüber einig sein, daß die jetzige  
D37 | Struktur der Deutschen Bahnen eine weitere Fahrt in die roten Zahlen  
D38 | bedeutet. Aber ich hoffe, daß es ebenso mehrheitlich anerkannt wird, daß  
D39 | die Kräfte des Marktes nicht ausreichen, um mit der Trennung von Schiene  
D40 | und Betrieb die verkehrs-, umwelt- und strukturdefizitären Zustände zu  
D41 | beseitigen. Die Gemeinwohlverantwortung des Bundes im Bereich der  
D42 | Eisenbahn muß bestehen bleiben. Aus der finanziellen Verantwortung können  
D43 | wir den Bund an dieser Stelle nicht entlassen.  
D44 |

D45 | [Pewestorff (PDS): Habe ich das nicht gesagt?]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4037

A 1 | **Hilse**

A 2 |  
A 3 | Die Große Anfrage dient auch der Verdrängung - ich habe es anfangs  
A 4 | erwähnt. Sie verdrängen ebenso die Tatsache, daß die Neuordnung der  
A 5 | Deutschen Bahnen und Regionalisierung des regionalen Schienenverkehrs  
A 6 | einen Prozeß darstellen. Sie vernachlässigen auch, daß Berlin nur in  
A 7 | Abstimmung mit dem Land Brandenburg konzeptionell und finanziell planen  
A 8 | kann. Es hat keinen Sinn, die Botschaft nach außen zu vermitteln, allein  
A 9 | Berlin werde dafür verantwortlich sein, wie die Stadt mit der Region in  
A10 | Zukunft verknüpft sein wird.

A11 |  
A12 | [Pewestorff (PDS): Von welcher Partei  
A13 | ist der Ministerpräsident von Brandenburg?]

A14 |  
A15 | Was aber unabhängig von den offenen Fragen zu klären möglich ist, das muß  
A16 | sofort getan werden. Ich möchte hier nur über den längst überfälligen  
A17 | kommunalen Regionalverband für den ÖPNV sprechen. Dieser ist einzurichten,  
A18 | und zwar so schnell wie möglich, auf der Basis von Gebietskörperschaften,  
A19 | und mit einem Tarifgefüge zu versehen, welches benutzerfreundlich und  
A20 | überschaubar ist.

A21 |  
A22 | [Frau Dr. Müller (PDS):  
A23 | Das hat er doch alles gesagt!]

A24 |  
A25 | Und ich betone noch einmal - und das geht jetzt an die Adresse von Senator  
A26 | Haase -: Wir sprechen von einem kommunalen Verkehrsverband.

A27 |  
A28 | [Beifall bei der PDS]

A29 |  
A30 | Lassen Sie mich abschließend feststellen, daß die Zukunft des ÖPNV in  
A31 | Berlin nicht davon abhängt, ob sich die PDS seiner annimmt. Er wird  
A32 | vielmehr davon gezeichnet, ob der Bund dieser klassischen Daseinsvorsorge  
A33 | auch künftig die gebührende finanzielle Ausstattung zugesteht. Da, denke  
A34 | ich, hat der Wechsel in Bonn wieder ein bißchen Hoffnung keimen lassen. -  
B 1 | Danke schön!

B 2 |  
B 3 | [Beifall bei der SPD und der CDU]

B 4 |  
B 5 | **Stellv. Präsident Führer:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Mleczkowski.  
B 6 | - Bitte sehr!

B 7 |  
B 8 | **Mleczkowski (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrter  
B 9 | Herr Hilse! Nehmen Sie es mir nicht übel, aber man kann, wenn man Sie und  
B10 | andere gehört hat, den "Weltstadtpolitikern" aus Bonn direkt dankbar sein,  
B11 | daß sie die Verkehrsakrobaten und Strickmustervertreter, die immer meinen,  
B12 | sie müßten eine Idylle wieder erfinden, die es in einer Metropole gar  
B13 | nicht mehr geben kann, nicht zum Zug kommen lassen. Bonn hat mit ein  
B14 | Stimmrecht darüber, wie hier der Verkehr geleitet werden kann. Sie müssen  
B15 | sich doch eins klarmachen: Welchen Kanzlerkandidaten die  
B16 | Sozialdemokratische Partei in absehbarer Zeit auch immer präsentieren  
B17 | wird, ob es nun doch eine Frau aus Bayern ist oder ein Mann aus dem  
B18 | Saarland - auch der wird in keinem Fall die Regierungsmitte Berlins mit  
B19 | dem Fahrrad befahren wollen! Wir haben auch dann - wenn Sie es wirklich  
B20 | schaffen, durch einen zügigen Autobahnausbau mit Stadtringschließung den  
B21 | Umgehungsverkehr zügig abzuwickeln - noch immer hinreichend Quell- und  
B22 | Zielverkehr in der Mitte Berlins. Das bleibt doch nicht die Mitte mit den  
B23 | Kahlschlagsflächen des Sozialismus, die die PDS heute gar nicht mehr so  
B24 | beklagt,  
B25 |

[Pewestorff (PDS):

Das waren aber auch angloamerikanische Bomber!]

sondern das wird doch wieder eine belebte Stadt mit einem zunehmenden Weltstadtverkehr, weil wir Hauptstadt sind und Regierungsviertel für ein Land in der Mitte Europas werden, das natürlich auch den Verkehr von diplomatischen Vertretungen aufnehmen muß, vom Kanzleramt, vom Außenministerium und was sich hier noch so ansiedelt.

[Frau Volkholz (Bü 90/Grüne):

Die können doch auf der Busspur fahren!]

Frau Schreyer! Die Gefahr ist doch - wenn ich Sie richtig verstanden habe - nicht das Rotlichtviertel in Berlin, sondern daß Sie ein Blaulichtviertel aus der Mitte Berlins machen, weil keiner mehr anders durch den Verkehrstau kommt und jeder Regierungsvertreter, jeder Botschafter, jeder, der nur ansatzweise das Recht hat auch davon Gebrauch macht, ein Polizeiauto vorne mit Blaulicht, ein Polizeiauto hinten und noch eine Eskorte links und rechts bei sich hat, damit er den Ost-West-Stau umschiffen kann, den Sie künstlich produzieren, wobei Sie meinen, das ganze wäre eine Metropole.

[Beifall bei der FDP]

Genau das aber wollen wir nicht, weil wir keine Bevorrechtigung von Politikern oder anderen Behördenvertretern wollen, sondern den gleichrangigen Verkehr für alle Bürger, die die Stadtmitte betreten wollen.

Natürlich gibt es zudem, sehr verehrte Frau Schreyer, Unterschiede in dem, was man als Metropole betrachtet. Aber eine Metropole lebt mit dem Verkehr, oder sie stirbt! Es gibt keine Metropole ohne den fließenden Verkehr! Da gibt es ein Stück Park, da gibt es einen Ökopark, da können Sie meinetwegen auch tropischen Regenwald als Metropole definieren! Das ist dann aber natürlich keine. Städte haben sich bekanntlich an Verkehrswegen entwickelt, und wenn man schon früher so kurzfristig wie heute gewesen wäre und keinen perspektivischen Straßenbau entwickelt hätte, würden wir noch immer zwischen Fischerdörfern auf den Prahmen hin- und herschaukeln, die damals die modernsten Verkehrsmittel waren. Aber damals gab es keine Verkehrsideologie, die uns heute als modern angeboten wird.

Und mein lieber Herr Giesel, zu Ihnen können wir auch gleich kommen: Wenn Sie meinen, der Potsdamer Platz sollte nun wieder der verkehrsreichste Platz in der Mitte Berlins werden, dann kann man Ihnen nur zustimmen. Aber doch nicht als Kellerkinder! Wir können doch nicht alle unter die Erde wandern, weil diese Koalition sich auf der Erde über Verkehrskonzepte streitet, und Sie baggern das ganze unter! Dann stelle ich mir den Herrn Giesel vor, wie er auf Fahrradwegen unter der Erde oder in der U-Bahn seinen Kasten Cola oder meinetwegen auch Spreegold oder was Sie immer trinken mögen - meinetwegen auch eine Flasche Whisky oder einen ganzen Kasten - transportiert. Ist Ihnen denn völlig unbekannt, sehr verehrter Herr Giesel, daß Verkehrspolitik auch Wirtschaftsentwicklungspolitik ist? Wie wollen Sie denn die Berliner Mitte beleben, wenn wir nicht -

**Stellv. Präsident Führer:** Herr Mleczkowski, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Giesel?

**Mleczkowski (FDP):** Aber mein Freund Giesel, natürlich! Er wird jetzt sicher dementieren, ein Kellerkind zu sein.

**Giesel (CDU):** Herr Kollege Mleczkowski! Wollen Sie denn, daß sechs oder acht Eisenbahn-, S- und U-Bahngleise oberirdisch über den Potsdamer Platz führen? Begreifen Sie gar nicht, daß - wenn wir sie nach unten legen - wir oben dann ein bißchen mehr Platz für Fußgänger und den Kraftfahrzeugverkehr haben? Sie haben vorhin nur nicht zugehört!

[Beifall bei Bü 90/Grüne -

Cramer (Bü 90/Grüne): Genau das hat er gesagt!]

**Mleczkowski (FDP):** Mein lieber Herr Giesel! Da haben Sie eben gesehen, von wem Sie Beifall bekommen haben. Gerade das sind die Verbiegungen in Ihrem

D30 | Kopf, die offensichtlich inzwischen Platz gegriffen haben. Es geht doch  
D31 | nicht um den Schienenverkehr unterhalb der Erde, sondern um den  
D32 | Straßenverkehr, den Sie nach wie vor rigoros abzuschnüren versuchen! Wie  
D33 | kommt man denn zum Beispiel zum Potsdamer Platz, Herr Giesel? Über die  
D34 | verstopfte Potsdamer Straße? Oder fliegen wir demnächst über die Dächer  
D35 | von Schöneberg dorthin?

D36 |  
D37 | [Kern (SPD): Mit dem Fahrrad!]  
D38 |

D39 | Damit kommen wir zum Problem des Schienenverkehrs, das Sie angesprochen  
D40 | haben: Wie klappt denn in Ihren Vorstellungen mit dem stets falschen  
D41 | Beifall der Verkehrsanschluß zum Lehrter Bahnhof, verehrter Herr Giesel?  
D42 | Wie kommt man denn zum Beispiel künftig - wenn dieses Projekt realisiert  
D43 | wird - von den Linden, von der östlichen City, von der Friedrichstraße zum

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4038

A 1 | **Mleczkowski**

A 2 |

A 3 | Lehrter Bahnhof, und zwar als Otto Normalverbraucher, der den  
A 4 | Individualverkehr mag und nicht alles nur auf Straßenbahnen oder  
A 5 | Radfahrwege oder ähnliche ideologische Verklemmungen reduzieren will? Soll  
A 6 | denn nun wirklich alles über die verstopfte Invalidenstraße geführt  
A 7 | werden? Oder wollen Sie künftig den Bürgern Berlins zumuten, über die  
A 8 | Dächer der Charité dorthin zu fliegen? Wenn Sie so weitermachen, verehrter  
A 9 | Herr Giesel, dann haben Sie als Verkehrsaufkommen zunehmend einen Über-  
A10 | Dach-Flugverkehr mit Kellerbahnkonsequenzen, der nur unter die Erde zu  
A11 | legen ist!

A12 |

A13 | [Pewestorff (PDS):

A14 | Das ist innovative Verkehrspolitik!]

A15 |

A16 | Das macht es zwar mit Ihrem Koalitionspartner im Moment zweifellos  
A17 | leichter, löst aber mit Sicherheit nicht die Probleme der Stadt!

A18 |

A19 | Nach Auffassung der FDP-Fraktion können gar nicht genug Ost-West-Straßen  
A20 | aufgemacht werden. Gerade das, was 1961 aus politischen Gründen  
A21 | abgeriegelt wurde, darf jetzt nicht mit ökologisch vorgeschobenen  
A22 | Argumenten geschlossen bleiben. Die Straßenverbindung haben eine  
A23 | zunehmende Bedeutung, weshalb wir auch neue brauchen. Und wenn - was wir  
A24 | sehr begrüßten - die Französische Straße über die Ministergärten  
A25 | aufgemacht würde oder aber die Ministergärten an dieser Stelle  
A26 | untertunnelt würden - nicht unter dem Brandenburger Tor -, dann hätten wir  
A27 | eine neue Ost-West-Verbindung zusätzlich zur Behrenstraße, zur Clara-  
A28 | Zetkin-Straße und zu anderen. Das heißt aber nicht, daß wir das  
A29 | Brandenburger Tor weiterhin geschlossen lassen müssen.

A30 |

A31 | **Stellv. Präsident Führer:** Herr Mleczkowski, gestatten Sie eine  
A32 | Zwischenfrage des Abgeordneten Cramer?

A33 |

A34 | **Mleczkowski (FDP):** In Anbetracht der Zeit bitte ich Herrn Cramer zu  
B 1 | entschuldigen, daß die eine Zwischenfrage von Herrn Giesel mir gereicht  
B 2 | hat, dem ja auch Sie herzlichst applaudiert haben. Insofern nehme ich an,  
B 3 | daß er vorhin für Sie gleich mitgefragt hat.

B 4 |

B 5 | [Cramer (Bü 90/Grüne):

B 6 | Wollen Sie auch die Friedrichstraße verbreitern?]

B 7 |

B 8 | - Wir wollen in der Friedrichstraße natürlich nicht versuchen, den letzten  
B 9 | Rest von Individualverkehr zu beseitigen. Dann hätten Sie, Herr Cramer,  
B10 | auf Dauer die Qualität der Wilmersdorfer Straße, die Sie als Einkaufender  
B11 | mehr schätzen, als die Straßen, in denen pulsierendes städtisches Leben  
B12 | vorhanden ist.

B13 |

B14 | Es können nicht genug Ost-West-Straßen geöffnet werden; dies gilt auch für  
B15 | das Brandenburger Tor.

B16 |

B17 | Wie hinreichend kleinkariert und strickmusterscheckig dieses  
B18 | Verkehrskonzept ist, wenn nur der Senat darüber zu entscheiden hätte,  
B19 | zeigt ein Blick auf den Flächennutzungsplan, dessen Vorentwurf der Senator  
B20 | für Stadtentwicklung und Umweltschutz gestern präsentiert hat. Es ist ein  
B21 | Plan, der gerade durch die Mitsprache Bonns im wesentlichen bereits  
B22 | überholt ist. Sie sehen dort, was die Verkehrsentwicklung anbelangt, ein  
B23 | völlig abgehangenes Zentrum Berlins. Die City West und Ost enthält mit  
B24 | Ausnahme des Nord-Süd-Tunnels keine Darstellung von übergeordneten  
B25 | Straßen. Die ganze City ist abgehangen, der umfließende Verkehr ist nicht



B26 autogerecht geregelt, weil Sie sich aus ideologischen Gründen weiterhin  
B27 weigern, an die Schließung des westlichen Autobahnhalbrings auch nur  
B28 ansatzweise zu denken. Wenn man in der Innenstadt keine übergeordneten  
B29 Straßen hat, sie jedoch, wie es dieser Vorentwurf des Flächennutzungsplans  
B30 ausweist, nah am Stadtrand der historischen Dorfkerne ausweist, stellt  
B31 sich für uns die Frage, ob man in dieser Senatspolitik nicht auch  
B32 konsequenter die City in die Dorflagen und die Dorflagen in die City  
B33 verlagern sollte! Dann zerstören wir die City! Es mag sein, daß einige ein  
B34 stärker aufblühenderes Lichtenrade wollen. Mit einer solchen  
C 1 Verkehrsentwicklung wird nur erreicht, daß der Speckgürtel noch speckiger  
C 2 wird, weil auf Dauer kein Wirtschaftsverkehr mehr in die City Berlins  
C 3 fahren wird. Diese Verkehrspolitik, die Sie ideologisch verkleistert als  
C 4 Umweltschutzpolitik anbieten, ist mittelstandsschädlich und  
C 5 wirtschaftsfeindlich und wird die Berliner City, sollte Sie nach Ihren  
C 6 Vorstellungen gebaut werden, wirtschaftspolitisch abtöten. Zu Ihren  
C 7 Ausführungen ist mir ein Satz von Bertold Brecht eingefallen, der sagte:  
C 8 "Und mach nur einen Plan und sei ein großes Licht. Und mach noch einen  
C 9 zweiten Plan, denn gehen werden sie beide nicht!"

C10  
C11 [Beifall bei der FDP]  
C12

C13 **Stellv. Präsident Führer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die  
C14 Aktuelle Stunde sowie die Große Anfrage sind damit erledigt.  
C15

C16 Hinsichtlich des dringlichen Antrags der Fraktion Bündnis 90/Grüne wird  
C17 die Überweisung an den Hauptausschuß gewünscht. Wer diesem  
C18 Überweisungswunsch folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -  
C19 Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist diese Überweisung so  
C20 beschlossen.  
C21

C22 Frau Präsidentin ist soeben eingetroffen. Deshalb werden wir einen  
C23 besonderen Tagesordnungspunkt aufrufen. Frau Präsidentin, übernehmen Sie  
C24 bitte!  
C25

C26 [1A1]  
C27

C28 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Ich muß einen  
C29 Tagesordnungspunkt aufrufen, zu dem die Öffentlichkeit ausgeschlossen  
C30 wird. Ich bitte deshalb, die Mikrofone nach außen abzuschalten, und  
C31 sämtliche Nichtparlamentarier, diesen Saal zu verlassen. Die  
C32 Zuschauerbühne bitte ich auch von den interessierten Besuchern räumen zu  
C33 lassen.  
C34

D 1 [Nichtöffentliche Sitzung ohne Protokollierung  
D 2 von 17.15 bis 17.42 Uhr]  
D 3

D 4 **Stellv. Präsident Führer:** Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit  
D 5 dürfte wieder hergestellt sein. Ich fahre fort in der Tagesordnung.  
D 6

D 7 [1B]  
D 8

D 9 Wir sind bei der  
D10 lfd. Nr. 1 B, Drucksache 12/2833:  
D11

D12 **II. Lesung der Vorlage - zur Beschlußfassung - über Gesetz über die**  
D13 **Zulassung zu den Hochschulen des Landes Berlin in zulassungsbeschränkten**  
D14 **Studiengängen (Berliner Hochschulzulassungsgesetz - BerlHZG), Drucksache**  
D15 **12/2664, gemäß Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und**  
D16 **Forschung vom 3. Mai 1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993**  
D17

D18 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann  
D19 eröffne ich die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der 10  
D20 Paragraphen miteinander zu verbinden. Gibt es dagegen Widerspruch? - Den  
D21 sehe ich nicht. Dann rufe ich auf §§ 1 bis 10, die Überschrift und die  
D22 Einleitung im Wortlaut der Drucksache 12/2664. Gibt es Wortmeldungen? -  
D23 Wird die Wortmeldung von Herrn Girnus aufrechterhalten?  
D24

D25 [Frau Dr. Löttsch (PDS): Ja!]  
D26

D27 - Dann haben Sie das Wort!  
D28

D29 | **Dr. Girnus** (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte  
D30 | eingangs zu dieser II. Lesung den Artikel 12 des Grundgesetzes zitieren,  
D31 | in dem es heißt:

D32 |  
D33 |       Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und  
D34 |       Ausbildungsstätten frei zu wählen.

D35 |  
D36 | Dieser Artikel ist die Hürde für dieses Hochschulzulassungsgesetz. Das  
D37 | zeigen nicht nur die zahlreichen bisher eingeklagten Studienplätze von  
D38 | Studienplatzbewerbern an Hochschulen,

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4039

A 1 | **Dr. Girnus**

A 2 |  
A 3 |  
A 4 | sondern auch die schon absehbaren Klagen, die infolge dieses Gesetzes das  
A 5 | Land Berlin und damit den Fiskus dieses Landes, den Steuerzahler belasten  
A 6 | werden.

A 7 | Zweitens eine Frage an Sie Herr Senator: Warum wollen Sie denn mit dem  
A 8 | jetzt eingeschlagenen Weg Methoden übernehmen, die ehemaligen DDR-Bürgern  
A 9 | noch in schlechter Erinnerung sind? - Aber auch die Bundesrepublik  
A10 | Deutschland kennt das Problem; es sei nur mit einem Stichwort an einen der  
A11 | Strauß-Skandale erinnert, bei dem an den geltenden  
A12 | Hochschulzulassungsbedingungen vorbei ein Polit-Promi seine Kinder an  
A13 | einer deutschen Hochschule untergebracht hat. Oder nehmen wir das andere  
A14 | Verfahren, das andere Polit-Promis mit ihrem Einkommen realisieren können  
A15 | - Herr Kohl, Herr Stolpe -: Sie schicken einfach ihre Kinder an deutschen  
A16 | Hochschulzulassungshürden vorbei auf teure amerikanische Universitäten zum  
A17 | Studium.

A18 |  
A19 | [Sen Pieroth: Der Stolpe doch nicht!]

A20 |  
A21 | Ich denke, solche Praktiken, wie wir sie aus der Vergangenheit kannten,  
A22 | sollten wir nun mit den in diesem Hochschulzulassungsgesetz prononciert  
A23 | geforderten und geförderten Tests und Aufnahmeprüfungen nicht noch  
A24 | befördern.

A25 |  
A26 | [Beifall bei der PDS]  
A27 |

A28 | Drittens mit diesem Gesetz wird das Abitur als  
A29 | Hochschulzulassungsberechtigung entwertet. Nicht nur das, es wird auch den  
A30 | Studienbewerberinnen und Studienbewerbern als potentiellen Studentinnen  
A31 | und Studenten die Chance genommen, ihre intellektuellen Fähigkeiten an der  
A32 | Hochschule unter Beweis zu stellen, weil nämlich die Entscheidung über  
A33 | ihre Studiumszulassung vor der Hochschule gefällt wird.

A34 |  
B 1 | Und letztens: Herr Senator, Sie und Ihre Partei haben von der Hochschule  
B 2 | immer als einem Ort der Dienstleistung gesprochen. Ich habe darauf in der  
B 3 | Debatte im Ausschuß schon hingewiesen: Nimmt man einmal diese zweifelhafte  
B 4 | Bestimmung als gesetzt, stellen Sie mit dem Gesetz jetzt doch Ihr eigenes  
B 5 | Prinzip von den Füßen auf den Kopf. Der Dienstleistende testet den Kunden  
B 6 | erst einmal, ob er denn seiner Dienstleistung überhaupt wert ist. Das ist  
B 7 | doch sicherlich ein ziemlich paradoxer Vorgang.

B 8 |  
B 9 | [Beifall bei der PDS]  
B10 |

B11 | Nicht die Studienbewerberinnen und Studienbewerber scharen sich nach  
B12 | Humboldtscher Tradition um ihre Lehrerinnen und Lehrer, sondern die  
B13 | Professoren suchen sich ihre Studentinnen und Studenten aus. Das kommt den  
B14 | Ambitionen einiger Professoren sicher entgegen, sicher aber nicht allen.  
B15 | Wir lehnen ein solches Verfahren ab.

B16 |  
B17 | [Beifall bei der PDS]  
B18 |

B19 | **Stellv. Präsident Führer:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Uns liegen keine  
B20 | vor. Dann schließe ich die Einzelberatung und verbinde die  
B21 | Einzelabstimmungen mit der Schlußabstimmung. Die Ausschüsse empfehlen die  
B22 | Annahme der Gesetzesvorlage. Wer dem Berliner Hochschulzulassungsgesetz,  
B23 | Drucksache 12/2664, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um  
B24 | das Handzeichen! - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Meine  
B25 | Damen und Herren, das ist etwas schwierig. Darf ich die Damen und Herren,

B26 die sich hinten als Abgeordnete in den Gängen noch aufhalten, bitten, dem  
B27 Plenum Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist schwer feststellbar, ob wir eine  
B28 Mehrheit haben oder nicht. Ich darf es also noch einmal abstimmen, es ist  
B29 für uns hier nicht genau ersichtlich gewesen. - Die Enthaltung wird  
B30 abgezogen, Frau Kollegin; daher ist es sehr zweifelhaft gewesen. Ich darf  
B31 also fragen:

B32  
B33 [Zuruf]  
B34

C 1 - Entschuldigen Sie, wir haben keine Mehrheit hier feststellen können.  
C 2 Dann kann ich diese Abstimmung genauso wiederholen, weil es unklar war.  
C 3 - Wer dem Berliner Hochschulzulassungsgesetz, Drucksache 12/2664, seine  
C 4 Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! - Nun die  
C 5 Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Damit ist das Gesetz angenommen.  
C 6

C 7 [1C]

C 8  
C 9 Wir kommen nun zur

C10 **lfd. Nr. 1 C, Drucksache 12/2834:**

C11  
C12 **II. Lesung des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über**  
C13 **Viertes Gesetz zur Änderung des Kita- und**  
C14 **Tagespflegekostenbeteiligungsgesetzes (KTKBG), Drucksache 12/2717, gemäß**  
C15 **Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Jugend und Familie vom 12. Mai**  
C16 **1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993**  
C17

C18 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Ich  
C19 eröffne dann die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der fünf  
C20 Artikel miteinander zu verbinden. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann  
C21 rufe ich auf die Artikel I bis V, die Überschrift und die Einleitung im  
C22 Wortlaut des Antrags Drucksache 12/2717 unter Berücksichtigung der  
C23 Beschlußempfehlung Drucksache 12/2834. Wortmeldungen für die Fraktion der  
C24 CDU? - Die Abgeordnete Schlicht!

C25  
C26 **Frau Schlicht** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt in  
C27 der Politik sicherlich angenehmere Momente für eine Regierungskoalition,  
C28 als eine Nachbesserung zu einem erst kürzlich mit den Stimmen dieser  
C29 Koalition beschlossenen Gesetz einzubringen und zu beraten, wird doch der  
C30 Standpunkt von damals relativiert und durch neue Überlegungen und  
C31 Erkenntnisse letztendlich korrigiert.  
C32

C33 Wir werden in der Politik häufig daran gemessen, ob und wie wir an  
C34 Standpunkten und Meinungen festhalten; die Einheitlichkeit der  
D 1 Argumentation über die Zeit hinweg scheint offenbar sehr häufig als Wert  
D 2 an sich begriffen zu werden. Jede und jeder von uns hier kennt die  
D 3 vorwurfsvolle Bemerkung von Medienvertretern: Das haben Sie aber früher  
D 4 ganz anders gesehen und gesagt! - Oder die hämische, ich-überhöhende Rede  
D 5 des politischen Konkurrenten oder Gegners: Wenn Sie schon damals auf mich  
D 6 gehört hätten, ja dann...! Und jeder und jede von uns wiederum weiß um den  
D 7 Mechanismus, den eigenen Standpunkt von damals und die veränderte Position  
D 8 von heute gleichzeitig gut begründen zu wollen, um - wie man so sagt -  
D 9 nicht das Gesicht zu verlieren. Ich denke, Gesicht in diesem Sinne muß  
D10 nicht Charakter sein. Als in der Politik Tätige und Verantwortliche  
D11 versuchen wir immer, nach bestem Wissen und Gewissen den besten Weg zu  
D12 gehen. Wir sind dabei ganz sicherlich nicht vollkommen, sondern  
D13 unterliegen auch Irrtümern.  
D14

D15 Wir haben mit dem im vergangenen Dezember beschlossenen Gesetz über die  
D16 Kostenbeteiligung in den Kindertagesstätten das Hauptaugenmerk auf  
D17 sozialverträgliche Kostenbeiträge insbesondere für die unteren  
D18 Einkommensgruppen gerichtet und darüber die Auswirkungen auf die mittleren  
D19 Einkommensgruppen und Mehrkinderfamilien falsch eingeschätzt. Sie können  
D20 aber sicher sein, daß es gerade als CDU-Fraktion unser Anliegen ist, auch  
D21 diesen Elterngruppen gerecht zu werden, weswegen wir diese Novellierung  
D22 angeschoben haben. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir  
D23 dieses Änderungsgesetz eingebracht und beraten es heute in II. Lesung.  
D24

D25 In dem Änderungsgesetz ist die Mehrkinderermäßigung auch für nicht  
D26 betreute Geschwister eingeführt, die Staffelung der Elternbeiträge über  
D27 mehr Einkommensgruppen gestreckt, sind die Kostenbeiträge für behinderte  
D28 Kinder verringert sowie für den Vorschul- und Hortbereich Ermäßigungen  
D29 enthalten, die insbesondere die Entwicklung konkurrierender

D30 | Betreuungsangebote von Jugendverwaltung einerseits und Schulverwaltung  
D31 | andererseits mit jeweils unterschiedlichen Kostenbeiträgen verhindern  
D32 | sollen. Nach wie vor werden sich die Elternbeiträge im Vergleich zu dem  
D33 | Gesetz, das bis zum Ende vergangenen Jahres gegolten hat, erhöhen, was  
D34 | aufgrund der finanzpolitischen Situation der Stadt, aber auch im Vergleich  
D35 | zu den Kostensätzen westdeutscher wie ostdeutscher Städte und Gemeinden  
D36 | zwingend erforderlich ist. Wir können uns in Berlin keine Sonderstellung  
D37 | mehr leisten.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4040

**A 1 | Frau Schlicht**

A 2 |  
A 3 | Ein qualitativ gutes Kindertagesstättenangebot, wie wir es in Berlin  
A 4 | vorweisen können - wenn es auch leider im Westteil der Stadt noch nicht  
A 5 | flächendeckend ist -, hat seinen Preis: Die öffentliche Hand gibt dafür  
A 6 | jährlich ca. 2 Milliarden DM aus. Mit dem vorliegenden Gesetz beteiligen  
A 7 | wir die Eltern je nach ihrer Einkommenslage und Familiengröße angemessen  
A 8 | und sozial verträglich an diesen Kosten, und zwar in allen  
A 9 | Einkommensbereichen. Wir als CDU-Fraktion sagen sehr deutlich:  
A10 | Einheitsbeiträge lehnen wir als unsozial ab.

A11 |  
A12 | Trotzdem wird weiterhin - auch nach Beschlußfassung über dieses Gesetz -  
A13 | der übergroße Anteil der Kosten für Kindertagesstätten von der  
A14 | öffentlichen Hand getragen werden. Auch in finanziell beengten Zeiten  
A15 | werden wir zur Entlastung von Familien und zum Wohle der Kinder ohne jede  
A16 | Frage daran festhalten. - Vielen Dank!

A17 |  
A18 | **Stellv. Präsident Führer:** Nächster Redner ist für die Fraktion der PDS der  
A19 | Abgeordnete Zillich.

A20 |  
A21 | **Zillich (PDS):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema, das wir  
A22 | heute verhandeln, verhandeln wir nicht zum ersten Mal, sondern erneut nach  
A23 | einer relativ kurzen Zeit. Es hat eine äußerst merkwürdige Geschichte; ich  
A24 | darf Sie daran erinnern. Im Haushaltsentwurf für den Haushalt 1993  
A25 | tauchten plötzlich 65 Millionen DM Mehreinnahmen im Haushalt der  
A26 | Jugendverwaltung auf. Kein Mensch wußte, woher die kamen, kein Mensch  
A27 | wußte, wie sie erbracht werden, große Ratlosigkeit im Hauptausschuß. Es  
A28 | wurde aber trotzdem gedeckelt. Dann - kurz vor Abschluß der  
A29 | Haushaltsberatungen - trat die große Koalition als Erfüllungsgehilfin des  
A30 | Senats auf den Plan und legte ein Gesetz vor, das die Kita-Kosten  
A31 | drastisch anhub, und peitschte es durch das Parlament.

A32 |  
A33 | Die Opposition hat damals schon auf wesentliche Mängel hingewiesen. Es  
A34 | wurde nämlich nicht von den Mehrbelastungen für die Eltern ausgegangen; es  
B 1 | wurde nicht davon ausgegangen, was die Eltern verkraften, sondern  
B 2 | lediglich von der Vorgabe des Finanzsenators, die sich Herr Krüger  
B 3 | aufschwätzen ließ, von diesen 65 Millionen DM. Dieser Beitrag mußte auf  
B 4 | Biegen und Brechen erbracht werden, ohne Kenntnis der Einkommensstruktur -  
B 5 | es lagen keine Zahlen vor -, ohne Hinzuziehung von Experten. Die PDS hat  
B 6 | damals eine Anhörung gefordert, die allerdings von der Koalition  
B 7 | abgeschmettert wurde. Herr Fechner - nun ist er leider nicht da - brüllte  
B 8 | damals bei meiner Rede zu diesem Gesetz im Dezember unwissend in den Saal  
B 9 | - ich zitiere -: "Enthalten Sie sich der Stimme, wenn Sie nichts davon  
B10 | verstehen!"

B11 |  
B12 | Offensichtlich verstand die Opposition doch mehr, als Herr Fechner glauben  
B13 | mochte, denn bereits im März, also drei Monate später, rückte die  
B14 | Koalition von ihrem eigenen Gesetz ab. Und trotzdem - und das ist ein  
B15 | Skandal -, obwohl bereits im März in allen Fraktionen dieses Hauses  
B16 | einhellig die Meinung existierte, daß dieses Gesetz so nicht bleiben könne  
B17 | und unzulänglich sei, ließ die große Koalition die Gebührenerhöhung zum 1.  
B18 | April in Kraft treten, stoppte sie nicht ihr nach eigener Erkenntnis  
B19 | unsinniges Gesetz.

B20 |  
B21 | Die Koalition hat sich zumindest zum Teil revidiert, hat Kritikpunkte  
B22 | aufgenommen, und trotzdem kann man es nur als Blamage werten, denn sie hat  
B23 | aus ihren Fehlern nicht gelernt. Die Änderungen, die heute beschlossen  
B24 | werden, wurden mit nahezu der gleichen Geschwindigkeit durch das Parlament  
B25 | gepeitscht wie das geflopte Gesetz vom Dezember. Die Anhörung wurde

B26 instrumentalisiert; keine Argumente wurden aufgenommen, Einwände nicht  
B27 beachtet. Der Antrag geht fast ohne Änderung durch das Abgeordnetenhaus.  
B28 Und der Senat war wieder nicht in der Lage, dem Ausschuß repräsentative  
B29 Zahlen über den Verwaltungsaufwand für die Berechnung vorzulegen, er war  
B30 nicht in der Lage, über die finanzielle Belastung der Eltern Auskunft zu  
B31 erteilen, es gab kein zuverlässigen Zahlen über die Einkommensstrukturen;  
B32 alle vorgelegten Zahlen sind ausgesprochen und eingestandenermaßen  
B33 fragwürdig und halten keiner statistischen Prüfung stand.  
B34

C 1 Da hilft es dann auch nicht, daß der Senator die Schuld für das  
C 2 unzureichende Zahlenmaterial den Bezirken zuspielt,  
C 3

C 4 [Frau Pickert (SPD): Dem Statistischen Landesamt!]  
C 5

C 6 denn die Bezirke waren damit beschäftigt, die Kita-Kosten zu berechnen.  
C 7 Dieses Gesetz hat einen immensen Verwaltungsaufwand bedeutet; Überstunden  
C 8 waren in den Bezirken an der Tagesordnung, wie heute beispielsweise der  
C 9 "Berliner Zeitung" zu entnehmen ist. Es besteht also die Gefahr, daß die  
C10 mit dem Gesetz und der erneuten Novellierung geplanten Mehreinnahmen vom  
C11 immensen Verwaltungsaufwand aufgefressen werden. Bevor dies nicht geklärt  
C12 ist, macht es keinen Sinn, erneut ein unausgeglichenes Gesetz zu  
C13 verabschieden. Wir beantragen unter anderem deshalb Rücküberweisung an die  
C14 Ausschüsse.  
C15

C16 Was dieses Gesetz konkret bedeuten würde, haben die Vertreter in der  
C17 Anhörung deutlich gemacht. Die GEW und die Liga der Spitzenverbände haben  
C18 zwar die Änderung als eine Verbesserung gewürdigt, und doch haben sie sehr  
C19 deutlich gemacht, was sie von diesem Gesetz halten. Ich zitiere den  
C20 Vertreter der Spitzenverbände:  
C21

C22 Unter familienpolitischen Gesichtspunkten ist jede zusätzliche  
C23 Belastung der Familien mit Kindern falsch.  
C24

C25 Er drückte sich hier nicht vorsichtig aus und sagte etwa "ist bedenklich"  
C26 oder "ist problematisch". Nein! Er sagte: Falsch!  
C27

C28 An dieser Stelle will ich noch auf einen Punkt eingehen, den Frau Schlicht  
C29 eben wieder als Argument gebracht hat: Berlin müsse Sonderregelungen  
C30 abbauen, Berlin müsse sich mit anderen Bundesländern vergleichen! - Da  
C31 stellt sich doch die Frage: Warum muß sich denn Berlin mit Frankfurt oder  
C32 Hamburg vergleichen? Warum soll sich Berlin nicht beispielsweise mit  
C33 Frankreich vergleichen, wo eine ganz andere Regelung gilt?  
C34

D 1 [Frau Pickert (SPD):  
D 2 Weil wir Deutschland sind!]  
D 3

D 4 Sagen Sie doch nicht euphemistisch: Es geht um den Abbau von  
D 5 Sonderregelungen. Es geht um den Abbau einer Inselfituation. - Sondern  
D 6 sagen Sie, worauf Ihre Politik hinausläuft, und sagen Sie dies auch laut  
D 7 und den Betroffenen: Um den Abbau von Lebensqualität! - Deshalb ist es  
D 8 auch nicht verwunderlich, daß die Landeselternausschüsse zu einer  
D 9 Kinderkette aufgerufen haben. Wir unterstützen dies ausdrücklich!  
D10

D11 An dieser Stelle ist es interessant, einmal sozialdemokratische Positionen  
D12 zu zitieren,  
D13

D14 [Fechner (SPD): Das ist immer interessant!]  
D15

D16 nämlich aus dem Wahlprogramm "Klarheit für Berlin", ein bemerkenswerter  
D17 Titel - Da sind Sie ja, Herr Fechner! Vorhin habe ich Sie angesprochen; da  
D18 waren Sie noch nicht da! - aus dem Jahre 1990:  
D19

D20 Besonders wichtig ist es, die vorhandenen Krippen- und  
D21 Kindergartenplätze im Ostteil der Stadt zu erhalten. Es dürfen keine  
D22 weiteren Einrichtungen geschlossen werden.  
D23

D24 [Beifall der Frau Abg. Herer (PDS)]  
D25

D26 Sie müssen künftig als städtische Kitas im Angebot bleiben.  
D27

D28 Und jetzt kommt es:  
D29

D29 Ziel ist, Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen

weiterzuentwickeln.

D30

D31

Sehr wahr! Wir teilen die Position der SPD in dieser Frage ausdrücklich.

D32

Ich teile auch die Position von Herrn Nolte, die er in der 42.

D33

Plenarsitzung vertreten hat. Ich zitiere:

D34

D35

Wir Sozialdemokraten bleiben dabei, daß die Kindertagesstätte ein sozialpädagogisches Bildungsangebot sein soll, das wie die Schule kostenlos ist.

D36

D37

D38

D39

Wunderbar, Herr Nolte, dann handeln Sie doch auch so! Aber worauf läuft

D40

Ihre Politik hinaus? - Auf das genaue Gegenteil! Obwohl gerade diese

D41

sozialdemokratische Forderung heute angesichts des für 1996 angekündigten

D42

Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz aktueller denn je wäre, denn

D43

was nutzt

D44



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4041

A 1 | **Zillich**

A 2 |  
A 3 | der Rechtsanspruch, wenn die heute bestehenden Wartelisten dadurch  
A 4 | abgebaut werden, daß das Recht aufgrund der hohen Kosten gar nicht  
A 5 | wahrgenommen werden kann. Wir wollen die Kita ausdrücklich als  
A 6 | Bildungseinrichtung.

A 7 |  
A 8 | [Frau Pickert (SPD): Wir auch!]

A 9 |  
A10 | Wir wollen das Recht der Kinder auf soziales Lernen verwirklichen. Wir  
A11 | werden deshalb einen Gesetzentwurf einbringen, der die Kita-Kosten in  
A12 | einem dreistufigen Verfahren bis 1996 auf Null führe. Wir sind gespannt,  
A13 | wie Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sich dann zu Ihrem  
A14 | Wahlprogramm verhalten werden. - Danke schön!

A15 |  
A16 | [Beifall bei der PDS]

A17 |  
A18 | **Stellv. Präsident Führer:** Als nächster hat für die Fraktion der SPD der  
A19 | Abgeordnete Nolte das Wort.

A20 |  
A21 | **Nolte (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat ein  
A22 | ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Gesetz bereits nach knapp fünfmonatiger  
A23 | Geltungsdauer verändert wird. Aber dieser Vorgang zeigt auch, daß Bürger  
A24 | mit ihren Eingaben und Beschwerden auf die Politik Einfluß nehmen können  
A25 | und im Bereich der Familienpolitik auch Einfluß nehmen müssen. Es ist  
A26 | falsch, Herr Zillich, daß der Jugendausschuß die Betroffenen nicht  
A27 | angehört hätte.

A28 |  
A29 | [Beifall der Abg. Frau Merkel (SPD)]

A30 |  
A31 | Wir haben die Anhörung am vorletzten Mittwoch mit dem Landeselternausschuß  
A32 | der Kindertagesstätten, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und  
A33 | mit der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege durchgeführt.

A34 |  
B 1 | Zunächst will ich noch einmal die Zielvorgaben des geltenden Kita-  
B 2 | Kostenbeteiligungsgesetzes in Erinnerung rufen, denn sie sind nach wie vor  
B 3 | gültig.

B 4 |  
B 5 | **Erstens:** Der hohe pädagogische Standard der Berliner Kindertagesstätten  
B 6 | muß erhalten bleiben. Ich nenne hier die Gruppengröße von 15 Kindern je  
B 7 | Gruppe und die ganztägigen Öffnungszeiten als Regelangebot.

B 8 |  
B 9 | [Vereinzelter Beifall bei der SPD]

B10 |  
B11 | Auch der kürzlich vom Hauptausschuß beschlossene Erhalt der Köchinnen  
B12 | zeigt das Bemühen der Koalition, die Qualität der Kindertagesstätten über  
B13 | diese schwierige Zeit zu retten.

B14 |  
B15 | [Vereinzelter Beifall bei der SPD]

B16 |  
B17 | **Zweitens:** Der hohe Personalüberhang bei den Erzieherinnen im Ostteil der  
B18 | Stadt darf auch weiterhin nicht durch Bedarfskündigungen abgebaut werden.  
B19 | Herr Zillich, ich würde mich freuen, wenn Sie das im Ostteil der Stadt  
B20 | auch einmal sagten und nicht nur immer "Verschlechterungen" der Koalition  
B21 | behaupteten. Es ist eine Errungenschaft, die Arbeitsplätze für die  
B22 | Erzieherinnen aus dem Ostteil zu sichern, was dieser Koalition gelungen  
B23 | ist. Dieses auch einmal hervorzuheben, könnte Ihnen nicht schaden!

B24 |  
B25 | [Frau Herer (PDS): Das ist doch unwahr!]

B26 - Das ist tatsächlich wahr, Frau Herer!

B28 [Beifall bei der SPD]

B29 Nennen Sie doch einmal jemanden, den aufgrund fehlenden Bedarfs gekündigt  
B32 worden ist! Es ist aufgrund von Stasi-Tätigkeit gekündigt worden, und das  
B33 ist auch richtig so. -

B34 [Beifall der Abg. Pickert (SPD)]

C 1  
C 2  
C 3 Drittens: Die nach dem Familieneinkommen gestaffelten Beiträge der Eltern  
C 4 an den laufenden Kindertagesstättenkosten müssen in ganz Berlin  
C 5 einheitlich gelten, nicht weiterhin nach Ost und West getrennte Beiträge!  
C 6 Die durchschnittliche Beteiligung der Eltern an den laufenden Kosten, die  
C 7 in Berlin ca. 900 DM im Monat betragen, muß auf ungefähr zwölf Prozent  
C 8 gesteigert werden, was im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten immer  
C 9 noch eine niedrige Elternbeteiligung darstellt. Für Familien, die in  
C10 soziale Notlagen geraten, muß es weiterhin eine Härtefallregelung geben.

C11  
C12 Diese Zielsetzungen, die für das alte Gesetz galten, sind für die  
C13 Koalitionsparteien nach wie vor gültig.

C14  
C15 Allerdings konnten wir als Sozialdemokraten nicht alle unsere  
C16 Vorstellungen in das Gesetz einbringen. Die gesetzlichen Regelungen  
C17 spiegeln auch die unterschiedlichen Auffassungen von der Kindertagesstätte  
C18 als Bildungseinrichtung, wie wir sie sehen, und von der Kindertagesstätte  
C19 als familienergänzende Einrichtung, wie sie unser Koalitionspartner  
C20 überwiegend sieht, wider.

C21  
C22 Auch wenn es zur Zeit weder finanziell noch politisch realisierbar ist,  
C23 Herr Zillich, bleiben wir Sozialdemokraten bei unserer Auffassung von der  
C24 Kindertagesstätte als sozialpädagogischer Einrichtung - so wie damals sage  
C25 ich auch heute -, die entweder wie die Schule kostenlos sein muß oder für  
C26 die ein möglichst niedriger Kostenbeitrag erhoben wird, vergleichbar der  
C27 Gebühr für einen Volkshochschulkursus.

C28 [Vereinzelter Beifall bei der SPD]

C29  
C30  
C31 Ich würde mich freuen, wenn Sie Sätze komplett zitierten und nicht nur den  
C32 Halbsatz, der Ihnen paßt, und den anderen lassen Sie weg.

C33  
C34 Mit der vorliegenden Beschlußvorlage wird das geltende Kita-  
D 1 Kostenbeteiligungsgesetz in folgenden Punkten verbessert. Erstens: Die zur  
D 2 Zeit besonders stark belasteten Familien mit mittleren Einkommen werden  
D 3 entlastet und es wird der Höchstbetrag von 490 DM erst ab einem  
D 4 Familienjahreseinkommen von 120.000 DM zu zahlen sein. Wir haben diesen  
D 5 Höchstbetrag bei 490 DM belassen und nicht wie z.B. in Potsdam auf 800 DM  
D 6 erhöht, um die soziale Mischung in den Kindertagesstätten nicht weiter zu  
D 7 gefährden. Zweitens: Künftig werden wieder alle Kinder einer Familie bei  
D 8 der Beitragsermäßigung berücksichtigt, und es wird der Beitrag für  
D 9 behinderte Kinder wieder reduziert. Drittens: Bei den Angeboten, bei denen  
D10 die Kindertagesstätten mit den Schulen konkurrieren, also in den Vorschul-  
D11 und Hortgruppen, werden die Beiträge für die Kita-Gruppen deutlich  
D12 gesenkt.

D13  
D14 Abschließend will ich feststellen, was ich auch im Jugendausschuß gesagt  
D15 habe: Auch das neue Kostenbeteiligungsgesetz wird die Berliner Familien  
D16 stärker belasten, als es in der Vergangenheit nötig war. Die finanzielle  
D17 Entlastung der Familien aus Mitteln des Landeshaushalts wird angesichts  
D18 der finanziellen Situation Berlins immer schwieriger.

D19 [Abg. Zillich (PDS)  
D20 meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

D21  
D22  
D23 Um so dringender wird es, daß Bundestag und Bundesregierung einen neuen  
D24 Familienlastenausgleich schaffen, der seinen Namen auch wirklich verdient  
D25 und der insbesondere Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen in  
D26 Großstädten wirksam unterstützt. - Ich danke Ihnen!

D27  
D28 [Beifall bei der SPD -  
D29 Vereinzelter Beifall bei der CDU]

D30  
D31 **Stellv. Präsident Führer:** Als nächster hat der Abgeordnete Krause von der  
D32 Fraktion Bündnis 90/Grüne das Wort.  
D33

D34 **Krause** (Bü 90/Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nolte  
D35 hat es eben gesagt: Es liegt gerade erst fünf Monate zurück, daß die große  
D36 Koalition das Gesetz über die Beteiligung an den Kosten für die Betreuung  
D37 von Kindern in städtischen Kindertagesstätten gegen unseren Widerstand  
D38 verabschiedet hat. Diese Gesetzesnovelle hatte nur einen sehr kurzen  
D39 Bestand, so kurz wie der Atem der großen Koalition!  
D40

D41 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
D42 Frau Pickert (SPD): Wir atmen schon ganz schön lange!]  
D43

D44 Öffentlicher Druck hat dafür gesorgt, daß heute über eine Novellierung  
D45 erneut beraten werden muß, augenfälligster Beweis für die Schnoddrigkeit,  
D46 mit der CDU und SPD mit existentiellen Problemen vieler Berlinerinnen und  
D47 Berliner umgehen.  
D48

D49 [Beifall bei Bü 90/Grüne]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4042

A 1 Krause, Arnold

A 2  
A 3 Augenfälliger Beweis auch für die soziale Blindheit der großen Koalition!A 4  
A 5 [Zustimmung  
A 6 der Frau Abg. Engler (Bü 90/Grüne)]A 7  
A 8 Soziale Blindheit im Falle des Kita-Kostenbeteiligungsgesetzes heißt:  
A 9 Mehrkinderfamilien werden zu stark belastet. Auch Familien mit mittlerem  
A10 Einkommen sollten zu große Lasten tragen, ebenso die Eltern behinderter  
A11 Kinder. Alles in allem war die Novelle unzureichend. Sie hätte viele  
A12 Eltern vor die Alternative gestellt, Abstriche bei der Berufstätigkeit  
A13 oder bei der Betreuung ihrer Kinder hinzunehmen. Der heute vorliegende  
A14 Entwurf ist leider nicht viel besser. Wieder wird dilettantisch eine  
A15 Gesetzesnovelle durchgezogen.A16  
A17 Wenn man schon eine Kita-Staffel festsetzen will, muß man die  
A18 Einkommensstruktur zugrunde legen und die sozialen Folgen aus der  
A19 Belastung durch die Kita-Beiträge untersuchen. Wir haben uns die  
A20 Fallzahlen besorgt, von denen die Verwaltung ausgeht. Dabei zeigt sich,  
A21 daß lediglich die Daten der Bezirke Kreuzberg und Charlottenburg als  
A22 möglicherweise repräsentativ angesehen werden können. In den anderen  
A23 Bezirken sind viel zu wenig Zahlen ermittelt worden, die  
A24 Einkommensstruktur in den östlichen Bezirken ist lediglich in zwei Prozent  
A25 der Fälle erfaßt. Das gesteht auch die Verwaltung ein, dem Ausschuß für  
A26 Jugend und Familie liegt ein entsprechendes Schreiben der Senatsverwaltung  
A27 vor.A28  
A29 Unklar ist auch der Verwaltungsaufwand, der sich aus der Einführung der  
A30 Kita-Staffel ergibt - das ist bereits gesagt worden. Die vorliegende Kita-  
A31 Staffel ist weiterhin zu teuer, denn bei Doppelverdienern und -  
A32 verdienerrinnen im Haushalt besteht die Gefahr, daß einerseits die Kita-  
A33 Kosten und andererseits das Einkommen der dazuverdienenden Person  
A34 aufgerechnet werden und im Ergebnis der Trend: "Zurück zum Herd!"  
B 1 unterstützt wird.B 2  
B 3 [Frau Schmidt (PDS): Das kennen wir!]B 4  
B 5 Auch die Kostenbeteiligung für Hortbetreuung und Vorschulgruppen ist  
B 6 unbefriedigend gelöst. Schon aus diesem Grund wird auch der vorliegende  
B 7 Entwurf keinen langen Bestand haben können.B 8  
B 9 [Beifall bei Bü 90/Grüne]B10  
B11 Für meine Fraktion möchte ich hervorheben, daß die Betreuung der Kinder in  
B12 Vorschule, Hort und Kindertagesstätte eine gesellschaftliche Aufgabe ist,  
B13 die ebenso wie der Schulbesuch allen Kindern ermöglicht werden muß.B14  
B15 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]B16  
B17 Dies setzt erstens ein bedarfsdeckendes Platzangebot voraus. Ein solches  
B18 Platzangebot ist bekanntlich in West-Berlin nicht gegeben. Ob der Senat  
B19 nun sein selbstgestecktes Ziel, bis Ende 1994 25 neue öffentliche Kitas  
B20 mit rund 3.000 Plätzen fertigzustellen, erreichen wird, werden wir sehr  
B21 aufmerksam beobachten. Wir haben allerdings große Zweifel daran, daß der  
B22 Senat seine Ankündigungen wird einlösen können, denn wir beobachten, daß  
B23 die Finanzverwaltung und die Bauverwaltung die Bauplanungsunterlagen nur  
B24 äußerst zögerlich prüfen und in die Baumittelliste finanzwirksam  
B25 aufnehmen. Olympiabaumaßnahmen und Messehallen hat der Senat Priorität

B26 eingeräumt, Kinderbetreuung hat diese Priorität nicht.

B27  
B28 Zum zweiten erfordert der freie Zugang zu Betreuungseinrichtungen für alle  
B29 Kinder die Kostenfreiheit, abgesehen von einem eventuellen Essenszuschuß.  
B30 Dies wäre der Weg, die Kosten für die Betreuung der Kinder auf die gesamte  
B31 Bevölkerung umzulegen, wie dies für den Schulbesuch selbstverständlich  
B32 ist.

B33  
B34 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS -  
C 1 Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
C 2

C 3 Wir kennen natürlich auch die Haushaltsnöte des Landes Berlin. Vor diesem  
C 4 Hintergrund sind wir der Auffassung, daß die alte Gebührenstaffel, die bis  
C 5 März 1993 galt und nach Beträgen von 60 DM, 90 DM, 170 DM und 280 DM für  
C 6 Besserverdienende gestaffelt war, auf Ost-Berlin hätte ausgedehnt werden  
C 7 sollen. Eine Gebührenanhebung über das Niveau von 280 DM hinaus birgt die  
C 8 Gefahr in sich, daß Eltern ihre Kinder aus den Betreuungseinrichtungen  
C 9 abmelden oder gar nicht erst anmelden. Die von den Fraktionen der CDU und  
C10 SPD vorgelegte Gebührenstaffel steht weiterhin für den in Ost-Berlin um  
C11 sich greifenden Trend, Kinder aus Kostengründen abzumelden. Von diesem  
C12 Trend wird West-Berlin nicht ausgenommen sein, wenn Besserverdienende ihre  
C13 Kinder in selbstorganisierten Gruppen anmelden, die finanziell durch das  
C14 Dienstmädchenprivileg im Einkommenssteuerrecht unterstützt werden. Den  
C15 vorliegenden Gesetzentwurf, der eine soziale Auslese bewirken wird, lehnen  
C16 wir deshalb ab. - Vielen Dank!

C17  
C18 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
C19

C20 **Stellv. Präsident Führer:** Herr Dr. Tolksdorf - bitte!  
C21

C22 **Dr. Tolksdorf** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr  
C23 Krause! Sie hätten einmal im Protokoll nachlesen sollen, was Ihre Fraktion  
C24 gesagt hatte, als die Gebührenstaffel 1987 eingeführt wurde, die Sie nun  
C25 so vehement als sozial ausgeglichen verteidigen. Faszinierend!

C26  
C27 [Frau Dr. Schreyer (Bü 90/Grüne): Nein, nein! -  
C28 Weitere Zurufe von Bü 90/Grüne]  
C29

C30 - Frau Schreyer! Sie betrachten sie jedenfalls als hinreichend gut. Es  
C31 wäre toll gewesen, wenn Sie es damals auch gesagt hätten.  
C32

C33 Aber wie dem auch sei, die wichtigste und erfreulichste Nachricht aus dem  
C34 vorliegenden Gesetzesentwurf der Koalition heißt: Sie ist lernfähig und  
D 1 kommt den Wünschen der Opposition inhaltlich weitestgehend entgegen - und  
D 2 das sogar noch relativ schnell, Herr Nolte!

D 3 [Zillich (PDS):  
D 4 Sie sind aber ziemlich genügsam,  
D 5 Herr Tolksdorf!]  
D 6  
D 7

D 8 Seitdem Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheit, das Kita-  
D 9 Kostenbeteiligungsgesetz im Dezember 1992 kraftvoll und mit geschlossenen  
D10 Augen durchgesetzt hatten, ist noch nicht einmal ein halbes Jahr ins Land  
D11 gegangen. So eilfertig wie dieses ist wohl kein anderes Gesetz wieder  
D12 geändert worden.  
D13

D14 Herr Nolte! Mit dem Elternwillen ist das so eine Sache. Wir sollten ihn  
D15 politisch nicht opportunistisch werten! Wenn Sie ihn heute so ernst  
D16 nehmen, dann bitte ich Sie herzlich: Nehmen Sie den Elternwillen auch bei  
D17 schulpolitischen Entschlüssen genauso ernst, wenn es z.B. darum geht, in  
D18 bezug auf die Gymnasien Anpassungen vorzunehmen, die durchaus im Interesse  
D19 von Eltern und Kindern sein können!  
D20

D21 Das heute zu beratende Gesetz hat viele Verbesserungen gegenüber der  
D22 Fassung von 1992 gebracht. Grundsätzlich begrüßen wir erstens, daß Sie die  
D23 Mehrkindregel wieder akzeptiert haben. Zweitens finden wir gut, daß Sie  
D24 den sogenannten Mittelstandsbauch - wenn ich das so aus dem Sprachgebrauch  
D25 des Einkommensteuergesetzes übernehmen darf - abgeflacht haben, also die  
D26 Entlastung der mittleren Einkommensgruppen vorgenommen haben. Und drittens  
D27 sehen wir als positiv an, daß Sie wenigstens teilweise die Diskriminierung  
D28 des Vorschulangebots der Kindertagesstätten im Verhältnis zu den  
D29 Vorklassen im Schulbereich gemildert haben.

D30 |  
D31 | Wir haben an dieser Stelle noch Änderungsbedarf geltend gemacht, den Sie  
D32 | leider nicht akzeptiert haben. Ich bedauere es insbesondere den  
D33 | Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion gegenüber - wir hatten doch 1987  
D34 | gemeinsam für die Vorschularbeit in den Kitas eine vernünftige Regelung  
D35 | getroffen! -, daß Sie völlig ohne Not die Elternbeiträge für die  
D36 | Vorschularbeit in den Kindertagesstätten erheblich erhöht haben. Sie sind  
D37 | jetzt sehr viel teurer als das, was in den Schulen dafür gezahlt werden  
D38 | muß.

D39 |  
D40 | Wenn man auch sagen kann: "Ende gut, alles gut!", so ist Kritik notwendig,  
D41 | und zwar Kritik an dem hier praktizierten Verfahren der Willensbildung im  
D42 | Parlament. Meine Damen und Herren von der großen Koalition! Sie haben  
D43 | damit die Qualität parlamentarischer Willensbildung und deren Akzeptanz  
D44 | bei der Bevölkerung beschädigt. Denn welche Botschaften hatten Sie nach  
D45 | außen vermittelt, als Sie überhastet und ohne jede ernsthafte

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4043

A 1 | **Dr. Tolksdorf**

A 2 |  
A 3 | Beratung das Gesetz noch kurz vor Jahresabschluß durchpeitschten? - Die  
A 4 | Mängel, die Sie jetzt ähnlich überhastet wieder korrigieren, hatten wir  
A 5 | von der Opposition Ihnen damals längst genannt.  
A 6 |

A 7 | Auch wenn wir Ihre Lernfähigkeit anerkennen, bleibt der Schaden nach  
A 8 | außen. Was ist von einem Parlament zu halten, das Gesetze eilfertig  
A 9 | beschließt und ebenso hastig korrigiert, wenn der entsprechende Druck von  
A10 | außen ausgeübt wird? - Sie haben damit buchstäblich schon  
A11 | Kindergartenkindern demonstriert, wie man mit einem Parlament politisch  
A12 | umgeht: Man muß Parlamente unter Druck setzen, damit man die gewünschten  
A13 | Gesetze bekommt! - Und anscheinend lassen sich Parlamente auch erfolgreich  
A14 | unter Druck setzen, weil sie offensichtlich vielfach ahnungs- und  
A15 | konzeptionslos beschließen. Diese Beschädigung unserer parlamentarischen  
A16 | Arbeit muß ich Ihnen vorhalten!  
A17 |

A18 | Sicherlich ist es richtig, daß es kein Kita-Kostenbeteiligungsgesetz geben  
A19 | kann, das in jeder Hinsicht sozial und wirtschaftlich ausgewogen ist. Wir  
A20 | haben das im Ausschuß besprochen. Es wird immer Kompromisse geben, und  
A21 | zwar zwischen den Erfordernissen unseres Landeshaushalts - selbst Bündnis  
A22 | 90/Grüne erkennt an, daß das zu bedenken ist - und den Kosten, die wir  
A23 | damit den Familien mit Kindern aufbürden. Ihre Korrekturen im Sinne der  
A24 | alten Regelung sind soweit akzeptabel, daß wir diesem Gesetzesentwurf  
A25 | zustimmen können. Wir haben zudem die Dringlichkeit beantragt, damit die  
A26 | Eltern, die Kindertagesstätten selbst und alle Einrichtungen, auch die  
A27 | Verwaltungen, die die neue Kostenberechnung machen müssen, so schnell wie  
A28 | möglich erfahren sollen, woran sie sind. Deshalb begrüßen wir, daß wir  
A29 | heute endlich dieses nicht sonderlich ruhmreiche Kapitel der  
A30 | Parlamentsgeschichte in Berlin zu einem Abschluß bringen. - Schönen Dank!  
A31 |

A32 | [Beifall bei der FDP]  
A33 |

A34 | **Stellv. Präsident Führer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die  
B 1 | Fraktion der PDS hat die Rücküberweisung der Beschlußempfehlung an den  
B 2 | Ausschuß für Jugend und Familie sowie an den Hauptausschuß beantragt. Über  
B 3 | diesen Antrag müssen wir zuerst abstimmen. Wer der Rücküberweisung  
B 4 | zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? -  
B 5 | Enthaltungen? - Dann ist die Rücküberweisung abgelehnt.  
B 6 |

B 7 | Wir kommen damit zur Abstimmung über das Gesetz. Ich schließe die  
B 8 | Einzelberatung und verbinde die Einzelabstimmungen mit der  
B 9 | Schlußabstimmung. Wer dem Vierten Gesetz zur Änderung des Kita- und  
B10 | Tagespflegekostenbeteiligungsgesetzes, Drucksache 12/2717, unter  
B11 | Berücksichtigung der Beschlußempfehlung Drucksache 12/2834 seine  
B12 | Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! -  
B13 | Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen  
B14 | Stimmenthaltungen ist das Gesetz angenommen.  
B15 |

B16 | [2]  
B17 |

B18 | Wir kommen dann zur  
B19 | **1fd. Nr. 2, Drucksache 12/2729:**  
B20 |

B21 | **I. Lesung der Vorlage - zur Beschlußfassung - über Sechstes Gesetz zur**  
B22 | **Änderung des Gesetzes über die juristische Ausbildung**  
B23 |

B24 | **hierzu Drucksache 12/2835:**

B25 **II. Lesung der Vorlage - zur Beschlußfassung - über Sechstes Gesetz zur**  
B26 **Änderung des Gesetzes über die juristische Ausbildung, Drucksache 12/2729,**  
B27 **gemäß Beschlußempfehlungen des Rechtsausschusses vom 6. Mai 1993 und des**  
B28 **Hauptausschusses vom 12. Mai 1993**  
B29

B30 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Ich  
B31 verbinde die I. und die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der  
B32 vier Artikel miteinander zu verbinden. Gibt es dazu Widerspruch? - Das  
B33 höre ich nicht. Dann rufe ich auf die Artikel I bis IV, die Überschrift  
B34 und die Einleitung im Wortlaut des Antrags Drucksache 12/2729. Da eine  
C 1 einstimmige Beschlußempfehlung vorliegt - darf ich davon ausgehen, daß  
C 2 keine Beratung gewünscht wird?  
C 3

C 4 [Liepelt (CDU): Ja! - Weitere Zurufe]  
C 5

C 6 - Das ist so. Dann schließe ich die Beratung und verbinde die  
C 7 Einzelabstimmungen mit der Schlußabstimmung. Wer dem Sechsten Gesetz zur  
C 8 Änderung des Gesetzes über die juristische Ausbildung, Drucksache 12/2729,  
C 9 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! -  
C10 Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist  
C11 dieses Gesetz angenommen.  
C12

C13 Die lfd. Nr. 3 ist bereits durch die Konsensliste erledigt.  
C14

C15 [4]  
C16

C17 Ich rufe auf:  
C18

C18 **lfd. Nr. 4, Drucksache 12/2778:**  
C19

C20 **I. Lesung der Vorlage - zur Beschlußfassung - über das Gesetz über die**  
C21 **Erhebung einer Abgabe der Beherbergungsbetriebe zur Förderung des**  
C22 **Tourismus**  
C23

C24 Die Vorlage war bereits vorab an den Ausschuß für Wirtschaft und  
C25 Technologie - federführend - und an den Rechts- und den Hauptausschuß  
C26 überwiesen worden. Ich darf die nachträgliche Zustimmung hierzu  
C27 feststellen.  
C28

C29 Der Ältestenrat empfiehlt eine Redezeit von bis zu zehn Minuten pro  
C30 Fraktion und fünf Minuten für die Gruppe. Gibt es dazu Widerspruch? - Das  
C31 höre ich nicht, dann darf ich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit  
C32 einen Vorschlag machen: Die Beratung hat im Hauptausschuß noch keinen  
C33 Abschluß gefunden, so daß die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses noch  
C34 nicht vorliegt. Könnten wir dann heute auf eine Beratung verzichten?  
D 1

D 2 [Pewestorff (PDS): Nein!]  
D 3

D 4 - Herr Pewestorff möchte seine Wortmeldung aufrecht erhalten. Vielleicht  
D 5 möchten Sie nur die Rücküberweisung begründen? - Dann haben Sie das Wort!  
D 6

D 7 **Pewestorff (PDS):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine  
D 8 Bemerkung vorab: Am 6. April 1993 hat das brandenburgische Kabinett ein  
D 9 Fremdenverkehrskonzept gebilligt. So weit sind wir in Berlin noch nicht,  
D10 aber wir haben zumindest schon ein Gesetz über eine Fremdenverkehrsabgabe.  
D11 Das ist ja schon etwas!  
D12

D13 [Lüdtke (SPD): Es geht zügig weiter!]  
D14

D15 - Gut, Sie machen mir Mut!  
D16

D17 Meine Fraktion hat die Rücküberweisung in den Ausschuß für Wirtschaft und  
D18 Technologie beantragt. Ich möchte das kurz begründen: Die Debatte im  
D19 Ausschuß für Wirtschaft und Technologie hat gezeigt, daß dieses Gesetz so,  
D20 wie es vorgelegt wurde, den Ansprüchen nicht gerecht wird, daß es im  
D21 Zusammenhang mit den Wirkungen auf die Tourismuswirtschaft unausgeglichen  
D22 ist und möglicherweise auch - was von entscheidender Bedeutung wäre - mit  
D23 zusätzlichen Belastungen für den Berliner Landeshaushalt bis 1997  
D24 verbunden sein wird, die mit 2,6 Millionen DM im Jahr 1993 auf 8,4  
D25 Millionen DM im Jahr 1997 steigen werden. Ich nehme an, die sehr  
D26 ausführliche Debatte im Wirtschaftsausschuß führte dazu, daß die Beratung  
D27 im Hauptausschuß nicht zustande gekommen ist. Eine Veränderung des  
D28 vorgelegten Gesetzentwurf bedarf einer erneuten Debatte im zuständigen



D29 | Fachausschuß. Ich beantrage deshalb im Namen meiner Fraktion die  
D30 | Rücküberweisung in den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie, denn das  
D31 | halte ich für angemessen. - Vielen Dank!

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4044

A 1 **Stellv. Präsident Führer:** Der Ausschuß hatte die Beratung abgeschlossen.

A 2  
A 3 [Hoffmann (FDP):

A 4 Halt! Ich habe mich zu Wort gemeldet!]

A 5  
A 6 - Sie wollen also doch weiter dazu sprechen. Dann ist zuerst der  
A 7 Abgeordnete Helms von der Fraktion Bündnis 90/Grüne an der Reihe. Wenn Sie  
A 8 alle diese Zeit haben - wir können es ja im Hauptausschuß alles nochmals  
A 9 beraten.

A10  
A11 [Frau von Braun (FDP):  
A12 Das bestimmen wir, Herr Präsident,  
A13 wieviel Zeit wir uns nehmen!]

A14  
A15 - Das ist richtig, aber ich kann das bemerken. -

A16  
A17 [Hoffmann (FDP): Unglaublich!]

A18  
A19 Herr Helms, Sie haben das Wort, selbstverständlich!

A20  
A21 **Helms (Bü 90/Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich glaube nicht, daß  
A22 es Zeitgründe sind, die die Koalition dazu bewegt haben, auf Redebeiträge  
A23 zu verzichten.

A24  
A25 Ich möchte unsere Haltung zum Verkehrsamt und neuerdings zur Tourismus  
A26 GmbH deutlich machen: Die Westabgeordneten kennen diese Problematik schon  
A27 seit längerem, denn das Verkehrsamt ist schon seit längerer Zeit in der  
A28 Diskussion. Die FDP hat schon sehr frühzeitig für eine Privatisierung des  
A29 Verkehrsamts gekämpft,

A30  
A31 [Frau von Braun (FDP): Sehr richtig!]

A32  
A33 auch der Finanzsenator der CDU, Herr Pieroth, hat dafür gekämpft. Unsere  
A34 Fraktion war aus zwei Gründen gegen die Privatisierung. Wir haben gesagt,  
B 1 daß es erstens Steuergelder sind, die für die Tourismuswerbung verwendet  
B 2 werden, und deshalb sollte der Steuerzahler - sprich: das Parlament - im  
B 3 wesentlichen bestimmen, in welcher Art und Weise Tourismuswerbung für  
B 4 diese Stadt betrieben wird. Das zweite Argument bezog sich darauf, daß  
B 5 Finanzsenator Pieroth nicht nachweisen konnte, daß die privatrechtliche  
B 6 Form des Verkehrsamts tatsächlich produktiver und effektiver wäre als die  
B 7 Beibehaltung des Landesverkehrsamts.

B 8  
B 9 Wir haben unsere Position in dieser Frage mittlerweile geändert und sagen:  
B10 Okay, wir sind aufgrund der Haushaltslage auch dafür, daß die Aufgabe der  
B11 Tourismuswerbung privatisiert wird, allerdings nicht nur dadurch, daß man  
B12 sagt, das Verkehrsamt wird in eine privatrechtliche GmbH umgewandelt,  
B13 sondern natürlich auch dadurch, daß die Kosten für eine solche GmbH  
B14 zumindest im wesentlichen privatisiert werden. Wir begrüßen deshalb den  
B15 Grundgedanken, der hinter dem Gesetzentwurf steht, nämlich nicht mehr  
B16 allein die öffentliche Hand für die Tourismuswerbung aufkommen zu lassen,  
B17 sondern auch diejenigen Branchen in der Stadt, die in erster Linie von der  
B18 Tourismuswerbung profitieren.

B19  
B20 Das Problem ist nun erstens, daß der Senat einen Entwurf vorgelegt hat,  
B21 wonach gar nicht alle wesentlichen Gruppen zur Kasse gebeten werden, die  
B22 von der Tourismuswerbung profitieren, sondern einzig und allein die  
B23 Hotellerie, obwohl sie durch die Tourismuswerbung keine größeren Umsätze  
B24 zu verzeichnen hat als beispielsweise der Einzelhandel oder die  
B25 Gastronomie. Wir sehen hierin eine eindeutige Ungleichbehandlung

B26 einen, die von der Tourismuswerbung profitieren, und das muß geändert  
B27 werden.  
B28

B29 Zweitens haben wir damit Probleme, daß wir uns von der Privatisierung auch  
B30 eine Entlastung des Landeshaushalts versprochen hatten. Auch der Senat hat  
B31 in seinen Verlautbarungen gesagt, daß die Bildung einer Tourismus GmbH zur  
B32 Entlastung des Landeshaushalts führen würde. Nach der Vorlage des Senats  
B33 tritt allerdings genau das Gegenteil ein. Der Kollege Pewestorff hat schon  
B34 darauf hingewiesen, daß das Land Berlin im ersten Jahr - also 1993 -  
C 1 2,6 Millionen DM für die Tourismus GmbH zu bezahlen hat und im letzten  
C 2 Jahr - 1997 - 8,6 Millionen DM. Das bedeutet, das Land Berlin hat in einem  
C 3 Zeitraum von fünf Jahren 28 Millionen DM für die Tourismus GmbH  
C 4 beizusteuern, und das ist mehr, als das Land Berlin hätte ausgeben müssen,  
C 5 wenn wir das staatliche Fremdenverkehrsamt beibehalten hätten, denn das  
C 6 verbrauchte aus dem Landeshaushalt ungefähr zwischen 3,5 Millionen DM und  
C 7 5 Millionen DM im Jahr. Somit kommt die Privatisierung den Landeshaushalt  
C 8 teurer zu stehen als die Beibehaltung des alten Fremdenverkehrsamts.  
C 9

C10 Drittens haben wir bei dem Entwurf nicht den Eindruck, daß der  
C11 Aufsichtsrat beziehungsweise die Geschäftsführung so zusammengesetzt sind,  
C12

C13 [Sen Dr. Meisner:  
C14 Ach, Sie kennen den schon?]  
C15

C16 daß die Beitragsgeber - so möchte ich es einmal bezeichnen - dort  
C17 angemessen vertreten sind. Wir haben vielmehr den Eindruck, daß in erster  
C18 Linie die Großhotellerie - und zwar völlig unabhängig von ihrem  
C19 Beitragsaufkommen - dort eine dominierende Rolle spielt, während die  
C20 mittleren und kleinen Hotelleriebetriebe zwar Abgaben zahlen dürfen, aber  
C21 ihr Einfluß auf die Geschäftsführung und auf die Gestaltung der Tourismus  
C22 GmbH geht gegen Null.  
C23

C24 Aus diesen drei hauptsächlichen Gründen müssen wir diesen Gesetzentwurf  
C25 ablehnen, falls er so bleiben sollte, wie er jetzt ist, was aber nicht  
C26 heißt, daß wir den Weg des Abgabenzwangs nicht gehen wollen.  
C27

C28 Wir gehen den Weg des Abgabenzwangs nicht deshalb, Herr Hoffmann, weil wir  
C29 besonders illiberal sind,  
C30

C31 [Hoffmann (FDP): Aber meistens!]  
C32

C33 sondern weil uns die Innung wie auch der Senat glaubwürdig darstellen  
C34 konnten, daß alle Versuche nicht gelungen sind, die Mittel für die  
D 1 Tourismus GmbH mit freiwilligen Methoden aufzustocken, wie es in Hamburg  
D 2 und teilweise wohl auch in München möglich ist. In Berlin hat sich die  
D 3 Hotellerie im großen und ganzen zurückgelehnt und gesagt: Laßt doch den  
D 4 Staat weiterhin bezahlen. Ohne diese Zwangsmaßnahme wäre eine private  
D 5 Beteiligung also nicht möglich gewesen. Wir fänden nicht schlecht, wenn  
D 6 eine Lösung wie beispielsweise in München gefunden würde. Dort zahlt weder  
D 7 der Staat noch zahlt die Hotellerie oder sonst jemand eine Zwangsabgabe.  
D 8 Dort wird die Tourismus GmbH - wie auch immer sie sich dort nennt - durch  
D 9 die Einnahmen des Oktoberfests finanziert, und das wäre auch ein Weg für  
D10 die Berliner Tourismus GmbH. Das heißt, Sie müssen dafür sorgen, daß die  
D11 Tourismus GmbH nachher so erfolgreich ist, daß sie Dienstleistungen an den  
D12 Staat, Hotels etc. verkauft und sich nur durch diese Einnahmen finanziert.  
D13 Solange das noch nicht möglich ist, müssen der Staat zu einem kleineren  
D14 Teil und die Hauptprofiteure der Tourismuswerbung zu einem größeren Teil  
D15 ihren Beitrag leisten - doch dies mit einer etwas anderen Vorlage. Ich  
D16 habe gehört, daß dieser Tagesordnungspunkt gestern im Hauptausschuß  
D17 vertagt worden ist.  
D18

D19 [Fechner (SPD): Ja! -  
D20 Lüdtke (SPD): Aus sachlichen Erwägungen!]  
D21

D22 Ich habe zumindest die Hoffnung, daß er auch deshalb vertagt wurde und  
D23 somit heute nicht in die II. Lesung kam, weil auch in der CDU und der SPD  
D24 doch noch ein Prozeß des Nachdenkens stattfinden wird, der sich zumindest  
D25 mit der Frage beschäftigt, ob der Beitrag des Landeshaushalts zur  
D26 Tourismus GmbH in den nächsten 5 Jahren stetig steigen soll oder ob er  
D27 stetig fallen und auf einem Minimalsockel festgeschrieben werden sollte.  
D28 Das wäre - was die Finanzierung der Tourismus GmbH betrifft - das  
D29 mindeste, das man durchzusetzen versuchen müßte. - Vielen Dank!

D30 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
D31 |  
D32 |

D33 | **Stellv. Präsident Führer:** Nun hat der Abgeordnete Hoffmann für die  
D34 | Fraktion der FDP das Wort!  
D35 |

D36 | **Hoffmann (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden  
D37 | Kollegen der anderen Oppositionsparteien haben zu diesem Gesetz bereits  
D38 | einiges sehr Kluges gesagt, das ich durchaus unterstützen kann.  
D39 |

D40 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Oh!]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4045

A 1 | **Hoffmann**

A 2 |  
A 3 | Insbesondere Herr Helms ist offensichtlich auf dem Wege, offener über  
A 4 | Marktwirtschaft zu diskutieren, und dies ist auch mein zentraler Punkt. Da  
A 5 | hat, so glaube ich, diese Koalition am meisten versagt. Sie sagt, sie will  
A 6 | hier privatisieren - dafür sind wir es ist eine alte Forderung  
A 7 | unsererseits, genau diese Tätigkeit im Tourismusbereich zu privatisieren.  
A 8 | Doch was legt die große Koalition uns jetzt zur Finanzierung dieses  
A 9 | Privatunternehmens Tourismus GmbH vor? - Sie legt uns ein Gesetz vor, was  
A10 | diese GmbH einesteils durch eine steigende Zwangsabgabe finanzieren soll,  
A11 | und zum andern großen Teil soll aus der Staatskasse, aus Steuergeldern,  
A12 | auch Geld in diese private GmbH hineingepumpt werden.

A13 |  
A14 | Da stellen wir uns doch einige Fragen: Wo bleiben hier marktwirtschaftlich  
A15 | Prinzipien? Wir würden unter einer marktwirtschaftlichen Komponente  
A16 | verstehen, daß ein privatwirtschaftlich gebildetes Organ wie die Tourismus  
A17 | GmbH Leistung erbringt, die verkauft wird, und die von den Nutznießern  
A18 | dieser Leistung bezahlt wird. Dadurch unterläge die GmbH einem  
A19 | Leistungsdruck, etwas zu produzieren, das auch ankommt.

A20 |  
A21 | [Beifall des Abg. Schiela (FDP)]

A22 |  
A23 | Bei diesem Gebilde, das hier auf diese Art und Weise finanziert wird,  
A24 | meine Damen und Herren von der großen Koalition, müssen Sie mir sagen, wo  
A25 | hier eigentlich das Quentchen Leistungsdruck enthalten ist, etwas  
A26 | Vernünftiges zu tun.

A27 |  
A28 | [Schiela (FDP): Wie im Sozialismus!]

A29 |  
A30 | - Da hat mein Kollege Schiela völlig recht, das ist ein sozialistisches  
A31 | System, was zum einen durch Steuern, zum anderen durch eine Zwangsabgabe  
A32 | gespeist wird und - hier teile ich die Argumente von Herrn Helms - nur von  
A33 | einem Teil der unmittelbaren Nutznießer. Es gibt jedoch sicher viele  
A34 | weitere, und die müßten auch zur Kasse gebeten werden, wenn man überhaupt  
B 1 | ein solches Modell anwenden wollte. Das Argument des Senats, es habe keine  
B 2 | andere Möglichkeit gegeben, um Geld zu bringen, ist ein Armutszeugnis.  
B 3 | Dann haben Sie denjenigen, die diese Leistung nachher in Anspruch nehmen  
B 4 | wollen, nicht hinreichend klar gemacht, daß dieses Gebilde Leistung  
B 5 | hervorbringt. - Der Senator lacht, doch für mich ist das hier überhaupt  
B 6 | nicht zum Lachen. Wenn ich das richtig interpretiere, was die kleinen und  
B 7 | mittleren Hotelunternehmen im Ausschuß dargestellt haben, dann ist dort  
B 8 | durchaus eine große Bereitschaft vorhanden, für Leistungen zu bezahlen,  
B 9 | von denen diese Unternehmen konkret etwas haben. Nur: Es gibt noch nicht  
B10 | einmal ein inhaltliches Konzept für diese GmbH. Die große Koalition kommt  
B11 | und sagt: Jetzt brauchen die erst einmal ein paar Millionen, dann setzen  
B12 | sie sich auf diese Millionen, fangen an, viele Geschäftsführer  
B13 | einzustellen, und dann fangen sie an, über etwas nachzudenken, was dann  
B14 | ein Konzept ergeben soll, das denn irgendwann fertig ist!

B15 |  
B16 | Diese Vorgehensweise ist für einen privatisierten Wirtschaftsbetrieb  
B17 | tödlich und endet im Konkurs, wenn er sich im marktwirtschaftlichen Rahmen  
B18 | abspielt. Deshalb darf die Marktwirtschaft hier vielleicht gar nicht so  
B19 | ausgeprägt sein, weil man dieses Gebilde offensichtlich noch für ganz  
B20 | andere Zwecke benötigt: Man benötigt es offensichtlich zu dem Zweck, daß  
B21 | sich Mitarbeiter des alten Verkehrsamts über geeignete Wege dort wieder  
B22 | neu in gemachte Sessel setzen können sollen - das soll sich entwickeln.

B23 |  
B24 | Gut - dort sollen gute Leute hin, jeder soll sich bewerben oder soll frei  
B25 | mitarbeiten, so wie es seine Leistung erlaubt, das ist völlig klar, und

B26 dann funktioniert die Sache auch, und es kommt etwas Vernünftiges dabei  
B27 heraus. - Nur: Über solche Mechanismen andere Probleme lösen zu wollen -  
B28 meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU - wo bleibt denn hier  
B29 Ihre Vorstellung von Marktwirtschaft? Dies kann doch einfach nicht wahr  
B30 sein!  
B31

B32 Deshalb meinen wir: Durch diese Finanzierungsgrundlage wird das Konzept  
B33 der Privatisierung in Frage gestellt. Dies sind so extreme Verstöße gegen  
B34 marktwirtschaftliche Grundsätze, daß wir bereits aus diesem Grund dem  
C 1 Gesetz nicht zustimmen können. Insofern haben wir jetzt eine Chance, und  
C 2 deshalb hatte ich noch gebeten, heute hierüber zu sprechen, bevor die  
C 3 Maschine wieder läuft und alles geölt ins Parlament kommt und die große  
C 4 Koalitionsdampfwalze dies beim nächsten Mal niederwalzt. Wir haben eine  
C 5 kleine Chance, hier über Grundsätze zu reden, und dieses muß dann auch in  
C 6 das Gesetz eingehen. Ich schaue insbesondere in Richtung CDU, aber ich  
C 7 habe auch bei der SPD festgestellt - so bei Frau Schermer -, daß Sie  
C 8 manchmal auch ein Ohr für kleine und mittlere Betriebe haben. Dies müssen  
C 9 Sie einbringen, um etwas Vernünftiges daraus zu machen.  
C10

C11 Ich erinnere an die Konstruktion dieser GmbH: Nach Ihrem Modell kommen die  
C12 Abgaben zu zwei Dritteln von kleineren und mittleren Unternehmen und zu  
C13 einem Drittel von der Großhotellerie.  
C14

C15 [Sen Dr. Meisner: Das ist falsch!]  
C16

C17 Wenn Sie dies betrachten, haben die Großen bei einer Einspeisung von einem  
C18 Drittel der Gelder einen Einfluß von 100 Prozent, die kleinen und  
C19 mittleren Betriebe haben praktisch keinen Einfluß.  
C20

C21 [Sen Dr. Meisner: Woher wissen Sie das?]  
C22

C23 - Aus dem, was Ihr Staatssekretär uns erzählt hat, und aus dem, was aus  
C24 einschlägigen Papieren hervorgeht. Dann müssen Sie hier reden, dann dürfen  
C25 Sie sich nicht klammheimlich wegstellen, die Dampfwalze anwärmen und uns  
C26 niederwalzen, das geht doch nicht! Dann reden Sie hier! Das Parlament ist  
C27 schließlich dazu da, daß man sich über Argumente auseinandersetzt.  
C28

C29 [Beifall bei der FDP,  
C30 der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
C31

C32 Wenn meine falsch sind, Herr Senator, dann müssen Sie sie Argument für  
C33 Argument widerlegen; dann beweisen Sie uns, daß Ihre besser sind, und dann  
C34 müssen wir uns überlegen, ob wir Ihnen dann vielleicht noch zustimmen,  
D 1 aber so, wie das jetzt vorgesehen ist und heute mit Zeitargumenten - - Das  
D 2 ist doch ein Witz!  
D 3

D 4 [Beifall bei der FDP, der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
D 5

D 6 Das geht doch nicht! Wir sind hier im Parlament und reden darüber, und  
D 7 wenn wir uns geeinigt haben, beschließen wir etwas. Wenn dies nicht mehr  
D 8 sein sollte, dann machen wir große Koalition und nichts anderes mehr; dann  
D 9 schließen Sie diesen schönen Saal und machen Sie ab und zu ein paar  
D10 Verordnungen! Doch dann befinden wir uns nicht mehr in einer Demokratie,  
D11 das muß ich einmal ganz deutlich sagen.  
D12

D13 [Beifall bei der FDP -  
D14 Vereinzelter Beifall bei der PDS]  
D15

D16 Wir müssen diese Demokratie, solange sie besteht, zu kontroversen  
D17 Auseinandersetzungen nutzen. Wir können nicht so einfach Gebilde in der  
D18 alten Subventionsmentalität schaffen, wie sie in Berlin lange Zeit  
D19 stattgefunden hat, und dann noch ein bißchen Pöstchenschieberei dazu  
D20 bringen, und dann soll da etwas dabei herauskommen!  
D21

D22 [Zuruf des Abg. Lüttke (SPD)]  
D23

D24 Dies ist eine Mißgeburt, eine wirtschaftspolitische Mißgeburt und auch von  
D25 der Leistung her eine Mißgeburt, die das Land Berlin nicht voran bringen  
D26 wird. Da sollten wir nach München - Herr Helms hat darauf hingewiesen -,  
D27 die haben ein Oktoberfest.  
D28

D29 [Zuruf]

D30 |  
D31 | - Ja, wir haben ein Gauklerfest - aber das wollen Sie ja auch zum Teil  
D32 | nicht haben. Wir sollten auch nach Hamburg schauen. Dort gibt es  
D33 | offensichtlich noch funktionierende marktwirtschaftliche Mechanismen, alle  
D34 | sind glücklich, und Hamburg kommt voran. Schauen Sie sich die dortigen  
D35 | Tourismuszahlen an - die haben mit ihrer Organisation positive Werte  
D36 | erzielt! Wir dümpeln schon seit zehn Jahren dahin und schicken auch jetzt  
D37 | nur eine Mißgeburt auf die Reise, wenn wir das annehmen, was die große  
D38 | Koalition uns hier vorlegt.

D39 |  
D40 | [Zuruf des Abg. Wieland (Bü 90/Grüne)]  
D41 |

D42 | Nutzen Sie die Zeit, Sie haben noch ein bißchen Zeit, da die Angelegenheit  
D43 | noch in den Hauptausschuß kommt. Auch wir beantragen eine Rücküberweisung  
D44 | in den Ausschuß für Wirtschaft

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4046

A 1 | **Hoffmann**

A 2 |  
A 3 | und Technologie, dann haben wir Zeit, diese Beratung zu nutzen, um hier  
A 4 | etwas Vernünftiges auf die Reise zu bringen, das der Stadt und dem Land  
A 5 | Berlin nützt. - Danke schön!

A 6 |  
A 7 | [Beifall bei der FDP und bei Bü 90/Grüne -  
A 8 | Vereinzelter Beifall bei der PDS]

A 9 |  
A10 | **Stellv. Präsident Führer:** Das Wort hat nun Senator Dr. Meisner. Ich möchte  
A11 | anmerken, daß er sich bereits vor diesem Redebeitrag gemeldet hat. - Bitte  
A12 | sehr!

A13 |  
A14 | **Dr. Meisner,** Senator für Wirtschaft und Technologie: Herr Präsident! Meine  
A15 | Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Bemerkung zu dem sich  
A16 | immer wiederholenden Argument, die große Koalition würde mit ihrer  
A17 | Mehrheit immer nur alles niederwalzen.

A18 |  
A19 | [Hoffmann (FDP): So ist es doch aber!]

A20 |  
A21 | - Herr Kollege Hoffmann, ich gehöre dem Abgeordnetenhaus seit 1979 an;  
A22 | damals war Ihre Partei an der Regierung beteiligt, und sie blieb das bis  
A23 | zum Jahr 1989.

A24 |  
A25 | [Frau von Braun (FDP):  
A26 | Da ging es Berlin auch noch gut!]

A27 |  
A28 | In diesen Jahren haben Koalitionen immer mit ihrer Mehrheit die Opposition  
A29 | niedergestimmt. Wenn das einmal nicht klappte wie im Jahre 1981, dann  
A30 | wurde der Senat abgewählt. Aber Sie waren beim neuen Senat immer wieder  
A31 | mit dabei.

A32 |  
A33 | Mehrheit und Minderheit in einem Parlament haben überhaupt nichts mit der  
A34 | Größe zu tun. Und gerade Sie, der Sie nun endlich einmal auch merken, wie  
B 1 | das so in der Opposition ist - das ist ja auch eine Erfahrung, die sich  
B 2 | erst einmal setzen muß, damit man ein Demokratieverständnis bekommt -, Sie  
B 3 | sollten nicht über die große Koalition klagen - eine Koalition, die  
B 4 | allerdings nötig ist, um ein paar wichtige Aufgaben zu erledigen, die Sie  
B 5 | in der Koalition mit der CDU zwischen 1981 und 1989 nicht erledigen  
B 6 | konnten. Denn der Anlauf zur Privatisierung des Verkehrsamtes ist damals  
B 7 | ja nicht geglückt.

B 8 |  
B 9 | **Stellv. Präsident Führer:** Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
B10 | des Abgeordneten Pewestorff?

B11 |  
B12 | **Dr. Meisner,** Senator für Wirtschaft und Technologie: Gerne!

B13 |  
B14 | **Stellv. Präsident Führer:** Herr Pewestorff!

B15 |  
B16 | **Pewestorff (PDS):** Herr Senator, glauben Sie nicht auch, daß die übergroße  
B17 | Mehrheit der großen Koalition - das kann man doch beispielhaft an diesem  
B18 | Gesetz sehen - dazu verführt, auch unausgelegene Gesetze durchzubringen,  
B19 | wo man vielleicht bei einer knapperen Mehrheit präzisere Argumentationen  
B20 | auch in den regierungstragenden Fraktionen nötig hätte und das jetzt  
B21 | leider nicht nötig ist?

B22 |  
B23 | [Zuruf von der CDU: Quatsch!]

B24 |



**Stellv. Präsident Führer:** Herr Senator!

**Dr. Meisner,** Senator für Wirtschaft und Technologie: Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter Pewestorff, aber erstens ist gerade diese Gesetzesvorlage für das, was Sie eben gesagt haben, kein gutes Beispiel, denn es ist ein lange verhandeltes - lange mit den Verbänden der Branche, die hieran interessiert ist und die das Wirtschaftsleben der Stadt bestimmt, ausgehandeltes - und sehr gut überlegtes, differenziertes Gesetz, was ich Ihnen noch im einzelnen beweisen werde. Und zweitens muß ich Ihnen eine gegenläufige Erfahrung vorhalten, daß nämlich in Zeiten von Koalitionen mit knappen Mehrheiten sehr viel intensiver eingepreitscht wurde und freiere Meinungsäußerungen in den Koalitionsfraktionen erst jetzt möglich sind, während das bei knappen Mehrheiten nicht möglich war; dort wurde viel enger zusammengehalten, als das hier der Fall ist.

Ich will nicht den ganzen Bereich dieses Gesetzes hier erläutern; wir sind in der I. Lesung, es sind ein paar Argumente angeklungen, die meines Erachtens falsch sind, und ich möchte noch einmal erläutern, was wir denn eigentlich wollen. Wir möchten gerne, das der wichtige Bereich des Tourismus - der fünftgrößte Wirtschaftsbereich in der Stadt! - eine Werbung erfährt, die professionell ist und die uns gerade in den Jahren, in denen andere Faktoren - nämlich der Ausbau der Stadt, die Tatsache, daß die Stadt im Werden ist, daß sie auch eine große Baustelle ist - bestimmend wirken und die Tourismus nicht gerade anziehen, daß sie gerade in dieser Zeit ein Marketingkonzept hat, mit dem Touristen hierhergeholt werden, damit sich dieser Wirtschaftsbereich gut entwickeln kann.

Der Hauptausschuß dieses Abgeordnetenhauses war noch nach dem Boom-Jahr 1990 bei den Haushaltsberatungen der irrigen Meinung, von jetzt an würde der Tourismus von alleine laufen. Das Gegenteil war richtig. Die makabere Attraktion, die Mauer, war weg, das Erleben der Stadt in der neuen Situation ohne Mauer hat sich als Attraktion schon 1991 abgeflacht, und wir müssen jetzt in einer ganz normalen Situation mit europäischen Metropolen, die Städtereisende anlocken, konkurrieren, und wir müssen Gründe finden, warum Geschäftsreisende, Kunden, die aus irgendwelchen dienstlichen, beruflichen Gründen in Berlin sind, eben ein oder zwei Nächte länger in der Stadt bleiben, denn das bringt den Tourismus voran. Das sind die Aufgaben, die vor uns stehen.

Dann hat das Parlament - übrigens in seiner ganzen Breite - immer gesagt - jedenfalls seit ich Wirtschaftssenator bin -, daß ein dem öffentlichen Dienst angehörndes Verkehrsamt zu dieser professionellen Arbeit nicht in der Lage ist. Das habe ich ernstgenommen und darum Ihren Auftrag ausgeführt, um in so enger Kooperation mit den Verbänden dieser Branche, wie es nur geht, ein Konzept auszuarbeiten. Ich habe darum auch nicht selber anderthalb Jahre lang die Initiative hier ergriffen, sondern die IHK hat einen Arbeitskreis moderiert, von einem Auftrag im Mai 1991 aus dem Fremdenverkehrsbeirat heraus. Sie ist dann zu dem Ergebnis gekommen, daß es aus der Wirtschaft der Stadt heraus kein vernünftiges, tragfähiges Konzept gibt, mit dem ich einen Zeitraum von 5 Jahren überschauen und mit finanziellen Zusagen belegen kann.

Die Wirtschaft ist auch selber auf den Gedanken gekommen, daß ein Konzept, das in kleineren Orten in Deutschland natürlich auch praktiziert wird, aber zum Beispiel auch in einer großen Stadt wie Wien gang und gäbe ist, nämlich eine Konzept der Kurtaxe, eine Abgabe für den Fremdenverkehr zu nehmen, um dieses Instrument für die Fremdenverkehrswerbung zumindest teilweise zu finanzieren. Das haben wir mit den Verbänden abgesprochen, und sie sind damit einverstanden.

Ich sage Ihnen auch, daß ich eine kleinere Lösung, eine auf freiwilliger Basis, natürlich hätte erreichen können, aber nur mit den Großen, nur mit den Hotels in der City; dann wäre die Werbung aber auch nur auf diesen Kreis abgestimmt. Gerade das wollte ich aber nicht, und gerade das wollen auch die Fraktionen von SPD und CDU nicht.

**Stellv. Präsident Führer:** Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hampel?

**Dr. Meisner,** Senator für Wirtschaft und Technologie: Gerne!

**Stellv. Präsident Führer:** Herr Dr. Hampel!

D29

D30 **Dr. Hampel** (FDP): Herr Senator, können Sie garantieren, daß die  
D31 Mitarbeiter des Verkehrsamts, die also die Tätigkeit nichtprofessionell  
D32 versehen haben, nicht nachher wieder auf derselben Stange sitzen, nur  
D33 unter dem Vorzeichen Touristik-GmbH?

D34

D35 **Stellv. Präsident Führer:** Herr Senator!

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4047

A 1 | **Dr. Meisner**, Senator für Wirtschaft und Technologie: Es wird, Herr  
A 2 | Abgeordneter Hampel, - das war übrigens eine ziemlich bösertige  
A 3 | Unterstellung Ihres Kollegen Hoffmann - eine Tourismus GmbH gegründet, die  
A 4 | überhaupt keine Übernahmeverpflichtungen hat, aber wir haben natürlich  
A 5 | dieser GmbH auch aufgegeben, daß die zu einem bestimmten Zeitpunkt die  
A 6 | Betreuung - also das Informationsangebot für die Touristen, wenn sie in  
A 7 | der Stadt sind - übernehmen soll - das ist nicht das Marketing-Konzept -,  
A 8 | und da gibt es allerdings beim Verkehrsamt ausgezeichnete Mitarbeiter, und  
A 9 | ich könnte der GmbH nur empfehlen, solche zu nehmen,

A10 |  
A11 | [Frau von Braun (FDP):  
A12 | Ja, ja, das kennen wir - "empfehlen"!]

A13 |  
A14 | denn die können das gut. Da gibt es auch keine Klagen über das  
A15 | Verkehrsamt. Das ist in der Betreuung der Touristen eine anerkannte und  
A16 | gut laufende Institution.

A17 |  
A18 | [Beifall der Abgn. Pewestorff (PDS)  
A19 | und Helms (Bü 90/Grüne)]

A20 |  
A21 | Das ist nur nicht die Institution, die die Leute hierherbringt, die ein  
A22 | vernünftiges Marketingkonzept auf die Beine stellt. Das war ja der Ansatz!

A23 |  
A24 | Ich habe immer gesagt, daß ich es am liebsten freiwillig hätte; da das  
A25 | nicht möglich war, haben wir nun gemeinsam mit Unterstützung der Hotel-  
A26 | und Gaststätteninnung - denn die vertritt die Kleinen, und die haben dort  
A27 | auch die Mehrheit - ein solches Modell aufgelegt.

A28 |  
A29 | Dann gab es die Frage des Kollegen Helms, daß das zu keiner  
A30 | Haushaltentlastung führe. - Herr Helms, wir sind bei den Verhandlungen  
A31 | mit den anderen Betreibern darin übereingekommen, daß die Aktionsmittel -  
A32 | und nur die haben Sie genannt -, also die für Tourismuswerbung woanders in  
A33 | Deutschland und im Ausland, daß diese Aktionskosten auf die GmbH  
A34 | übertragen werden. Der Spareffekt für das Land Berlin besteht darin, daß  
B 1 | eine Institution mit 130 Mitarbeitern - früher das Verkehrsamt, jetzt ein  
B 2 | Referat in meiner Verwaltung - im Rahmen der Aufgabenkritik wegfällt, und  
B 3 | der Etat des Verkehrsamts besteht eben nicht nur aus den Aktionskosten -  
B 4 | die werden wir weiter hineingeben -, sondern aus dem gesamten Apparat, der  
B 5 | mit 130 Stellen verbunden ist. Das ist der - übrigens dauerhafte -  
B 6 | Spareffekt, den das Land Berlin dabei erzielen wird.

B 7 |  
B 8 | Zur dritten Frage: Warum nur die Hotellerie, warum nicht die anderen auch?  
B 9 | Es gibt juristisch keine saubere Abgrenzung, mit der Sie  
B10 | Einzelhandelsgeschäfte, Busunternehmen oder andere Unternehmen der  
B11 | Tourismusbranche voneinander abgrenzen und klären können, ob sie wirklich  
B12 | vom Tourismus - von den Gästen, die in die Stadt kommen - leben. Das  
B13 | können Sie nur bei der Hotellerie. Darum blieb uns auch nichts anderes  
B14 | übrig, als die Hotellerie damit zu belegen. - Genau so wird es übrigens  
B15 | bei dem Kurtaxenmodell in allen Orten, so wird es auch in Wien gemacht. In  
B16 | Wien gibt es nur einen anderen Berechnungssatz. Die nehmen 2,8 % des  
B17 | Umsatzes aus den Übernachtungen von allen Hotels und finanzieren damit  
B18 | ihren Werbeapparat, der gut läuft. Wien hat einen Aufschwung beim  
B19 | Tourismus. - Es würden inzwischen Vereine und Verbände gegründet, mit  
B20 | denen die anderen an der Tourismusbranche Interessierten einbezogen werden  
B21 | - die übrigens von Anfang an finanzielle Leistungen dazu geben -, und wir  
B22 | sind sicher, daß deren Kreis in Zukunft mit dem wachsenden Erfolg der  
B23 | Tourismus GmbH und deren Werbung für den Tourismus in der Stadt wächst.

B24 |  
B25 | Ich komme viertens zu dem Argument, die kleinen Betriebe würden

B26 überproportional belastet. Zum ersten werden sie nicht überproportional  
B27 belastet. Wir haben zugesichert, daß bei allen Staffellungen höchstens ein  
B28 Prozent des Umsatzes das ist, was ein Hotelbetrieb in der Stadt leisten  
B29 muß. Nun kommen mir aber wirklich die Tränen, daß das plötzlich  
B30 existenzgefährdend sein soll! Wir haben genug Klagen von Touristen und  
B31 Messebesuchern, die in die Stadt kommen, daß in den letzten zwei Jahren -  
B32 und das ist der Durchschnitt - die Hotelpreise um zwischen 30 und 50 %  
B33 erhöht worden sind. Und nun soll plötzlich ein Prozent vom Umsatz - nach  
B34 den Auslastungen heißt das: höchstens zwei Prozent - existenzgefährdend  
C 1 sein! Dieses Argument kann einer näheren Betrachtung nicht standhalten.  
C 2

C 3 [Helms (Bü 90/Grüne):

C 4 Wer hat denn dieses Argument hier vorgebracht?]

C 5  
C 6 - Die FDP hat es vorgebracht, Herr Pewestorff hat es vorgebracht!  
C 7

C 8 [Frau von Braun (FDP):

C 9 Das haben wir uns doch nicht aus den Fingern gesaugt!]

C10  
C11 - Frau von Braun, Sie brauchen nur einmal mitzudenken! Dazu ist ein  
C12 Parlament übrigens da, daß man Argumente austauscht und vielleicht auch  
C13 einmal zugibt, daß man doch nicht so recht hat. Ich fordere Sie dazu auf,  
C14 Frau von Braun: Denken Sie auch einmal mit, wenn ich rede, und lauschen  
C15 Sie nicht nur dem, was Herr Hoffmann - heute leider polemisch überzogen -  
C16 dargestellt hat.  
C17

C18 Es zahlen also alle. Es haben auch alle das Recht, auf diese Tourismus  
C19 GmbH und ihr Werbekonzept Einfluß zu nehmen. Es kommt im übrigen auch  
C20 darauf an, daß die Berlinwerbung, die dort gemacht wird, um Touristen  
C21 herzubekommen, keine City-Werbung bleibt, wie das bisher überwiegend der  
C22 Fall war. Es muß eine Werbung sein, die auch Touristen in Hotels in  
C23 Spandau und Köpenick bringt. Auch dort soll dazu beigetragen werden das  
C24 Gesamtimage der Stadt zu verbessern, und auch dort sollen nach unseren  
C25 Vorstellungen Hotelkapazitäten entstehen sollen. Das ist es übrigens auch,  
C26 was wir als Land Berlin mit 30 % Beteiligung wollen und worauf wir bei  
C27 unserer Teilhabe in dieser Tourismus GmbH achten wollen.  
C28

C29 Der letzte Satz: Herr Hoffmann, ich bewundere Ihre prophetische Gabe, wie  
C30 sich Aufsichtsrat und Vorstand der Tourismus GmbH zusammensetzen. Da sind  
C31 Sie der Zeit leider etwas voraus. Wenn Sie mir das nachher einmal sagen  
C32 können - vielleicht haben Sie zu einer Hellseherin Kontakt. Diese Gremien  
C33 sind jedenfalls noch nicht gebildet. - Vielen Dank!  
C34

D 1 [Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
D 2

D 3 **Stellv. Präsident Führer:** Herr Helms! Wenn Sie noch das Wort haben wollen  
D 4 - Sie können es noch haben, da Ihre Redezeit noch nicht aufgebracht ist. -  
D 5 Der nächste Redner ist also der Abgeordnete Helms!  
D 6

D 7 **Helms (Bü 90/Grüne):** Da wir uns so wunderbar sachlich streiten, sage ich  
D 8 noch zu zwei Punkten etwas: Herr Meisner hat völlig recht, daß ich bei  
D 9 meinen Berechnungen die Einsparung der 130 Stellen nicht berücksichtigt  
D10 habe. An diesem Punkt hat er mich tatsächlich widerlegt. Trotzdem haben  
D11 Sie nicht erklärt, warum es notwendig ist, daß das Land Berlin auf Dauer  
D12 bei 40 % des Aktionshaushalts bleiben muß, das heißt bei 2,6 Millionen DM  
D13 für 1993, was sich bis 1997 auf 8,4 Millionen DM steigert.  
D14

D15 [Sen Dr. Meisner: Für fünf Jahre!]  
D16

D17 - Wir gehen davon aus, daß die Tourismus GmbH die fünf Jahre überleben  
D18 wird. Warum ist es nicht möglich, daß - wenn die Eigeneinnahmen der  
D19 Tourismus GmbH wachsen - dann auch der Anteil des Landes Berlin in  
D20 gleicher Weise zurückgeht wie beispielsweise der Anteil, den die Abgaben  
D21 erbringen? Bei den Abgaben ist es so, daß sie im ersten Jahr bei 40 %  
D22 liegen, und daß dann, wenn die Eigeneinnahmen an die Tourismus GmbH  
D23 laufen, der Anteil, der über die Abgabe erhoben wird, relativ von 40 auf  
D24 30 % abgesenkt wird, während der Zuschuß des Landes Berlins bei 40 %  
D25 bleibt. Sie haben letztlich also nicht widerlegt, warum das Verfahren von  
D26 2,6 auf 8,4 Millionen DM notwendig ist.  
D27

D28 Das zweite, worauf ich eingehen will, ist die Behauptung, daß es unmöglich  
D29 sei, neben der Hotellerie auch die anderen Branchen zur Kasse zu bitten,

D30 | die ebenfalls von der Tourismuswerbung profitieren. Wir haben uns als  
D31 | Fraktion von verschiedenen Städten - München, Hamburg, Neustadt an der  
D32 | Weinstraße - Material zuschicken lassen, und Neustadt an der Weinstraße  
D33 | hat sogar Architekten und Zahnärzte im Sinn einer Kurtaxe zur Kasse

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4048

A 1 Helms

A 2  
A 3 gebeten. Diese haben natürlich gegen diese Abgabe geklagt, aber vor den  
A 4 Verwaltungsgerichten verloren. Ein Landesparlament könnte also sehr wohl  
A 5 beschließen, daß die Gastronomie oder auch der Einzelhandel in ähnlicher  
A 6 Weise - zumindest was den absoluten Anteil betrifft, den die Branche zu  
A 7 erbringen hätte - zur Kasse gebeten wird. Man könnte sich beispielsweise  
A 8 auch vorstellen, daß man die Abgabe beim Einzelhandel wie auch bei der  
A 9 Gastronomie nicht flächendeckend in ganz Berlin erhebt, sondern etwa nur  
A10 um den Alexanderplatz oder den Savignyplatz herum. Man könnte solche  
A11 Eingrenzungen vornehmen, und diese hätten meiner Ansicht nach auch vor  
A12 Gericht Bestand, zumindest nach den Verwaltungsgerichtsurteilen, die uns  
A13 vorliegen. Daher fände ich es gut, wenn sich die Koalition noch einmal  
A14 überlegen würde, diese beiden Branchen einzubeziehen. Das hätte zwei  
A15 Vorteile, zum einen, daß die Hotellerieabgabe und der Landesanteil sinken  
A16 könnten, und zum anderen, daß die von der Tourismuswerbung Profitierenden  
A17 in gleicher Weise zur Kasse gebeten würden. Wenn dieses Prinzip sich  
A18 erkennbar durchsetzen würde in einem solchen Abgabegesetz, dann würden wir  
A19 dem zustimmen. - Danke schön!

A20  
A21 [Beifall bei Bü 90/Grüne]

A22  
A23 **Stellv. Präsident Führer:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Hoffmann  
A24 für die Fraktion der FDP!

A25  
A26 **Hoffmann (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Senator  
A27 Meisner! Zunächst war ich etwas überrascht, wie sehr Sie doch, anstatt  
A28 gleich in die Sache einzusteigen, die große Koalition verteidigen mußten.

A29  
A30 [Sen Dr. Meisner: Das hat sich  
A31 so ein bißchen angestaut bei mir!]

A32  
A33 - Ach so, das hat sich angestaut! Naja, manchmal muß man wohl die große  
A34 Koalition im Befreiungsschlag verteidigen, damit man merkt, daß da  
B 1 überhaupt noch etwas läuft. Es läuft viel zu wenig in dieser Stadt.

B 2  
B 3 Aber zu Ihren Argumenten: Natürlich ist es klar, daß wir seit vielen  
B 4 Jahren die Privatisierung fordern, weil wir uns durch eine wirkliche  
B 5 Privatisierung Leistungsvorteile erhoffen. Das habe ich schon ausgeführt.  
B 6 Es ist auch klar, daß hier die Aufgabe besteht, den Tourismus mit einem  
B 7 klaren Marketingkonzept zu beleben, Gäste nach Berlin zu holen und sie  
B 8 möglichst lange hier zu behalten. Unbestritten ist es auch, daß dies eine  
B 9 privatwirtschaftliche Organisation am besten kann.

B10  
B11 [Beifall der Frau Abg. von Braun (FDP)]

B12  
B13 Sie sagen, daß Sie den Auftrag ausgeführt haben. Wenn Sie das so  
B14 empfinden, ist das in Ordnung. Sie haben aber nur den ersten Schritt  
B15 getan, und jetzt sind Sie in der Gefahr, Herr Senator, daß Sie durch die  
B16 zweite Stufe, nämlich die Finanzierung des ganzen, alles wieder verbiegen  
B17 und nach hinten umleiten, so daß Sie nachher zwar eine GmbH haben und  
B18 nicht mehr eine Abteilung beim Wirtschaftssenator, diese GmbH aber nicht  
B19 mehr parlamentarisch kontrollierbar ist wie der Teil einer  
B20 Senatsverwaltung, und gleichzeitig diese GmbH dann staatssozialistische  
B21 Allüren auflegt. Da sehe ich die allergrößte Gefahr, denn ein Unternehmen,  
B22 daß Einnahmen bekommt, ohne dafür etwas tun zu müssen - weil es in einem  
B23 Haushaltsplan steht oder in einer Abgabenverordnung festgelegt ist -, hat  
B24 überhaupt keinen Leistungsanreiz. Herr Senator, da sollten Sie zuhören; da  
B25 liegt nämlich der Kern des Übels. Dieses - darüber sollten Sie nachdenken

B26 - müßte durch ein besseres Finanzierungsmodell in die richtige Bahn  
B27 gebracht werden.  
B28

B29 [Beifall bei der FDP]  
B30

B31 Meine Fraktion sieht da keine Probleme, wenn man eine starke  
B32 Anschubfinanzierung festsetzt, die aber klar abklingend so gestaltet wird,  
B33 daß sie nach drei oder vier Jahren ausläuft. Dies gilt für die  
B34 Steuerzuschüsse. Eine Zwangsabgabe sollte man schlicht weglassen. Man  
C 1 sollte die Zeit - diese drei bis vier Jahre - vielmehr nutzen, ein  
C 2 Leistungsangebot zu gestalten, das von den Großen, den Mittleren und den  
C 3 Kleinen gekauft wird - das ist das Hamburger Modell. Deshalb schmeckt mir  
C 4 eigentlich dieses Wiener Modell nicht. Sie sagen, es läuft. Aber in Wien  
C 5 läuft manches anders als in Berlin, und die Mentalität der Wiener ist auch  
C 6 eine andere.  
C 7

C 8 Berlin verstehe ich als eine fortschrittsorientierte, offene Stadt, als  
C 9 eine Metropole, in der es brodelnd und dies wird sich in Zukunft  
C10 verstärken. In einer brodelnden Metropole müssen Sie mit  
C11 marktwirtschaftlichen Mechanismen unter Beteiligung des Interesses  
C12 derjenigen, die davon profitieren - nämlich alle anderen Unternehmen -, so  
C13 etwas konzipieren und aufbauen. Da liegt der Grundfehler der Konzeption,  
C14 die Sie vorgestellt haben. Deshalb habe ich Ihnen prophezeit, daß diese  
C15 Institution in Berlin eine weitere Subventionsruine werden wird. Sie  
C16 basteln im Moment an diesen Fundamenten, und ich will Sie warnen, daß Sie  
C17 keinen großen Fehler begehen, sondern die nächsten Wochen in der  
C18 Ausschußberatung noch nutzen, Ihr Finanzierungsmodell umzudrehen und auf  
C19 bessere Beine zu stellen, so daß die Leistungsbereitschaft dieser  
C20 Tourismus GmbH steigt.  
C21

C22 Sie sollten auch darüber nachdenken, wie man die Gesellschafterstruktur -  
C23 auch wenn die Einsicht im Moment bei Ihnen nicht so groß ist - so aufbauen  
C24 kann, daß sie sich mittelfristig verändert. Ich könnte mir vorstellen, daß  
C25 das Land Berlin, das im Moment viele Anteile hat, diese Anteile nach und  
C26 nach an Interessierte verkauft. Wenn die Leistung dieser Gesellschaft  
C27 stimmt, dann steigen auch kleine und mittlere Unternehmen ein. Es muß ja  
C28 nicht unbedingt eine GmbH sein; es kann eine Aktiengesellschaft, ein  
C29 Verein sein, es gibt viele Möglichkeiten. Sie müssen die Interessenten  
C30 selbst in diesen Vorgang mit einbinden. Wenn Sie eine staatliche, quasi  
C31 sozialistische Organisation starten, wie es jetzt aussieht, ohne Zwang,  
C32 irgendwo Leistung zu bringen, dann fahren Sie gegen die Wand. Davor wollen  
C33 wir noch einmal ganz deutlich warnen.  
C34

D 1 Was sagt denn die IHK zur Zwangsabgabe? Mir ist zu Ohren gekommen, daß sie  
D 2 über die Zwangsabgabe überhaupt nicht begeistert ist und daß sie sich  
D 3 durchaus andere Möglichkeiten vorstellen kann.  
D 4

D 5 [Sen Dr. Meisner:  
D 6 Das ist nicht zustande gekommen!]  
D 7

D 8 Es ist Ihre Aufgabe, Herr Senator, wenn erst einmal der Berliner  
D 9 Subventionsstarrsinn noch anhält, durch überzeugende marktwirtschaftliche  
D10 Argumente auch die letzten zu überzeugen, in einem Modell mitzumachen, das  
D11 den Unternehmen Profit bringt, aber auch der Stadt Berlin. Ich könnte mir  
D12 schon ein Finanzierungsmodell vorstellen, bei dem auch einer  
D13 funktionierenden Tourismus GmbH in Zukunft staatliche oder Aufträge des  
D14 Landes Berlin für konkrete Aktionen mit ganz konkreten Mitteln gegeben  
D15 werden, so wie man Aufträge an Werbeagenturen oder auch an andere  
D16 Unternehmen geben kann, die Dienstleistungen erbringen. So stelle ich mir  
D17 die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gewerbe vor.  
D18

D19 Das Modell, das Sie vorgestellt haben, geht in die falsche Richtung, in  
D20 die Gegenrichtung und wird deshalb zu einer Scheinprivatisierung. Sie  
D21 halten uns dann vor, das sei doch eine GmbH. - Ja! Aber die GmbH  
D22 funktioniert nicht, und eine GmbH, die nicht funktioniert, ist kein  
D23 vernünftiges privatwirtschaftliches Modell. Dies sollten Sie noch einmal  
D24 ganz genau überlegen.  
D25

D26 Sie haben verschiedene Rechnungen angestellt - mit einem Prozent des  
D27 Umsatzes usw. Das ist alles Firlefanz! Leistung muß die Tourismus GmbH  
D28 erbringen. Dann wird die Leistung gekauft, und dann wächst die GmbH.  
D29 Beginnen Sie mit einer Anschubfinanzierung, bauen Sie sie dann ab und

D30 | sehen Sie nach zwei Jahren, was die Leute bringen, die dort etwas tun  
D31 | sollen. Dann werden Sie nämlich feststellen: Es sind Kunden da, sie  
D32 | kaufen. - Sie schütteln den Kopf. Aber Herr Senator, dann sind wir hier an  
D33 | dem Grundproblem, daß Sie offensichtlich nur in Modellen denken können,  
D34 | die nach Staatssozialismus aussehen, aber auch ein bißchen durch 40 Jahre  
D35 | Insel West-Berlin geprägt sind, wo man die Hand aufhält, dann fällt etwas  
D36 | hinein, man verteilt es untereinander, und allen geht es gut. Wir sind  
D37 | aber in einer anderen Zeit, und dieses Modell funktioniert nicht mehr wir  
D38 | müssen mit neuen Methoden etwas vorantreiben.  
D39 |  
D40 |

[Beifall bei der FDP]



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4049

A 1 | **Hoffmann**

A 2 |  
A 3 | Deshalb die Bitte an Sie: Denken Sie noch einmal nach, verbessern Sie die  
A 4 | Finanzierungskonzeption, Herr Meisner! - Danke schön!

A 5 |  
A 6 | [Beifall bei der FDP]  
A 7 |

A 8 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Nächster Redner ist für die Fraktion der  
A 9 | PDS der Abgeordnete Pewestorff. Bitte schön, Herr Pewestorff!

A10 |  
A11 | [Ach! und Öh! von der CDU und der SPD -  
A12 | Landowsky (CDU): Ihr seid doch sowieso der Tourismusverhinderer!  
A13 | Wozu reden Sie noch einmal!]  
A14 |

A15 | **Pewestorff (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr  
A16 | Landowsky, ich wäre ja fast geneigt, zu Ihrem Zwischenruf etwas zu sagen,  
A17 | aber das wäre wahrscheinlich zu zynisch, um es zu tun. Warum sollte die  
A18 | PDS Tourismusverhinderer sein! Eine weltoffene, tolerante Stadt, wo  
A19 | Menschen aus verschiedenen Herkommen ein gemeinsames Hinkommen suchen und  
A20 | das in Anstand und Würde miteinander tun - das wäre auch ein touristischer  
A21 | Faktor, Kollege Landowsky. -

A22 |  
A23 | [Beifall des Abg. Dr. Kellner (PDS)]  
A24 |

A25 | Aber wir wollen zum Gesetz zurückkommen.

A26 |  
A27 | Ich wünsche es mir doch, daß wir dieses Gesetz noch einmal im zuständigen  
A28 | Fachausschuß debattieren und nicht nur im Hauptausschuß; das halte ich  
A29 | nicht für ausreichend.  
A30 |

A31 | Herr Senator, es bleibt trotzdem festzustellen: Wir führen erst einmal  
A32 | eine Abgabe ein und haben die Hoffnung - für Sie begründet, für uns vage -  
A33 | , daß diese Tourismus GmbH dann die überfälligen Konzepte für den  
A34 | Tourismus im Land Berlin erarbeiten wird; wissen tun wir es nicht.

B 1 |  
B 2 | Sie haben die Nachteile für kleine Betriebe insbesondere im Ostteil der  
B 3 | Stadt negiert. Ich sehe einen Nachteil insbesondere darin, wenn dieses  
B 4 | Gesetz jetzt in Kraft tritt, die Preislisten gedruckt sind und eine  
B 5 | Korrektur - wie auch immer - erst zum 1. Januar geschieht. Dann überlegen  
B 6 | Sie doch zumindest, ob Sie dieses Gesetz zum 1. Januar 1994 in Kraft  
B 7 | setzen.  
B 8 |

B 9 | Mit dem Gesetz wird Betrieben eine Abgabe auferlegt, die expressis verbis  
B10 | erklärt haben, sie hätten von den angedachten Leistungen einer Tourismus  
B11 | GmbH für sich selbst nichts zu erwarten. Hier klappt doch zumindest eine  
B12 | Gerechtigkeitslücke.  
B13 |

B14 | Wenn Sie zu Recht eine mangelhafte Bereitschaft der Wirtschaft zu einem  
B15 | freiwilligen Konzept beklagen, dann bitte ich Sie doch herzlichst, uns  
B16 | darzulegen, warum die Wirtschaft in ihrer Breite einem solchen  
B17 | freiwilligen Konzept nicht gefolgt ist. Dann kann es doch möglicherweise  
B18 | auch am Konzept liegen und muß nicht an der Wirtschaft liegen. Tatsache  
B19 | wird jetzt sein, daß Leute Leistungen erhalten, die sie so nicht haben  
B20 | wollen.  
B21 |

B22 | Ich möchte noch an einen anderen Sachverhalt erinnern. Im Bezirk Köpenick  
B23 | gibt es einen engagierten Fremdenverkehrsverein - Köpenick e.V. Dieser  
B24 | Verein krampft mit ABM-Mitteln, versucht, in Köpenick einiges auf die  
B25 | Beine zu stellen. Dem wäre mit viel weniger als dem gedient, was dieser

B26 Tourismus GmbH zur Verfügung stehen wird. Diese Art der Tourismusförderung  
B27 hätte es verdient, ernster genommen zu werden.  
B28

B29 Ich will auch noch einmal daran erinnern, daß die anderen Beteiligten an  
B30 diesem Finanzierungskonzept in der Regel gleichbleibende Beiträge leisten  
B31 werden; nur das Land Berlin steigert.  
B32

B33 Ich möchte noch eine besondere Pikanterie erwähnen: daß die Lufthansa von  
B34 ihrem 200.000- DM-Anteil 150.000 DM in Leistungen erbringt. Ich frage  
C 1 mich, ob das wettbewerbsneutral ist, wenn ein Gesellschafter die gesamte  
C 2 Gesellschaft doch zumindest in die Richtung bringt, alle Flüge mit der  
C 3 Lufthansa zu machen. Herr Senator, ich formuliere es ein bißchen ironisch:  
C 4 Wenn sich die Bäckerinnung bereit erklärt hätte, würde es Streuselkuchen  
C 5 bei der Tourismus-GmbH geben. Das kann es doch wohl auch nicht sein!  
C 6

C 7 Herr Hoffmann hat sehr deutlich nachgewiesen: Wenn das "Produkt" dieser  
C 8 GmbH - das letztlich noch nicht definiert ist - schlüssig ist, dann muß es  
C 9 auch absetzbar sein. Und dann reicht eine Anschubfinanzierung aus, und der  
C10 Senat kauft Leistungen, die er für angemessen hält und bewahrt sich so  
C11 auch einen politisch definierten, zielgerichteten Einfluß. Das ist weg.  
C12 Insofern bitte ich noch einmal darum, dieses Gesetz im Ausschuß für  
C13 Wirtschaft und Technologie auf seine Substanz in Ruhe, mit Sorgfalt und  
C14 mit Sachverstand abklopfen. - Vielen Dank!  
C15

C16 [Beifall bei der PDS]  
C17

C18 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
C19 Die Fraktionen der PDS und der FDP haben die Rücküberweisung an den  
C20 Ausschuß für Wirtschaft und Technologie beantragt. Darüber lasse ich jetzt  
C21 abstimmen. Wer dieser Rücküberweisung die Zustimmung zu geben wünscht, den  
C22 bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Letzteres ist die Mehrheit.  
C23

C24 [Pewestorff (PDS): Aber knapp! -  
C25 Landowsky (CDU): Fast hätte ich falsch gestimmt!]  
C26

C27 Damit ist der Rücküberweisung nicht stattgegeben. Dann warten wir also zur  
C28 II. Lesung die Beschlußempfehlung der Ausschüsse und des Hauptausschusses  
C29 ab.  
C30

C31 Die lfd. Nrn. 5 und 6 sind bereits durch die Konsensliste erledigt.  
C32

C33 [6A]  
C34

D 1 Ich rufe nun auf

D 2 **lfd. Nr. 6 A, Drucksache 12/2825:**  
D 3

D 4 **I. Lesung der Vorlage - zur Beschlußfassung - über Gesetz zu dem**  
D 5 **Staatsvertrag über die Feuerversicherung Berlin Brandenburg und die**  
D 6 **Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg zwischen dem Land Berlin**  
D 7 **und dem Land Brandenburg**  
D 8

D 9 Das Ihnen vorliegende Exemplar dieses Gesetzes trägt keine  
D10 Drucksachenummer. Ich betone noch einmal, es handelt sich um die  
D11 Drucksache 12/2825, und ich bitte Sie, dies auf Ihren Exemplaren zu  
D12 vermerken. Die offizielle Druckvorlage wird dann die entsprechende Nummer  
D13 aufweisen. Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall.  
D14

D15 Ich eröffne die I. Lesung. Ich gehe davon aus, daß auf eine Beratung  
D16 verzichtet werden kann, und empfehle die Überweisung zur Beratung an den  
D17 Ausschuß für Wirtschaft und Technologie - federführend -, an den  
D18 Rechtsausschuß und den Hauptausschuß. Wer diesen Empfehlungen die  
D19 Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! - Das ist  
D20 dann einmütig so beschlossen.  
D21

D22 [7]  
D23

D24 Wir kommen jetzt zur

D25 **lfd. Nr. 7, Drucksache 12/2734:**  
D26

D27 **Wahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitgliedes des**  
D28 **Richterwahlausschusses**  
D29

D30 | Ich schlage vor, daß wir diese Wahl gemäß § 74 Abs. 1 unserer  
D31 | Geschäftsordnung in einfacher Abstimmung durch Zuruf durchführen, und  
D32 | weise noch darauf hin, daß zur Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der  
D33 | anwesenden Abgeordneten notwendig ist.

D34 |

D35 | Wer den Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht, Herrn Detlef  
D36 | Bitzer, zum ordentlichen Mitglied des Richterwahlausschusses und den  
D37 | Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht, Herrn Ulrich Monjé, zum  
D38 | stellvertretenden Richter des Richterwahlausschusses zu wählen wünscht,  
D39 | den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei  
D40 | einigen

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4050

A 1 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier**

A 2

A 3 Stimmenthaltungen ist das aber eindeutig die erforderliche Mehrheit. -  
A 4 Damit sind die Herren gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

A 5

A 6 Lfd. Nr. 8 ist bereits zusammen mit der Aktuellen Stunde unter TOP 1 A  
A 7 erledigt.

A 8 Lfd. Nr. 9 ist durch die Konsensliste erledigt.

A 9

A10 [10]

A11

A12 Wir kommen jetzt zur

A13 **lfd. Nr. 10, Drucksache 12/2733:**

A14

A15 **1. Bericht (Zwischenbericht) der Enquete-Kommission "Verfassungs- und  
A16 Parlamentsreform"**

A17

A18 Es handelt sich dabei um einen Zwischenbericht. Die Redezeit zur  
A19 Aussprache beträgt nach der Geschäftsordnung 10 Minuten pro Fraktion und  
A20 für die Gruppe bis zu 5 Minuten. Vor Aussprache durch die Fraktionen gebe  
A21 ich der Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Frau Künast, das Wort zu  
A22 einer mündlichen Berichterstattung mit einer Redezeit bis zu 10 Minuten. -  
A23 Frau Künast, bitte schön!

A24

A25 **Frau Künast** (Bü 90/Grüne), Berichterstatteerin: Frau Präsidentin! Meine  
A26 Damen und Herren! Ich muß als erstes für die Enquete-Kommission zugeben,  
A27 daß wir unsere Hausaufgaben nicht rechtzeitig gemacht haben. Wir haben  
A28 eigentlich den Arbeitsauftrag, zum Ende des Jahres 1992 einen  
A29 Abschlußbericht vorzulegen. Das ist uns nicht gelungen. Nach 18 Sitzungen  
A30 haben wir einen Teil unseres Arbeitsauftrages abgearbeitet. Dies erfolgte  
A31 mit einfacher Mehrheit in erster Besprechung, aber auch da wird es noch  
A32 eine zweite Runde geben müssen. Bei dem Versuch, optimistisch zu sein,  
A33 können wir aber sagen, daß wir wahrscheinlich zum Ende dieses Jahres dem  
A34 Parlament einen abschließenden, umfassenden Bericht werden vorlegen  
B 1 können.

B 2

B 3 Ich möchte Ihnen hier kurz, weil es dann viel einfacher zu lesen ist, das  
B 4 Thema schmackhaft machen und erzählen, womit wir uns in der Enquete-  
B 5 Kommission bisher befaßt haben: Unser Auftrag war, nach Artikel 88 Absatz  
B 6 2 der jetzt gültigen Berliner Verfassung die Gesamtberliner Verfassung  
B 7 einer Überarbeitung zu unterziehen. Grundlage dieser Bearbeitung sollten  
B 8 die Verfassungen vom April 1948, vom September 1950 und die der  
B 9 Stadtverordnetenversammlung vom Juli 1990 sein. Der Enquete-Kommission war  
B10 weiterhin aufgegeben, daß sie die Verfassung des Landes Brandenburg  
B11 berücksichtigen sollte.

B12

B13 In diesem Kontext haben wir uns bewegt und unsere Arbeit in vier Blöcke  
B14 aufgeteilt. Wir haben uns beschäftigt mit dem Punkt Parlamentsarbeit, mit  
B15 dem Punkt Regierung und Verwaltung, als drittem mit der politischen  
B16 Teilhabe, der Bürgerbeteiligung. Der vierte Block werden die Grundrechte  
B17 und Staatsziele sein. Zu den einzelnen Punkten will ich Ihnen kurz sagen,  
B18 was wir bisher gemacht haben:

B19

B20 Bei der Reform der Parlamentsarbeit war unser Interesse die Stärkung der  
B21 Kontrollfunktion des Parlaments, die Stärkung des Parlaments gegenüber der  
B22 Regierung und auch das Nachvollziehen aktueller Rechtssprechung des  
B23 Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Rechte einzelner Abgeordneter.  
B24 Da wird nicht mehr nur die Fraktion privilegiert. Wir haben deshalb den  
B25 Vorschlag, in die Verfassung eine Unterrichtungspflicht der Regierung über

B26 grundsätzliche Vorhaben aufzunehmen, über Gesetzesvorhaben,  
B27 Bundesratsinitiativen, EG-Vorgänge und auch über Staatsverträge. Das soll  
B28 nicht erst gelten, wenn es zu spät ist und nichts mehr zu ändern ist,  
B29 sondern zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierung von ihrem  
B30 Mitwirkungsrecht auf den entsprechenden Ebenen noch keinen Gebrauch  
B31 gemacht hat, es also auch noch einen politischen Sinn hat, als Parlament  
B32 etwas zu beschließen.

B33  
B34 [Beifall des Abg. Berger (Bü 90/Grüne)]

C 1  
C 2 Wir haben weiterhin ein Akteneinsichtsrecht der Abgeordneten in  
C 3 Behördenvorgänge mit einem Beschlußquorum von einem Fünftel vorgeschlagen.  
C 4 Das gibt es bisher nicht und war vielfach umstritten. Wir haben ein  
C 5 Zugangsrecht von Abgeordneten zu den Behörden und, um der aktuellen  
C 6 Diskussion Rechnung zu tragen, den Landesdatenschutzbeauftragten  
C 7 vorschlagsweise in die Verfassung aufgenommen. Die Mehrheit der Enquete-  
C 8 Kommission wollte aber gegen das Beauftragten-Unwesen ein Zeichen setzen;  
C 9 deshalb wurden über den Datenschutzbeauftragten hinaus keine weiteren  
C10 Beauftragten in die Verfassung aufgenommen. Es gibt nur die Möglichkeit,  
C11 für besondere Aufgaben einen Beauftragten für die Dauer einer  
C12 Legislaturperiode zu wählen. Wir wollten keine Konkurrenz zum  
C13 Petitionsausschuß schaffen, sondern dachten, dort sollten die Rechte eher  
C14 gestärkt werden.

C15  
C16 Hinsichtlich des Präsidiums des Abgeordnetenhauses haben wir einige  
C17 Regelungen getroffen. Es soll in Zukunft eine Abwahlmöglichkeit der  
C18 Präsidentin und der Vizepräsidenten mit einem sehr hohen Quorum geben.  
C19 Mindestens die Hälfte der Mitglieder des Abgeordnetenhauses muß das  
C20 beantragen, mindestens zwei Drittel der Mitglieder müssen dem zustimmen.  
C21 Das war in der Enquete-Kommission sehr strittig. Nach langer Debatte haben  
C22 wir es vorgeschlagen, weil es nicht sein kann, daß ein solch hohes Amt,  
C23 sozusagen die erste Person in dieser Stadt, überhaupt nicht abberufen  
C24 werden kann in ganz besonderen Situationen, auch wenn das Problem bekannt  
C25 ist. Es hat im Haus auch schon für Unruhe gesorgt, daß wir gesagt haben,  
C26 daß die Präsidentin bei Ernennung und Einstellung des höheren Dienstes in  
C27 Zukunft dieses in Einvernehmen mit dem Präsidium tun muß.

C28  
C29 [Beifall bei Bü 90/Grüne]

C30  
C31 Wir haben weiterhin die Abgeordnetenanklage vorgeschlagen, wenn  
C32 Abgeordnete ihre Stellung wegen finanzieller Vorteile mißbrauchen. Das ist  
C33 eine Reaktion auf all die aktuellen Korruptions- und Mißbrauchsdebatten.

C34  
D 1 Bei den Untersuchungsausschüssen haben wir Änderungen vorgeschlagen,  
D 2 nämlich das Quorum von ein Viertel auf ein Fünftel herabzusetzen und jede  
D 3 Fraktion zu berechtigen. Den Vorsitz soll bei Oppositionsanträgen ein  
D 4 Vertreter der Opposition haben.

D 5  
D 6 Dem Senat haben wir das Privileg des jederzeitigen Rederechts genommen. Es  
D 7 gab eine einfache Mehrheit dafür, daß in Zukunft die Generalstaatsanwälte  
D 8 und der Polizeipräsident nicht mehr durch dieses Haus gewählt, sondern  
D 9 ernannt werden.

D10  
D11 Uns fehlt noch in diesem Bereich, wie in Zukunft die Abgeordnetendiäten  
D12 festgelegt werden und wie die Rechtsstellung der Fraktionen ist. Das sind  
D13 zwei Dinge, die wir für sehr wichtig halten, bei denen es sicher einen  
D14 Konsens geben wird. Wir haben sie aber aufgeschoben im Hinblick auf die  
D15 Debatte der Grundgesetzkommission in Bonn, da wir sehen wollten, wie weit  
D16 dort gegangen wird und wir uns möglicherweise anpassen. Des weiteren ist  
D17 ein wichtiger Bereich zum Thema Stellung des Regierenden Bürgermeisters  
D18 sehr umstritten. Positiv muß ich vermerken, daß über alle Fraktionsgrenzen  
D19 hinweg in der Enquete-Kommission diskutiert worden ist.

D20  
D21 Es hat knappe Mehrheiten dafür gegeben, daß der Regierende Bürgermeister  
D22 künftig die Senatoren ernennen und entlassen können soll. Es hat eine  
D23 ähnlich knappe Mehrheit dafür gegeben, daß dieses auch einer pauschalen  
D24 Bestätigung durch das Parlament bedarf. Es ist diskutiert worden, ob das  
D25 Mißtrauensvotum ein konstruktives sein sollte. Dieses ist nach Auffassung  
D26 der Enquete-Kommission nicht erforderlich. Es ist vereinbart worden, daß  
D27 in Zukunft die Unvereinbarkeit zwischen Senatorenamt und  
D28 Abgeordnetenhausmandat gelten soll. Das ist noch auszuformulieren. Wir  
D29 stimmten überein, daß niemand ernsthaft an die Selbstkontrolle der

D30 | Senatoren glaubt. Als Abgeordneter soll dies getrennt werden und nicht  
D31 | eine halbe Diät für das Nichtstun bezahlt werden.

D32 |  
D33 | [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
D34 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]

D35 |  
D36 | Wir haben bei den politischen Teilhaberechten über den Volksentscheid als  
D37 | dreistufiges System diskutiert - das ist bereits an die Öffentlichkeit  
D38 | gedungen. Wir haben festgestellt, daß wir beim Volksentscheid nur über  
D39 | knappe Mehrheiten verfügen.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4051

A 1 **Frau Künast**

A 2  
A 3 Bei dem Volksentscheid nach unserem Vorschlag gibt es die Möglichkeit,  
A 4 zumindest in den ersten Stufen auch Ausländer zu beteiligen sowie das  
A 5 Alter von 18 Jahren auf ein anderes Alter herunterzusetzen. Diese  
A 6 Möglichkeiten wollten wir aufgrund aktueller Diskussion eröffnen.  
A 7 Betroffen sind einerseits das Wahlrecht, andererseits die Parteien und  
A 8 Politikverdrossenheit sowie die Überlegungen, welche Möglichkeiten wir den  
A 9 Jugendlichen bieten können. Weil wir für alles nur knappe Mehrheiten  
A10 erhielten, haben wir eine Befassungsinitiative diskutiert und als  
A11 Alternative vorgeschlagen. Bürger können uns zwingen, uns mit einem Thema  
A12 zu befassen, aber nicht die Entscheidung vorgeben. Das war das Wichtigste  
A13 zu diesem Bereich. Wir haben auch eine Verbandsklage für Umweltverbände  
A14 einvernehmlich in die Verfassung aufgenommen. Vorgesehen ist eine  
A15 umfassende Klage und nicht eine, die dem jetzigen Naturschutzgesetz  
A16 entspricht.

A17  
A18 Das soeben vorgetragene war ein Überblick dessen, was wir bislang  
A19 erarbeitet haben. Diverse Details habe ich nicht vorgestellt. Die Enquete-  
A20 Kommission wird mit letzten Punkten zum Thema Verwaltungsreform  
A21 weiterarbeiten. Dies betrifft die Rechte der Bezirke und wie viele Bezirke  
A22 es künftig geben soll sowie andere Fragen der Verwaltungsreform.

A23  
A24 Wir kommen - daran arbeiten wir momentan - als letztes zu den Staatszielen  
A25 und Grundrechten. Dabei sind wir in besonderer Weise vom Bund abhängig.  
A26 Ich möchte an dieser Stelle, weil es auch um Gleichstellung von Frauen und  
A27 Männern gehen und Ökologie betreffen wird, noch einmal darauf hinweisen,  
A28 daß die Enquete-Kommission nur dann in der Lage ist, den Entwurf einer  
A29 modernen Verfassung vorzuschlagen, wenn sich möglichst viele öffentlich an  
A30 dieser Diskussion beteiligen. Besonders die aus dem Osten stammenden  
A31 Mitglieder des Hauses sollten einfordern, daß wir den Artikel 88 Abs. 2  
A32 umsetzen, nach dem auch die Stadtverordnetenverfassung gleichberechtigt zu  
A33 berücksichtigen ist. - Ich danke!

A34  
B 1 [Beifall bei Bü 90/Grüne]

B 2  
B 3 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Wir kommen nun zur Aussprache des  
B 4 Zwischenberichts. Zunächst hat für die Fraktion der CDU der Kollege Rösler  
B 5 das Wort!

B 6  
B 7 **Rösler (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die  
B 8 Überarbeitung der Verfassung gehört zu den vornehmsten Aufgaben eines  
B 9 Parlaments. Unser Ziel ist es dabei, eine Verfassung zu schaffen, die  
B10 Aufgaben und Zuständigkeiten, Pflichten und Rechte der staatlichen  
B11 Institutionen so vernünftig und ökonomisch wie nötig und die Rechte und  
B12 Pflichten der einzelnen so bürgernah, gerecht und verständlich wie möglich  
B13 regelt. Nicht umsonst ist eine Verfassung auf Konsens angelegt und  
B14 erfordert eine qualifizierte Mehrheit. Deswegen darf man eine Verfassung  
B15 auch nicht mit einem Warenhauskatalog à la Neckermann verwechseln, in den  
B16 alle möglichen und alle mehr oder weniger - meist weniger - berechtigten  
B17 Forderungen aufgenommen werden können.

B18  
B19 [Wieland (Bü 90/Grüne): Wer tut das denn?]

B20  
B21 Wir sind mit der geltenden Verfassung von 1950 nicht schlecht gefahren.  
B22 Sie ordnet unser Zusammenleben und hat auch umwälzende Veränderungen -  
B23 denken Sie an 1981 - rechtlich und demokratisch vorbildlich ermöglicht.  
B24 Diese Feststellung hindert uns nicht, da, wo es sich als notwendig  
B25 erweist, Änderungen vorzunehmen. Das zusammenwachsende Berlin ist ein

B26 derart gravierender Einschnitt, der Überlegungen in diese Richtung - daher  
B27 auch der Verfassungsauftrag - mehr als rechtfertigt. Diese Überlegungen  
B28 haben sich allein am Zweck und nicht an Ideologien zu orientieren. Eine  
B29 Verfassung schafft leider keinen neuen Menschen, weder mehr Arbeitsplätze  
B30 noch mehr Wohnungen.  
B31

B32 Die Vorlage des ersten Zwischenberichts der Enquete-Kommission gibt  
B33 Gelegenheit, deren Arbeit auf diese Zielsetzung hin kritisch zu würdigen.  
B34 Dabei teile ich die eher skeptische und negative Einschätzung meiner Frau  
C 1 Vorrednerin nicht in allen Teilen. Nach dem, wie wir alle wissen,  
C 2 verzögerten Start kann sich die Arbeit durchaus sehen lassen. Bisherige  
C 3 Mängel sollen auch beim Namen genannt werden. Sicher ist das Gremium mit  
C 4 27 Mitgliedern zu groß. Ich möchte hier nicht von einer Fehlgeburt reden,  
C 5 wie man die entsprechende Kommission auf Bundesebene bereits benannt hat.  
C 6 Diese Größe bedingt geradezu eine schwerfällige und zeitraubende  
C 7 Arbeitsweise.  
C 8

C 9 [Frau Künast (Bü 90/Grüne):  
C10 Wer hat sie denn vorgeschlagen?]

C11  
C12 - Ich will auch Ihnen, verehrte Frau Zwischenruferin und Vorsitzende nicht  
C13 zu nahe treten, und Sie werden es mir nachsehen, aber vielleicht ist auch  
C14 die Frage berechtigt, ob die Kommission die richtige Vorsitzende hat. Ich  
C15 denke dabei an das Verhalten der Frau Vorsitzenden am Brandenburger Tor,  
C16 das zu einer von ihr verursachten unnötigen und ärgerlichen Verzögerung  
C17 der Arbeit von fast drei Monaten geführt hat.  
C18

C19 [Hapel (CDU): Rechtsbrecherin!]  
C20

C21 Ich möchte dennoch diese Debatte zum Anlaß nehmen, so, wie es sich für  
C22 einen guten parlamentarischen Stil gehört, der Frau Vorsitzenden und vor  
C23 allem den Mitarbeitern in diesem schwierigen Geschäft auch einmal zu  
C24 danken. Die Arbeit wurde, das sollten wir offen zugeben, auch dadurch  
C25 beeinträchtigt, daß einige das Wort Überarbeiten als Auftrag zur  
C26 Totalrevision ansehen, während wir darunter eine wirkliche Überarbeitung  
C27 verstehen. Die jetzt vorgelegten Meinungsbilder der Kommission kranken vor  
C28 allem daran, daß sie mit einfacher, häufig mit einer Zufallsmehrheit,  
C29 zustande gekommen sind, was ihr Gewicht und ihre Bedeutung beeinträchtigt.  
C30 Wenn auch noch kein Gesamtergebnis vorliegt, möchte ich zu einigen  
C31 Meinungsbildern der Kommission Stellung nehmen.  
C32

C33 Erstens: Das neu vorgesehene Akteneinsichts- und Zugangsrecht der  
C34 Abgeordneten muß noch einmal überdacht werden. Wir begrüßen die  
D 1 Unterrichtungspflicht des Senats an das Abgeordnetenhaus bei Bundes- und  
D 2 EG-Gesetzen von grundsätzlicher Bedeutung, meinen aber, daß das  
D 3 Akteneinsichts- und Zugangsrecht doch zu einer erheblichen  
D 4 Beeinträchtigung des Regierungshandels führen kann. Hier sollten wir uns  
D 5 an den Grundsatz der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive  
D 6 orientieren.  
D 7

D 8 Zweitens: Auch die Abberufung des Präsidenten und weiterer  
D 9 Präsidiumsmitglieder wäre eine Neuerung, die diese zu einer gewissen  
D10 Neutralität verpflichteten Personen, die ihnen auch einen besonderen  
D11 Status verleiht, voll in die politische Alltagsauseinandersetzung  
D12 einbeziehen würde. Wollen wir das wirklich?  
D13

D14 Drittens: Daß die Opposition immer in von ihr beantragten  
D15 Untersuchungsausschüssen den Vorsitz führen soll, stößt bei uns ebenso auf  
D16 Widerstand wie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bereits mit  
D17 einem Viertel der Mitglieder des Abgeordnetenhauses.  
D18

D19 Viertens: Die Voraussetzungen für eine Abgeordnetenanklage sind nach  
D20 objektiven und subjektiven Tatbestandsmerkmalen nicht ausgereift. Hier  
D21 sollte der Bundesgesetzgeber vorangehen.  
D22

D23 Fünftens: Dies gilt auch für die künftige Regelung der Abgeordnetenbezüge,  
D24 über die die Kommission noch nicht entschieden hat.  
D25

D26 Sechstens: Volksbefragung, Volksinitiative und Volksbegehren sind wir  
D27 bereit, neu zu regeln. Hier kommt es vor allem auf die Quoren an. Ich  
D28 erinnere daran, daß der Bundespräsident zur Volksbefragung,  
D29 Volksinitiative und Volksbegehren geraten, aber vom Volksentscheid



D30 | abgeraten hat, da ein solcher dem Grundsatz der repräsentativen  
D31 | Demokratie, die wir nun einmal haben, widerspricht. Wir werden uns das  
D32 | sehr genau zu überlegen haben und klären müssen, welche Themen dafür  
D33 | überhaupt in Betracht kommen. Verfassungs-, Budget- und Personalfragen  
D34 | scheiden dafür nach unserem Verständnis aus.  
D35 |  
D36 | Siebentens: Wir begrüßen die Richtlinienkompetenz des Regierenden  
D37 | Bürgermeisters und seine Befugnis, die Senatoren - künftig hoffentlich  
D38 | nicht mehr so viele - zu ernennen und zu entlassen. Für die Ernennung  
D39 | bedarf es der Bestätigung durch

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4052

A 1 **Rösler**

A 2  
A 3 das Abgeordnetenhaus in geheimer Wahl. Wir begrüßen auch, daß künftig der  
A 4 Senat bei Kompetenzkonflikten zwischen Senatoren das Entscheidungsrecht  
A 5 haben soll. Zur Frage des ruhenden Mandats hat die Frau Vorsitzende  
A 6 richtig ausgeführt, daß ein wissenschaftliches Gutachten noch aussteht.  
A 7 Diese wichtige Frage müssen wir aber vordringlich lösen.

A 8  
A 9 **Achtens:** Für die Grundrechte ist zu überlegen, ob wir den  
A10 Grundrechtskatalog des Grundgesetzes in unsere Landesverfassung  
A11 übernehmen. Das wäre eine klare und saubere Lösung.

A12  
A13 Die Enquete-Kommission berät jetzt die Verwaltungsreform. Diese ist für  
A14 den einzelnen Bürger sicher nicht unwichtiger, eher wichtiger als die  
A15 Überarbeitung der Verfassung. Es zeichnet sich eine Verringerung der Zahl  
A16 der Bezirke und der Zahl der Stadträte ab. Wichtiger aber ist eine  
A17 konkrete Zuständigkeitsregelung zwischen Haupt- und Bezirksverwaltung. Wir  
A18 sind für die Einheitsgemeinde Berlin im Rahmen einer zweistufigen  
A19 Verwaltung. Deshalb muß die Hauptverwaltung für alle gesamtstädtischen  
A20 Aufgaben zuständig sein, die Bezirke, deren Einfluß wir - auch finanziell  
A21 - stärken wollen, für die übrigen Aufgaben. Die Verwaltungseinheit Berlins  
A22 muß gewährleistet bleiben - die Bezirke dürfen keine Mini-Länder werden.  
A23 Deshalb lehnen wir auch das "politische Bezirksamt" ab, weil es dem  
A24 Charakter der Bezirke als Verwaltungsorganen widerspricht.

A25  
A26 Es handelt sich um einen Zwischenbericht; wir sind mitten bei der Arbeit.  
A27 Ich wünsche der Enquete-Kommission eine erfolgreiche und zügige Arbeit bis  
A28 zum Abschluß der Beratungen, damit allen Abgeordneten alsbald der  
A29 Schlußbericht als Grundlage unserer Meinungsbildung mit möglichst großem  
A30 Konsens vorgelegt werden kann. Denn letztendlich müssen wir entscheiden. -  
A31 Schönen Dank!

A32  
A33 [Beifall bei der CDU und der SPD]

A34  
B 1 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Nächster Redner ist für die Fraktion der  
B 2 PDS der Herr Abgeordnete Dr. Kellner.

B 3  
B 4 **Dr. Kellner (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist mir  
B 5 völlig verständlich, daß die CDU-Fraktion den vorliegenden Zwischenbericht  
B 6 mit Wohlgefallen und Genugtuung betrachtet. Schließlich spiegelt er ihr  
B 7 erfolgreiches Bemühen wider, eine ernsthafte Überarbeitung der Verfassung  
B 8 von Berlin unmöglich zu machen.

B 9  
B10 [Beifall bei der PDS]

B11  
B12 Schon in den Einheits-Ausschüssen hatte die CDU-West die Weichen gestellt.  
B13 Es sei noch einmal an die damalige Situation erinnert: Mit den Stimmen der  
B14 großen Koalition von SPD und CDU-Ost war in der Ost-Berliner Verfassung  
B15 vom Juli 1990 die Forderung verankert worden, für das wiedervereinigte  
B16 Berlin eine neue Verfassung zu erarbeiten. In West-Berlin gab es damals  
B17 eine von der SPD geführte Regierung; die CDU war in der Minderheit.  
B18 Dennoch gelang es der CDU, sich mit ihrer Forderung durchzusetzen, die  
B19 West-Berliner Verfassung lediglich zu überarbeiten. Die SPD betrachtete es  
B20 als Erfolg, neben den Verfassungen von 1948 und 1950 auch die Ost-Berliner  
B21 Verfassung von 1990 als Grundlage der Überarbeitung miteinbezogen zu  
B22 sehen.

B23  
B24 Was für ein lächerlicher Erfolg das war, sehen wir heute! Mit der  
B25 Ersetzung des "Erarbeitens" durch das "Überarbeiten" hatte sich die CDU

B26 eine Sperrminorität gesichert, die sie nunmehr schamlos ausnutzt. Jetzt  
B27 sehen wir, daß es - wenn sich die SPD nicht entschließen kann, in eine  
B28 grundsätzliche politische Auseinandersetzung mit der CDU einzutreten - es  
B29 nicht einmal dazu reichen wird, die nunmehr Gesamtberliner Verfassung auch  
B30 nur kosmetischen Operationen zu unterziehen.  
B31

B32 Es ist offenkundig, daß die CDU nicht daran interessiert ist,  
B33 Meinungsverschiedenheiten mit der SPD in Verfassungsfragen hochkochen zu  
B34 lassen. Sie hat alles getan, um die Arbeiten an der Verfassung hinauszögern  
C 1 und letztlich eine Stimmung der Aussichtslosigkeit und Erfolglosigkeit zu  
C 2 erzeugen. Dreizehn Monate hat es gedauert, ehe die Enquete-Kommission ihre  
C 3 Arbeit überhaupt aufnehmen konnte; fünfzehn weiterer Monate bedurfte es,  
C 4 um diesen dürftigen und sterilen Zwischenbericht vorzulegen. Alles in  
C 5 allem ist fast die halbe Legislaturperiode vorbei! Und die wichtigsten  
C 6 Probleme - dort, wo sich die Geister wirklich scheiden - sind bisher  
C 7 überhaupt noch nicht angesprochen worden bzw. ihre Behandlung hat man  
C 8 gerade erst begonnen. Nicht, daß die im Zwischenbericht angesprochenen und  
C 9 enthaltenen Vorschläge unwichtig oder belanglos wären - die  
C10 Aussichtslosigkeit, angenommen zu werden, spricht für ihre Bedeutung. Die  
C11 Diskussionen über die politischen und sozialen Grundrechte und  
C12 Staatszielbestimmungen jedoch stehen noch aus; und es ist gerade damit  
C13 begonnen worden, über die Verwaltungsreform zu diskutieren. Für  
C14 ernsthaftere Lösungen ist bis heute aber noch kein Land in Sicht!  
C15

C16 Lediglich die die Stellung des Regierenden Bürgermeisters betreffenden  
C17 Artikel 41 bis 43 der Verfassung von Berlin wurden eingehender und  
C18 zugleich außerordentlich kontrovers diskutiert. Es zeigte sich, daß die  
C19 Intentionen von Herrn Diepgen, seine administrative Macht auszubauen,  
C20 nicht auf Gegenliebe stoßen. Wenn vom Senat in diesem Zusammenhang immer  
C21 wieder von einer Erhöhung der Kompetenz der Regierung gesprochen wird, so  
C22 haben doch viele Mitglieder der Enquete-Kommission ernsthafte Zweifel  
C23 daran, daß der Regierende Bürgermeister durch eine weitere Entfaltung des  
C24 bürokratischen Zentralismus kompetenter werden würde.  
C25

C26 Wir sind in diesem Zusammenhang der Meinung, daß jedem Bestreben, die  
C27 Macht der Exekutive zu Lasten des Parlaments weiter auszubauen und zu  
C28 stärken entgegengetreten werden muß und Einhalt zu bieten ist.  
C29

C30 [Beifall bei der PDS]  
C31

C32 Wir sind deshalb gegen jede Neufassung der Artikel 41 bis 43 der  
C33 Verfassung, durch die der Einfluß des Parlaments auf die Bildung des  
C34 Senats eingeschränkt und die Abhängigkeit des Senats und der einzelnen  
D 1 Senatoren vom Vertrauen des Abgeordnetenhauses vermindert oder  
D 2 ausgeschlossen wird. Uns mißfällt überdies, daß die Rolle des Senats als  
D 3 eines Kollegialorgans und damit auch die Stellung der einzelnen Senatoren  
D 4 abgebaut und durch ein fast schon Präsidialregime des Regierenden  
D 5 Bürgermeisters ersetzt werden soll.  
D 6

D 7 Die Diskussionen über die zahlenmäßige Größe des Senats sowie die vom  
D 8 Senat immer wieder lancierte Diskussion über die territoriale  
D 9 Neugliederung der Stadt finden wir ausgesprochen unseriös und von den  
D10 eigentlichen Problemen ablenkend. Wir fragen uns: Wie kann man ernsthaft  
D11 über die Zahl der Senatoren diskutieren, bevor überhaupt klar ist, welche  
D12 Aufgaben künftig zentral und welche von den Bezirken erfüllt werden  
D13 sollen?  
D14

D15 [Beifall bei der PDS]  
D16

D17 Wir haben durchaus Verständnis dafür, daß es den etablierten Parteien  
D18 dieses Hauses nicht gerade sehr angenehm ist, daß allein die PDS ein  
D19 geschlossenes Konzept für die Verwaltungsreform vorgelegt hat.  
D20

D21 [Ach! bei der CDU]  
D22

D23 Es bleibt jedoch allen Parteien unbenommen, auch ihrerseits entsprechende  
D24 Vorstellungen zu entwickeln. Aber auf der einen Seite über  
D25 Verwaltungsreformen zu schwadronieren  
D26

D27 [Frau Ließfeld (SPD): Sie!]  
D28

D29 und andererseits der Auseinandersetzung auszuweichen und die im Januar

D30 | eingebrachten Vorlagen auf die lange Bank zu schieben bzw. vom Tisch zu  
D31 | wischen - dafür wird es spätestens bei den nächsten Wahlen die Quittung  
D32 | geben!

D33 |  
D34 | [Beifall bei der PDS]  
D35 |

D36 | Was nun die einzelnen Vorschläge im Zwischenbericht anbelangt, so findet  
D37 | ein erklecklicher Teil von ihnen unsere ausdrückliche Zustimmung:

D38 |  
D39 | - So befürworten wir die vorgesehene Möglichkeit, Mitglieder des  
D40 | Parlamentspräsidiums von ihrer Funktion abberufen zu können, wenn ihnen  
D41 | zwei Drittel oder mehr Mitglieder des Abgeordnetenhauses das Vertrauen  
D42 | entziehen.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4053

A 1 | **Dr. Kellner**

- A 2 |
- A 3 | - Wir sind für die Regelung des Zugangs der Abgeordneten zu den Behörden
- A 4 | und für das Akteneinsichtsrecht der Abgeordneten.
- A 5 |
- A 6 | - Auch die Regelung für die Ausschüsse und die Verselbständigung der
- A 7 | Regelung des Petitionswesens werden von uns befürwortet.
- A 8 |
- A 9 | - Weiterhin stimmen wir der Regelung über den Datenschutzbeauftragten und
- A10 | über die Möglichkeit der Einsetzung weiterer Landesbeauftragter zu.
- A11 |
- A12 | - Selbstredend sind wir auch für die Stärkung der Opposition im
- A13 | Zusammenhang mit der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. Das
- A14 | betrifft insbesondere die Bestimmungen darüber, daß ein
- A15 | Untersuchungsauftrag gegen den Willen der Antragssteller nicht
- A16 | verändert werden darf und daß ein von der Opposition beantragter
- A17 | Untersuchungsausschuß von einem Vertreter der Opposition geleitet
- A18 | werden soll. Das gilt aber auch für die besonderen Bestimmungen der
- A19 | Beweiserhebungen.
- A20 |
- A21 | - Wir stimmen schließlich auch den Regelungen über Unterrichts- und
- A22 | Informationspflichten des Senats zu und sind selbstverständlich auch
- A23 | für die verschiedenen Formen politischer Teilhaberechte, also Formen
- A24 | von in Aussicht genommenen Bürgerbeteiligungen - wenngleich wir sie
- A25 | nicht als Ersatz für Bürgernähe und Bürgereinfluß ansehen, wie sie
- A26 | letzten Endes nur durch eine grundlegende Verwaltungsreform erreicht
- A27 | werden können und müssen.
- A28 |

A29 | Wir hätten uns hier liebend gern mit den Feinheiten in Aussicht genomener

A30 | Regeln auseinandergesetzt. Das lohnt aber leider noch nicht, denn das, was

A31 | hier heute stattfindet, ist ein Scheingefecht in Sachen Verfassungsreform.

A32 | Es ist eine Alibiveranstaltung. Die regierenden Parteien tun so, als ob

A33 | etwas geschehe, sind sich dabei aber völlig im klaren, daß überhaupt

A34 | nichts passiert. Wahrlich ein Trauerspiel!

B 1 |

B 2 | [Beifall bei der PDS]

B 3 |

B 4 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt die

B 5 | Kollegin Frau Professor Riedmüller-Seel das Wort. - Bitte schön!

B 6 |

B 7 | **Frau Dr. Riedmüller-Seel (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

B 8 | Bevor ich auf die - aus meiner Sicht - wichtigsten Ergebnisse eingehe,

B 9 | möchte ich - wie auch einige meiner Vorredner - einige Anmerkungen zur

B10 | Geschichte der Arbeit zur Verfassungsreform in der Enquete-Kommission

B11 | machen. Dazu gehört auch das mangelnde Interesse des Abgeordnetenhauses

B12 | selbst an der Enquetearbeit, vielleicht heute bedingt durch die Aktualität

B13 | eines anderer Themen.

B14 |

B15 | Ich beginne mit den Erwartungen an eine Verfassungsreform im Land Berlin

B16 | und nenne dazu einige Stichworte, um Sie daran zu erinnern, wie hoch diese

B17 | Erwartungen eigentlich sein könnten oder - vielleicht muß man schon sagen

B18 | - zumindest in der Vergangenheit waren: Berlin erlebt die Einheit; Berlin

B19 | hat sich vereint; die Stadtverordnetenversammlung im Ostteil der Stadt

B20 | löst sich nach acht Monaten freier parlamentarischer Arbeit selbst auf;

B21 | die Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR artikuliert ihre Ansprüche. -

B22 | Ich springe jetzt in den wichtigsten Realitätsbezügen und nehme unsere

B23 | Kommission als nächsten Schritt: die Enquete-Kommission erhält den

B24 | Auftrag, für eine Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung. Hier bin schon

B25 | in Differenz zu meinem Vorredner, Herrn Rösler, der von Überarbeitung

B26 gesprochen hat - ich spreche von Erarbeitung; - dann wird Berlin  
B27 Regierungssitz der neuen Bundesrepublik.  
B28

B29 All diese Ereignisse hätten an eine Verfassungsreform in Berlin hohe  
B30 Erwartungen stellen können, hätten die Arbeit der Kommission spannend  
B31 machen können, wir hätten die Chance ergreifen können, die Demokratie, die  
B32 demokratischen Institutionen in der neuen Republik vorzuleben. Ich  
B33 persönlich hatte nach der Einheit und nach der Entscheidung für den  
B34 Regierungssitz gedacht, daß wir diese Vorlebefunktion für Deutschland in  
C 1 Berlin erhalten könnten. Aber die Wirklichkeit ist wie immer anders.  
C 2 Zuerst wurde die Enquete-Kommission verzögert eingesetzt, dann stellten  
C 3 die Kollegen von der CDU eine grundsätzliche Verfassungsreform in Frage,  
C 4 dann mußten wir sie "zum Jagen tragen" - ich persönlich war trotz der  
C 5 Schwere der Kollegen selbst daran beteiligt.  
C 6

C 7 [Vereinzelter Beifall bei der SPD und der PDS]  
C 8

C 9 Dann konnten an wesentlichen Punkten der Verfassungsreform nur eine müde,  
C10 einfache Mehrheit gefunden werden. All dies ist im Bericht dargestellt,  
C11 ich wollte es nur noch einmal komprimiert in Erinnerung bringen.  
C12

C13 Was die einzelnen Vorschläge der Enquete-Kommission anbelangt, haben wir  
C14 den Bericht in vier Bereichen diskutiert, wobei wir drei davon fast  
C15 abgeschlossen haben: Der erste Bereich ist die Parlamentsreform, der  
C16 zweite Regierung und Verwaltung, der dritte Bürgerbeteiligung. Wir sind  
C17 noch nicht bei der Grundrechts- und Staatszieldebatte angelangt; diese  
C18 Diskussion wird sicherlich sehr strittig verlaufen.  
C19

C20 Ich nenne einige Stichworte, die die Philosophie der Arbeit an der  
C21 Verfassungsreform markieren sollen: Die Parlamentsreform - Wo liegen hier  
C22 die Herausforderungen an die parlamentarische Demokratie? Wir sind vom  
C23 Ziel einer Stärkung der Kontrollfunktion des Parlaments ausgegangen. Ein  
C24 Grund dafür liegt nicht nur in der Müdigkeit des Geschehens - ich stelle  
C25 die ja auch hier im Saal fest -, sondern auch eine allgemeine  
C26 Verdrossenheit gegenüber politischen Institutionen in unserem Lande. Wir  
C27 haben uns trotz dieser großen Probleme, die wir vor uns haben, nur kleine  
C28 Reformen vornehmen können. Dazu gehört die Unterrichtungspflicht der  
C29 Regierung, dazu gehört das Akteneinsichtsrecht, das wir allerdings - im  
C30 Unterschied zu unseren brandenburgischen Kollegen - an Quoren in den  
C31 Ausschüssen binden, dazu gehört vor allen Dingen auch die Stärkung der  
C32 Opposition, der wir im parlamentarischen Prozeß eine stärkere Rolle geben  
C33 wollen.  
C34

D 1 In vielen diesen Punkten - das hat Herr Rösler sehr gut dargestellt -  
D 2 besteht keine Einigung mit der CDU. Wir wollen auch einige für die  
D 3 Stadtstaaten typische Verflechtung von Regierungs- und  
D 4 Parlamentsfunktionen ändern. Dazu gehört nicht nur die Frage der  
D 5 Unvereinbarkeit von Amt und Mandat im Falle der Senatoren, sondern auch  
D 6 die Frage der Wahl der Senatoren und die Richtlinienkompetenz des  
D 7 Regierenden Bürgermeisters. Wir haben im Bericht Vorschläge dazu  
D 8 unterbreitet.  
D 9

D10 Einen wichtigen Stellenwert im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform hat  
D11 die Diskussion über die Stellung der Bezirke in Kompetenzabgrenzungen zu  
D12 den Senatsverwaltungen eingenommen. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit  
D13 der Bezirke stärken, aber sie nicht aus der Gesamtverantwortung entlassen.  
D14 Diesen Vorwurf weise ich zurück.  
D15

D16 Ein wesentliches Anliegen der Verwaltungsreformen, soweit sie die  
D17 Verfassungsänderungen betreffen, sind natürlich die Bürgernähe und die  
D18 Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Das hier Defizite vorliegen, wissen wir  
D19 alle.  
D20

D21 Hinsichtlich vieler Punkte bleibt für die parlamentarische Arbeit viel zu  
D22 tun, da die Mitglieder der Enquete-Kommission - wie bereits gesagt - nur  
D23 zu einfachen Mehrheiten zu bewegen waren. Dieses schwache  
D24 Beratungsergebnis haben wir auch bei einem Kernpunkt einer  
D25 Verfassungsreform auf Länderebene, nämlich die Bürgerbeteiligung, wie wir  
D26 sie als Volksinitiative in dem Stufenmodell "Volksinitiative,  
D27 Volksbegehren und Volksentscheid" vorschlagen. Ich hätte große Lust, als  
D28 Sozialwissenschaftlerin Ihnen einen Vortrag über Gründe für die  
D29 Politikverdrossenheit in unserem Lande zu halten, aber ich halte mich

D30 | zurück, weil ich zuwenig Zuhörer habe.

D31 |

D32 | [Pewestorff (PDS): Aber interessierte!]

D33 |

D34 | Das, was wir heute in der öffentliche Diskussion über die  
D35 | Politikverdrossenheit erleben, nämlich daß die Bürger die Ehrlichkeit, die  
D36 | Durchschaubarkeit, die Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen in  
D37 | Frage stellen, begründet sich auch darin, daß die Bürger keine Chance zur  
D38 | Mitwirkung, zur Eigeninitiative, zum Mitmachen generell erhalten. Wir  
D39 | haben ein Stufenmodell von

**12. Wahlperiode****48. Sitzung****Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993**

Seite: 4054

A 1 | **Frau Dr. Riedmüller-Seel**

A 2  
A 3 | Beteiligungsrechten vorgelegt, das auch dem Vorwurf entgegenet, wir würden  
A 4 | hier einen Nebenschauplatz politischer Entscheidungs- und  
A 5 | Willensbildungsprozesse aufmachen, sozusagen das Parlament durch die  
A 6 | Demokratie von unten aushebeln und entmachten. Wir haben ein  
A 7 | Dreistufenmodell vorgelegt, das auch in allen seinen  
A 8 | Entscheidungsprozessen wieder an die parlamentarische Beratung  
A 9 | zurückgebunden ist, das Quoren hat, die einen Mißbrauch einer  
A10 | Volksinitiative zur Beliebigkeit verhindern kann. Wir haben es sehr hoch  
A11 | gehängt, eine eigene Gesetzesinitiative einzubringen, und haben das  
A12 | Parlament als das letzte Beratungsgremium auch wieder mit verankert.  
A13 | Leider haben wir bei diesem sehr wichtigen Punkt der Bürgerbeteiligung  
A14 | eine sehr dünne Mehrheit, wenn wir uns auch beim Fall der Volksinitiative  
A15 | zwischen den beiden Koalitionsparteien doch näher gekommen sind. Wir haben  
A16 | uns nicht dem Vorbild der neuen Bundesländer anschließen können, auch der  
A17 | CDU-regierten Bundesländer wie Sachsen, die sehr weitgehende  
A18 | Bürgerbeteiligungsmechanismen in ihre Verfassung eingebaut haben; wie  
A19 | überhaupt die neuen Bundesländer uns hier auch am Beispiel der  
A20 | Parlamentsreform einiges zur Erneuerung der Institutionen vormachen. Wir  
A21 | sind an diesen Punkten in der Beratung auch sehr weit weg von Brandenburg,  
A22 | das sollten wir in den Schlußberatungen sehr hart erwähnen, wie weit wir  
A23 | uns von Brandenburger Verfassungsentwicklungen entfernen sollten, wenn wir  
A24 | eine Vereinigung Ernst nehmen.

A25  
A26 | Ich habe nur in der Kürze Beispiele gebracht, die Ergebnisse markieren, um  
A27 | vielleicht Interesse bei Ihnen zu wecken, für die parlamentarischen  
A28 | Beratungen, die noch ausstehen, die Chance für eine Verfassungsreform in  
A29 | Berlin im Sinne einer Vorbildfunktion auch wahrzunehmen. - Ich danke  
A30 | Ihnen!

A31  
A32 | [Beifall bei der SPD]

A33  
A34 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne jetzt  
B 1 | die Kollegin Künast!

B 2  
B 3 | **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich  
B 4 | möchte zu drei Bereichen - nicht als Vorsitzende, sondern als Vertreterin  
B 5 | dieser Fraktion - Stellung nehmen, um einmal darzustellen, woher  
B 6 | Unzufriedenheit kommen kann, wenn man in dieser Enquete-Kommission  
B 7 | mitarbeitet.

B 8  
B 9 | Nehmen wir einmal den Bereich Stärkung des Regierenden Bürgermeisters, der  
B10 | offensichtlich viele vorrangig interessiert. Ich denke, daß bei aller  
B11 | Diskussion und dem, wo sich in der Enquete-Kommission einfache Mehrheiten  
B12 | gefunden haben, man sagen kann: Auch an dieser Stelle fährt der Zug in die  
B13 | falsche Richtung. Die ganzen Ideen beruhen auf dem Bericht der  
B14 | Stadtstaatenkommission vom März 1988, das heißt, auf einem Bericht, der zu  
B15 | einer anderen politischen Zeit gemacht wurde und darauf abzielte, in den  
B16 | Stadtstaaten die Kompetenzen der Exekutive - der Regierungsmitglieder bzw.  
B17 | des Ministerpräsidenten - zu stärken. Danach ist aber viel passiert. Nach  
B18 | dem März 1988 haben wir im Westen festgestellt, daß es zunehmend Parteien-  
B19 | und Politikverdrossenheit gibt, und haben schon angefangen, andere Dinge  
B20 | zu diskutieren: mehr Durchsichtigkeit, Verbreiterung der  
B21 | Entscheidungsprozesse; wir haben uns da noch bestätigt gesehen durch all  
B22 | das, was im Herbst 1989 im Osten dieser Republik und dieser Stadt passiert  
B23 | ist. Nach alledem wird eigentlich diskutiert, daß Politik sich damit  
B24 | beschäftigen muß, wie sie selber transparenter wird, wie sie  
B25 | Entscheidungsmöglichkeiten wieder in die Bevölkerung transportieren,



B26 delegieren kann. Und was machen wir? Die Mehrheit dieser Enquete-  
B27 Kommission sagt, nach der Stadtstaatenkommission vom März 1988 - aus  
B28 heutiger Sicht von anno Tobak, weil dazwischen politisch viel passiert ist  
B29 - richten wir uns aus. Ich denke, der Zug fährt an der Stelle in eine  
B30 falsche Richtung.

B31  
B32 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
B33

B34 Das kann man auch an einem Beispiel gut festmachen, daß es geradezu absurd  
C 1 ist, bei alledem, was öffentlich diskutiert wird, jetzt so zu agieren, wie  
C 2 die Mehrheit der Enquete-Kommission das an der Stelle tut. Bei der Wahl des  
C 3 Regierenden Bürgermeisters und der Senatoren gibt es nach bisheriger  
C 4 Verfassungslage eine Aussprache. Meine Fraktion hat beantragt, zu dieser  
C 5 Aussprache in Zukunft auch eine Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten  
C 6 zu setzen. Was ist in dieser Zeit der Parteien- und Politikverdrossenheit  
C 7 dabei mehrheitlich herausgekommen? Es wird in Zukunft nicht einmal mehr  
C 8 eine Aussprache geben. Da frage ich mich: Was soll eigentlich die  
C 9 Opposition in den ersten drei Sitzungen des Plenums tun? Am besten ist -  
C10 das schlagen Sie uns offensichtlich vor: Diäten beziehen, aber ansonsten  
C11 brav hier sitzen; dann können wir auch zu Hause bleiben. Mit Demokratie  
C12 1993 hat das überhaupt nichts zu tun.

C13  
C14 [Beifall bei Bü 90/Grüne,  
C15 bei der PDS und der FDP]  
C16

C17 Man kann das beispielhaft auch an anderen Bereichen festmachen. Bei den  
C18 Oppositionsrechten ist gerade einmal hier oder da ein Quorum  
C19 heruntergesetzt worden; da gibt es das Recht der ersten Erwiderung einer  
C20 Oppositionsfraktion nach einer Regierungserklärung. Das war es dann schon.  
C21 Da kann man nur sagen: Das war die donnernde Änderung. Das ist meines  
C22 Erachtens für den großen Begriff Oppositionsrechte eigentlich nichts, muß  
C23 ich sagen.  
C24

C25 Und bei der Verwaltungsreform, die wir diskutieren, muß ich auf eines  
C26 hinweisen: Wir regeln dort zwar in der Kommission einige Bereiche, aber  
C27 ich möchte nur einmal klarstellen: Etwas sehr Wichtiges wird außerhalb  
C28 dieser Kommission passieren, nämlich die im Allgemeinen  
C29 Zuständigkeitsgesetz zu klärende Frage, welche Rechte die Hauptverwaltung  
C30 hat, welche Rechte die Bezirke haben. Da geht es ans Eingemachte, und da  
C31 wird sich auch beweisen, wer hier eigentlich eine Politisierung und  
C32 Stärkung der Bezirke will. Die Mehrheit der Enquete-Kommission,  
C33 insbesondere die CDU, will sie nicht, was mich mit Bedauern erfüllt.  
C34

D 1 Nach meiner persönlichen Einschätzung kommt die Enquete-Kommission ihrem  
D 2 Auftrag heute noch nicht so richtig nach, die von der Ost-Berliner  
D 3 Stadtverordnetenversammlung beschlossene Verfassung gleichberechtigt zu  
D 4 berücksichtigen. Es ist eher so, daß an vielen Stellen - das muß ich  
D 5 gerade in Richtung CDU sagen - doch wieder und oft gesagt wird: "Wir sind  
D 6 doch gut gefahren." - Herr Rösler hat das auch gerade gesagt - und dem  
D 7 Auftrag nach der Verfassung eigentlich nicht nachgekommen wird. Dabei  
D 8 wundert es mich, warum es hier noch nicht einen Massenaufstand der  
D 9 Abgeordneten aus dem Ostteil dieser Stadt - fraktionsübergreifend -  
D10 gegeben hat. Aber das werden wahrscheinlich auch nur diese erklären  
D11 können. Ich kann nur die Frage in den Raum stellen, warum denn nicht mehr  
D12 eingefordert wird angesichts der Tatsache, daß hier einige einfach in  
D13 Status quo machen. Hier und da ein bißchen ändern - das war's. Mich stellt  
D14 das nicht zufrieden.  
D15

D16 Die Enquete-Kommission steht auch darüber hinaus einigen Schwierigkeiten  
D17 gegenüber. Einige haben nämlich ganz massiv überhaupt nicht das Interesse,  
D18 etwas an dieser Verfassung zu ändern, sie tatsächlich den modernen  
D19 Gegebenheiten anzupassen; vornean der Regierende Bürgermeister, der immer  
D20 mal wieder an der Enquete-Kommission und damit am Parlament vorbei  
D21 Verfassungsinitiativen startet. Da springt er dann als Tiger los,  
D22 üblicherweise wird er dann immer wieder ausgebremst. Ich halte das aber  
D23 schlichtweg für eine Unverschämtheit, wenn es uns auch zeigt, wie wenig  
D24 ernst diese Überarbeitung eigentlich genommen wird. Ich darf Sie darauf  
D25 hinweisen, daß vornean der Regierende Bürgermeister in seiner Vorlage zum  
D26 Thema Berlin-Brandenburg einen Satz hatte, der sagte: Wir müssen uns doch  
D27 fragen, ob es sich im Hinblick auf ein gemeinsames Bundesland überhaupt  
D28 noch lohnt, die jetzige Berliner Verfassung zu überarbeiten. - Ich  
D29 verstehe seine Angst, weil das dann tatsächlich nach zweimaliger

D30 | Überarbeitung oder beim nächsten Mal Neuerarbeitung eine sehr moderne und  
D31 | fortschrittliche Verfassung war. Ich muß aber sagen, daß ich der Ansicht  
D32 | bin, daß es für einen Regierenden Bürgermeister eine Unverschämtheit ist,  
D33 |

D34 | [Palm (CDU): Na, na!]  
D35 |

D36 | so mit der Verfassung umzugehen, die schließlich sagt: Es ist zu  
D37 | überarbeiten, und das ganze ist am Ende einem Volksentscheid zu  
D38 | unterziehen. - Sie können das nachlesen bei den einführenden Worten zu  
D39 | dieser Berlin-Brandenburg-Vorlage.

D40 |  
D41 | [Palm (CDU):  
D42 | Trotzdem ist es keine Unverschämtheit!]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4055

A 1     **Frau Künast**

A 2  
A 3     Ich halte das für eine Unverschämtheit, gerade den Ost-Berlinerinnen  
A 4     gegenüber, und einen wirklich sehr lapidaren Umgang mit der jetzt gültigen  
A 5     Verfassung, zu sagen: Wir wollen es lieber nicht. -

A 6  
A 7                     [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]

A 8  
A 9     Herr Rösler hat gesagt, wir seien doch mit der jetzigen Verfassung nicht  
A10     schlecht gefahren. Das ist wirklich putzig angesichts der Tatsache, daß  
A11     wir überarbeiten müssen. Ich kann Ihnen zu dem Satz sagen, Herr Rösler:  
A12     Wir fahren überhaupt nicht! Mit dieser jetzt gültigen Verfassung bewegt  
A13     sich gar nichts. Ich will nur ein Beispiel zu dem Themenbereich nennen,  
A14     der demnächst ansteht: Grundrechte, Staatszielbestimmung. Wir haben unter  
A15     dem Dach des Grundgesetzes die Feststellung, daß Frauen und Männer  
A16     gleichberechtigt sind. Und wenn wir hier herumgucken, wenn wir auf die  
A17     Senatsbänke gucken, wenn wir in viele gesellschaftliche Bereiche gucken,  
A18     in alle drei Gewalten - Legislative, Exekutive, Gerichte -, müssen wir  
A19     feststellen, daß das alles ein Männergruppenbild mit vereinzelt Damen  
A20     ist. Und da behaupten Sie, wir würden mit dieser Verfassung irgendwohin  
A21     fahren. Das ist etwas Statisches; diese Verfassung steht. Und deshalb will  
A22     ich als letztes meiner Hoffnung Ausdruck geben - vielleicht sind die  
A23     Frauen dann aktiver und fordern bei den Staatszielen mehr ein -, daß  
A24     wenigstens, wenn es um die Gleichstellung von Frau und Mann geht, sich  
A25     demnächst in der Diskussion in der Enquete-Kommission etwas tut. Ansonsten  
A26     drängt sich irgendwann die Frage auf: Was tun wir dort eigentlich?

A27  
A28                     [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]

A29  
A30     **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Nächster Redner - für die Fraktion der  
A31     FDP Herr Abgeordneter Cornelius.

A32  
A33     **Cornelius (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die bisherigen  
A34     Beiträge zur Arbeit der Enquete-Kommission Verfassungsreform sind ein  
B 1     Spiegelbild der Arbeit in der Kommission selbst. Sie sind damit auch  
B 2     Ausdruck der Tatsache, wie in der Kommission gearbeitet wird. Ich muß die  
B 3     Feststellung der Vorsitzenden der Kommission zwar unterstützen, daß wir  
B 4     unsere Hausaufgaben nicht erfüllt haben, aber auch fragen, ob das von  
B 5     Anbeginn an überhaupt möglich war. Selbstverständlich sind  
B 6     Verfassungsfragen vor allem Fragen des historischen und des gegenwärtigen  
B 7     Selbstverständnisses und können nicht im Ad-hoc-Verfahren erledigt werden.  
B 8     Ich möchte damit auch zum Ausdruck bringen, daß die Kommission sich mit  
B 9     Akribie, mit Sachverstand und auch mit Mühsal durch die im einzelnen  
B10     behandelten Themen hindurchgearbeitet hat.

B11  
B12     Allerdings - insoweit muß ich meine Vorrednerinnen und Vorredner  
B13     unterstützen - sind im wesentlichen bisher Meinungsbilder und  
B14     Tendenzbeschlüsse gefaßt worden. Es zeichnet sich nicht ab, daß in  
B15     wesentlichen Fragen eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Kommission und  
B16     möglicherweise auch in diesem Hause hergestellt werden kann. Das liegt vor  
B17     allen Dingen an zwei sich konträr gegenüberstehenden Seiten. Die eine  
B18     Seite ist der Auffassung - wie es der Herr Kollege Rösler zum Ausdruck  
B19     gebracht hat -, daß die bisherige Verfassung sich bewährt hat, daß sie zu  
B20     überarbeiten ist, daß sie zu modernisieren ist, aber daß sie keiner  
B21     Totalrevision zu unterwerfen ist.

B22  
B23                     [Beifall des Abg. Biederbick (FDP)]

B24  
B25     Die andere Seite ist der Auffassung, daß die Überarbeitung der Verfassung

B26 zu einer generell moderneren - in Anführungsstrichen - Verfassung führen  
B27 soll; das bedeutet, daß eine Anpassung an die teilweise im  
B28 Schnellverfahren hergestellten Verfassungen in den neuen Bundesländern  
B29 erreicht werden soll, daß Grundrechte in einem umfassenden Katalog  
B30 aufgenommen werden sollen und auch die Staatszielvorstellungen in die  
B31 Landesverfassung Eingang finden sollen. Unsere Position dazu lautet: Wir  
B32 sind ebenfalls der Auffassung, daß die bisherige, über 40 Jahre bewährte  
B33 Verfassung im wesentlichen eine tragfähige Grundlage für die Arbeit  
B34 innerhalb dieses Landes gegeben hat, und wir sind der Auffassung, daß es  
C 1 keine Not gibt, sie in wesentlichen Punkten zu verändern. Wir sind deshalb  
C 2 auch gegen eine totale Überarbeitung der Verfassung.  
C 3

C 4 Zu den einzelnen Punkten: Was das Akteneinsichtsrecht und das Zugangsrecht  
C 5 der Abgeordneten betrifft, so klingt das zunächst einmal sehr  
C 6 publikumswirksam, sehr fortschrittlich, aber wir sollten dabei überdenken,  
C 7 ob die Gewaltenteilung dabei genügend berücksichtigt ist, und die  
C 8 bisherigen Beschlüsse dazu noch einmal einer Überprüfung unterziehen.  
C 9

C10 Zur zweiten Frage - Abberufung der Präsidentin bzw. des Präsidenten und  
C11 der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten - haben wir ebenfalls  
C12 Bedenken, diese Frage in das politische Kraftfeld dieses Parlaments  
C13 einbeziehen zu wollen. Wir haben auch gegen diese vorgesehene Regelung  
C14 Bedenken.  
C15

C16 Grundsätzlich sind wir zur Frage der Opposition der Auffassung, daß die  
C17 Rechte der Opposition tatsächlich gestärkt werden müssen, aber das ist mit  
C18 einzelnen Bestimmungen der Verfassung nicht ohne weiteres möglich. Wir  
C19 haben bisher Artikel 25 Abs. 3 in der Verfassung, der die Rechte der  
C20 Opposition regelt. Was bringt aber diese Bestimmung? - Im tatsächlichen  
C21 politischen Geschehen bringt sie wenig oder gar nichts. Wir haben die  
C22 Feststellung zu treffen, daß sich in der Regel - wie in vielen anderen  
C23 Parlamenten auch - gegenüberstehen die Regierungsfractionen als  
C24 verlängerter Arm der Regierung und die Oppositionsfractionen, die im  
C25 wesentlichen nicht über die Mittel und Möglichkeiten der Regierung und  
C26 damit auch der Regierungsfractionen verfügen. Da müßte der Hebel angesetzt  
C27 werden, wenn man zu einer Stärkung der Rechte der Opposition kommen will,  
C28 nicht aber bei verbalen Festlegungen innerhalb der Verfassung, über die  
C29 Festlegung hinaus, die bereits in der bestehenden Verfassung gilt.  
C30

C31 Sicher - das wäre zu überlegen - wäre es vorteilhaft, das Quorum für die  
C32 Untersuchungsausschüsse herabzusetzen, und sicher sollte - nicht aber: muß  
C33 - überlegt werden, ob der Vorsitz prinzipiell einer Oppositionsfraction  
C34 übertragen werden kann. Ich halte es aber nicht für richtig, diese  
D 1 Bestimmung in eine zwingende Bestimmung umzudeuten. Ich würde auch dagegen  
D 2 verfassungsrechtliche Bedenken haben.  
D 3

D 4 Die Regelung, wie sie zur Zeit für die Abgeordnetenanklage vorgesehen ist,  
D 5 halten wir ebenfalls nicht für ausgereift. Auch diese Regelung müßte - das  
D 6 hat auch die Diskussion in der Kommission ergeben - noch dahin gehend  
D 7 überprüft werden, ob eine Regelung mit wenig interpretierbaren  
D 8 Ausführungen möglich ist.  
D 9

D10 Offen sind die Fragen der Diäten und der Rechtsstellung der Fractionen.  
D11 Ohne daß die Fragen abschließend diskutiert worden sind, meine ich, daß  
D12 eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Fractionen und den  
D13 Mitgliedern der Kommission hergestellt werden kann. Wir sollten dazu aber  
D14 abwarten, wie die Regelung auf Bundes- und auf Länderebene weiter erfolgen  
D15 wird, und zu dieser Frage zu einem späteren Zeitpunkt kommen.  
D16

D17 Zur Problematik der plebiszitären Elemente: Frau Riedmüller-Seel hat sich  
D18 dafür - auch in der Kommission - sehr engagiert. Diese Frage wird zuweilen  
D19 zu Unrecht sehr hoch gehängt. Wir müssen uns überlegen - darüber sind wir  
D20 uns einig -, wie die Bürgerbeteiligung in die Verfassung eingeführt werden  
D21 kann, und zwar über das Maß hinaus, in dem dies bisher in der Verfassung  
D22 geregelt ist. Dazu wird es hinsichtlich der Volksinitiative sicherlich  
D23 Konsens geben. Ich denke aber nicht, daß es einen übergreifenden Konsens  
D24 zum Volksbegehren und zum Volksentscheid geben wird. Jedenfalls wird sich  
D25 unsere Fraction dazu nicht verstehen.  
D26

D27 Eine sehr wesentliche Rolle in der Kommission - das hat Frau Künast eben  
D28 auch ausgeführt - hat die Stellung des Regierenden Bürgermeisters und  
D29 seine Kompetenzen in diesem Zusammenhang gespielt. Es war interessant

D30 | festzustellen, daß der Regierende Bürgermeister hier an der Kommission  
D31 | vorbei seine Vorstellungen zu einer Verfassungsänderung eingebracht hat.  
D32 | Die bisherige Regelung - da bin ich mit meiner Fraktion einer Meinung -  
D33 | ist völlig ausreichend und gewährleistet die Kontrollrechte des Parlaments  
D34 | in entsprechendem Umfang. Wir sind folglich gegen eine Veränderung der  
D35 | Stellung des Regierenden Bürgermeisters

D36 |  
D37 | [Beifall der Frau Abg. Dr. Schreyer (Bü 90/Grüne)]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4056

- A 1 | **Cornelius**  
A 2 |  
A 3 | und auch des Wahlverfahrens für den Regierenden Bürgermeister.  
A 4 |  
A 5 | Zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat: Dies hat sich zugespitzt auf die  
A 6 | Frage der Vereinbarkeit von Amt und Mandat bei den Senatoren und bei den  
A 7 | Abgeordneten. Wir halten es für unmöglich,  
A 8 |  
A 9 | [Beifall bei der FDP]  
A10 |  
A11 | daß Mitglieder der ersten Gewalt auch Mitglieder der zweiten Gewalt sind  
A12 | und sich im Grund genommen selbst kontrollieren.  
A13 |  
A14 | [Beifall bei der FDP und der PDS]  
A15 |  
A16 | Und wir sind auch nicht dafür, daß Senatoren, so sie einmal Senatoren  
A17 | wurden, bei Abberufung, aus welchem Grund und nach welchem Zeitraum auch  
A18 | immer, wieder in das Ruhekitzen des Abgeordnetenmandats zurückschlüpfen  
A19 | können.  
A20 |  
A21 | [Biederbick (FDP): Keiner hat sie gezwungen,  
A22 | Senatoren zu werden!]  
A23 |  
A24 | Die Unvereinbarkeit von Senatorenamt und Abgeordnetenmandat muß so  
A25 | geregelt werden, daß eine Rückkehr dann auch nicht möglich sein wird. Nur  
A26 | dann ist sie tatsächlich gegeben.  
A27 |  
A28 | [Beifall bei der FDP und der PDS]  
A29 |  
A30 | Zu den Grundrechten und zu dem Grundrechtskatalog sind vielfältige  
A31 | Ausführungen getroffen worden. Der Spielraum, den die Landesverfassung  
A32 | dort hat, ist nicht dazu geeignet, diese Landesverfassung mit Grundrechten  
A33 | und Staatszielbestimmungen zu überfrachten. Die Regelungen, so wie sie im  
A34 | Grundgesetz enthalten sind, reichen aus. Es bedarf nicht einer  
B 1 | zusätzlichen Regelung, es sei denn, man schreibt sie einfach ab.  
B 2 |  
B 3 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Cornelius, ich muß Sie bitten, zum  
B 4 | Schluß zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon weithin überschritten.  
B 5 |  
B 6 | **Cornelius (FDP):** Ja! – Zur Verringerung der Zahl der Bezirke: Wir sind für  
B 7 | die Verringerung der Zahl der Bezirke. Wir sind noch keiner Meinung  
B 8 | hinsichtlich der Bildung des politischen Bezirksamtes. Dort befinden wir  
B 9 | uns noch im Meinungsbildungsprozeß. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!  
B10 |  
B11 | [Beifall bei der FDP]  
B12 |  
B13 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die parlamentarische Gruppe Neues  
B14 | Forum/Bürgerbewegung hat jetzt die Kollegin Kukutz das Wort!  
B15 |  
B16 | **Frau Kukutz (Neues Forum):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch  
B17 | wir haben eine sachverständige Mitarbeiterin in der Verfassungskommission.  
B18 | Auch wenn ich glaube, daß unsere Stellungnahme hier niemanden  
B19 | interessiert, möchte ich eine Zwischenbilanz ziehen.  
B20 |  
B21 | Nach langer Anlaufzeit arbeitet die Enquete-Kommission des Berliner  
B22 | Abgeordnetenhauses nun seit fünfzehn Monaten hinter verschlossenen Türen,  
B23 | aber die neue Verfassung ist noch immer im embryonalen Zustand. Zähe  
B24 | Debatten und formale Diskussionen zwischen den Parteien verzögern die  
B25 | Arbeit sinnlos. Die OstBerliner Verfassung ist in noch nicht einmal einem

B26 halben Jahr von engagierten Laien erarbeitet worden; jetzt aber  
B27 debattieren unwillige Fachleute. Die staatliche Einheit ist zwar  
B28 hergestellt, aber die innere Einheit noch lange nicht. Gerade hier in  
B29 Berlin wird das jeden Tag deutlich. Obwohl die sozialen Probleme auch im  
B30 Westteil der Stadt zunehmen, sind die im Ostteil weitaus größer. Wir sind  
B31 zwar dafür, daß der Staat so weit wie möglich zurückgedrängt werden soll,  
B32 was aber nicht bedeuten darf, ihn aus der Verantwortung zu entlassen.  
B33 Deshalb brauchen wir eine klare Bestimmung der Staatsziele und die  
B34 Verstärkung der sozialen Grundrechte in der Verfassung.

C 1  
C 2 Hauptanliegen der Bürgerbewegung ist nach wie vor die Demokratisierung der  
C 3 Gesellschaft und die Verwirklichung von Bürger- und Menschenrechten.  
C 4 Beides ist am besten zu erreichen, wenn die Rechte des einzelnen geschützt  
C 5 und gestärkt werden. Aber es sind nicht nur die Rechte des einzelnen  
C 6 Bürgers zu gering, sondern auch die die einzelnen Abgeordneten. Der  
C 7 einzelne Abgeordnete darf in seinen verfassungsmäßigen Rechten auch nicht  
C 8 durch die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses eingeschränkt werden.  
C 9 Wir fordern gleiche Rechte unabhängig davon, ob der Abgeordnete Mitglied  
C10 einer Fraktion ist. Mindestens in einem Ausschuß muß er stimmberechtigt  
C11 sein. Beides ist notwendig, wenn Meinungsfindung im Parlament auch durch  
C12 das Parlament stattfinden soll. Jetzt findet sie fast ausschließlich in  
C13 den Parteien statt.

C14  
C15 Die Verankerung der Bürgerbewegung in der Verfassung hat keine Mehrheit in  
C16 der Enquete-Kommission gefunden. Dagegen sind wir der Meinung, daß nicht  
C17 nur die Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken, sondern auch  
C18 Bürgerbewegungen und andere politische Zusammenschlüsse.

C19  
C20 [Beifall der Frau Abg. Steinborn (PDS)]  
C21

C22 Deshalb fordern wir, daß der Artikel 19 der Ost-Berliner Verfassung in die  
C23 Gesamtberliner Verfassung Eingang findet:

C24  
C25 Vereinigungen, die sich öffentlichen Aufgaben widmen und auf die  
C26 öffentliche Meinung einwirken, genießen als Träger freier  
C27 gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle den besonderen  
C28 Schutz der Verfassung.  
C29

C30 Dies wird von etlichen Abgeordneten als Zerstörung gewachsener westlicher  
C31 Strukturen verstanden anstatt als Möglichkeit, so auch der  
C32 Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und die Menschen außerhalb von  
C33 Parteistrukturen wieder zur politischen Arbeit zu ermuntern. Wir wollen,  
C34 daß sich der einzelne Bürger fortwährend in seine eigenen Angelegenheiten  
D 1 einmischen kann. Dies muß sich in der Verfassung widerspiegeln. Das, was  
D 2 gestern an politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten ausreichend war, um  
D 3 Demokratie zu garantieren, ist es heute nicht mehr.  
D 4

D 5 Um die Demokratie innerhalb und außerhalb der Parlamente zu verändern und  
D 6 zu erweitern, brauchen wir nicht nur Möglichkeiten von Volksbegehren und  
D 7 Volksentscheid, sondern auch Initiativrecht von Bürgern bei  
D 8 Gesetzgebungsverfahren, Akteneinsichtsrecht für Bürger bei den  
D 9 Verwaltungen, Rederecht von Bürgerinitiativen in den Ausschüssen, aktives  
D10 und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger, Abschaffung der Fünf-  
D11 ProzentSperrklausel im Wahlgesetz, Grundmandate in den Ausschüssen,  
D12 Bürgerbeauftragte, die die Verwaltung im Auftrag des Parlaments  
D13 kontrollieren, Entbürokratisierung der Verwaltung, Stärkung der kommunalen  
D14 Kompetenzen.  
D15

D16 Diese Vorschläge sind zum Teil abgelehnt worden bzw. ist der Bereich  
D17 "direkte Demokratie und Oppositionsrechte" im Laufe des letzten Jahres so  
D18 gut wie nicht in der Enquete-Kommission thematisiert worden. Im Gegenteil!  
D19 Der mündige Bürger wird innerhalb und außerhalb des Parlaments als  
D20 Bedrohung empfunden. Die Einbindung in altbewährte Strukturen soll ihn  
D21 disziplinieren.  
D22

D23 [Frau Abg. Künast (Bü 90/Grüne)  
D24 meldet sich zu einer Zwischenfrage.]  
D25

D26 Der Druck außerhalb des Parlaments auf die Verfassungsdebatte hinter  
D27 geschlossenen Türen fehlt, weil die Menschen angesichts der realen  
D28 wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Probleme in der  
D29 Stadt wenig Interesse an einer abstrakten Verfassungsdiskussion haben.

D30  
D31  
D32  
D33  
D34  
D35  
D36  
D37  
D38

**Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Kukutz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Künast?

**Frau Kukutz** (Neues Forum): Nein! Ich möchte gern weitermachen!

**Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Ich muß außerdem darauf hinweisen, daß Ihre Redezeit um ist, aber wir sind etwas großzügig, da Sie immer nicht mit großer Redezeit bedacht sind!



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4057

A 1 **Frau Kukutz** (Neues Forum): Das ist schön! Es ist nicht mehr lang. - Sie  
A 2 wollen ein Dach über dem Kopf, einen Arbeitsplatz und eine  
A 3 Zukunftsperspektive. Diese Bürgerinteressen müssen sich auch in der  
A 4 Verfassung niederschlagen. Die Verfassungsdiskussion muß gleichzeitig eine  
A 5 Diskussion über die neuen politischen Inhalte sein. Das geht ohne  
A 6 Bürgerbeteiligung nicht.

A 7  
A 8 [Beifall des Abg. Eckert (Bü 90/Grüne)]  
A 9

A10 Wir brauchen zwar eine neue Verfassung, aber diese darf nicht ohne  
A11 intensive Bürgerbeteiligung zustande kommen. Und so fragen wir uns heute,  
A12 ob die Zeit für eine neue Verfassung tatsächlich schon reif ist. Wir  
A13 befinden uns noch im Prozeß der Wiedervereinigung, und die neue Situation  
A14 muß erst analysiert werden. Gerade wir im Osten erleben täglich, wie  
A15 schwer die demokratischen Spielregeln zu lernen sind. Sehr schnell haben  
A16 in allen gesellschaftlichen Bereichen diejenigen wieder an Boden gewonnen,  
A17 die in der DDR politische Verantwortung hatten. Viele Menschen haben das  
A18 Gefühl, daß sie weiterhin ausgegrenzt sind. Oft sind heute schon wieder  
A19 die alten Sätze zu hören wie: Da kann man sowieso nichts machen! Die  
A20 Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen! Nicht auffallen! Bloß  
A21 nichts sagen! Klappe halten! - Diese Sätze drücken auch die  
A22 Politikverdrossenheit der Bürger aus. Nur Politiker, die nicht  
A23 demokratieverdrossen sind, könnten ihr entgegenwirken, indem sie  
A24 Demokratie zulassen und die politischen Teilhaberechte der Bevölkerung  
A25 erweitern, indem sie das Parlament stärken und seine Arbeit transparent  
A26 gestalten. - Danke!

A27  
A28 [Beifall bei Neues Forum und bei der PDS]  
A29

A30 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
A31 Der Tagesordnungspunkt ist damit für heute erledigt.

A32  
A33 Wenn hier auch mehrfach Kritik am bisher etwas schleppenden Verfahren der  
A34 Arbeit in der Enquete-Kommission geäußert wurde, sollten wir dennoch für  
B 1 das bisher Geleistete danken, vor allen Dingen den fleißigen  
B 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung,  
B 3

B 4 [Allgemeiner Beifall]  
B 5

B 6 und damit auch den Wunsch verbinden, daß man zu einer zügigen Beratung  
B 7 kommt, die doch noch zu konsensfähigen Ergebnissen führt.

B 8  
B 9 [11]  
B10

B11 Ich rufe dann auf  
B12 **lfd. Nr. 11:**  
B13

B14 **a) Drucksache 12/2748:**  
B15 **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vom 26.**  
B16 **April 1993 zum Antrag der Fraktion der FDP über Gesetzesinitiative zum**  
B17 **Ladenschlußgesetz, Drucksache 12/732**  
B18

B19 **b) Drucksache 12/2749:**  
B20 **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vom 26.**  
B21 **April 1993 zum Antrag der Fraktion der FDP über Gestaltung des**  
B22 **Ladenschlußgesetzes im öffentlichen Interesse, Drucksache 12/733**  
B23

B24 **c) Drucksache 12/2750:**

B25 **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vom 26.**  
B26 **April 1993 zum Antrag der Fraktion der PDS über Zukunft des Berliner**  
B27 **Einzelhandels, Drucksache 12/927**  
B28

B29 Zur Beschlußempfehlung Drucksache 12/2748 liegt ein Änderungsantrag der  
B30 Fraktion der FDP vor, Drucksache 12/2748-1:

B31 Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:  
B32  
B33

B34 Der Antrag der Fraktion der FDP über Gesetzesinitiative zum  
C 1 Ladenschlußgesetz - Drs 12/732 - wird in folgender Fassung angenommen:  
C 2

C 3 Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative mit den Zielen zu  
C 4 ergreifen,  
C 5

- C 6 1. die Herausnahme aller Einzelgeschäfte aus dem Geltungsbereich des  
C 7 Ladenschlußgesetzes zu erreichen, deren Inhaber nur jeweils ein  
C 8 Geschäft betreiben, und  
C 9
- C10 2. die Erweiterung des Warenkataloges gemäß § 10 Abs. 1 LadschlG mittels  
C11 Rechtsverordnungen in das Ermessen der Landesregierungen zu stellen.  
C12

C13 Des weiteren liegt zur Beschlußempfehlung Drucksache 12/2749 ein  
C14 Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, Drucksache 12/2749-1:  
C15

C16 Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:  
C17

C18 Der Senat wird aufgefordert, Rechtsverordnungen zur Gestaltung der  
C19 Ladenöffnungszeiten in Handel und im Dienstleistungsgewerbe zu erlassen,  
C20 die dem öffentlichen Interesse der Metropole Berlin und der Entlastung des  
C21 Arbeitsmarktes durch Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen dienen und  
C22 Wettbewerbschancen für Existenzneugründungen eröffnen.  
C23

C24 Im einzelnen sind mindestens folgende Regelungen vorzusehen:  
C25

- C26 1. Freigabe der Ladenschlußzeiten im Bereich der Berliner City, innerhalb  
C27 des S-Bahnringes, auf der Grundlage von § 23 Ladenschlußgesetz.  
C28
- C29 2. Bestandsschutz für alle geltenden Ausnahmegenehmigungen (u.a. Früh-  
C30 und Spätverkaufsstellen).  
C31
- C32 3. Ausdehnung der Verordnung gemäß § 10 Ladenschlußgesetz auf alle  
C33 Gebiete, die der Naherholung dienen (z.B. Kleingartenanlagen).  
C34
- D 1 4. Nutzung aller Möglichkeiten nach § 14 und 16 Ladenschlußgesetz.  
D 2

D 3 In der Zwischenzeit haben sich die Fraktionen der CDU und der SPD darauf  
D 4 geeinigt, die Beschlußempfehlungen Drucksache 12/2748 und Drucksache  
D 5 12/2749 und damit die Anträge Drucksache 12/732 und Drucksache 12/733 an  
D 6 den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie rückzuüberweisen. Sollte  
D 7 dieser Rücküberweisung zugestimmt werden, gilt dies natürlich auch für die  
D 8 Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 12/2748-1 und Drucksache  
D 9 12/2749-1. Darüber hinaus bittet die Fraktion der PDS ebenfalls um  
D10 Rücküberweisung des Antrags Drucksache 12/927. Besteht noch Redebedarf?  
D11

D12 [Biederbick (FDP): Erst einmal möchte ich  
D13 zur Geschäftsordnung sprechen!]  
D14

D15 - Herr Biederbick! Sie haben das Wort!  
D16

D17 [Landowsky (CDU): Immer wenn es doof ist,  
D18 muß Biederbick nach vorn! -  
D19 Heiterkeit - Weitere Zurufe]  
D20

D21 **Biederbick (FDP):** Frau Präsidentin! Über die zur Diskussion stehenden  
D22 Anträge ist in drei Ausschüssen dieses Parlaments mehrfach intensiv  
D23 diskutiert worden, und zwar im Sozialausschuß, im Ausschuß für  
D24 Bundesangelegenheiten und im Wirtschaftsausschuß. Es war erstaunlich,  
D25 mitzuerleben, wie sich in diesen Ausschüssen insbesondere die Vertreter  
D26 der großen Koalition verhalten haben:

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4058

A 1 | **Biederbick**

A 2 |  
A 3 | Sie haben bei den Abstimmungen über diese Anträge teilweise unseren  
A 4 | Anträgen zugestimmt oder sie sind hinausgegangen, teilweise haben sie  
A 5 | dagegen gestimmt oder sich enthalten - und das mit ständig wechselnden  
A 6 | Mehrheiten in den drei Ausschußsitzungen, die wir hierzu hatten.  
A 7 |

A 8 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Entschuldigen Sie, Herr Biederbick! Ich  
A 9 | gehe davon aus, daß Sie jetzt geschäftsordnungsmäßig begründen wollen,  
A10 | warum Sie gegen eine Rücküberweisung sind. Ich bitte Sie deshalb, zu  
A11 | dieser Frage zu kommen!

A12 |  
A13 | [Vereinzelter Beifall bei der CDU]  
A14 |

A15 | **Biederbick (FDP):** Frau Präsidentin! Genau das mache ich gerade. - Dieses  
A16 | Verhalten in den Ausschüssen zeigt, daß ganz offensichtlich auch die  
A17 | einzelnen Abgeordneten sehr unterschiedliche Auffassungen hatten.  
A18 |

A19 | [Böger (SPD): Das soll vorkommen!]  
A20 |

A21 | Und, sehr geehrter Herr Kollege Böger, wir haben gerade im vorangegangenen  
A22 | Tagesordnungspunkt in Zusammenhang mit der Verfassung und ihrer  
A23 | Weiterentwicklung viel darüber gehört, wie wichtig es sei, auch die Rolle  
A24 | des einzelnen Abgeordneten zu stärken. Warum wird jetzt mit der  
A25 | Rücküberweisung der Versuch gemacht, die Sache noch irgendwie  
A26 | glattzuziehen, nachdem sich dauernd die Mehrheiten verändert haben? Wir  
A27 | haben doch mit unseren Änderungsanträgen Kompromißformulierungen  
A28 | vorgelegt, die es auch vielen in der großen Koalition möglich machen  
A29 | sollten, zuzustimmen.

A30 |  
A31 | [Zuruf des Abg. Palm (CDU)]  
A32 |

A33 | Warum wollen wir nicht ernst machen mit der Stärkung des einzelnen  
A34 | Abgeordneten und über die vorliegenden Anträge hier und heute beraten? -  
B 1 | So kann auch jeder in der großen Koalition entscheiden, ob er zustimmen  
B 2 | will, statt daß durch die Rücküberweisung versucht wird, erst einmal die  
B 3 | große Koalition wieder zusammenzufügen. Proben wir doch etwas mehr  
B 4 | Demokratie - wie wir es beim vorigen Tagesordnungspunkt gehört haben -,  
B 5 | gehen wir in die offene Diskussion und die offene Abstimmung zu diesen  
B 6 | Themen über!

B 7 |  
B 8 | [Beifall bei der FDP und bei Bü 90/Grüne]  
B 9 |

B10 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Es ist gegen die Rücküberweisung  
B11 | gesprochen worden. Möchte jemand die Rücküberweisung begründen - das muß  
B12 | nicht geschehen? - Gut! Dann muß ich jetzt über die  
B13 | Rücküberweisungsanträge abstimmen lassen.

B14 |  
B15 | [Landowsky (CDU): Wohin?]

B16 |  
B17 | - Rücküberweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie, so ist  
B18 | es beantragt worden.

B19 |  
B20 | [Landowsky (CDU): Genau! -  
B21 | Kern (SPD): Sehr richtig!]  
B22 |

B23 | Wer diesen drei Rücküberweisungsanträgen - zu a, b und c - die Zustimmung  
B24 | zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Bei  
B25 | einigen Gegenstimmen ist die Rücküberweisung beschlossen.

B26 Die lfdn. Nrn. 12 bis 15 sind bereits durch die Konsensliste erledigt.

B28  
B29 [16]

B30  
B31 Ich rufe auf

B32 **lfd. Nr. 16, Drucksache 12/2785:**

B33  
B34 **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr und Betriebe vom 21. April**  
C 1 **1993 zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über den**  
C 2 **Ausbau bzw. die sofortige Komplettierung nur teilvorhandener**  
C 3 **Straßenverbindungen der Bezirke Weißensee und Hohenschönhausen mit der**  
C 4 **Innenstadt, Drucksache 12/2438**

C 5  
C 6 Der Ältestenrat empfiehlt für die Beratung eine Redezeit bis zu fünf  
C 7 Minuten pro Fraktion und Gruppe. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das  
C 8 ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Beratung. Wünscht die Fraktion  
C 9 der CDU hierzu das Wort?

C10  
C11 [Liepelt (CDU):  
C12 Wir warten erst einmal ab!]

C13  
C14 - Gut! - Für die Fraktion der PDS hat Frau Dr. Löttsch das Wort!

C15  
C16 **Frau Dr. Löttsch (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir  
C17 fordern die Rücküberweisung dieses Antrags in den Ausschuß für  
C18 Stadtentwicklung, und zwar diesmal unter wirklicher Hinzuziehung des  
C19 Kulturausschusses. Sollte diesem Rücküberweisungsantrag nicht stattgegeben  
C20 werden, fordern wir die namentliche Abstimmung über den Antrag bzw. die  
C21 Beschlußempfehlung des Verkehrsausschusses.

C22  
C23 Sie erinnern sich, daß uns in der Sitzung vom 25. Februar ein scheinbar  
C24 harmlos klingender Antrag zur Lösung von Verkehrsproblemen untergejubelt  
C25 werden sollte. Nachdem unsere Fraktion diesen Skandal öffentlich gemacht  
C26 und die Behandlung des Antrags im Plenum gefordert hatte, gab es hier eine  
C27 äußerst erregte Debatte, in der sich CDU- und SPD-Fraktion bemühten, den  
C28 fatalen und aufgrund des Antragstextes voll berechtigten Eindruck eines  
C29 Angriffs auf den größten jüdischen Friedhof in Europa wegzuwischen.

C30  
C31 Die Presse war aufmerksam geworden und hatte sich dieses Problems  
C32 angenommen. Besorgte Klarstellungen der Fraktionsspitzen von SPD und CDU  
C33 folgten. Welcher Geist in der CDU-Fraktion aber auch herrscht, wird in der  
C34 Äußerung des CDU-Abgeordneten Müller - in der "taz" - deutlich, wenn er  
D 1 davon spricht, daß als allerletzter Schritt doch noch Verhandlungen mit  
D 2 der Jüdischen Gemeinde denkbar seien. Man kann also dem FDP-Abgeordneten  
D 3 Kammholz nur zustimmen, wenn er den Antrag im Ausschuß weniger als  
D 4 mißverständlich, sondern als verräterisch bezeichnet hat.

D 5  
D 6 [Beifall bei der PDS - Zurufe]

D 7  
D 8 Aber nun noch zu einigen anderen Aspekten des Problems: Vom Senat ist mit  
D 9 Recht zu erwarten, daß er endlich ein schlüssiges Verkehrskonzept vorlegt  
D10 - das war schon Gegenstand der Aktuellen Stunde. Genauso richtig ist es  
D11 aber auch - wie bereits im Verkehrsausschuß debattiert -, daß weder eine  
D12 südliche noch eine nördliche Umgehung möglich oder sinnvoll sind. Jede wie  
D13 auch immer geartete Trasse würde unweigerlich auf ein Nadelöhr zuführen  
D14 und den Verkehr nicht erleichtern, sondern das Chaos vergrößern. Ein Blick  
D15 auf den Stadtplan - noch besser ein Ortsbegehung, so wie wir es getan  
D16 haben - beweist das. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist  
D17 die einzige Alternative - nicht das Schlagen einer neuen Trasse.

D18  
D19 [Vereinzelter Beifall bei der PDS]

D20  
D21 Nördliche Umfahrung hieße Abriß von Wohnungen im Musikerviertel. Wer will  
D22 das verantworten? - Südliche Umfahrung bedeutet die Zerstörung von  
D23 mindestens fünf Kleingartenanlagen und nicht von drei oder vier einzelnen  
D24 Kleingärten, wie Herr Haase einem Abgeordneten weismachen wollte - was ich  
D25 vorhin mit halbem Ohr hörte. Zu dieser Frage würde mich beispielsweise  
D26 auch sehr die Meinung von Herrn Kliche interessieren, der in der  
D27 Öffentlichkeit als kleingartenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion  
D28 bekannt ist und immer für den Erhalt von Kleingärten kämpft.

D29

D30 | Südliche Umfahrung bedeutet auch die Gefährdung des Volksparks Prenzlauer  
D31 | Berg. Und falls Sie es nicht wissen sollten, möchte ich Sie daran  
D32 | erinnern, daß der Volkspark Prenzlauer Berg als Klimaschutzgebiet  
D33 | ausgewiesen ist. Welche Bedeutung das für einen Innenstadtbezirk hat,  
D34 | brauche ich hier wohl nicht zu erläutern.

D35 |  
D36 | [Zuruf des Abg. Wolf (SPD)]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4059

A 1 **Frau Dr. Lötzsch**

A 2

A 3

A 4 Es solle nur einmal so überlegt werden, man könne schließlich über alles  
A 5 diskutieren - so die Meinung von Frau Zillbach - SPD-Fraktion - im  
A 6 Verkehrsausschuß. Wenn man diese, für mein Verständnis etwas laxer Haltung  
A 7 teilt, müßte man wenigstens soviel Anstand und Demokratieverständnis  
A 8 haben, die Betroffenen zu informieren. Aber weder das Bezirksamt  
A 9 Prenzlauer Berg noch der Kleingartenverband von Prenzlauer Berg sind  
A 10 informiert, geschweige denn in die Diskussion einbezogen worden. Der  
A 11 SPD-Abgeordnete Lange aus Prenzlauer Berg betrieb sogar noch  
A 12 Desinformationspolitik, indem er im Stadtbezirk verbreitete, das Thema sei  
A 13 längst noch nicht dran und überhaupt sei die SPD dagegen.

A 13

A 14 Unsere Forderung nach Rücküberweisung des Antrags in den Ausschuß für  
A 15 Stadtentwicklung, wohin er eigentlich gehört

A 16

A 17

[Zuruf]

A 18

A 19 - und nicht in den Ausschuß für Verkehr und Betriebe -, ist also eine  
A 20 kulante Minimalforderung. Die Diskussion um die weitere Gestaltung dieses  
A 21 Gebiets muß mit den Betroffenen geführt werden, mit dem Bezirk und den  
A 22 Anliegern - in diesem Fall also in erster Linie mit den Kleingärtnern. Die  
A 23 Karten müssen offen auf den Tisch, es dürfen keine Vorentscheidungen unter  
A 24 Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen werden.

A 25

A 26 Und noch einmal: Auch nur der leiseste Verdacht, daß der Jüdische Friedhof  
A 27 angetastet werden soll, trägt nicht zum Bild einer demokratischen und  
A 28 weltoffenen Metropole bei und schadet dem Ansehen Berlins in der Welt.

A 29

A 30

A 31

[Beifall bei der PDS]

A 32

**Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Stötzer - bitte!

A 33

A 34 **Frau Stötzer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sollten  
B 1 diese Problematik bereits in der 44. Sitzung des Abgeordnetenhauses  
B 2 besprechen. Ich erinnere an die unwürdige, demagogische Polemik der PDS,  
B 3 aber auch des Abgeordneten Cramer,

B 4

B 5

[Wieland (Bü 90/Grüne): Was?

B 6

Das habe ich ganz anders in Erinnerung!]

B 7

B 8 die unterstellt haben, die Koalition wolle den Jüdischen Friedhof in die  
B 9 Verkehrsplanung einbeziehen. Niemand in dieser Koalition - das habe ich  
B 10 auch in meinem Redebeitrag bereits festgestellt, den ich in dieser Sitzung  
B 11 zu Protokoll gegeben habe - hatte oder hat die Absicht, eine  
B 12 Trassenführung über den Jüdischen Friedhof vorzusehen. Ehrfurcht und  
B 13 Respekt gebieten uns, andere Verkehrslösungen zu finden. Aber die  
B 14 Reduzierung der Verkehrsanbindung der nordöstlichen Stadtbezirke durch die  
B 15 Opposition auf polemische Unterstellungen macht deutlich, welchen  
B 16 Stellenwert Sie diesem Sachverhalt wirklich beimessen,

B 17

B 18

[Beifall bei der SPD und der CDU]

B 19

B 20 wie mit den berechtigten Forderungen der Bürger in den östlichen  
B 21 Stadtbezirken umgegangen wird, und was sie bereit sind, zur Verbesserung  
B 22 der Lebensbedingungen der Bewohner in den Plattensiedlungen beizutragen.

B 23

B 24 Die Verkehrsanbindung der nordöstlichen Bezirke an den Innenstadtbereich  
B 25 ist völlig unzureichend. Das betrifft sowohl den Individualverkehr, wie

B26 auch ganz besonders den ÖPNV. Der größte Teil der Ost-Berliner lebt in den  
B27 Plattensiedlungen in den nordöstlichen Bezirken. Aus diesen Schlafstädten  
B28 fahren im Berufsverkehr täglich Hunderttausende Menschen in Richtung  
B29 Innenstadt, in überfüllten Bahnen und Bussen, in verstopften Straßen.  
B30

B31 [Frau Dr. Müller (PDS):  
B32 Nicht schlecht, Frau Stötzer!]  
B33

B34 In Hohenschönhausen wurden auf der grünen Wiese Plattenbauten für 80 000  
C 1 Einwohner errichtet, ohne für eine ausreichende Verkehrsanbindung zu  
C 2 sorgen. In den Stadtteilen Karow, Buch und Blankenburg sollen große  
C 3 Wohnungsbauvorhaben realisiert werden.  
C 4

C 5 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Stötzer, gestatten Sie eine  
C 6 Zwischenfrage des Abgeordneten Pewestorff?  
C 7

C 8 **Frau Stötzer (SPD):** Nein!  
C 9

C10 [Pewestorff (PDS): Ich bin da anders,  
C11 das müssen Sie zugeben! Ich bin da großzügiger!]  
C12

C13 Die beiden direkten Straßenverbindungen zur Innenstadt - die Berliner  
C14 Allee und die Konrad-Wolf-Straße - sind verkehrlich überlastet und wohl  
C15 nicht auszubauen. Auch die Straßenbahnen stehen häufig im Stau, so daß  
C16 hier von einem attraktiven ÖPNV nicht geredet werden kann; oft müßte man  
C17 eher von einer Tuckeltram reden. Eine schnelle Komplettierung der  
C18 Straßenverbindung Hansastraße - Prerower Straße hat für die Weißenseer und  
C19 Hohenschönhausener Bürger höchste Priorität. Ohne attraktiven Anschluß des  
C20 ÖPNV der nördlichen Bezirke an den Innenstadtbereich kann auch nicht der  
C21 modal split in der Innenstadt zugunsten des ÖPNV realisiert werden.  
C22

C23 Nach Maßgabe der BVG müssen die Hohenschönhausener Bürger jetzt weitere  
C24 Einschränkungen im ÖPNV hinnehmen. Die S-Bahn soll nicht mehr - wie bisher  
C25 - zum Alex fahren, sondern an der Warschauer Straße enden. Eine  
C26 Straßenbahnlinie wird nicht, wie bisher, in einem Wohngebiet, sondern  
C27 bereits am Prerower Platz enden.  
C28

C29 [Pewestorff (PDS): Alte Seilschaften!]  
C30

C31 Ich frage: Mißt die BVG mit unterschiedlichem Maß in den Bezirken? - Ich  
C32 zitiere aus einer Hauptausschußvorlage, in der die BVG eine  
C33 U-Bahnkehranlage am Hermannplatz begründet:  
C34

D 1 Es stellt eine außerordentliche Qualitätsverschlechterung dar, wenn nur  
D 2 jede zweite Bahn der U 8 zum S-Bahnsüdring durchfährt.  
D 3

D 4 [Frau Dr. Müller (PDS):  
D 5 Es geht um den Jüdischen Friedhof!]  
D 6

D 7 Dies würde für ca. 50 % der Fahrgäste, die zum Südring wollen,  
D 8 bedeuten, daß sie drei Stationen vor Erreichen dieses Umsteigebahnhofs  
D 9 ein weiteres Mal umsteigen müssen. Ein derartig unattraktives Angebot  
D10 auf einer U-Bahnlinie wäre nicht zu akzeptieren.  
D11

D12 Ich füge hinzu: Aber den Hohenschönhausener Bürgern ist das zuzumuten!  
D13

D14 [Beifall bei der SPD]  
D15

D16 Ich habe als neuer Bundesbürger erfahren müssen, wie wenig Solidarität es  
D17 von den Wohnungseigentümer gegenüber den Wohnungssuchenden gibt, von den  
D18 Bürgern, die in verkehrlich erschlossenen Gebieten wohnen gegenüber denen,  
D19 die diesen Vorzug nicht genießen können. Sankt Florian läßt grüßen!  
D20 Wohnungen und Straßen müssen zwar gebaut werden, aber um Gottes Willen  
D21 doch nicht bei uns! Bei Wohnungsvorhaben treten immer Interessenkonflikte  
D22 auf. Von Luftschlössern und Luftstraßen können wir nur träumen, bauen und  
D23 nutzen können wir sie leider nicht. Es ist bedauerlich, wenn Biotope und  
D24 Kleingärten Wohnungen und Straßen weichen müssen, aber ich frage Sie: Wer  
D25 wird und kann es verantworten, daß die völlig unzureichende  
D26 Verkehrsanbindung der nördlichen Bezirke weiterhin bestehen muß und sich  
D27 noch ständig verschlechtert? - Ich lade alle ein, die hier reden und sich  
D28 zu der Problematik äußern, mit mir gemeinsam ein Bürgergespräch in  
D29 Hohenschönhausen zu dieser Problematik durchzuführen.

D30 | [Pewestorff (PDS): Bringen Sie doch den Senat mit!]

D31 |  
D32 | Und noch etwas: Die PDS hat eine namentliche Abstimmung beantragt.  
D33 |

D34 |  
D35 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Stötzer, ich bitte Sie, zum Schluß  
D36 | zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.  
D37 |

D38 | **Frau Stötzer (SPD):** Nach meiner Einschätzung kann das nur den Grund haben,  
D39 | daß im "ND" wieder einmal die Einteilung getroffen werden soll zwischen  
D40 | den sogenannten guten PDS-Abgeordneten und den bösen  
D41 | Koalitionsabgeordneten, die Biotope zerstören und Kleingärten aufkündigen.  
D42 |

D43 | [Dr. Girnus (PDS): Das trifft doch zu!]

D44 |  
D45 | Ich bedaure diesen Tatbestand selbst außerordentlich, fühle mich aber als  
D46 | Abgeordnete verpflichtet, -



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4060

A 1 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Stötzer, ich bitte Sie wirklich sehr  
A 2 herzlich, Ihren Redebeitrag zu beenden.

A 3  
A 4 **Frau Stötzer (SPD):** - auch die Interessen der Bürger zu bedenken, die in  
A 5 Hohenschönhausen keine Arbeit finden und täglich in die Innenstadt fahren  
A 6 müssen. - Ich danke Ihnen!

A 7  
A 8 [Beifall bei der SPD und der CDU]

A 9  
A10 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Dr. Löttsch hat jetzt zur  
A11 Geschäftsordnung das Wort! Ich möchte Sie bitten, auch  
A12 Geschäftsordnungsanträge vom Redepult aus zu begründen!

A13  
A14 [Palm (CDU): Aber bitte das ganze von vorne! -  
A15 Frau Herer (PDS): Wenn Sie es wollen!]

A16  
A17 **Frau Dr. Löttsch (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ist es  
A18 nach der Geschäftsordnung zulässig, daß ein Beitrag, der bereits  
A19 vollständig im Protokoll veröffentlicht wurde, hier noch einmal  
A20 vollständig vorgetragen wird?

A21  
A22 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Ich bin im Moment nicht geneigt, diese  
A23 Frage zu beantworten, weil wir über viele Dinge reden könnten,

A24  
A25 [Beifall des Abg. Steffel (CDU)]

A26  
A27 auch darüber, Reden zu Protokoll zu geben, was alle Fraktionen machen, und  
A28 das wäre nach unserer Geschäftsordnung auch nicht möglich, weil alles in  
A29 freier Rede vorgetragen werden soll.

A30  
A31 [Beifall bei der CDU -  
A32 Biederbick (FDP): Bravo! -  
A33 Cramer (Bü 90/Grüne): Das sollten wir einführen!]

A34  
B 1 Selbstverständlich kann man vorher Presseerklärungen abgeben und sie dann  
B 2 sinngemäß oder auch wörtlich wiedergeben.

B 3  
B 4 Wir fahren fort in der Tagesordnung. Als nächster Redner für die Fraktion  
B 5 Bündnis 90/Grüne hat der Kollege Cramer das Wort!

B 6  
B 7 [Biederbick (FDP): Die Zettel weglegen!]

B 8  
B 9 **Cramer (Bü 90/Grüne):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr  
B10 Kollege Biederbick, ich habe hier nur die Unterlage, ich habe nichts  
B11 formuliert. Ich werde frei reden!

B12  
B13 [Biederbick (FDP): Bravo!]

B14  
B15 Zunächst einmal war der Redebeitrag bekannt, den wir soeben gehört haben;  
B16 nicht nur vom Tonfall her war er ermüdend, sondern auch der Inhalt war  
B17 bekannt, denn er wurde in einer der letzten Plenarsitzungen schon einmal  
B18 gehalten.

B19  
B20 Uns wird vorgeworfen, wir würden mit diesem Antrag böseartig umgehen.

B21  
B22 [Beifall des Abg. Steffel (CDU)]

B23  
B24 Der Kollege der FDP, Herr Kammholz, wurde vorhin zitiert - daß der Antrag  
B25 und die Antragsbegründung verräterisch sind.

[Beifall des Abg. Biederbick (FDP)]

Wer hier Mißverständnisse zu Papier bringt, der hat auch die Aufgabe, Mißverständnisse auszuräumen. Das erste Mißverständnis steht in diesem Antrag, denn dort heißt es:

Die als Verbindung zur Innenstadt bereits in den 30er Jahren abschnittsweise angelegte heutige Achse . . .

Das ist insofern verräterisch, als jeder weiß, was in den 30er Jahren mit den Juden, mit jüdischen Friedhöfen passiert ist. Es ist eine Unglaublichkeit, einen Antrag im Jahr 1993 so zu begründen, und ich erwarte zu allererst, daß diejenigen, die dies formuliert haben, es sofort zurücknehmen und alle Mißverständnisse ausräumen!

[Beifall bei Bü 90/Grüne, bei der PDS  
und des Abg. Biederbick (FDP)]

Der zweite im Antrag enthaltene Punkt lautet, daß eine Umfahrung "auch" unter südlicher Umgehung möglich ist. Dieses "auch" ist deshalb verräterisch, weil nicht nur eine nördliche, sondern auch die direkte Verbindung möglich ist. Sie ist insbesondere deshalb verräterisch, weil der Abgeordnete Dr. Müller von der CDU gegenüber der "taz" erklärt hat - und jetzt brauche ich meine Unterlagen, Kollege Biederbick -, als "allerletzter Schritt seien auch Verhandlungen mit der Jüdischen Gemeinde denkbar".

**Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Kollege Cramer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Giesel?

**Cramer** (Bü 90/Grüne): Nein, im Moment nicht, ich habe ja nur 5 Minuten. - Das heißt, zunächst einmal erwarte ich, um Mißverständnisse auszuräumen, von Dr. Müller, daß er sich hier hinstellt und sagt: "Das war nicht meine Absicht, ich nehme das zurück". Ich bedaure, daß dieses Mißverständnis auftauchen konnte, doch nicht wir sind die Schuldigen, sondern Sie!

[Beifall bei Bü 90/Grüne]

Ein weiterer Punkt hinsichtlich dessen, wie mit dem Antrag verfahren wurde, zeigte sich in der Presseerklärung der SPD. Um von diesem Thema abzulenken, hatten sie am 26. Februar 1993, wo auch ich wieder Zielscheibe ihrer Angriffe war, geschrieben, es müsse auch geprüft werden, ob Richtungsverkehr durch die Mayerbeer und die Bizetsraße geleitet werden könne. Wer den Stadtplan anschaut, weiß, daß für diesen Straßenzug keine Trasse gebaut werden muß. Diese Straßen existieren bereits, dort kann Autoverkehr fließen; deshalb braucht man keine Trasse zu planen, was mit dem Antrag interessiert ist.

Der letzte Punkt: Es gibt Gerüchte aus der Verkehrsverwaltung - wir haben leider noch kein Akteneinsichtsrecht -, daß natürlich auch eine Trassenvariante geprüft wird. Diese geht nicht über den Jüdischen Friedhof, wie dies auch Kollege Giesel und Kollegin Zillbach dementiert haben, doch sie geht durch die Kleingärten. Die Kollegin Zillbach hat im Verkehrsausschuß im Namen der SPD-Fraktion eindeutig erklärt, daß die Kleingärten von dieser Straße nicht angetastet werden. Nehme ich Sie beim Wort, und haben Sie nicht gelogen - ich erinnere an meinen Beitrag von heute Nachmittag -, dann ist die Trassenführung durch Kleingärten nicht möglich, weil die SPD dagegen ist, sie ist durch den Jüdischen Friedhof nicht möglich, weil alle dagegen sind, und die nördliche Umgehung ist sinnlos. Ziehen Sie deshalb Ihren Antrag zurück, dann sind alle Mißverständnisse ausgeräumt - dazu fordere ich Sie hier nachdrücklich auf!

[Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]

**Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Nächster Redner ist der Kollege Kammholz für die Fraktion der FDP!

**Kammholz** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Normalerweise sagt man in einem Antrag das, was man will.

[Biederbick (FDP): Das kannst du

von der großen Koalition nicht verlangen!]

D30  
D31  
D32  
D33  
D34  
D35  
D36  
D37  
D38  
D39  
D40  
D41  
D42  
D43  
D44  
D45  
D46  
D47

Wenn man das sagt, was man will, dann braucht man keine geistigen Verrenkungen zu machen, um zu erklären, was man eigentlich nicht will. In dieser Situation ist die große Koalition im Verkehrsausschuß in der Debatte aufgefordert worden, doch den von ihr vorgelegten Antrag, von dem sie immer wieder erklärt hat, daß sie ihn anders meint, als sie ihn formuliert hat - -

[Frau Dr. Zillbach (SPD):  
Das ist ein Prüfauftrag, kein Antrag!]

**Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Kammholz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kukutz? Herr Giesel möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen.

**Kammholz (FDP):** Vielleicht kann ich einmal zwei Sätze zu Ende sprechen, dann stehe ich für Rückfragen zur Verfügung.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4061

A 1 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Also keine Zwischenfragen.

A 2

A 3 **Kammholz (FDP):** Die große Koalition hatte hinreichend Gelegenheit, das  
A 4 klarzustellen, was sie angeblich nur will, und das auszuräumen, was sie  
A 5 eigentlich nicht will. Sie hat das nicht getan, sondern sie setzt sich  
A 6 nach wie vor den nach Meinung der großen Koalition mißverständlichen  
A 7 Interpretationen aus. Die FDP steht nicht im Verdacht, eine Politik zu  
A 8 betreiben, die einer vernünftigen Verkehrspolitik und einer vernünftigen  
A 9 Anbindung von Stadtteilen untereinander im Weg steht.

A10

A11 [Beifall des Abg. Helms (Bü 90/Grüne)]

A12

A13 Wenn wir hier dennoch sagen, man kann mit dieser Stadt nicht alles machen,  
A14 stützen wir das - ich bin hier mehrfach zitiert worden und muß das gar  
A15 nicht mehr ausführen - auf die Begründung dieses Antrags, und da können  
A16 wir nur sagen: Wer dunkel redet, der denkt dunkel.

A17

A18 [Beifall bei der FDP,  
A19 bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]

A20

A21 Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. - Wenn jetzt noch Fragen  
A22 sind, dann stehe ich gerne zur Verfügung, Frau Präsidentin.

A23

A24 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Zunächst ist für die Fraktion der CDU  
A25 Herr Dr. Müller an der Reihe, danach kommen Sie dann, Frau Kukutz. -  
A26 Bitte, Herr Dr. Müller!

A27

A28 **Dr. Müller (CDU):** Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich  
A29 möchte noch einmal betonen: Es handelt sich hier um einen Antrag zur  
A30 Fertigstellung eines rudimentär hinterlassenen Verkehrsweges und um nichts  
A31 anderes.

A32

A33 [Kammholz (FDP): Aus den 30er Jahren!]

A34

B 1 Ich erkläre hier ausdrücklich noch einmal, was ich auch schon im  
B 2 Verkehrsausschuß gesagt habe: Es geht nicht um den Jüdischen Friedhof, der  
B 3 Jüdische Friedhof ist für uns eine Tabuzone, die wir nicht antasten!

B 4

B 5 [Beifall bei der CDU und der SPD]

B 6

B 7 Aus diesem Grunde haben wir geschrieben: Unter möglicherweise auch  
B 8 südlicher Umfahrung des Jüdischen Friedhofs. Dies deshalb, weil die  
B 9 nördliche Umfahrung immer wieder ins Gespräch gebracht wird. Insofern ist  
B10 das, was Sie, Herr Cramer, hier geboten haben - entschuldigen Sie -, der  
B11 Gipfel an Demagogie, das möchte ich Ihnen einmal sagen!

B12

B13 [Vereinzelter Beifall bei der CDU -  
B14 Frau von Braun (FDP): Das war doch gut! -  
B15 Zurufe bei Bü 90/Grüne]

B16

B17 Sie stellen sich damit eigentlich auf das gleiche Niveau wie die Damen und  
B18 Herren, die uns hier unterstellen, das, was wir beantragt haben, sei ein  
B19 Skandal. Nein, meine Damen und Herren - was wir beantragt haben, ist die  
B20 Lösung einer verkehrstechnischen Frage. Der Skandal ist der, daß man  
B21 versucht, uns damit Antisemitismus zu unterstellen; den weisen wir zurück,  
B22 da er nicht bei uns anzutreffen ist!

B23

B24 [Beifall bei der CDU und der SPD]

B25

B26 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Kollege Dr. Müller, gestatten Sie  
B27 eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Berger?  
B28

B29 **Dr. Müller (CDU):** Ja. Bitte, Herr Berger!  
B30

B31 **Berger (Bü 90/Grüne):** Herr Dr. Müller, ich habe jetzt zur Kenntnis  
B32 genommen, daß Sie eindeutig ausschließen, daß Ihre Planungen in  
B33 irgendeiner Weise den Jüdischen Friedhof tangieren. Trifft das auch auf  
B34 die Kleingärten in diesem Gebiet zu?

C 1  
C 2 **Dr. Müller (CDU):** Herr Berger, wir wollen den Jüdischen Friedhof nicht  
C 3 berühren. Es sind Kleingärten in der Nähe, auch der Volkspark ist in der  
C 4 Nähe, alles ist in der Nähe, und irgendwo müssen wir doch einmal eine  
C 5 Planung machen, Donnerwetter! Das muß doch hier gesagt werden.  
C 6

C 7 [Beifall bei der CDU -  
C 8 Zurufe bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
C 9

C10 Ich kann nicht immer das eine vor das andere schieben, um damit alles  
C11 weitere zu blockieren. Ich möchte Ihnen etwas sagen, und das betrifft auch  
C12 die Damen und Herren der Partei, die gegenwärtig nicht ganz vollständig  
C13 ist - Herr Zotl wohnt ja auch in dieser Gegend, und er steckt auch in der  
C14 Kalamität, daß er nicht in die Stadt kommt, und nicht nur in dieser steckt  
C15 er!

C16  
C17 [Unruhe - Zurufe von links]  
C18

C19 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Dr. Müller, gestatten Sie eine  
C20 weitere Zwischenfrage des Kollegen Mleczkowski?  
C21

C22 **Dr. Müller (CDU):** Lassen Sie mich den Satz noch zu Ende bringen, Herr  
C23 Mleczkowski, dann sofort. - Wir plädieren dafür, daß untersucht wird, wie  
C24 eine solche Trasse zu führen ist, damit eine vernünftige  
C25 Verkehrsverbindung für die im Nordosten Wohnenden ausgebaut wird, die  
C26 bisher nicht vorhanden ist. Wir haben doch nicht diese Viertelmillion  
C27 Menschen ohne Infrastruktur da hinausgesetzt - das waren doch Ihre  
C28 Vorgänger!  
C29

C30 [Beifall bei der CDU]  
C31

C32 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage? -  
C33 Gut!  
C34

D 1 **Mleczkowski (FDP):** Herr Dr. Müller, ist Ihnen bekannt - um an den Kollegen  
D 2 Berger anzuschließen -, ob gegebenenfalls auf dem Gelände, auf dem Sie  
D 3 eine Straße bauen wollen, auch ein Gartenzweig aus den Kleingartenkolonien  
D 4 beschädigt werden könnte?  
D 5

D 6 **Dr. Müller (CDU):** Herr Mleczkowski, die habe ich nicht gezählt, aber es  
D 7 sind dort bereits Straßen und Trassen vorhanden, und das wird eine Sache  
D 8 sein, die man aushandeln muß. Es hat keinen Sinn, daß wir den Antrag noch  
D 9 einmal aufbereiten. Wir haben uns im Verkehrsausschuß entschieden - ich  
D10 bitte Sie, eine Rücküberweisung abzulehnen. - Danke!  
D11

D12 [Beifall bei der CDU und der SPD]  
D13

D14 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Nächste Rednerin, jetzt für die  
D15 Parlamentarische Gruppe Neues Forum, ist die Kollegin Kukutz!  
D16

D17 **Frau Kukutz (Neues Forum):** Ich wundere mich über diese ganze heutige  
D18 Diskussion, und ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß hier eine  
D19 solche Debatte zustande kommt. Ich kann es mir nicht verkneifen, in  
D20 Richtung PDS einige Bemerkungen zu machen:  
D21

D22 Ich habe zusammen mit anderen Friedensfrauen verhindert, daß 1986 oder  
D23 1987 diese Straße gebaut wurde.  
D24

D25 [Vereinzelter Beifall bei der SPD -  
D26 Beifall bei Bü 90/Grüne]  
D27

D28 Erich Honecker wollte eine Protokollstrecke haben und war nicht so sehr um

D29 | die Bürger in den Plattenbauten besorgt, sondern darum, wie er schneller  
D30 | in die Stadt kommen könnte. Und wenn wir nicht auf illegalen Wegen  
D31 | Verbindungen zu Herrn Galinski aufgenommen hätten, der dann mit Herrn  
D32 | Honecker geredet ordentlich Druck gemacht hat, dann gäbe es jetzt diese  
D33 | Straße und dann brauchte hier überhaupt nicht mehr debattiert zu werden.  
D34 | Sie müssen sich einmal mit Ihrem Erbe auseinandersetzen und Ihre Schuld an  
D35 | dieser Situation erkennen.

D36 |  
D37 | [Beifall bei Neues Forum, bei der CDU, der SPD,  
D38 | bei Bü 90/Grüne und bei der FDP -  
D39 | Dr. Girnus (PDS): Sollen wir jetzt dafür sein oder dagegen?]

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4062

A 1 **Frau Kukutz**

A 2  
A 3 Mir persönlich ist das unerträglich, und ich glaube nicht, daß jemand  
A 4 heute in diesem Hause ernsthaft wagen würde, diese Straße quer über den  
A 5 Jüdischen Friedhof zu bauen.

A 6  
A 7 [Beifall -  
A 8 Pewestorff (PDS): Mit Honecker war ja auch besser zu reden  
A 9 als mit diesem Senat!]

A10  
A11 Da wüßte ich genug Leute zu mobilisieren, die das verhindern.

A12  
A13 [0.11]

A14  
A15 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
A16 - Zunächst möchte ich eine Parlamentariergruppe aus unserer Partnerstadt  
A17 Moskau begrüßen, die zu einem Seminar über Mittelstandsaufbau und  
A18 kommunale Strukturen hier ist. - Seien Sie herzlich willkommen bei uns!

A19  
A20 [Allgemeiner Beifall]

A21  
A22 [16.1]

A23  
A24 Sie haben gehört, daß die Fraktion der PDS Rücküberweisung an den Ausschuß  
A25 für Verkehr und Betriebe sowie die zusätzliche Überweisung an den Ausschuß  
A26 für Stadtplanung und Stadtentwicklung beantragt hat. Darüber stimmen wir  
A27 zuerst ab; ich weise nur schon darauf hin, daß die Fraktion der PDS bei  
A28 Ablehnung ihres Überweisungsantrags Namentliche Abstimmung über die  
A29 Beschlußempfehlung beantragt hat. - Wer also den Überweisungswünschen der  
A30 Fraktion der PDS seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das  
A31 Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt. Damit  
A32 kommen wir zur Namentlichen Abstimmung über die Beschlußempfehlung.

A33  
A34 [Aufruf der Namen  
B 1 und Abgabe der Stimmkarten]

B 2  
B 3 Darf ich fragen, ob alle Damen und Herren die Möglichkeit hatten, sich an  
B 4 dieser Abstimmung zu beteiligen? - Das ist noch nicht der Fall!

B 5  
B 6 [Fortsetzung der Abgabe  
B 7 der Stimmkarten]

B 8  
B 9 Ich frage noch einmal: Hatten alle die Möglichkeit, sich an der Abstimmung  
B10 zu beteiligen? - Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte  
B11 die Beisitzer, die Stimmen zu zählen. Wir sind leider gezwungen, trotz des  
B12 Zeitverzugs eine kurze Pause einlegen zu müssen, bis das  
B13 Abstimmungsergebnis festgestellt ist, weil wir jetzt nur noch  
B14 Beschlußempfehlungen haben und abstimmen müssen. Ich unterbreche also die  
B15 Sitzung kurz!

B16  
B17 [Auszählung]

B18  
B19 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne wieder die  
B20 Sitzung. Zur Ihrer aller Überraschung habe ich Ihnen das Ergebnis  
B21 mitzuteilen.

B22  
B23 Abgegebene Stimmen: 200

B24  
B25 Die Behauptung, daß die Abgeordneten nicht im Parlament anwesend sind,

B26 kann ich klar widerlegen. Das sage ich besonders für die Öffentlichkeit.  
B27 Wenn immerhin 200 Abgeordnete anwesend ist, ist das zwar noch nicht  
B28 Spitze, aber immerhin gut! Loben Sie sich auch mal selbst, die fehlenden  
B29 vierzig Abgeordneten sind das nächste Mal da.

B30  
B31 Ja-Stimmen: 148  
B32 Nein-Stimmen: 51  
B33 Stimmenthaltungen: 1  
B34

C 1 Damit ist der Antrag angenommen.

C 2  
C 3 [Beifall bei der CDU]  
C 4

C 5 Die lfdn. Nrn. 17 und 18 sind durch die Konsensliste erledigt.  
C 6

C 7 [18A]  
C 8

C 9 Wir kommen zu

C10 **lfd. Nr. 18 A, Drucksache 12/2826:**  
C11

C12 **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Schulwesen vom 6. Mai 1993 zum**  
C13 **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Überarbeitung**  
C14 **der Rahmenpläne zur Förderung fächerübergreifenden Lernens**  
C15

C16 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Wer dem  
C17 Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das  
C18 Handzeichen. - Entschuldigung, ich konnte Sie, Frau Steinborn, nicht  
C19 gleich sehen, weil Sie der sonst so liebenswürdige Herr Eckert durch  
C20 seinen Körper verdeckte. - Wenn Sie dann bitte das Wort ergreifen!  
C21

C22 **Frau Steinborn (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag  
C23 der Koalition fordert eine Überarbeitung der Stundenpläne unter dem Aspekt  
C24 des fächerübergreifenden Lernens. Dagegen ist zunächst nichts zu sagen, im  
C25 Gegenteil, es ist nach dem heutigen Stand der Wissenschaft unbedingt  
C26 notwendig, eine solche Überarbeitung vorzunehmen. Der Antrag hat jedoch  
C27 zwei Haken, deshalb habe ich im Schulausschuß dagegen gestimmt.  
C28

C29 Zum einen wurde die Stundentafel gekürzt, bevor über Veränderungen der  
C30 Stundentafel inhaltlich nachgedacht wurde. Der Verdacht liegt nahe, daß  
C31 mit dieser Überarbeitung laut Beschlußempfehlung die Kürzungen kaschiert  
C32 werden sollen.  
C33

C34 Zum anderen ist ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, der ein  
D 1 Aussetzen der Kürzung für das Schuljahr 1993 sowie die Erarbeitung einer  
D 2 Jahresstundentafel forderte, mit der Mehrheit der Koalition abgelehnt  
D 3 worden. Gerade eine fächerübergreifende Überarbeitung der Stundentafel  
D 4 darf sich mit dem Gedanken einer Jahresstundentafel nicht verschließen.  
D 5

D 6 Dieser Beschluß wird dazu führen, daß fachliche Inhalte, die durch die  
D 7 Stundentafelkürzung wegfallen, in die Rahmenpläne anderer Fächer gestopft  
D 8 werden, so wie bei dem weggekürzten Fach Technik in der Grundschule,  
D 9 dessen Inhalte nach einem Rundschreiben der Senatsschulverwaltung diverse  
D10 andere Fächer in ihren Unterrichtsgegenständen aufgreifen sollen.  
D11 Prinzipiell finde ich fächerübergreifendes Lernen sinnvoll; diesem Antrag  
D12 kann ich jedoch nicht zustimmen und werde mich enthalten. - Danke!  
D13

D14 [Beifall bei der PDS]  
D15

D16 **Präsidentin Dr. Laurien:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit  
D17 können wir zur Abstimmung kommen. Ich wiederhole, daß der Ausschuß die  
D18 Annahme empfiehlt. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte  
D19 ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen  
D20 Enthaltungen ist der Antrag angenommen.  
D21

D22 [18B]  
D23

D24 Wir kommen nun zur

D25 **lfd. Nr. 18 B,**  
D26

D27 **Drucksachen 12/2836 und 12/2837:**

D28 **Beschlußempfehlungen des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zu Vorlagen -**



D29 | zur Beschlußfassung - gemäß § 38 der Geschäftsordnung des  
D30 | Abgeordnetenhauses von Berlin (Nrn. 29 und 30/1993 des Verzeichnisses über  
D31 | Vermögensgeschäfte)

D32 |  
D33 | Der Dringlichkeit wird offenbar nicht widersprochen. Meine Damen und  
D34 | Herren, ich möchte aufgrund verschiedener Bitten getrennt abstimmen  
D35 | lassen.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4063

---

A 1 | **Präsidentin Laurien**

A 2 |  
A 3 | Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 29 - Drucksache 12/2836 -, zu dem eine  
A 4 | einstimmige Beschlußempfehlung vorliegt, zustimmen möchte, den bitte ich  
A 5 | um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich sehe zwei  
A 6 | Enthaltungen.

A 7 |  
A 8 | Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 30 - Drucksache 12/2837 -, zustimmen möchte,  
A 9 | den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das  
A10 | erste war die Mehrheit.

A11 |  
A12 | [18C]

A13 |  
A14 | Wir kommen zur

A15 |  
A16 | **1fd. Nr. 18 C, Drucksache 12/2838:**  
A17 | **Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Verkehr und Betriebe vom 21.**  
A18 | **April 1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der**  
A19 | **Fraktion Bü 90/Grüne über Regenwassernutzung, Drucksache 12/726**

A20 |  
A21 | Der Dringlichkeit wird offenbar nicht widersprochen. Es liegt eine  
A22 | einstimmige Beschlußempfehlung vor. Wer diesem Antrag unter  
A23 | Berücksichtigung der Beschlußempfehlung Drucksache 12/2838 seine  
A24 | Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. -  
A25 | Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich sehe nichts außer Zustimmung.

A26 |  
A27 | [18D]

A28 |  
A29 | Wir kommen zur

A30 | **1fd. Nr. 18 D, Drucksache 12/2839:**  
A31 |  
A32 | **Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Verkehr und Betriebe vom 17. März**  
A33 | **1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der Fraktion der**  
A34 | **SPD und der Fraktion der CDU über Ausbau des S-Bahnhofs Papestraße,**  
B 1 | **Drucksache 12/1421**

B 2 |  
B 3 | Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen. Da die Ausschüsse die Annahme  
B 4 | empfohlen haben, wird auch kaum Redebedarf bestehen. Wer dem Antrag seine  
B 5 | Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -  
B 6 | Enthaltungen? - Damit ist der Antrag angenommen.

B 7 |  
B 8 | [18E]

B 9 |  
B10 | Wir kommen zur

B11 | **1fd. Nr. 18 E, Drucksache 12/2840:**  
B12 |  
B13 | **Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Gesundheit vom 18. März 1993 und**  
B14 | **des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der Fraktion der PDS über**  
B15 | **Erhalt des Kinderkrankenhauses HansasträÙe, Drucksache 12/2473**

B16 |  
B17 | Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen. Wer dem Antrag in der Fassung  
B18 | der Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das  
B19 | Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag  
B20 | angenommen.

B21 |  
B22 | Meine lieben Damen und Herren, mehrere Abgeordnete haben bei nichts  
B23 | abgestimmt. Ich bitte doch die Möglichkeiten der parlamentarischen  
B24 | Willenskundgebung wahrzunehmen, wenn Sie anwesend sind.

[18F]

Wir kommen zu

**lfd. Nr. 18 F, Drucksache 12/2841:**

**Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Arbeit vom 28. April 1993 und des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 zum Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über keine Zustimmung zum unsolidarischen Pakt, Drucksache 12/2572**

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vor, Drucksache 12/2841-1:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses vom 12. Mai 1993 - Drs 12/2841 - zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV über keine Zustimmung im Bundesrat zu unsolidarischem Pakt (Drs 12/2572) wird durch folgende Fassung ersetzt:

"Das Abgeordnetenhaus von Berlin lehnt das Föderale Konsolidierungsprogramm in der vorliegenden Fassung (Drucksache des Bundestages 12/4748) ab. Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, dem Gesetz zur Umsetzung des föderalen Konsolidierungsprogramms die Zustimmung zu verweigern.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms wird die soziale Schieflage in der Finanzierung der deutschen Einheit zwischen Besserverdienenden und weniger Verdienenden nicht beseitigt, sondern fortgesetzt, weil

- ein Solidaritätszuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erst ab 1995 wieder erhoben werden soll,
- eine Arbeitsmarktabgabe von Selbständigen, Beamten, Ministern/-innen und Abgeordneten zur Finanzierung von verbesserter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nicht eingeführt wird,
- die Sozialhilfe unterhalb des Inflationsausgleichs angepaßt werden soll und das zukünftig angewandte Nettolohnprinzip mit seiner Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip sozial unzumutbar ist,
- die finanzpolitischen Kürzungen von Leistungen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes zwar nicht durch pauschale Senkungen der Lohnersatzleistungen erfolgen, dafür aber ein diskriminierendes und umfangreiches Kontrollverfahren wegen angeblichem ‚Mißbrauch‘ der Leistungen erfolgen soll,
- die ‚Altschulden‘ des Wohnungsbaubestandes der ehemaligen DDR nur zum Teil durch den ‚Bundesarblastenfonds‘ übernommen werden und dies zu weiteren Mietkostensteigerungen in Ost-Berlin führen wird,
- ein Teil des Ost-Berliner Wohnungsbaubestandes veräußert und die entsprechenden Einnahmen zur Tilgung der ‚Altschulden‘ zweckentfremdet werden sollen,
- das Föderale Konsolidierungsprogramm insgesamt kein solidarisches Finanzierungskonzept ist, sondern erheblich zur Erhöhung der Verschuldung der öffentlichen Hand von Bund, Ländern und Gemeinden zu Lasten zukünftiger Generationen führen wird."

Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Hurra, es haben die Geschäftsführer gesiegt! Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Drucksache 12/2841-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag nicht angenommen.

Damit komme ich zum Antrag Drucksache 12/2572. Die Ausschüsse haben die Ablehnung empfohlen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das



## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4064

A 1 | **Präsidentin Laurien**

A 2 |  
A 3 | Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ohne Nein-Stimmen ist der  
A 4 | Antrag bei einer Reihe von Enthaltungen abgelehnt.

A 5 |  
A 6 | Ich rufe auf

A 7 | **lfd. Nr. 19, Drucksache 12/2791:**

A 8 |  
A 9 | **Vorlagen - zur Kenntnisnahme - gemäß Artikel 47 Abs. 1 VvB**

A10 |  
A11 | Überweisungsanträge liegen nicht vor. Das Haus hat von den Verordnungen  
A12 | Kenntnis genommen.

A13 |  
A14 | Die lfd. Nr. 20 ist durch die Konsensliste erledigt.

A15 |  
A16 | [21]

A17 |  
A18 | Wir kommen zur

A19 | **lfd. Nr. 21, Drucksache 12/2775:**

A20 |  
A21 | **Antrag der Fraktion der PDS über Konzept für eine öffentliche,**  
A22 | **multifunktionale Nutzung des Gebäudes des Abgeordnetenhauses von Berlin**

A23 |  
A24 | Herr Liepelt hat sich gemeldet. Darf ich Sie bitten, an das Podium zu  
A25 | kommen!

A26 |  
A27 | **Liepelt** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der  
A28 | vorliegende Antrag ist ebenso scheinheilig wie heuchlerisch. Es wäre eine  
A29 | Mißachtung unserer selbst, wenn wir ihn inhaltlich weiter behandeln  
A30 | würden. Er verdient, daß man über ihn hinweg zur Tagesordnung übergeht.  
A31 | Ich werde dies an zwei Beispielen begründen: Die antragstellende Fraktion  
A32 | meint, sie müsse dieses Parlament gegen den Willen der Bürger stellen. Das  
A33 | Gegenteil ist der Fall! Sie meint, sie müsse hier eine multifunktionale  
A34 | Nutzung umsetzen. Diese Forderung steht augenscheinlich in einer seltsamen  
B 1 | Tradition der SED/PDS. Multifunktional wurde dieser Bau als Kadenschmiede,  
B 2 | als Propagandazentrum und als Stasi-Horchzentrale genutzt. Diese  
B 3 | multifunktionale Nutzung in Ihrer Tradition, Kollegen von der SED/PDS,  
B 4 | werden wir nicht fortsetzen!

B 5 |  
B 6 | [Beifall bei der CDU]

B 7 |  
B 8 | Sie fordern - wirklich scheinheilig - in Ihrem Antrag eine demokratische  
B 9 | Erschließung des Plenarsaales. Die beste demokratische Erschließung wäre,  
B10 | wenn die PDS ihre Stasi-Abgeordneten hier herauswerfen würde. Das wäre der  
B11 | Beitrag dazu!

B12 |  
B13 | [Beifall bei der CDU]

B14 |  
B15 | Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, hierüber zur Tagesordnung  
B16 | überzugehen. Weitere ernsthafte Auseinandersetzungen sind nicht möglich. -  
B17 | Vielen Dank!

B18 |  
B19 | [Beifall bei der CDU]

B20 |  
B21 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Der Antrag Übergang zur Tagesordnung ist  
B22 | gestellt. Es ist für ihn gesprochen worden. Es ist zulässig, einmal gegen  
B23 | ihn zu sprechen. - Herr Pestorff!

B24 |

[Widerspruch bei der CDU und der SPD]

- Meine Damen und Herren, er hat das Rederecht. Wie Sie reagieren, ist Ihre Sache.

**Pewestorff (PDS):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

[Unmutsäußerungen]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Auf das Wort "liebe" verzichtet die Präsidentin!

**Pewestorff (PDS):** Es gibt Anträge, bei denen man eine heftige Reaktion erwartet!

[Schwierzina (SPD):  
Ich liebe euch doch alle! -  
Heiterkeit!]

- Wen Sie lieben, ist Ihnen überlassen, wie es Herrn Mielke überlassen war. - Aber bei diesem Antrag habe ich und haben wir diese heftige Reaktion nicht erwartet,

[Dr. Lehmann-Brauns (CDU):  
Die ist doch gar nicht heftig!]

weil - Sie können hier zur Tagesordnung übergehen - ich sicher bin, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt - zu denen zählen wir auch - haben einen Anspruch darauf, dieses Haus in Gänze - so wertvoll es durch uns gemacht wurde, 200 Millionen DM sind ja nun wahrlich kein Pappenstiel - in Besitz zu nehmen, es zu verfügen; "erwirb es, um es zu besitzen" - Goethe.

[Zuruf von der CDU: Da fehlt noch die Liebe!]

Ich glaube, wir werden um die Forderungen, um das Anliegen, das diesem aus meiner Sicht sehr sachlichen Antrag zugrunde liegt, nicht herumkommen.

Die großartige Resonanz auf die beiden Tage der offenen Tür haben uns bewiesen, daß es eine sehr gesunde Neugier auf dieses Haus gibt; und ich meine, wir werden als Parlament alle gemeinsam um diese Verantwortung nicht herumkommen. Gehen Sie meinerwegen zur Tagesordnung über. Auf Dauer werden wir es nicht können und auch nicht dürfen. - Danke schön!

[Beifall bei der PDS]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Da ich für die Einhaltung der Geschäftsordnung eine Verantwortung habe, stelle ich fest: Wenn dieser Antrag angenommen würde, würde die geltende Geschäftsordnung außer Kraft gesetzt werden, denn das Präsidium entscheidet über die Nutzung der Räume.

Und nun mache ich in einem sachlichen Ernst noch eine Bemerkung: Herr Pewestorff, Sie haben nicht mit der Deutsch-Lehrerin gerechnet. Sie haben gesagt: "Erwirb es, um es zu besitzen." Es geht darum: "Was Du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb, um es zu besitzen."

[Dr. Biewald (CDU): Bravo!]

Hier haben die Väter und Mütter der Demokratie das Wort.

[Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP]

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Es ist der Antrag gestellt: "Übergang zur Tagesordnung". Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Damit gehen wir zur Tagesordnung über.

Lfd. Nr. 22 ist durch die Konsensliste erledigt.

[23]

**Lfd. Nr. 23, Drucksache 12/2789:**

**Antrag der Fraktion der FDP über Angabe der Ortsteilbezeichnung in der Anschrift**

D29 |  
D30 | Hierzu liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vor,  
D31 | Drucksache 12/2789-1:

D32 |  
D33 | Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

D34 |  
D35 | Der Antrag der Fraktion der FDP über Angabe von Ortsbezeichnungen in der  
D36 | Anschrift - Drucksache 12/2789 - wird durch folgende Fassung ersetzt:

D37 |  
D38 | "Das Abgeordnetenhaus fordert die Deutsche Bundespost auf sicherzustellen,  
D39 | daß nach Einführung der neuen Postleitzahl Sendungen, die einen  
D40 | Ortsteilzusatz oder den alten nummerierten Zustellbezirk führen, ohne  
D41 | Zeitverzögerung zugestellt werden."

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4065

---

A 1 | **Präsidentin Laurien**

A 2 |  
A 3 | Die antragstellende Fraktion hat um sofortige Abstimmung gebeten.  
A 4 | Vielleicht können wir uns hier einiges an Diskussionszeit ersparen, wenn  
A 5 | ich etwas zur Rechtslage sage.

A 6 |  
A 7 | Es handelt sich - wie Sie wissen - um die ausschließliche Zuständigkeit  
A 8 | der Bundespost, und es geht in keinem dieser Anträge darum, etwa das neue  
A 9 | Poststellenverzeichnis in Frage zu stellen. Es geht nur darum, daß der  
A10 | Zusatz - meinetwegen Mitte, Lankwitz oder Charlottenburg oder  
A11 | Hohenschönhausen - nicht dazu führen darf, daß der Brief nicht zugestellt  
A12 | wird.

A13 |  
A14 | [Krüger, Ulrich (CDU): Eben!]  
A15 |

A16 | Und der Ergänzungsantrag besagt, daß, wenn der Zusatz - zum Beispiel  
A17 | "1080" oder "46" von früher - hinten dransteht, auch nicht zur  
A18 | Nichtzustellung führen sollte. Wenn Sie diesen Anträgen eine Zustimmung  
A19 | geben sollten, möchte ich den Beschluß nicht einfach im Protokoll  
A20 | verschwinden lassen, sondern ich erkläre mich gern bereit, einen Brief an  
A21 | den zuständigen Postminister zu schreiben, der von Ihrem jeweiligen Votum  
A22 | - so vermute ich - getragen ist, daß ich gestützt auf die dann so oder so  
A23 | erfolgte Abstimmung dieses dort zur Sprache bringe.

A24 |  
A25 | [Beifall bei der CDU und der FDP]  
A26 |

A27 | Ich sage dies, weil das vielleicht lange Erörterungen erspart und  
A28 | vielleicht die Zustimmung gibt, daß wir gleich zu diesen beiden Anträgen  
A29 | abstimmen können. - Gut!

A30 |  
A31 | Dann rufe ich die Anträge nacheinander auf. - Doch zuvor hat Kollege  
A32 | Biederbick das Wort.

A33 |  
A34 | **Biederbick (FDP):** Frau Präsidentin! Das klingt sehr gut!

B 1 |  
B 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Wenn Sie lange reden, gefährden Sie sich!

B 3 |  
B 4 | **Biederbick (FDP):** Nein, Frau Präsidentin, ich kann das einigermaßen gut  
B 5 | einschätzen, wie es das Haus sieht. - Ich will nur sagen: Der Sachverhalt  
B 6 | ist dargestellt - auch noch einmal von Ihnen. Ich denke, daß es in diesem  
B 7 | Hause einen großen Konsens darüber geben sollte, daß wir eine derartige  
B 8 | Willenserklärung dafür abgeben, daß eine Identifikation der Bürgerinnen  
B 9 | und Bürger dieser Stadt mit ihrem Ortsteil nicht einfach von der Post in  
B10 | dieser Art und Weise behandelt werden sollte, daß das dazu führt, daß  
B11 | Briefe später zugestellt werden.

B12 |  
B13 | Es ist eine einfache programmiertechnische Frage. Ich habe heute noch  
B14 | einmal mit der Pressestelle der Oberpostdirektion Berlin telefoniert, die  
B15 | mir verzweifelt versuchte klarzumachen, daß es ein Computerprogramm gäbe  
B16 | und man nicht in der Lage sei, dieses Programm derartig zu verändern, daß  
B17 | dieses möglich sei. So ein bißchen kenne ich mich in diesen Technologien  
B18 | auch aus. Das ist eine aberwitzige Begründung. Wenn man innerhalb dieser  
B19 | Computertechnologie etwas will, dann kann man auch eine  
B20 | Computerprogrammierung adäquat sehr schnell ändern. Das ist möglich. In  
B21 | diesem Sinn sollten wir hier diese gemeinsame Willenserklärung  
B22 | formulieren.

B23 |  
B24 | [Beifall bei der FDP und der CDU]  
B25 |



B26 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Ich stelle beide Anträge  
B27 getrennt zur Abstimmung, oder sollen wir gleich zusammen abstimmen?  
B28

B29 [Zurufe von der CDU: Nein!]  
B30

B31 Also zuerst die Abstimmung zum Antrag der FDP: Wer dem seine Zustimmung  
B32 geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? -  
B33 Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung angenommen.  
B34

C 1 Wir kommen zum Ergänzungsantrag - das ist der mit "SO 36". Wer diesem  
C 2 Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -  
C 3 Moment, ich muß genau gucken. - Gegenprobe? - Wenn ich mich nicht irre,  
C 4 war das erste die Mehrheit.  
C 5

C 6 [Widerspruch bei der CDU]  
C 7

C 8 Wir wiederholen die Abstimmung, und beide Beisitzer bitte ich um erhöhte  
C 9 Aufmerksamkeit. - Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den  
C10 bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Die Gegenprobe ist eindeutig  
C11 die Mehrheit, also ist dieser Antrag abgelehnt.  
C12

C13 Lfd. Nrn. 24 und 25 sind durch die Konsensliste erledigt.  
C14

C15 [26]

C16 **Lfd. Nr. 26, Drucksache 12/2793:**  
C17

C18 **Antrag der Fraktion der PDS über Weiterführung der Körperbehindertenschule**  
C19 **in Berlin-Lichtenberg als Gesamtschule**  
C20

C21 Der Ältestenrat hat die Überweisung an den Ausschuß für Schulwesen  
C22 empfohlen. Aber es steht bei mir noch eine Wortmeldung. Bitte, Frau  
C23 Steinborn!  
C24

C25 **Frau Steinborn (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit der  
C26 Umstrukturierung der Schulen des Ostteils nach dem West-Berliner  
C27 Schulgesetz wird in der Körperbehindertenschule Lichtenberg nach der  
C28 Studentafel der Gesamtschule in der Sekundarstufe I unterrichtet, und  
C29 zwar bereits zwei Jahre zur Zufriedenheit und unter weiterer Befürwortung  
C30 von Eltern und Schülern und Schülerinnen.  
C31

C32 Bei der Entscheidung der Schulkonferenz von 1991, diese Schule ab dem  
C33 Schuljahr 1991/92 nach der Studentafel der Gesamtschule zu führen, waren  
C34 folgende pädagogische Überlegungen maßgeblich mit eingeflossen:  
D 1

D 2 **Erstens:** Der Anspruch der Eltern auf einen höheren Schulabschluß wird  
D 3 durch die Unterrichtung in der Studentafel der Gesamtschule  
D 4 repräsentiert. Ohne Schulwechsel können alle Abschlüsse sowie der Übergang  
D 5 in die gymnasiale Oberstufe erreicht werden.  
D 6

D 7 **Zweitens:** Ein bewußter Verzicht auf eine frühzeitige Bindung an einen  
D 8 bestimmten Bildungsgang ist besonders wichtig für Schüler und Schülerinnen  
D 9 mit Behinderungen, da es sich bei diesen Schülern häufig um sogenannte  
D10 Spätentwickler handelt. Eine Bindung an einen bestimmten Bildungsgang ab  
D11 Klasse 7 ist für diese Schüler und Schülerinnen häufig verfrüht. Es würden  
D12 außerdem unnötige zusätzliche Belastungen für die Schüler und Schülerinnen  
D13 auftreten, wenn beispielsweise ein Wechsel von der Real- in die  
D14 Hauptschule stattfände. Ein Wechsel der Fachleistungskurse innerhalb der  
D15 Gesamtschule in der Sekundarstufe I ist relativ unkompliziert.  
D16

D17 **Drittens:** Individuelle Förderung unter Berücksichtigung der  
D18 schädigungsspezifischen Möglichkeiten eines jeden Schülers und einer jeden  
D19 Schülerin.  
D20

D21 **Viertens:** Besondere Förderungen von Aspekten des sozialen Lernens, die  
D22 gerade das Gesamtschulprinzip ermöglicht.  
D23

D24 Die Senatsschulverwaltung erhebt jetzt die Forderung, die Schule zum  
D25 kommenden Schuljahr in eine Haupt- und Realschule aufzuteilen. Ihre  
D26 Begründung ist auch das gegenüber kleinen Gesamtschulen übliche  
D27 Denkmuster, daß wegen der geringen Schülerzahl kein ausreichendes  
D28 Fachleistungs- und Wahlpflichtangebot möglich ist. Das aber führt gerade  
D29 bei zwei Schultypen, die hier eingeführt werden sollen, zu viel weniger

D30 | Schülern und Schülerinnen, als man jetzt für die Ablehnung der  
D31 | Unterrichtung nach der Stundentafel der Gesamtschule begründet. Gerade  
D32 | dann werden Kursstärken von Fachleistungs- und Wahlpflichtkursen der  
D33 | Realschule nicht mehr gewährleistet sein. Es würde eine Verschlechterung  
D34 | für die Schülerinnen und Schüler bedeuten.

D35 |  
D36 | Ein weiteres Argument, das oft verwendet wird, möchte ich entschärfen. Die  
D37 | Kooperation der 7. Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe soll mit der  
D38 | Körperbehindertenschule einhergehen. Diese 7. Gesamtschule ist weder  
D39 | baulich noch personell auf eine gemeinsame Erziehung behinderter und  
D40 | nichtbehinderter Kinder vorbereitet und eingerichtet. Dort ist nicht  
D41 | einmal ein

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4066

A 1 | **Frau Steinborn**

A 2 |  
A 3 | Fahrstuhl vorhanden. Nach meiner Kenntnis steht auch in der  
A 4 | Investitionsplanung des Bezirks Lichtenberg kein Geld zur Verfügung. Wie  
A 5 | will man also dort behinderte Kinder unterrichten, wenn nicht einmal die  
A 6 | baulichen Erfordernisse erfüllt sind?

A 7 |  
A 8 | Ein Votum der Eltern der Schulleitung sowie der BVV Lichtenberg liegt vor,  
A 9 | diese Schule weiterhin nach der Stundentafel der Gesamtschule in der  
A10 | Sekundarstufe I zu unterrichten. Ein Gespräch zwischen  
A11 | Senatsschulverwaltung, Bezirksamt, Schule und  
A12 | Bezirksverordnetenversammlung ist nun endlich ins Auge gefaßt worden.

A13 |  
A14 | Bitte lassen Sie uns auch im Schulausschuß unter pädagogischen  
A15 | Gesichtspunkten das Problem beraten! Wir müssen verhindern, daß mit  
A16 | formellen Vorgaben durch den Senat die Entscheidungskompetenz des Bezirks  
A17 | eingeschränkt wird. - Danke!

A18 |  
A19 | [Beifall bei der PDS]

A20 |  
A21 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Kittelmann hat das Wort für die CDU-  
A22 | Fraktion. - Bitte sehr!

A23 |  
A24 | **Frau Kittelmann (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die PDS  
A25 | bringt es nun wirklich fertig, unredlich, auf dem Rücken der Schülerinnen  
A26 | und Schüler sowie der Eltern ihre pädagogischen Vorstellungen, die  
A27 | inhaltlich völlig verkorkst sind, vorzutragen. Sie reduziert die  
A28 | Gesamtschule rein auf soziales Lernen. Das kann doch nicht der Sinn von  
A29 | Gesamtschule sein.

A30 |  
A31 | [Frau Herer (PDS):  
A32 | Das ist doch Unsinn, was Sie sagen!]

A33 |  
A34 | Die Gesamtschüler sollen, wenn sie nach der zehnten Klasse ihre Abschlüsse  
B 1 | haben, auch befähigt werden, sofern sie in die gymnasiale Oberstufe  
B 2 | übergehen, dort dem Unterricht folgen zu können. Wenn ich allerdings  
B 3 | gymnasiale Oberstufe nicht vorbereite und den Schülern nicht die  
B 4 | Möglichkeit gebe, die entsprechenden Fächer zu lernen, zu erlernen und zu  
B 5 | praktizieren, die dort verlangt werden, dann habe ich zwar ein Etikett,  
B 6 | aber ich betreibe Etikettenschwindel und führe den Schülerinnen und  
B 7 | Schülern, die diesen Unterrichtsfächern gefolgt sind etwas vor, was sie im  
B 8 | weiteren Leben nicht gebrauchen können.

B 9 |  
B10 | Diese Gesamtschule Lichtenberg hat insgesamt 120 Schülerinnen und Schüler.  
B11 | Sie ist keine Gesamtschule und kann als Gesamtschule gar nicht  
B12 | funktionieren, weil sie nicht die Fächer und die Leistungsdifferenzierung  
B13 | anbieten kann, die notwendig sind.

B14 |  
B15 | Wir werden dies im Ausschuß noch weiter besprechen. Das Gleiche hat die  
B16 | PDS in der letzten Woche im Schulausschuß versucht, daß Schülerinnen und  
B17 | Schüler einer anderen Gesamtschule hergebracht wurden, damit sie für die  
B18 | Fortführung ihrer Schule als Gesamtschule eintreten. Ich kann es nicht  
B19 | verantworten, daß auf dem Rücken von Eltern und Schülern Dinge ausgetragen  
B20 | werden, die finanziell und inhaltlich nicht mehr durchführbar sind. -

B21 |  
B22 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Kittelmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
B23 | von Frau Herer?

B24 |  
B25 | **Frau Kittelmann (CDU):** Nein! - In dieser Schule für Körperbehinderte wird

B26 Realschule und Hauptschule verzahnt. Die Kinder, die eine  
B27 Gymnasialempfehlung haben, haben die Möglichkeit, in einer integrierten  
B28 Gesamtschule - fast am gleichen Orte - zur Schule zu gehen und nachmittags  
B29 in dieser Körperbehindertenschule therapiert zu werden. Ich nehme an, daß  
B30 dies doch eine sehr positive Möglichkeit ist, die inzwischen auch mit den  
B31 Eltern besprochen wurde. - Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU -

Frau Herer (PDS): Kennen Sie das Votum  
der Bezirksverordnetenversammlung?]

C 1  
C 2  
C 3 **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Volkholz hat das Wort für die Fraktion  
C 4 Bündnis 90/Grüne. - Ich bin Ihnen sehr dankbar, Frau Kittelmann, daß Sie  
C 5 nicht alle Erörterungen des Ausschusses vorweggenommen haben. - Bitte,  
C 6 Frau Volkholz!

C 7  
C 8 **Frau Volkholz** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich  
C 9 möchte auch nur kurz darauf eingehen, warum ich es für wichtig halte, vor  
C10 der Ausschußsitzung jetzt schon hier einige Worte darüber zu verlieren,  
C11 denn im Augenblick fallen die Entscheidungen der Schulverwaltung für diese  
C12 Schule, also ob es ihnen möglich gemacht wird, in etwa ihre Vorstellungen  
C13 noch realisieren zu können.

C14  
C15 Frau Kittelmann, wenn Sie sagen, daß in diesem Fall die PDS versucht, Ihre  
C16 ideologischen Vorstellungen zum Nachteil von Schülern, Schülerinnen und  
C17 Eltern durchzusetzen, dann müssen sie dieses auch der gesamten  
C18 Schulkonferenz dieser Schule sowie der gesamten BVV des Bezirks  
C19 Lichtenberg vorwerfen.

[Beifall bei der PDS]

C20  
C21  
C22  
C23 Hier droht sich wirklich der bürokratische Oberwahlspruch zu bewahrheiten:  
C24 "Wenn die Realität nicht zu jeder bestehenden Rechtsverordnung, die es vor  
C25 der Wende gab, paßt, um so schlechter für die Realität!"

C26  
C27 [Beifall bei Bü 90/Grüne  
C28 und bei der PDS]

C29  
C30 Wie bereits dargestellt, hat diese Schule schlichtweg gegen die  
C31 Rechtsvorschriften nach der Gesamtschulstundentafel unterrichtet. Sie  
C32 möchte dieses weiterhin und alle genannten Gremien möchten dieses  
C33 einstimmig, wenn ich richtig informiert bin. Jetzt stellt sich die Frage -  
C34 nach der Sonderschulordnung geht nur Haupt- oder Realschule, die Schule  
D 1 hat auch zu geringe Schülerzahlen -, ob - bei gutem Willen der Verwaltung  
D 2 - mit der unmittelbar benachbarten Gesamtschule die  
D 3 Differenzierungsmöglichkeiten angeboten werden könnten. Wenn man zwei  
D 4 Jahre überbrückt, in denen der Überhang, der jetzt an dieser Schule  
D 5 besteht, dort gelassen wird, und an der anderen ein Fahrstuhl gebaut wird,  
D 6 könnte dies ermöglicht werden. Dann würde dem Reformwillen aller  
D 7 Beteiligten Rechnung getragen werden.

D 8  
D 9 Frau Kittelmann! Herr Klemann! Es handelt sich um die Frage, inwieweit man  
D10 Eigeninitiative von vornherein gegenüber einer bestehenden Vorschrift als  
D11 störend empfindet und in jedem Falle erdrücken will, oder ob man hier mit  
D12 dem positiven Willen an die Sache geht, auch einen Reformwillen zu  
D13 erhalten, weil wir ihn bildungspolitisch brauchen. Dann würde doch in  
D14 einer besseren Kooperation zwischen Verwaltung und Bezirk der Schule eine  
D15 Lösung angeboten, die für diese akzeptabler ist als der jetzige Weg. -  
D16 Danke!

D17  
D18 [Beifall bei Bü 90/Grüne  
D19 und bei der PDS]

D20  
D21 **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die SPD-Fraktion hat Frau Leyk das Wort!

D22  
D23 **Frau Leyk** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte für  
D24 die SPD-Fraktion ebenfalls nicht die Ausschußberatung vorwegnehmen. Wir  
D25 haben nicht ohne Grund den Antrag in den Schulausschuß überwiesen und  
D26 nicht heute zur Abstimmung gestellt. Ich möchte aber an Frau Kittelmann,  
D27 die sich jetzt schon mit einem abschließenden Urteil geäußert hat, die  
D28 Bitte richten, die Beratung im Schulausschuß offen zu beginnen.

D29

[Vereinzelter Beifall bei der PDS  
und bei Bü 90/Grüne]

Wir haben aus der ehemaligen DDR einiges an Schulformen vorgefunden, was nicht unseren Schulgesetzen und Schulrecht entspricht. Davon war einiges nicht erhaltenswert, aber einiges ist sowohl erhaltens- als auch bedenkenswert. Nach meinen Informationen ist diese Körperbehindertenschule eine Schule, die auch ein Stück Integration in anderer Form betreibt, als wir sie im Westteil der Stadt zur Zeit betreiben. Das heißt, die gesunden Kinder sind dort in der Minderheit, aber es ist auch eine Mischung, nämlich nicht nur Körperbehinderte, wobei auch bei den Behinderten der Behinderungsgrad sehr unterschiedlich ist. Ich warne davor, wenn man Behindertenschule hört, von vornherein zu unterstellen, daß dort die kognitiven Leistungen nicht in dem Maße erbracht werden können wie von gesunden Kindern. Körperbehinderte sind nicht gleichzeitig Geistigbehinderte! Dies dürfen wir nicht verwechseln!

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4067

A 1 | **Frau Leyk**

A 2 |  
A 3 | Ich bitte für die Ausschußberatung um entsprechende Offenheit! Meine  
A 4 | Fraktion will überlegen, wie weit Kooperation mit der benachbarten  
A 5 | Gesamtschule möglich ist, was Differenzierungserfordernisse angeht, wie  
A 6 | weit auch die Kurse - dazu muß man detaillierte Kenntnis der  
A 7 | Schülerzusammensetzung haben - so gestaltet werden können, daß die  
A 8 | Schülerinnen und Schüler, die auf Gehhilfen oder Rollstühle angewiesen  
A 9 | sind, dann in dem Gebäude vorrangig unterrichtet werden, wo die  
A10 | entsprechenden behindertengerechten Vorrichtungen vorhanden sind. Ich  
A11 | denke, da läßt sich einiges machen, wenn man die Detailkenntnis hat.  
A12 | Dieses können wir heute hier nicht klären. Wir werden jedenfalls alles  
A13 | ausloten, um zu erreichen, daß diese Schule ihre Arbeit fortsetzen kann.

A14 |

A15 | [Beifall bei der SPD und bei Bü 90/Grüne]

A16 |

A17 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Vorletzte Rednerin hierzu ist Frau Schmid-Petry  
A18 | für die FDP-Fraktion.

A19 |

A20 | **Frau Schmid-Petry (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen  
A21 | und Kollegen! Ich denke, Frau Leyk hat vollkommen recht, wenn sie hier  
A22 | aussagt - ich fasse es in meinen Worten -: Wo ein Wille ist, ist auch ein  
A23 | Weg. Ich denke, wir haben in der Ausschußsitzung genügend Zeit  
A24 | miteinander, den Willen abzuklopfen, und zwar der Schulverwaltung, der  
A25 | Eltern, der Lehrer und der Schüler. Wenn wir das vernünftig tun, wird es  
A26 | auch einen vernünftigen Weg für die Eltern, Lehrer und Kinder an der  
A27 | Körperbehindertenschule zu Berlin-Lichtenberg geben.

A28 |

A29 | Es ist richtig, daß wir offen an diese Diskussion herangehen sollten. Die  
A30 | Offenheit können wir alle mitbringen. Und ich glaube, wir sollten uns von  
A31 | vornherein immer als Legislative bewußt sein, daß wir die Exekutive immer  
A32 | auffordern können, bürokratische Hemmnisse abzubauen. Wir können Gesetze  
A33 | so gestalten, daß manches möglich wird. Auch in diesem Fall kann die  
A34 | Bürokratie nicht obsiegen, sondern wir müssen obsiegen. - Vielen Dank!

B 1 |

B 2 | [Beifall bei der FDP -  
B 3 | Vereinzelter Beifall bei der PDS]

B 4 |

B 5 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke Schön! - Herr Dr. Dornberger, Sie haben als  
B 6 | fraktionsloser Abgeordneter das Wort!

B 7 |

B 8 | **Dr. Dornberger (Neues Forum):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen  
B 9 | und Herren! Ich erinnere mich an die Zeit nach der Wahl dieses  
B10 | Abgeordnetenhauses und vor Beginn der Legislaturperiode, sprich vor der  
B11 | ersten Sitzung. In diesem Zeitraum, nämlich nach der letzten Sitzung der  
B12 | Stadtverordnetenversammlung, wo es eine Demonstration der Behinderten  
B13 | dieser Schule gegeben hat, nach dieser Sitzung hat Frau Bergmann-Pohl von  
B14 | der CDU damit zu glänzen versucht, daß sie eine gesponsorte Automatiktür  
B15 | für diese Schule übergeben hat. Nun ist das an und für sich keine  
B16 | schlechte Sache, eine gesponsorte Automatiktür. Eigentlich sollte die CDU  
B17 | sich auch daran erinnern; denn verbunden war das mit den besten Wünschen  
B18 | von Frau Bergmann-Pohl für diese Schule und für diese Schüler. Ich denke,  
B19 | daß man für Behinderte, in diesem sensiblen Bereich ganz besonders alle  
B20 | Anstrengungen unternehmen sollte, um dem Willen der Eltern und der Schüler  
B21 | Rechnung zu tragen und vielleicht etwas anderes, ein Gesamtschulkonzept,  
B22 | durchzusetzen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

B23 |

B24 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Die Punkte 27 bis 39 sind  
B25 | in der Konsensliste.

B26 [39A]  
B27  
B28

B29 Wir kommen zu  
B30 **lfd. Nr. 39 A, Drucksache 12/2829:**  
B31

B32 **Antrag der Fraktion der FDP über Verkauf von Genossenschaftswohnungen in**  
B33 **den östlichen Stadtbezirken**  
B34

C 1 Der Dringlichkeit wird offenbar nicht widersprochen. Die antragstellende  
C 2 Fraktion hat gebeten, den Antrag an den Ausschuß für Bau- und  
C 3 Wohnungswesen sowie an den Hauptausschuß zu überweisen. Wer dem zustimmt,  
C 4 den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Enthaltungen? -  
C 5 Offensichtlich einstimmig.  
C 6

C 7 [39B]  
C 8

C 9 **lfd. Nr. 39 B, Drucksache 12/2831:**  
C10 **Antrag der Fraktion der PDS über "Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr**  
C11 **habt mich aufgenommen" (Matthäus 25, 35): gegen rassistische Gewalt und**  
C12 **Ablehnung von Fremden**  
C13

C14 Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen. Es wird eine Fülle von  
C15 Ausschußüberweisungen vorgeschlagen: Inneres, Sicherheit und Ordnung  
C16 federführend, Ausschuß für Ausländerfragen, Ausschuß für Bundes- und  
C17 Europaangelegenheiten und Rechtsausschuß. Wer dies bejaht, den bitte ich  
C18 um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen  
C19 Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.  
C20

C21 [39C]  
C22

C23 **lfd. Nr. 39 C, Drucksache 12/2844:**  
C24 **Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über Notwendigkeit einer**  
C25 **Pflegeversicherung**  
C26

C27 Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, Drucksache  
C28 12/2844-1 :  
C29

C30 Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:  
C31

C32 Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekräftigt seinen Willen, daß gerade die  
C33 besondere Lage von Berlin eine gesetzlich abgesicherte Pflegeversicherung  
C34 erfordert.

D 1  
D 2 Die Finanzierung der Pflegeversicherung hat jedoch sicherzustellen, daß  
D 3 insbesondere die mittelständischen Unternehmen nicht in einer  
D 4 rezessionsverstärkenden Weise belastet werden.  
D 5

D 6 Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert die zuständigen Mitglieder der  
D 7 Bundesregierung auf, das seit längerem angekündigte Finanzierungskonzept  
D 8 für die Pflegeversicherung vorzulegen, damit diese überfällige Reform im  
D 9 Sinne der Pflegenden und der Pflegebedürftigen endlich verwirklicht werden  
D10 kann.  
D11

D12 Der Dringlichkeit wird offenbar nicht widersprochen. Die antragstellende  
D13 Fraktion hat um sofortige Abstimmung gebeten. Gibt es dazu Wortmeldungen?  
D14 - Herr Dr. Köppl, Sie haben das Wort!  
D15

D16 **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu der  
D17 späten Stunde noch einige Worte zur Pflegeversicherung. Dieser Antrag, den  
D18 wir heute eingebracht haben, bezieht sich auf die aktuelle Debatte in der  
D19 Bundesrepublik und unter anderem auch in Berlin, weil wir wissen, daß es  
D20 im Augenblick eine massive Kampagne der Unternehmerschaft mit Hilfe der  
D21 FDP gibt, doch im letzten Moment die von der Bundesregierung versprochene  
D22 Pflegeversicherung noch zu Fall zu bringen. Im Augenblick haben sowohl die  
D23 Unternehmensverbände als auch der Wirtschaftsminister der FDP jeweils  
D24 Vorschläge gemacht, daß im Augenblick diese neue soziale Säule nicht  
D25 errichtet werden kann, weil - so in ihren Worten - der Industriestandort  
D26 Deutschland in Gefahr ist.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4068

A 1 | **Dr. Köppl**

A 2 |  
A 3 | Das Berliner Parlament hat vor etwa einem Jahr bekräftigt, noch im  
A 4 | Schöneberger Rathaus, daß es vollständig hinter dem Konzept einer  
A 5 | gesetzlich abgesicherten Pflegeversicherung steht, daß es der Meinung ist,  
A 6 | daß das Umlageverfahren nach dem Sozialversicherungsrecht das geeignete  
A 7 | ist, diese neue Säule aufzubauen, und daß es absolut notwendig ist -  
A 8 | gerade aus der Berliner Situation heraus mit dem großen Anteil älterer  
A 9 | Menschen und der anerkannt schlechten materiellen Versorgung -, hier  
A10 | erneut Farbe zu bekennen. Es würde dem Berliner Parlament in dieser  
A11 | Konfliktsituation sehr gut anstehen, wenn es heute entscheidet und einen  
A12 | Vorschlag akzeptiert, der sich auf den alten Beschluß stützt, der damals  
A13 | mehrheitlich gegen die FDP hier gefällt wurde und der noch einmal  
A14 | ausdrücklich sagt: Es ist notwendig, entlang dem Blümschen, also dem CDU-  
A15 | Modell, eine Pflegeversicherung nach dem Umlagesystem aufzubauen; und es  
A16 | wird abgelehnt, eine versicherungsrechtliche Lösung zu schaffen, die den  
A17 | größten Teil der alten Menschen - wie es die FDP vorschlägt - überhaupt  
A18 | nicht berücksichtigt oder eine privatrechtliche Lösung vorschlägt, die in  
A19 | der Regel nur für den reicheren Teil der Gesellschaft eine vernünftige  
A20 | Absicherung bringt.

A21 |  
A22 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]

A23 |  
A24 | Das, was die FDP als Ersetzungsantrag vorgestellt hat, klärt überhaupt  
A25 | nichts. Wenn hier steht, daß die Finanzierung der Pflegeversicherung in  
A26 | Abhängigkeit von den mittelständischen Unternehmen gemacht werden soll,  
A27 | dann kann man sich vorstellen, was dabei herauskommt. Der Vorschlag der  
A28 | FDP ist unsozial, und er soll jetzt im Zusammenhang mit der Kampagne der  
A29 | Unternehmerschaft das gesamte Modell der Pflegeversicherung zu Fall  
A30 | bringen. Ich appelliere an Sie: Bringen Sie diesen Vorschlag nicht in die  
A31 | Ausschüsse - er ist schon einmal diskutiert worden -, sondern halten Sie  
A32 | an der alten Beschlußfassung fest. Die Formulierung haben wir Ihnen  
A33 | gegeben. Es sind keine Formulierungen darin, die uns auf eine Form  
A34 | festlegen, die von dem Blümschen Modell abweicht. Sowohl die Meinung der  
B 1 | CDU als auch der SPD und unserer Partei können Sie hierin wiederfinden.

B 2 |  
B 3 | Ich verstehe nicht, warum Sie diesen Antrag in die Ausschüsse verweisen  
B 4 | wollen. Von dort kommt er erst nach vier oder sechs Wochen zurück. Dann  
B 5 | ist das Problem geregelt. Heute muß das Berliner Parlament einen Entschluß  
B 6 | fassen und diese Kampagne, die die FDP mit Rückendeckung der  
B 7 | Unternehmerschaft angezettelt hat, inhaltlich zurückweisen. Das Berliner  
B 8 | Parlament soll zu dieser Pflegeversicherung stehen, die es schon einmal  
B 9 | beschlossen hat. Ich bitte Sie, unseren damaligen gemeinsamen Wunsch  
B10 | nachdrücklich zu unterstützen. - Schönen Dank!

B11 |  
B12 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]

B13 |  
B14 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Nur zur Geschäftslage:  
B15 | Die antragstellende Fraktion Bündnis 90 hat sofortige Abstimmung  
B16 | beantragt. Es liegt aber ebenfalls der Antrag der CDU-Fraktion auf  
B17 | Überweisung in den Sozialausschuß vor. - Herr Seerig von der FDP-Fraktion  
B18 | ist der nächste. Sonst habe ich hier nichts.

B19 |  
B20 | [Landowsky (CDU): Das reicht ja auch!]

B21 |  
B22 | Das ist dann nicht deutlich genug gewesen. Bitte schön!

B23 |  
B24 | **Seerig (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Köppl  
B25 | hat einiges sehr Richtiges zum Thema Pflegeversicherung gesagt. Daß wir



B26 natürlich trotzdem diesem Antrag als FDP nicht zustimmen können - bei  
B27 einem solchen ersten Satz -, ist vermutlich selbst Herrn Köppl klar.  
B28 Insofern erschien uns der Änderungsantrag als notwendig.  
B29

B30 Die Notwendigkeit einer Pflegeversicherung, einer gesetzlichen Absicherung  
B31 des Pflegerisikos, damit die Menschen nicht in die Unsicherheit der  
B32 Sozialhilfe mit allen den dahinterstehenden Problemen fallen, ist wohl  
B33 weitgehend Konsens in diesem Haus. Hoffentlich ist es auch Konsens, daß  
B34 solch eine Versicherung, eine Sicherung der Pflege, solide finanziert sein  
C 1 muß, wie auch immer.

C 2  
C 3 [Beifall des Abg. Biederbick (FDP)]  
C 4

C 5 Ob es nun über das Umlageverfahren oder das Kapitaldeckungsverfahren  
C 6 gemacht wird - es muß auf jeden Fall ein Modell sein, das nicht nur ein  
C 7 oder zwei Jahre funktioniert, sondern die Pflege auf Dauer sichert und  
C 8 sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch akzeptabel ist. Denn wenn das  
C 9 nicht gegeben ist, handelt es sich um die Irreführung der Gesellschaft und  
C10 führt nur zu einer indirekten Steuererhöhung. Denn dadurch, daß die  
C11 Gemeinden bei der Sozialhilfe entlastet werden, werden die Steuern nicht  
C12 sinken, sondern die Pflegeversicherung bedeutet de facto eine Zusatzabgabe  
C13 für die Bevölkerung und die Unternehmen.

C14  
C15 Der Hauptpunkt - das hat mir in den Ausführungen von Herrn Köppl gefehlt -  
C16 ist, daß wir bei der Pflege nicht immer nur darüber reden dürfen, wie wir  
C17 diese Pflege finanzieren, sondern wie wir diese Pflege endlich qualitativ  
C18 besser gestalten.

C19  
C20 [Beifall der Frau Abg. Engler (Bü 90/Grüne)]  
C21

C22 Die Debatte darf nicht länger darüber gehen, mit welchem Finanztopf wir  
C23 finanzieren, sondern es muß um die qualitative Verbesserung gehen. Dieser  
C24 Punkt kommt mir und meiner Fraktion in dieser Debatte viel zu kurz. Man  
C25 sollte lieber über diesen Punkt statt über Finanzierungsmodelle  
C26 debattieren und auch nicht nur Schuldige suchen, indem man streitet, es  
C27 hänge daran oder daran - ob nun die CDU auf Bundesebene keine Kompensation  
C28 gefunden hat oder ob Teile der FDP oder der Unternehmerverbände die  
C29 Pflegeversicherung nicht wollen oder ob man das ganze Thema durch  
C30 Forderungen der Gewerkschaft überfrachtet hat. Dies alles darf nicht der  
C31 Hauptpunkt sein. Es muß darum gehen, die Situation der Pflegenden und der  
C32 Gepflegten substantiell zu verbessern, und nicht darum - wie es zumindest  
C33 teilweise in dem Antrag und in den Ausführungen von Herrn Köppl durchkam -  
C34 , geliebte Feindbilder zu pflegen. Es geht darum, die Situation der  
D 1 Pflegenden und der Gepflegten in diesem Land endlich zu verbessern. - Ich  
D 2 danke Ihnen.  
D 3

D 4 **Präsidentin Dr. Laurien:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor; dann  
D 5 können wir abstimmen. Der weitergehende Antrag ist die Überweisung an den  
D 6 Sozialausschuß. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das  
D 7 Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag  
D 8 überwiesen.  
D 9

D10 Jetzt kommt die Überraschungsmitteilung: Die Sitzung ist beendet. Die  
D11 nächste Sitzung ist am 27. Mai 1993 um 13 Uhr.  
D12

D13 Die Sitzung ist geschlossen.  
D14

D15 [Schluß der Sitzung: 21.52 Uhr]

12. Wahlperiode

48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4069

---

A 1 | Anlage 1  
A 2 |  
A 3 | [N16]  
A 4 |  
A 5 | **Namentliche Abstimmung**  
A 6 |  
A 7 | **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Ausbau bzw. die**  
A 8 | **sofortige Komplettierung nur teilvorhandener Straßenverbindungen der**  
A 9 | **Bezirke Weißensee und Hohenschönhausen mit der Innenstadt**  
A 10 | **- Drucksache 12/2438 -**  
A 11 |  
A 12 | Familienname, Vorname Fraktion/Gruppe

12. Wahlperiode

48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4070

---

A 1 | Familienname, Vorname

Fraktion/Gruppe

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4071

A 1 | Anlage 2

A 2 |

A 3 |

**Nicht behandelte Mündliche Anfragen**

A 4 |

A 5 | [M8]

A 6 |

A 7 | **Mündliche Anfrage Nr. 8**A 8 | **der Abgeordneten Dagmar Pohle (PDS) über**A 9 | **Verwendung von Bundesmitteln für "Beratungshilfen"**

A10 |

A11 | Ich frage den Senat:

A12 |

A13 | 1. Wie werden die im Haushaltsplan für 1993 im Kapitel 11 00/Titel 251 90  
A14 | eingestellten Bundesmittel für "Beratungshilfen" zur Umstrukturierung von  
A15 | Polikliniken im Beitrittsgebiet Berlins eingesetzt

A16 |

A17 | 1. für die Finanzierung von Beratungshilfen durch wen,

A18 |

A19 | 2. für die Finanzierung von Personalstellen

A20 |

A21 | a) für die Entwicklung und Umsetzung betriebswirtschaftlicher

A22 | Unternehmensstrategien des Betriebes GSZB,

A23 |

A24 | b) zur Begleitung der Umstrukturierung der ambulanten Versorgung in  
A25 | Berlin-Ost für wen?

A26 |

A27 | 2. Welche konkreten Ergebnisse hat der Einsatz der Bundesmittel für

A28 | "Beratungshilfen" bisher gebracht, bzw. welche sind im laufenden

A29 | Rechnungsjahr noch zu erwarten?

A30 |

A31 | Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5

A32 | GO Abghs vor.

A33 |

A34 | [M9]

B 1 |

B 2 | **Mündliche Anfrage Nr. 9**B 3 | **des Abgeordneten Hartwig Berger (Bü 90/Grüne) über**B 4 | **Gasversorgung im vertragsfreien Raum**

B 5 |

B 6 | Ich frage den Senat:

B 7 |

B 8 | 1. Warum hat der Senat bis zum heutigen Tag keinen Konzessionsvertrag mit  
B 9 | der GASAG ausgehandelt, obwohl ein solcher Vertrag nach Privatisierung des  
B10 | Unternehmens notwendig und rechtlich geboten ist?

B11 |

B12 | 2. Wie rechtfertigt es der Senat, daß er von der GASAG keine

B13 | Konzessionsabgabe gemäß der ab 1991 bundesweit geltenden Regelung

B14 | verlangt?

B15 |

B16 | **Antwort der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie vom**B17 | **14. Mai 1993**

B18 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte

B19 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des

B20 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

B21 |

B22 | Zu 1: Bekanntlich bedarf der Abschluß von Konzessionsverträgen gemäß § 19

B23 | des Landesenergiespargesetzes der vorherigen Zustimmung des

B24 | Abgeordnetenhauses. Deshalb war es für eine effiziente Verhandlungsführung

B25 mit der GASAG notwendig, die Auffassung des Parlaments zumindest in der  
B26 großen Linie zu kennen.  
B27

B28 Seit Herbst 1991 sind im parlamentarischen Bereich entsprechende  
B29 Antragsentwürfe zur inhaltlichen Gestaltung von Konzessionsverträgen  
B30 kontrovers erörtert worden. Erst am 11. März 1993 hat das Abgeordnetenhaus  
B31 einen Beschluß über die Zielvorstellungen für einen Konzessionsvertrag mit  
B32 der GASAG gefaßt. Die Einladung an die GASAG zur Aufnahme von  
B33 Vertragsverhandlungen erfolgte daraufhin unverzüglich.  
B34

C 1 Zu 2.: Der Eigenbetrieb GASAG ist am 28. August 1992 rechtswirksam in  
C 2 eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Vertragsverhandlungen über  
C 3 einen Konzessionsvertrag konnten jedoch aus den geschilderten Gründen erst  
C 4 im Frühjahr 1993 aufgenommen werden.  
C 5

C 6 Selbst wenn bereits im Jahre 1992 ein Konzessionsvertrag hätte  
C 7 abgeschlossen werden können, hätte das Land Berlin Schwierigkeiten gehabt,  
C 8 eine Konzessionsabgabe von der GASAG zu fordern:  
C 9

C10 - Eine aus dem Erlös des Unternehmens zu finanzierende Konzessionsabgabe  
C11 wäre kaum mit der gleichzeitigen Verlustzuweisung des Landes Berlin für  
C12 das Jahr 1992 in erheblicher Millionenhöhe zu vereinbaren gewesen.  
C13

C14 - Auch eine durch höhere Gaspreise zu erwirtschaftende Konzessionsabgabe  
C15 wäre im Hinblick auf die ungünstige Wettbewerbssituation zum Öl sehr  
C16 problematisch gewesen. Mit Rücksicht auf die Attraktivität des  
C17 Industriestandortes Berlin müssen lokalwirksame Energiepreiserhöhungen  
C18 vermieden werden. Darüber hinaus wäre es nicht im Interesse der  
C19 Klimapolitik des Senats, wenn durch verstärkte Preisdisparitäten die  
C20 Expansion des Erdgases behindert würde.  
C21

C22 Für die kommenden Jahre erwartet der Senat jedoch eine Verbesserung der  
C23 betriebswirtschaftlichen Situation der GASAG. Damit wird sich auch die  
C24 Möglichkeit eröffnen, angemessene Konzessionsabgaben mit den Unternehmen  
C25 vertraglich zu vereinbaren.  
C26

C27 Dr. Meisner  
C28

C29 [M10]  
C30

C31 **Mündliche Anfrage Nr. 10**  
C32 **des Abgeordneten Axel Hahn (FDP) über**  
C33 **Sicherheitsgarantien für die Europäischen Betriebssportspiele**  
C34

D 1 Ich frage den Senat:  
D 2

D 3 1. Welche Sicherheitsgarantien übernimmt der Senat von Berlin für die  
D 4 Durchführung der IX. Europäischen Betriebssportspiele vom 10. bis 13. Juni  
D 5 1993 in Berlin?  
D 6

D 7 2. Wie sehen diese Sicherheitsvorkehrungen im einzelnen aus, und wie hoch  
D 8 sind die Kosten dafür?  
D 9

D10 **Antwort der Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport vom**  
D11 **13. Mai 1993**

D12 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
D13 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
D14 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
D15

D16 Zu 1 und 2: Für die Durchführung der 9. Europäischen Betriebssportspiele  
D17 Mitte Juni und zur Gewährleistung der Sicherheit der Teilnehmer bewegen  
D18 sich die Schutzmaßnahmen, die vom Polizeipräsidenten zu treffen sind, der  
D19 Bedeutung der Veranstaltung und der aktuellen Lageeinschätzung  
D20 entsprechend auf hohem Niveau.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4072

A 1 | Eine Information über die im Einzelfall vorgesehenen Maßnahmen kann aus  
A 2 | Sicherheitsgründen im Vorfeld der Spiele nicht erfolgen. Der Einsatz der  
A 3 | Polizei erfolgt im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben, zusätzliche  
A 4 | Kosten entstehen insofern nicht.

A 5 |  
A 6 | Die Gespräche mit dem Veranstalter und die erforderlichen Abstimmungen zu  
A 7 | den Sicherheitsaspekten dauern im übrigen an.

A 8 |  
A 9 | Jürgen Klemann

A10 |  
A11 | [M11]

A12 |  
A13 | **Mündliche Anfrage Nr. 11**  
A14 | **des Abgeordneten Dr. Eberhard Engler (CDU) über**  
A15 | **Finanzierung der Robert-Rössle- und Franz-Volhard-Klinik**

A16 |  
A17 | Ich frage den Senat:

A18 |  
A19 | 1. Wie und mit welchem Status sind die Robert-Rössle-Krebsklinik und die  
A20 | Franz-Volhard-Herz-Kreislauf-Klinik in die vorgesehenen Planungen zur  
A21 | Neustrukturierung der Hochschulmedizin in Berlin einbezogen worden?

A22 |  
A23 | 2. Auf welcher Grundlage wird der erhebliche Investitionsbedarf beider  
A24 | Kliniken einschließlich der Mittel für die Forschung finanziert?

A25 |  
A26 | Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
A27 | GO Abghs vor.

A28 |  
A29 | [M12]

A30 |  
A31 | **Mündliche Anfrage Nr. 12**  
A32 | **des Abgeordneten Gerd Schulze (SPD) über**  
A33 | **Bilgewasserentsorgung für Sportboote**

A34 |  
B 1 | Ich frage den Senat:

B 2 |  
B 3 | 1. Ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz noch  
B 4 | immer der Meinung, daß die Spree in östlicher Richtung am Humboldthafen  
B 5 | endet?

B 6 |  
B 7 | 2. Wenn nein, warum wird dann das Motorschiff MS "Klaus" zur  
B 8 | Bilgewasserentsorgung für Sportboote lt. "Landespressediens" vom 29. März  
B 9 | 1993 nur in Tegel, Wannsee und Spandau, nicht aber auf dem Müggelsee und  
B10 | auf der Dahme eingesetzt?

B11 |  
B12 | **Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz vom**  
B13 | **14. Mai 1993**

B14 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
B15 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B16 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

B17 |  
B18 | Zu 1: Nein.

B19 |  
B20 | Zu 2: Auf den Gewässerbereichen in den östlichen Teilen unserer Stadt,  
B21 | insbesondere auf dem Müggelsee und der Dahme, wird die  
B22 | Bilgewasserentsorgung zur Zeit noch durch das Bilgewasserentsorgungsschiff  
B23 | "Elsa" der Stern und Kreisschiffahrt - vormals Weiße Flotte -  
B24 | durchgeführt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz

B25 beabsichtigt, den Betrieb der Bilgewassersammlung des MS "Elsa" durch  
B26 Zuwendungen so zu unterstützen, daß auch künftig eine ordnungsgemäße  
B27 Bilgewasser- und Altöleentsorgung sichergestellt ist. Darüber hinaus  
B28 befährt auch das Motorschiff MS "Klaus" den Teltowkanal und partiell den  
B29 südöstlichen Teil der Berliner Gewässer, um die Bilgewässer einschließlich  
B30 von Altölen entgegenzunehmen.

B31  
B32 Dr. Hassemer  
B33

B34 [M13]

C 1  
C 2 **Mündliche Anfrage Nr. 13**  
C 3 **der Abgeordneten Dr. Elisabeth Ziemer (Bü 90/Grüne) über**  
C 4 **Fördermittel für die Mietermodernisierung**

C 5  
C 6 Ich frage den Senat:

C 7  
C 8 1. Wie hoch ist das Fördervolumen, das von den 4.532 Anträgen auf  
C 9 Bewilligung von Mitteln für die Mietermodernisierung gebunden wird, die  
C10 1992 nicht entschieden, sondern ins Jahr 1993 herübergenommen wurden?

C11  
C12 2. Wieviel Anträge nach Mitteln für die Mietermodernisierung wurden 1993  
C13 gestellt, und um wieviel Millionen gedenkt der Senat die sicherlich für  
C14 den inzwischen angestauten Bedarf nicht ausreichenden Haushaltsmittel für  
C15 die Mietermodernisierung in 1993 aufzustocken?

C16  
C17 **Antwort der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen vom 13. Mai 1993**

C18 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
C19 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
C20 Abgeordnetenhauses wie folgt:

C21  
C22 Zu 1: Die im Jahr 1992 gestellten aber noch nicht bewilligten 4.532  
C23 Anträge sind, sofern sie vollständig und unstreitig waren, inzwischen alle  
C24 bewilligt, einige sogar abgerechnet worden. Das genaue Fördervolumen  
C25 dieser Anträge ist nicht bekannt; hier wäre eine sehr zeitaufwendige EDV-  
C26 technische Aufschlüsselung notwendig. Aufgrund aktueller  
C27 Durchschnittswerte wird das betreffende Fördervolumen auf ca. 13 Mio. DM  
C28 geschätzt.

C29  
C30 Zu 2: Es wurden vom 1. Januar 1993 bis 30. April 1993 3.085 neue Anträge  
C31 gestellt. Die Tendenz der monatlichen Eingänge ist leicht steigend.

C32  
C33 Die evtl. Notwendigkeit einer Erhöhung der für 1993 bereitgestellten  
C34 Fördermittel von 50 Mio. DM wird erfahrungsgemäß erst im dritten Quartal  
D 1 des laufenden Jahres eingeschätzt werden können. Der Senat wird zu  
D 2 gegebener Zeit im Rahmen des haushaltsrechtlichen Verpflichtungsrahmens  
D 3 des Titels 89356 eine Umschichtung zu Lasten anderer Förderprogramme  
D 4 vornehmen. Der Senat steht daher auch künftig zu seiner bisherigen  
D 5 Aussage, daß kein Antrag auf Mietermodernisierung wegen fehlender  
D 6 Haushaltsmittel zurückgewiesen wird.

D 7  
D 8 Wolfgang Nagel  
D 9

D10 [M14]

D11  
D12 **Mündliche Anfrage Nr. 14**  
D13 **der Abgeordneten Carola von Braun (FDP) über**  
D14 **Flüchtlingshaus für Frauen und Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien**  
D15

D16 Ich frage den Senat:

D17  
D18 1. Wie beurteilt der Senat das Projekt "Einrichtung und Aufbau eines  
D19 Flüchtlingshauses für Frauen und Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien",  
D20 und in welcher Weise will er dieses Projekt unterstützen?

D21  
D22 2. Inwieweit beabsichtigt der Senat, hierfür Mittel in den Entwurf des  
D23 Haushaltsplans für 1994 einzustellen?

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4073

**A 1 | Antwort der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen vom 13. Mai 1993**

A 2 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
A 3 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
A 4 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

A 5 |  
A 6 | Zu 1 und 2: Vor dem Hintergrund der Situation von Frauen im ehemaligen  
A 7 | Jugoslawien sieht der Senat die Notwendigkeit, für Flüchtlingsfrauen und  
A 8 | ihre Kinder, soweit sie sich hier in Berlin aufhalten, ein besonderes  
A 9 | Betreuungsangebot zu schaffen.

A10 |  
A11 | Der Verein gegen sexuelle Gewalt an Frauen e.V. wurde daher im März des  
A12 | Jahres beauftragt, innerhalb von zwei Monaten ein entsprechendes Konzept  
A13 | vorzulegen.

A14 |  
A15 | Nach Prüfung des eingegangenen Konzeptes wird über den Umfang und die  
A16 | Umsetzung der Förderung entschieden.

A17 |  
A18 | Christine Bergmann

A19 |  
A20 | [M15]

A21 |  
**A22 | Mündliche Anfrage Nr. 15**  
**A23 | des Abgeordneten Volker Liepelt (CDU) über**  
**A24 | Übereignung von GUS-Liegenschaften**

A25 |  
A26 | Ich frage den Senat:

A27 |  
A28 | 1. Wird das Land Berlin von dem bis zum 15. Mai 1993 befristeten Angebot  
A29 | des Bundesfinanzministers Gebrauch machen, GUS-Liegenschaften kostenlos in  
A30 | das Landesvermögen zu übernehmen?

A31 |  
A32 | 2. Welche Liegenschaften beabsichtigt Berlin hierbei konkret zu  
A33 | übernehmen, und welche künftigen Nutzungszwecke sind hierfür heute  
A34 | absehbar?

B 1 |  
**B 2 | Antwort der Senatsverwaltung für Finanzen vom 13. Mai 1993**

B 3 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
B 4 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B 5 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

B 6 |  
B 7 | Zu 1 und 2: Dem Land Berlin liegt kein Angebot des Bundesministers der  
B 8 | Finanzen vor, GUS-Liegenschaften kostenlos in das Vermögen des Landes  
B 9 | Berlin zu übernehmen. Damit ist auch nicht zu rechnen, da der Bund  
B10 | grundsätzlich an allen ihm durch den Einigungsvertrag zugefallenen und  
B11 | zufallenden Liegenschaften Eigenbedarf geltend macht.

B12 |  
B13 | Elmar Pieroth

B14 |  
B15 | [M16]

B16 |  
**B17 | Mündliche Anfrage Nr. 16**  
**B18 | des Abgeordneten Manfred Neumann (SPD) über**  
**B19 | unablässige Bemühungen der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe und**  
**B20 | der BVG zur weiteren Verschlechterung des ÖPNV für die Neubaugebiete**  
**B21 | Hohenschönhausen**

B22 |  
B23 | Ich frage den Senat:

B24 |



B25 1. Ist dem Senator für Verkehr und Betriebe bewußt, daß die zertierte  
B26 Aktion von S-Bahn und BVG - Tram 15, 19, 70 - zur Reduzierung der  
B27 Fahrpläne für die Neubaugebiete Hohenschönhausen zu Verschlechterungen  
B28 führt, die das Niveau des ÖPNV unter das der Vorwendezeit senkt?  
B29

B30 2. Welche Bemühungen unternimmt der Senat, um die S-Bahn-Strecke S 75,  
B31 welche in ein Neubaugebiet mit ca. 80.000 Einwohnern führt, während der  
B32 Betriebszeit in einem 10-Minuten-Takt von der Stadtmitte nach Wartenberg  
B33 fahren zu lassen?  
B34

C 1 **Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 13. Mai 1993**

C 2 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
C 3 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
C 4 Abgeordnetenhauses wie folgt:

C 5  
C 6 Zu 1: Die von den Berliner Verkehrs-Betrieben (BVG) geplanten  
C 7 Linienänderungen bei der Straßenbahn bedeuten keine Verschlechterungen des  
C 8 ÖPNV, schon gar nicht eine Senkung des Niveaus des ÖPNV. Eine Reduzierung  
C 9 der Fahrpläne findet nicht statt. Die Bedienungsqualität für die  
C10 Neubaugebiete Hohenschönhausen wird durch die geplanten Maßnahmen nicht  
C11 verringert, sondern im Gegenteil verbessert.

C12  
C13 Zwar werden nur zu bestimmten Zeiten verkehrende Linienverbindungen wie  
C14 die Linien 19 und 36 aufgegeben, dafür erhalten die Fahrgäste aber ein  
C15 einheitliches und gleichmäßigeres Angebot über den gesamten  
C16 Verkehrszeitraum.

C17  
C18 Der Wegfall der heute nur in der Hauptverkehrszeit im 20-Minuten-Takt  
C19 fahrenden Linie 19 ist verbunden mit einer Steigerung der Fahrtenanzahl  
C20 auf den neuen Linien 15 und 26, so daß nun über den gesamten Tag eine  
C21 10-Minuten-Verbindung aus Falkenberg in den Raum Oberschöneweide -  
C22 Köpenick mit einmaligem Umsteigen existiert.

C23  
C24 Auf dem Streckenabschnitt Falkenberg - Prerower Platz werden z.B. künftig  
C25 ebenso wie heute 12 Fahrten pro Stunde und Richtung in der  
C26 Hauptverkehrszeit angeboten. Zwischen Zingster Straße und Prerower Platz  
C27 erhöht sich die Fahrtenanzahl von 22 auf 22 Fahrten pro Stunde und  
C28 Richtung in der Hauptverkehrszeit. Die Relation nach Weißensee bzw. in die  
C29 Innenstadt wird ebenfalls verstärkt.

C30  
C31 Somit bleibt es grundsätzlich bei der Bedienung aller heute bestehenden  
C32 Verkehrsrelationen bei einer im wesentlichen konstanten bzw. erhöhten  
C33 Fahrtenanzahl.  
C34

D 1 Zu 2: Der Betrieb der S-Bahnlinie S 75 liegt im Verantwortungsbereich der  
D 2 Deutschen Reichsbahn (DR). Wegen der umfangreichen Bauarbeiten auf der  
D 3 Stadtbahn wurde hier eine Neuordnung des Linienangebotes notwendig. Die  
D 4 S-Bahnverbindung in die Innenstadt ist mit einem einmaligen, relativ  
D 5 bequemen Umsteigen an der Warschauer Straße gegeben.  
D 6

D 7 Prof. Dr. Haase  
D 8

D 9 [M17]  
D10

D11 **Mündliche Anfrage Nr. 17**  
D12 **der Abgeordneten Dr. Sibyll-Anka Klotz (Bü 90/Grüne) über**  
D13 **Frauen an Hochschulen**  
D14

D15 Ich frage den Senat:  
D16

D17 1. Warum sind die weitreichenden Empfehlungen der  
D18 Landeshochschulstrukturkommission "Frauen an Hochschulen" bisher völlig  
D19 unzureichend in den Entwurf des Hochschulstrukturplans eingegangen?  
D20

D21 2. Welche Schritte hat bzw. wird der Senat einleiten, um sicherzustellen,  
D22 daß die weitreichenden Empfehlungen in den Hochschulstrukturplan eingehen?  
D23

D24 Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
D25 GO Abghs vor.

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4074

A 1 [M18]

A 2

A 3 **Mündliche Anfrage Nr. 18**A 4 **des Abgeordneten Dr. Winfried Hampel (FDP) über**A 5 **"Hörbehindertenzentrum Pankow"**

A 6

A 7 Ich frage den Senat:

A 8

A 9 1. Wie beurteilt der Senat von Berlin die Arbeit des

A 10 "Hörbehindertenzentrum Pankow", und welche Förderung läßt er dem Zentrum

A 11 ggf. angedeihen?

A 12

A 13 2. Ist es zutreffend, daß dem "Hörbehindertenzentrum" der Abschluß eines

A 14 vom Bezirksamt Pankow befürworteten Erbpachtvertrages auf Grund der

A 15 Forderungen des Landes Berlin finanziell untragbar gemacht wird, und

A 16 welche Möglichkeiten sieht der Senat ggf. für eine Ermäßigung des

A 17 Erbpachtzinses?

A 18

A 19 Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5

A 20 GO Abghs vor.

A 21

A 22 [M19]

A 23

A 24 **Mündliche Anfrage Nr. 19**A 25 **des Abgeordneten Dr. Manuel Heide (CDU) über**A 26 **Entwässerung in Heiligensee**

A 27

A 28 Ich frage den Senat:

A 29

A 30 1. Ist dem Senat bekannt, daß weite Bereiche von Alt-Heiligensee immer

A 31 noch nicht an die Kanalisation angeschlossen sind und aufgrund des hohen

A 32 Grundwasserstandes und der unmittelbaren Nähe zur Havel hiervon erhebliche

A 33 Umweltgefahren ausgehen?

A 34

B 1 2. Ist der Senat von Berlin bereit, auf die Berliner Wasserbetriebe

B 2 einzuwirken, die Entwässerung dieser Bereiche vorzuziehen, und welche

B 3 Fertigstellungsdaten werden in Abweichung von der bisherigen Planung

B 4 genannt?

B 5

B 6 **Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 13. Mai 1993**

B 7 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte

B 8 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des

B 9 Abgeordnetenhauses wie folgt:

B 10

B 11 Zu 1: Das derzeitige System der Schmutzwasserentwässerung erfolgt

B 12 überwiegend über Sammelgruben und Abfuhrsysteme entsprechend den

B 13 bauaufsichtlichen und wasserbehördlichen Bestimmungen.

B 14

B 15 Zu 2: Im Ortsbereich Alt-Heiligensee sind von Seiten der Berliner Wasser-

B 16 Betriebe (BWB) umfangreiche Kanalisationsarbeiten in den Jahren 1993/94

B 17 geplant.

B 18

B 19 Im einzelnen sind die Arbeiten in drei Bauabschnitte eingeteilt. Es ist

B 20 geplant, in jedem Bauabschnitt jeweils einen Regen- und einen

B 21 Schmutzwasserkanal einzubauen.

B 22

B 23 Der 1. Bauabschnitt umfaßt die Straße Alt-Heiligensee von Henningsdorfer

B 24 Straße bis Grundstück Nr. 18. Der Baubeginn ist für September 1993

B25 | vorgesehen.

B26

B27 | Der 2. Bauabschnitt von Grundstück Nr. 18 bis Sandhauser Brücke wird  
B28 | voraussichtlich im Spätherbst 1993 beginnen.

B29

B30 | Der 3. Bauabschnitt umfaßt den östlichen Straßenabschnitt Alt-Heiligensee.  
B31 | Der Baubeginn hierfür ist ab Frühjahr 1994 vorgesehen.

B32

B33 | Im nördlichen Bereich Alt-Heiligensee liegen sehr schwierige  
B34 | Baugrundverhältnisse vor. Dazu mußte auch eine gutachterliche  
C 1 | Stellungnahme eines Grundbauinstitutes im Frühjahr 1993 eingeholt werden.

C 2

C 3 | Infolge dieser Baugrundverhältnisse ist der Bau der Kanalisation nur mit  
C 4 | erhöhtem Investitions- und Bauaufwand zu realisieren, die relativ lange  
C 5 | Bauzeiten erfordern. Eine Beschleunigung der geplanten Baudurchführung ist  
C 6 | wegen vorgenannter Gründe nicht möglich.

C 7

C 8

Prof. Dr. Haase

C 9

C10 | [M20]

C11

C12 | **Mündliche Anfrage Nr. 20**  
C13 | **der Abgeordneten Dr. Elisabeth Ziemer (Bü 90/Grüne) über**  
C14 | **Erbfall Wilhelmsaue 132 und Güntzelstraße 24/25**

C15

C16 | Ich frage den Senat:

C17

C18 | 1. Warum hat der Bausenator, der im Auftrag des Finanzsenators die  
C19 | Ermittlung des Verkehrswertes der Grundstücke Wilhelmsaue 132 und  
C20 | Güntzelstraße 24/25 durchführen sollte, das vorliegende private  
C21 | Verkehrsgutachten nur auf seine Plausibilität hin überprüft und nicht die  
C22 | zugrunde gelegten Eckdaten selbst ermittelt?

C23

C24 | 2. Ist das vom Bausenator für plausibel gehaltene 16fache der  
C25 | Jahreskaltmiete als Verkehrswert eine übliche Berechnungsgröße, und kann  
C26 | sich der Senat vorstellen, daß die dort wohnenden Mieter, die die beiden  
C27 | Häuser übernehmen möchten und für die dieser Preis sehr hoch ist, dies  
C28 | auch im Wege eines Erbbauvertrages tun könnten?

C29

C30 | **Antwort der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen vom 13. Mai 1993**

C31 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
C32 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
C33 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

C34

D 1 | Zu 1: Die von dem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen  
D 2 | vorgelegten Gutachten über den Verkehrswert der zwei vorgenannten  
D 3 | Grundstücke zum Stichtag 1. Februar 1993 bzw. 2. Februar 1993 wurden von  
D 4 | der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen überprüft. Bei derartigen  
D 5 | Überprüfungen werden üblicherweise keine eigenen Erhebungen  
D 6 | wertermittlungsrelevanter Daten vorgenommen.

D 7

D 8 | Zu 2: Die von dem Sachverständigen nach dem Ertragswertverfahren  
D 9 | ermittelten Verkehrswerte liegen innerhalb der bekannten Spanne von  
D10 | Kaufpreise für veräußerte Grundstücke, die nach der Lage, der Größe und  
D11 | der Ausstattung der Mietwohngebäude mit Ofenheizung, Bad und Innentoilette  
D12 | vergleichsgeeignet sind.

D13

D14 | Es liegt in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Finanzen bzw. vom  
D15 | Grundstücksamt Zehlendorf, über die Vergabe im Wege des Erbbaurechts zu  
D16 | entscheiden.

D17

D18 | Wolfgang Nagel

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4075

A 1 [M21]

A 2  
A 3 **Mündliche Anfrage Nr. 21**  
A 4 **des Abgeordneten Erwin Loßmann (FDP) über**  
A 5 **Villa Lemm**

A 6  
A 7 Ich frage den Senat:A 8  
A 9 1. Bis wann soll eine Entscheidung über die künftige Nutzung der Villa  
A10 Lemm fallen?A11  
A12 2. Inwieweit steht dabei auch ein Verkauf der Villa Lemm zur Diskussion?  
A13A14 **Antwort des Regierenden Bürgermeisters vom 13. Mai 1993**A15 Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte  
A16 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
A17 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
A18A19 Zu 1 und 2: Die Entscheidung über die künftige Verwendung der Villa Lemm  
A20 hängt davon ab, wann ein geeigneter Käufer gefunden wird, der das  
A21 Grundstück für repräsentative Zwecke im Zusammenhang mit der  
A22 Hauptstadtfunktion nutzen wird.  
A23A24 Die zunächst angestrebte Vermietung hat zu keinem befriedigenden Erfolg  
A25 geführt.  
A26A27 Eberhard Diepgen  
A28

A29 [M22]

A30  
A31 **Mündliche Anfrage Nr. 22**  
A32 **des Abgeordneten Ulrich Krüger (CDU) über**  
A33 **angestrebte Einrichtung von Landesämtern im Bereich der Bauverwaltung**

A34  
B 1 Ich frage den Senat:B 2  
B 3 1. Welche Ergebnisse hatte die von der Senatsverwaltung für Bau- und  
B 4 Wohnungswesen bis zum 31. Januar 1993 anzustellende Prüfung der Vor- und  
B 5 Nachteile der Einrichtung eines Landesvermessungsamtes, eines  
B 6 Landesbaugenehmigungsamtes und eines Landesbauamtes?  
B 7B 8 2. Welche Schlußfolgerungen zieht der Senat aus der Art und Weise der  
B 9 Erledigung dieses Prüfauftrages?  
B10B11 **Antwort der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen vom 13. Mai 1993**B12 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
B13 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B14 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
B15B16 Zu 1: Die Prüfung der Vor- und Nachteile bei der Einrichtung eines  
B17 Landesvermessungsamtes, eines Landesbaugenehmigungsamtes und eines  
B18 Landesbauamtes durch den Senator für Bau- und Wohnungswesen ergab, daß ein  
B19 solches Vorhaben nicht sinnvoll ist. Im übrigen würde eine solche Maßnahme  
B20 der vom Senat und den ihn tragenden Koalitionsfraktionen angestrebten  
B21 Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung widersprechen. Eine  
B22 entsprechende Stellungnahme wird jetzt dem Senat zur Beschlußfassung  
B23 vorgelegt.  
B24

Zu 2: Keine.

Wolfgang Nagel

[M23]

**Mündliche Anfrage Nr. 23**

**des Abgeordneten Wolfgang Lehmann (Bü 90/Grüne) über  
Planungen im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Recyclingzentrum  
Schönerlinde**

Ich frage den Senat:

1. Welche Anlagen werden nunmehr und in welcher Größenordnung im Bereich des URZ Schönerlinde geplant, und inwieweit hat der Senat seine ursprünglichen Planungen hierzu "abgespeckt"?

2. Wie bewertet der Senat die Äußerungen des Mitarbeiters der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Herrn B., anlässlich eines Bürgerforums in Pankow, wo er mit Bezug auf die Planungen des Senats zur Errichtung des URZ den Bürgerinnen und Bürgern entgegnete: "Die idyllischen Wald- und Wiesenzeiten sind in Buch doch sowieso vorbei."?

**Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz vom  
13. Mai 1993**

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

Zu 1: Die vom Senat beauftragte Untersuchung und Rahmenplanung für ein Gewerbegebiet und ein Umwelt- und Recyclingzentrum in Berlin-Pankow hat u.a. zu folgenden Ergebnissen geführt:

a) Aus den Ergebnissen der standortunabhängigen Planung lassen sich vielfältige Synergiebeziehungen zwischen einzelnen Anlagen erkennen. Diese Beziehungen gründen sich im wesentlichen auf interne Massenströme, die gemeinsame Nutzung infrastruktureller Einrichtungen (Straßen, Verladeeinrichtungen, Kläranlagen) und die Energieversorgung. Vor diesem Hintergrund erscheint die Konzentration von Abfallentsorgungsanlagen und Recyclingbetrieben in Nachbarschaft zu Gewerbebetrieben sinnvoll. Im Vergleich zu einer dezentralen Ansiedlung kann die Konzentration der Anlagen als ein "Konzept der Wegevermeidung" bezeichnet werden, welches in der Folge verkehrsentlastend, flächensparend und kostensenkend wirkt.

b) Nicht zu vermeiden sind allerdings der An- und Abtransport vom URZ und zu ihm hin. Die Gutachter haben deshalb die Tatsache als problematisch bewertet, daß sich dieser gesamte An- und Abtransport auf einen Standort fokussiert. Unabhängig davon, daß am Standort Lindenhof aufgrund der Flächensituation die theoretische Möglichkeit besteht, eine Vielzahl der in Berlin zusätzlich benötigten Abfallentsorgungs- und Recyclinganlagen zu errichten und zu betreiben, wird der Senat deshalb gerade im Hinblick auf die erheblichen Verkehrsemissionen bei seinen weiteren Planungen das Ziel einer Dezentralisierung der Abfallentsorgungsanlagen verfolgen, um zu regional ausgewogenen Umwelt- und Recyclingzentren zu gelangen, bei denen dann auch die Transportbelastungen reduziert werden können. Hierfür stehen dem Senat nach den inzwischen vorliegenden Ergebnissen eines Standortsuchs- und Standortvergleichsverfahrens mehrere geeignete Flächen im Stadtgebiet zur Verfügung. Der Senat beabsichtigt deshalb am Standort Lindenhof eine deutliche Reduktion der Anlagenkapazitäten.

Zu 2: Der Mitarbeiter Wolfgang B. hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, auf Bürgerforen in Pankow zu den Planungen des Senats zur Errichtung eines URZ Stellung zu nehmen. Soweit er

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4076

A 1 für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz in der  
A 2 jüngsten Vergangenheit auf Veranstaltungen des Bezirksamtes Pankow und  
A 3 zuletzt am 8. Mai 1993 auf dem Regionalforum Nord den Stand der  
A 4 Abfallentsorgungsplanung für Berlin erläutert hat, sind von ihm weder die  
A 5 zitierte Äußerung noch vergleichbar ähnliche Aussagen gemacht worden.

A 6  
A 7 Dr. Hassemer

A 8  
A 9 [M24]

A10  
A11 **Mündliche Anfrage Nr. 24**  
A12 **des Abgeordneten Jürgen Biederbick (FDP) über**  
A13 **unterschiedliche Verfahren in Ost und West**

A14  
A15 Ich frage den Senat:

A16  
A17 1. Warum berechtigt eine Einzelkarte für eine städtische Saunaanlage im  
A18 Ostteil Berlins nur zu einem Besuch von 2 Stunden Dauer, im Westteil  
A19 Berlins jedoch zu einem Besuch von zeitlich unbegrenzter Dauer?

A20  
A21 2. Warum berechtigt eine Einzelkarte für das Bad im Sport und  
A22 Erholungszentrum Landsberger Allee nur zu einem Besuch von 2 Stunden  
A23 Dauer, eine Einzelkarte für das Bad am Spreewaldplatz in Kreuzberg jedoch  
A24 zu einem Besuch von 4 Stunden Dauer?

A25  
A26 Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
A27 GO Abghs vor.

A28  
A29 [M25]

A30  
A31 **Mündliche Anfrage Nr. 25**  
A32 **des Abgeordneten Werner Wiemann (FDP) über**  
A33 **Zukunft des "Pfefferberges"**

A34  
B 1 Ich frage den Senat:

B 2  
B 3 1. Wann wird die Senatsverwaltung für Finanzen die Entscheidung zum  
B 4 Gelände "Pfefferberg" treffen, und aus welchem Titel werden die durch  
B 5 unsachgemäße Gebäudewirtschaft entstandenen Schäden bezahlt?

B 6  
B 7 2. Wann werden die interessierten sozialen und kulturellen Einrichtungen  
B 8 endlich Mietverträge erhalten, damit nicht weiter zum Schaden der Berliner  
B 9 diese Gebäude ungenutzt bleiben?

B10  
B11 **Antwort der Senatsverwaltung für Finanzen vom 13. Mai 1993**

B12 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
B13 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B14 Abgeordnetenhauses wie folgt:

B15  
B16 Zu 1: Nach Abschluß der Prüfung der vorliegenden Nutzungskonzepte wird  
B17 über das Gelände "Pfefferberg" kurzfristig entschieden werden. Eine  
B18 Instandsetzung der Gebäude aus Haushaltsmitteln ist nicht beabsichtigt.  
B19 Dies wird Aufgabe des Investors sein.

B20  
B21 Zu 2: Für den Abschluß von Mietverträgen ist die verwaltende  
B22 Wohnungsbaugesellschaft zuständig. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat  
B23 die Wohnungsbaugesellschaft gebeten, keinen Generalmietvertrag  
B24 abzuschließen, da dies präjudizierende Wirkung für die Vergabeentscheidung

B25 | hätte. Der Gesellschaft ist jedoch deutlich gemacht worden, daß dem  
B26 | Abschluß von kurzfristigen Einzelmietverträgen entsprechend der bisherigen  
B27 | Übung nichts im Wege steht.

B28 |  
B29 |

Elmar Pieroth

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4077

A 1 | Anlage 3

A 2 |

A 3 |

A 4 |

A 5 |

A 6 | [M47/12]

A 7 |

A 8 | **Mündliche Anfrage Nr. 12**A 9 | **des Abgeordneten Hartwig Berger (Bü 90/Grüne) über**A10 | **Stillstand bei der Kompostierung in Berlin**

A11 |

A12 | Ich frage den Senat:

A13 |

A14 | 1. Warum ist es dem Senat in seiner über zweijährigen Amtszeit bisher  
A15 | nicht gelungen, zumindest die Standorte für Kompostieranlagen für  
A16 | organische Abfälle in bzw. für Berlin festzulegen, geschweige denn  
A17 | Planfeststellungsverfahren für den Bau solcher Anlagen einzuleiten?

A18 |

A19 | 2. Stimmt der Senat meiner Auffassung zu, daß es sowohl wegen der Umwelt-  
A20 | und Verkehrsbelastung wie zur besseren Akzeptanz sinnvoller ist, mehrere  
A21 | solcher Anlagen in Berlin zu errichten, oder wie begründet er  
A22 | gegebenenfalls die Planung nur einer Kompostieranlage?

A23 |

A24 | **Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz vom**  
A25 | **29. April 1993**

A26 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
A27 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
A28 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

A29 |

A30 | Zu 1 und 2: Der Senat bereitet seit seiner Amtsübernahme den Erlaß von  
A31 | Abfallentsorgungsplänen gem. § 6 Abs. 1 des Abfallgesetzes vor, in denen  
A32 | u.a. geeignete Standorte für Abfallentsorgungsanlagen festgelegt werden  
A33 | sollen. Die Eignung derartiger Standorte muß im Sinne einer  
A34 | Umweltverträglichkeitsuntersuchung in einem gründlichen Standortsuch- und  
B 1 | Standortvergleichsverfahren festgestellt werden. Der Aufwand ist deshalb  
B 2 | beträchtlich, weil bestehende bzw. künftige Nutzungskonkurrenzen und  
B 3 | Nutzungskonflikte im Hinblick auf unvermeidbare Emissionen sorgfältig  
B 4 | geprüft und abgewogen werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es  
B 5 | rechtlich und auch tatsächlich ausgeschlossen, Standorte für  
B 6 | Biomüllkompostieranlagen beliebig über das Stadtgebiet zu verteilen, weil  
B 7 | insbesondere von diesen Anlagen neben den zu erwartenden  
B 8 | Verkehrsemissionen erhebliche Geruchsbelästigungen ausgehen können.

B 9 |

B10 | Das Standortsuchverfahren ist inzwischen nahezu abgeschlossen und führt zu  
B11 | dem Ergebnis, daß im Stadtgebiet mehrere geeignete Flächen für Anlagen der  
B12 | Abfallentsorgung einschließlich der Biomüllkompostierung zur Verfügung  
B13 | stehen werden. Der Senat wird deshalb alsbald mit den betroffenen Bezirken  
B14 | in einen offenen und intensiven Dialog darüber eintreten, welche  
B15 | Anlagenarten in welcher Größe auf die einzelnen Standorte verteilt werden  
B16 | können. Der Senat verfolgt dabei das Ziel, die notwendigen  
B17 | Abfallentsorgungsanlagen soweit als möglich zu dezentralisieren, damit  
B18 | eine regional ausgewogene Entsorgungsstruktur im Stadtgebiet entsteht und  
B19 | die unvermeidbaren Verkehrsemissionen minimiert werden. Insofern bestehen  
B20 | keine Planungen des Senats, das Gesamtaufkommen an organischen  
B21 | Haushaltsabfällen in einer einzigen Biomüllkompostierungsanlage zu  
B22 | verwerten. Der Senat sieht sich in dieser Auffassung gerade auch durch die  
B23 | Ergebnisse des Gutachtens über ein Umwelt- und Recyclingzentrum (URZ)  
B24 | bestätigt, die auf erhebliche Probleme bei der Beherrschbarkeit der



B25 Geruchsbelästigungen, die aus dem Betrieb einer  
B26 Biomüllkompostierungsanlage mit einer Kapazität von 200.000 t/a ausgehen,  
B27 hinweisen.

B29 Der Senat vertritt die Auffassung, daß die Akzeptanz der Berliner  
B30 Bevölkerung für die unabdingbar zusätzlich notwendigen Abfallbehandlungs-  
B31 und Abfallentsorgungsanlagen im Stadtgebiet, zu denen neben Anlagen der  
B32 Kompostierung auch mindestens zwei Müllverbrennungsanlagen für  
B33 Siedlungsabfälle gehören, wesentlich davon abhängt, wie es gelingt, alle  
B34 diejenigen Maßnahmen der Vermeidung und Verwertung von Abfällen in Berlin  
C 1 umzusetzen, die nach heutigem Erkenntnisstand durch das Land Berlin  
C 2 verwirklicht werden können. Die Verwertung organischer Bestandteile der  
C 3 Abfälle aus Haushalten durch Kompostierung ist ein wichtiger Bestandteil  
C 4 des Abfallwirtschaftskonzeptes des Senats.

C 5  
C 6 Dr. Hassemer  
C 7

C 8 [M47/13]  
C 9

C10 **Mündliche Anfrage Nr. 13**  
C11 **des Abgeordneten Siegfried Helias (CDU) über**  
C12 **Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen**  
C13

C14 Ich frage den Senat:  
C15

C16 1. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um Arbeitsplätze in Berlin zu  
C17 erhalten und eine Abwanderung angestammter Unternehmen in das Umland  
C18 überflüssig zu machen?  
C19

C20 2. Welche konkreten Maßnahmen sind beabsichtigt, Existenzgründungen zu  
C21 erleichtern, Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen sowie Unternehmen  
C22 anzusiedeln, und wie erfolgreich war dabei die Wirtschaftsförderung Berlin  
C23 seit 1991?  
C24

C25 **Antwort der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie vom**  
C26 **30. April 1993**

C27 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
C28 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
C29 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
C30

C31 Zu 1: Der Senat hat mit einer Fülle von Maßnahmen darauf hingewirkt, daß  
C32 für Unternehmen, die auch in Zukunft einen geeigneten Standort innerhalb  
C33 großstädtischer Ballungsräume besitzen, die notwendigen Voraussetzungen  
C34 zum Verbleib am Wirtschaftsstandort Berlin bestehen. Dabei hat der Senat  
D 1 zugleich deutlich gemacht, daß er nicht beabsichtigt, ökonomisch  
D 2 begründete Prozesse der Randwanderung im Rahmen eines unsinnigen  
D 3 Förderwettlaufs zu bekämpfen. Über die Grundprinzipien dieser auf die  
D 4 Region ausgerichteten Wirtschaftsförderung besteht Einvernehmen zwischen  
D 5 dem Senat von Berlin, der Landesregierung Brandenburg sowie Unternehmens-  
D 6 und Gewerkschaftsverbänden; daran ändern auch unklare und mißverständliche  
D 7 Bilanzen nachgeordneter Einrichtungen des Landes Brandenburg nichts.  
D 8

D 9 Als wesentliche Instrumente dieser Politik sind zu nennen:  
D10

- D11 - Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Flächenvorsorge" zur Bereitstellung  
D12 sofort einsetzbarer Gewerbeflächen;
- D13
- D14 - mittelstandsorientierte Ausrichtung der Vergabe nicht  
D15 betriebsnotwendiger Flächen im Treuhandbereich im Rahmen des Berliner  
D16 Modells;
- D17
- D18 - Senatsentscheidung zur Reduzierung der Erbpachtzinsen für  
D19 Gewerbegrundstücke, die jedoch noch von der EG notifiziert werden muß;

## 12. Wahlperiode

## 48. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Mai 1993

Seite: 4078

- A 1 - Errichtung von Gewerbehöfen im Westteil der Stadt mit Mitteln der  
A 2 Europäischen Gemeinschaft und Schaffung von Gründerzentren im Ostteil  
A 3 der Stadt durch Einsatz der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der  
A 4 regionalen Wirtschaftsstruktur;  
A 5  
A 6 - Festlegung von 21 Industrieflächen, um die Umwidmung in  
A 7 Dienstleistungsflächen und den damit verbundenen Preisauftrieb für  
A 8 Industriegrundstücke zu bremsen.  
A 9

A10 Beeinträchtigt wurde die Politik des Senats Berlin jedoch dadurch, daß  
A11 durch Vorgaben des Bundes und der EG die gewerbliche Wirtschaft im  
A12 Westteil Berlins weitgehend nicht gefördert werden kann. Dies ist einer  
A13 der Gründe, warum auch weiterhin mit Verlagerungen (aus dem Westteil der  
A14 Stadt) über die Stadtgrenzen hinaus gerechnet werden muß.  
A15

A16 Zu 2: Der Senat wird auch in Zukunft Existenzgründer und bestehende  
A17 Betriebe insbesondere bei der Bereitstellung preiswerten und ausreichenden  
A18 Gewerberaums unterstützen. In diesen Zusammenhang gehört auch die  
A19 Bundesratsinitiative Berlins zur Verbesserung des Schutzes von  
A20 Gewerberaummieter.  
A21

A22 Der Senat hat mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses die Schwerpunkte der  
A23 Aufgaben der Wirtschaftsförderungsgesellschaft neu bestimmt und ihr  
A24 insbesondere die Aufgaben des Standortmarketings und der Bestandspflege  
A25 zugeordnet und sie gleichrangig neben die Neuansiedlung von Betrieben  
A26 gestellt.  
A27

A28 Die Wirtschaftsförderung Berlin GmbH hat ihrerseits in Verbindung mit der  
A29 Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie in den Jahren 1991 und  
A30 1992 im Ost- und Westteil der Stadt insgesamt 382 erfolgreich  
A31 abgeschlossene Projekte bearbeitet, die sich zusammensetzen aus  
A32 Ansiedlungen, Existenzgründungen, Erweiterungsinvestitionen und  
A33 Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen. Damit verbunden sind rund 26.000  
A34 Arbeitsplätze. Davon entfielen auf den Bereich der Industrie 105 Betriebe  
B 1 mit ca. 12.500 Arbeitsplätzen; auf Dienstleistungen 204 Betriebe mit ca.  
B 2 11.700 und auf die übrigen Branchen 73 Betriebe mit ca. 1.700  
B 3 Beschäftigten. Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen sind zur Zeit im  
B 4 wesentlichen auf die östlichen Bezirke konzentriert.  
B 5

B 6 Dr. Meisner

B 7  
B 8 [M47/16]  
B 9

B10 **Mündliche Anfrage Nr. 16**  
B11 **des Abgeordneten Hartwig Berger (Bü 90/Grüne) über**  
B12 **Tourismus in der Müllverbrennung?**  
B13

B14 Ich frage den Senat:  
B15

B16 1. Trifft es zu, daß Berliner Müll zur Auslastung unzureichend genutzter  
B17 Kapazitäten in die Müllverbrennungsanlage in Essen-Karnap transportiert  
B18 wird?  
B19

B20 2. Seit wann geschieht das, welche Mengen wurden bisher dorthin verbracht,  
B21 und wer führt diese Transporte durch?  
B22

B23 **Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz vom**  
B24 **29. April 1993**

B25 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte

B26 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B27 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

B28 |  
B29 | Zu 1: Nach Aussagen der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe (BSR) trifft es  
B30 | nicht zu, daß Berliner Müll in die Müllverbrennungsanlage Essen-Karnap  
B31 | verbracht wurde.

B32 |  
B33 | Zu 2: Entfällt.

B34 |  
C 1 | Dr. Volker Hassemer

C 2 |  
C 3 | Druck: Verwaltungsdruckerei Berlin, Kohlfurter Str. 41-43, 1000 Berlin 36

C 4 |  
C 5 | **Ende des Plenarprotokolls 12 / 48**